links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Aus
Schluß
Vorbei

a.f.r.i.k.a. Altvater Brand
Buro Görg Hamel
Heider Hintz Hirsch
Kontos Krum Kunz & Oy
Lauterbach Mohamed Nan
Negt Roth Röttger
Schneider Steinert
Walther Winter

1969
1997

Offenbach Nr. 320/321 29. Jahrgang W: DM 13,– / Ö: DM 10,– Jan/Feb. '97

editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
diesmal ist es kein Gag mehr:
dies ist die letzte Ausgabe der *links*.

Obwohl uns der Entschluß nicht leicht fiel, ist die Redaktion nach reiflicher Überlegung und langen internen Diskussionen am Ende des vorigen Jahres zu dem Schluß gekommen, das Projekt einzustellen. Die Gründe dafür sind sehr vielfältig und werden zum Teil auch kontrovers innerhalb der Redaktion diskutiert, daher werden sie im Heft im einzelnen noch ausführlich erläutert. Allerdings ist die Entscheidung als solche in völligem Einvernehmen erfolgt – wir mußten alle einsehen, daß es für die *links* in der vorliegenden Form keine Zukunft mehr gibt. Hintergrund dieser Entscheidung sind Entwicklungen, die schon seit Jahren das politische Umfeld der *links* gravierend verändert haben. In der Folge des Auseinanderbrechens der Außerparlamentarischen Opposition gegründet und mit der Geschichte der Neuen Linken eng verbunden, war die *links* schon seit den 80er Jahren in heftige Turbulenzen geraten, nach deren Abklingen sie sich dann mehr und mehr in einer Art politischer Ortlosigkeit wiederfand. Sinkende Abozahlen waren die Folge. Entscheidender aber war die Tatsache, daß selbst bei aus Sicht der Redaktion gelungenen Ausgaben die politische Resonanz immer dünner wurde. Diese Entwicklung hat uns nicht unvorbereitet getroffen und nicht ohne Gegenreaktion gelassen – wir haben in den letzten Jahren versucht, die Zeitschrift personell, konzeptionell und auch politisch zu erneuern. Und obwohl wir der Meinung sind, daß uns dies zum Teil durchaus gelungen ist, so war es doch keineswegs ausreichend, um eine längerfristige Basis für die Redaktionsarbeit zu schaffen.

Dort aber stellen sich die entscheidenden Probleme. Neben allen politischen Entwicklungen liegen in der personellen und organisatorischen Stärke der Redaktion die entscheidenden Gründe für unsere Entscheidung. Nicht nur war unsere personelle Basis inzwischen so schmal geworden, daß oft die gewissenhafte Produktion der Zeitschrift gefährdet war. Auch die organisatorischen Probleme eines periodisch erscheinenden Blattes waren für eine ehrenamtlich arbeitende Redaktion mit nur einer Sekretärsstelle nicht länger zu bewältigen. Hier spielen zudem ökonomische Gründe herein, da angesichts der Tatsache, daß die *links* sowieso schon zu teuer war, keine finanziellen Spielräume mehr bestehen. Aber diese Gründe waren nicht ausschlaggebend, sondern haben lediglich die Suche nach möglichen Alternativen beeinflußt. Nach unserer gemeinsamen Einschätzung hätten wir vielleicht noch eine ganze Weile weitermachen können, dabei aber immer mehr die selbstgesetzten Ansprüche verfehlt.
Da eine grundsätzliche Verbesserung der Situation nicht zu erwarten war, war das Ende letztlich unvermeidlich.

Zu diesem denkwürdigen Ereignis, der letzten Ausgabe der *links*, haben wir eine ganze Reihen von AutorInnen, HerausgeberInnen und MitbegründerInnen der *links* und des Sozialistischen Büros (SB) eingeladen, einerseits Rückschau auf eine Geschichte zu halten, andererseits aber auch die veränderten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zu reflektieren. Wir verfolgen mit dieser Nummer vor allem das Ziel, einen würdigen Schlußpunkt unter ein Projekt zu setzen, das bei allen Fehlern und Schwächen doch von sich behaupten kann, eine wichtige Rolle in der bundesdeutschen Linken in den letzten 25 Jahren gespielt zu haben.
Zum Thema des Heftes ist daher nichts weiter zu sagen. Wir hoffen, wenigstens eine interessante Geschichts- und Zeitdiagnose zum Abschluß liefern zu können. Was die finanzielle Seite und die bereits bezahlten Abonnements angeht, so möchten wir unsere Leserinnen und Leser bitten, die nebenstehende Verlagsmitteilung zur Abwicklung des Verlags 2000 und zur Zukunft der beiden anderen Zeitschriftenprojekte zu beachten, deren Zielsetzung und Ausrichtung sich die Redaktion der *links* anschließt.

Die letzte Nummer kommt mit erheblicher Verspätung. Technische Pannen und ein mit Widrigkeiten verbundener Wechsel des Druckers sind dafür verantwortlich. Die Redaktion bittet um Nachsicht.

Bleibt uns zum Ende nur der Dank für lang- oder kurzjährige Leserschaft, für vielfältige Unterstützung und dafür, manchen Ärger und manche Zumutungen – gewollte und ungewollte – ausgehalten zu haben; Dank auch an AutorInnen und HerausgeberInnen, die mit uns zusammengearbeitet haben; und auch an all die, die uns in Diskussionen oder auf irgendeine Weise sonst begleitet haben.
Allen eine bessere Zeit wünscht

die redaktion

Impressum

KONTAKTADRESSE
SB-JAHRBUCH: c/o Christoph Görg, Gabelsbergerstraße 49, 63069 Offenbach

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Stefan Armborst, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Roland Hamel, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Sabah J. Mohamed, Gottfried Oy, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Meyer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Bernd Röttger, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN: Robert Detobel (Frankfurt), Colectivo *La Guillotina* (Mexico),Rosi Karges (Berlin), Holm-Detlev Köhler (Spanien), Felix Schneider (Frankfurt)

REDAKTIONSBÜRO: Thomas Kunz, Gottfried Oy

VERLAG UND VERTRIEB: Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5-7, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach Tel.: 069 / 88 50 06 Fax: 069 / 82 11 16

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Gestaltung: Gunnar Lieb

LAYOUT: Thomas Kunz, Birgit Letsch, Gottfried Oy

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich, 6 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X
Mit vorliegendem Heft (Nr. 320/321) stellt die Zeitschrift *links* ihr Erscheinen ein.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4 Erklärung des Verlags 2000

5 Erklärung des Sozialistischen Büros

6 Christoph Görg: ...turn off the lights

9 Jörg Lauterbach: Nicht aus gesundheitlichen Gründen
Überlegungen zum Austritt aus der Redaktion und zum Ende der *links*

10 Thomas Kunz & Gottfried Oy: Zurück an Absender
28 Jahre *links* und ein Ende

14 autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe: Subkultur – Subversion – Supervision?

17 Heinz Steinert: *links* in der Kulturindustrie

19 Joachim Hirsch: Außerparlamentarische Politik: Ein Auslaufmodell?

21 Sabah J. Mohamed: Die *links* und der Palästinakonflikt
Oder: Warum es hierzulande nicht (un)möglich ist, Seil zu tanzen

24 Joachim Hirsch: Vom Golfkrieg und einigen anderen Mißverständnissen
Ein kleiner Rückblick fast sieben Jahre danach

26 Ulrich Brand: Emanzipatorische Politik in Zeiten der Globalisierung
"Global Governance" und sechs Thesen zum Internationalismus

30 Jens Winter: Hoch die internat...
Oder: Eine letzte Jagd nach mexikanischen Konstruktionen?

33 Roland Hamel: Wachstumsschutz statt Umweltschutz?
Eine nostalgische Erinnerung an kritische Positionen in der Ökologiedebatte

35 Rudolf Walther: Die Leichen in den Staatskellern

37 Frank Heider: Mythos „Alternative Ökonomie"

40 Gerhard Krum: Verfallsdatum überschritten

41 Michael Hintz: Das Altern der Neuen Linken
Oder: Die Krise der Kritik

44 Andreas Buro: Blick zurück nach vorn
Linke, Pazifisten und ihre Perspektiven

47 Wolf-Dieter Narr: Die Linke und die RAF
Ein Alptraum aus uralten Zeiten?

50 Bernd Röttger: Die europäische Linke
Ende einer Hoffnung?

53 Roland Roth: Neue Linke und Neue soziale Bewegungen
Eine kleine Ermutigung

56 Silvia Kontos: Unbegriffene Konflikte
Die *links* und die Frauenbewegung

58 Oskar Negt: *links* – Eine Zeitschrift als politische Sozialisationsinstanz
Eine Trauerrede

61 Elmar Altvater: Kein nostalgisches Tänzchen
Die letzte Nummer der *links*

63 Felix Schneider: Zeit der Rückblicke. Freundlich-zwiespältige *links*-Erinnerungen

66 *links* hardcore-Prosa

Einheftung: Register 1996

VERLAG 2000 GMBH

Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Telefon (069) 88 50 06
Fax (069) 82 11 16

Bankverbindungen:
Postgiro Frankfurt 61 041-604
(BLZ 500 100 60)
Offenbacher Volksbank eG 301 267 00
(BLZ 505 900 00)

Amtsgericht Offenbach HRB 2585
Geschäftsführer: Uwe Wolf

Erklärung

Liebe Abonnentinnen und Abonnenten,
liebe Leserinnen und Leser!

Wir müssen Ihnen/Euch leider in dieser ersten Ausgabe der *links* im Jahr 1997 die Mitteilung machen, daß diese *links* zugleich die letzte ist. Obwohl es immer mal wieder inhaltliche, politische oder auch finanzielle Überlegungen gab, aufgrund derer ein Einstellen der Zeitschrift diskutiert wurde, so kam dieser Schritt doch nie ernsthaft in Betracht. Das hat sich nun geändert. Nicht völlig überraschend, aber doch sehr kurzfristig teilte die Redaktion mit, daß sie eine Fortführung der Zeitschrift weder leisten könne noch wolle. Der Verlag hat diese Entscheidung mit größtem Bedauern zur Kenntnis genommen und muß damit die Produktion der *links* einstellen.

Wir bitten Sie/Euch um Verständnis für diese Entwicklung – eine inhaltliche Begründung der Redaktion ist dieser Ausgabe zu entnehmen. Außerdem haben wir eine große Bitte: Der Verlag hatte vor dem endgültigen Aus die Abonnementrechnungen für das Jahr 1997 herausgeschickt, die viele bereits bezahlt haben. Um aber die noch vorhandenen, auch aus der Produktion der *links* hervorgegangenen Verbindlichkeiten erfüllen zu können, wären wir dankbar, wenn Sie/Ihr auf die Teilrückzahlung verzichten würden/würdet, die Ihnen/Euch zusteht. Nicht nur zum Ausgleich dafür, sondern auch, um eine adäquate Form für die nach wie vor bestehenden Publikationsbedürfnisse zu finden, wird Ende des Jahres ein SB-Jahrbuch als Kooperationsprojekt von Mitgliedern der *links-*, *express-* und *Widersprüche*-Redaktionen erscheinen, das selbstverständlich auch allen *links*-AbonnentInnen zugesandt wird.

Für die GesellschafterInnen

Uwe Wolf
Geschäftsführer

sozialistisches büro
c/o Christoph Görg
Gabelsberger Straße 49
63069 Offenbach

Bankverbindungen:
Postgiro Frankfurt 295 680-605
(BLZ 500 100 60)
Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 1741 326 300
(BLZ 505 101 11)

Erklärung

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen!

Der Arbeitsausschuß des SB hat Euch gleich zu Anfang dieses Jahres eine sehr bedauerliche Mitteilung zu machen: Die *links*-Redaktion hat die Unmöglichkeit ihres eigenen Arbeitszusammenhanges und auch die der Produktion einer Zeitschrift wie der *links* erklärt (siehe Editorial und Beiträge der Redaktionsmitglieder), damit ist das Ende dieses Zeitschriftenprojekts gekommen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch die beiden anderen Zeitschriftenprojekte *Widersprüche* und *express* auf eine andere Grundlage zu stellen; denn der Verlag 2000, in dem alle drei Zeitschriften erschienen, sieht sich nach dem Ausfall der *links* außerstande, die weitere Produktion aufrechtzuerhalten.

Um den Weiterbestand von *express* und *Widersprüchen* gewährleisten und auch um den Verlag wegen des plötzlichen Umsatzausfalls entschädigen zu können, bitten wir um Eure finanzielle Unterstützung. Ein Neuanfang für *express* und *Widersprüchen* ist nur dann möglich, wenn sie auf eine gesunde ökonomische Basis gestellt werden können. Dazu müssen Altlasten abgelöst werden, die im Laufe vieler Jahre entstanden sind und für die heute einige persönlich bürgen. Sie, die sozusagen als letzte Generation für politische Träume und Hoffnungen vieler vorangegangener aktiver SB-Mitglieder haften, sollten nicht alleine ein Erbe antreten, das bereits von anderen mitausgeschöpft wurde.

Aus diesem Grunde wären wir Euch für Spenden mehr als dankbar! Darüber hinaus würden wir es sehr begrüßen, wenn Ihr als Mitglieder weiterhin bzw. anstelle der *links* die nun selbständigen Zeitschriftenprojekte *Widersprüchen* und *express* durch ein Abonnement unterstützen würdet. Beide Redaktionen wollen weiterarbeiten und haben alles in der Kürze der Zeit mögliche getan, um den durch die Auflösung des Produktionsverbundes mit der *links* auftretenden Schwierigkeiten organisatorisch begegnen zu können: Die *Widersprüchen* werden ab Heft 63 (Nr. 1/97) vom Kleine Verlag in Bielefeld betreut, den *express* gibt die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung (AFP e.V.) heraus. Die beiden Publikationen werden auch weiterhin die zentralen Projekte des SB bleiben. Darüberhinaus sollen die inhaltlichen Überschneidungen und personellen Verbindungen jedoch in Form eines SB-Jahrbuches genutzt werden, um systematisch und gezielt all jene Themen aufgreifen zu können, die den Rahmen von *express* und *Widersprüchen* sprengen und die durch das Einstellen der *links* ihren Ort verlieren würden. Zur Mitarbeit am SB-Jahrbuch, das Ende 1997 erstellt und allen Mitgliedern zugehen wird, laden wir auch die interessierten SB-Mitglieder ein. Näheres zu diesem Projekt findet sich auch in den Anzeigen von *express* und *Widersprüchen* auf Seite 64 bzw. 52.

Der Arbeitsausschuß des SB

Bitte wendet Euch wegen Spenden und anderer Formen der Unterstützung direkt an das Büro in Offenbach. Tel.: 069 / 88 50 06 oder Fax 069 / 82 11 16!

CHRISTOPH GÖRG

... turn off the lights

Noch vor knapp drei Jahren konnte die derzeitige Redaktion nicht ohne Produzentenstolz das 25jährige Bestehen der *links* feiern. Obwohl wohl keine(r) der/die Beteiligten damals vermutet hätte, daß das Projekt seinen 28sten Geburtstag schon nicht mehr erleben würde, kommt das Ende der Zeitschrift weder unvorbereitet noch dürfte es die meisten LeserInnen und AutorInnen völlig überraschen können. Zu lange waren ihre Probleme und Defizite Gegenstand interner und öffentlicher Diskussionen gewesen. Ausschlaggebend für die Entscheidung der Redaktion, das Projekt in seiner jetzigen Form zu beenden, waren weder finanzielle Gründe noch unüberbrückbare politische Differenzen in der Redaktion, auch wenn beide Faktoren die Entscheidung forciert haben. Entscheidend war vielmehr letztlich das Eingeständnis, angesichts der Verschiebungen im politischen Spektrum und in den Strukturen der bundesdeutschen Öffentlichkeit nicht mehr über die politisch-organisatorischen und personellen Kapazitäten zu verfügen, um die Produktion einer dem eigenen Anspruch genügenden Zeitschrift noch länger gewährleisten zu können.

Krisen" und „Bedrohungen" waren nicht nur die Schwerpunktthemen der letzten Ausgaben der *links,* sie prägten auch ihr eigenes Schicksal, und daß nicht erst in den letzten ein oder zwei Jahren. Nach dem Niedergang der Neuen Linken waren mit sinkenden Abozahlen seit den späten 80er Jahren die finanziellen Verhältnisse nicht mehr sehr rosig gewesen. Mehrmals mußte die Redaktion zu Spenden aufrufen, um finanzielle Engpäße zu überwinden, ohne daß trotz aller Bemühungen eine wirklich solide Basis bislang hätte gefunden werden können. Doch gleichzeitig haben wir für eine linke Zeitschrift immer noch eine respektable Zahl von LeserInnen und AbonnentInnen, so daß wir auf veränderter organisatorischer Grundlage durchaus noch hätten weitermachen können. Finanzielle „Bedrohungen" in diesem Jahr bildeten lediglich den Anstoß, über die Zukunft der *links* nachzudenken, sie waren aber nicht der Grund für ihr Ende.

Auf politische Krisen war die *links* dagegen sozusagen spezialisiert. Wie kaum ein anderes publizistisches Organ der letzten Jahrzehnte hat sie die widersprüchlichen Erfahrungen des undogmatisch linken Spektrums der Bundesrepublik kontrovers zu verarbeiten und die politischen Verschiebungen und gesellschaftlichen Entwicklungen zum Gegenstand des öffentlichen Streits zu machen versucht. Daß sie dabei von den entsprechenden Krisen der Gesellschaft wie den ideologischen Krisen in der Linken gebeutelt wurde, ist so gesehen fast eher ein Gütezeichen denn ein Manko. Es war von Anfang an, von den Zerfallsprozessen der antiautoritären Bewegungen in den späten 60ern bis heute, nicht ihr Bestreben, aus einem festen ideologischen Programm heraus sozialen Bewegungen politisch-theoretischen Nachhilfeunterricht zu geben. Vielmehr ging es zunächst darum, überhaupt eine Verständigung über partikulare Praxisfelder hinweg zu ermöglichen. Bis heute orientierten wir uns an dem Anspruch, angesichts einer sowohl zunehmend verhärteten, andererseits aber gerade höchst fragmentierten gesellschaftlichen Totalität, überhaupt eine Veränderungsperspektive offen zu halten, die sich weder in institutionellem Pragmatismus noch in linksradikaler Rhetorik erschöpft.

Daß sich also in den kanpp 29 Jahrgängen der *links* viele politische Kontroversen der Bundesrepublik und nahezu alle Selbstverständigungskrisen linker Politik in pointierten Stellungnahmen nachvollziehen lassen, das betrachten wir gerade als unsere Stärke – und davon ist auch manches noch in dieser Abschlußnummer wiederzufinden. Aber in diesen Krisen ist das politische Umfeld der *links* keineswegs einfacher geworden, war ihr politischer Anspruch immer schwerer zu erfüllen. Mit der Parteigründung der Grünen begann schon Anfang der 80er Jahre das parlamentarische System einen Aufmerksamkeitssog zu entwickeln, der zunehmend schwer überbrückbare Diskursfelder etablierte und für weite Teile der linken Politik mehr und mehr auf parteitaktische Manöver und imaginierte Machtfragen reduzierte. Daß es dabei eine „Kritik der Politik", ihrer institutionellen Strukturen und inhaltlichen Selektivitäten immer schwerer hatte Gehör zu finden, das ist für sich genommen keineswegs neu. Seit Mitte der 80er Jahre wurde darüber hinaus auch deutlich, daß sich ein gemeinsamer Erfahrungshintergrund aufgelöst hatte, der die Protestbewegungen bis dahin noch wenigstens äußerlich zusammengehalten hatte. Bitburg 1985, deutsche Vereinigung und Golfkrieg sind nur die wichtigsten Stichwörter, die den Verlust eines politischen Umfeldes signalisieren, das für die *links* noch bis in die 90er Jahre hinein vordringlicher Bezugspunkt war.

Doch auch diese Entwicklung ist nicht der Grund für ihr Ende, liefert allerhöchstens einen Baustein zu seinem Verständnis. Spätestens die Konflikte um den Krieg am Golf hatten die Notwendigkeit einer politischen und personellen Erneuerung der Redaktion überdeutlich werden lassen. Und schon seit diesen Debatten um eine neue Konzeption, ein neues Erscheinungsbild und eine neue politische Ausrichtung der Zeitschrift, die wir in mehreren öffentlichen Veranstaltungen zwischen 1992 und 1994 durchgeführt haben, liegen die Probleme offen – und auch die Gründe, die es für ein Weitermachen oder eben für ein Ende der *links* gibt. Eine Ausgabe vor unserer Jubiläumsnummer, im März 1994, wurden in zwei kontroversen Artikeln eine ganze Reihe der Argumente vorgetragen, die es hierzu in der Redaktion gab. Zwei Punkte sind meiner Ansicht nach noch heute aktuell: Wie Joachim Hirsch damals ausführte, gibt es für die Entscheidung keine allein objektive Grundlage. Trotz aller angedeuteten Entwicklungen um das Ende der Neuen Linken und trotz aller Bedeutung, die gerade deshalb dem Versuch zukommt, eine Zeitschrift wie die *links* als Verständigungsmedium zu erhalten, war der entscheidende Faktor damals doch ein zutiefst subjektiver – die Lust, die Bereitschaft und die Fähigkeit der Redaktion, miteinander arbeitend ein gemeinsames Produkt herauszubringen. Das war nicht alles, aber es war der wohl entscheidende Grund, um einen Neuanfang zu probieren.

Wenn wir nun drei Jahre später das Scheitern dieses Neuanfangs konstatieren müssen, dann spielen dabei Konflikte eine Rolle, die schon in den damaligen Diskussionen einen wichtigen Stellenwert hatten –

Konflikte um die Form des Bezugs auf politische Praxis, insbesondere aus dem linksradikalen Spektrum. Das Ende des real existierenden Sozialismus, die deutsche Vereinigung und gerade auch die Konflikte um das Verständnis des Golfkriegs hatten gezeigt, daß große Teile des ehemaligen Umfeldes der *links* mehr oder weniger ihren Frieden mit dieser Gesellschaft zu schließen begannen. Ansprüche auf eine grundlegende Veränderung, auf eine Revolutionierung der Strukturprinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung wurden mit Verweis auf das Scheitern des „sozialistischen Experiments" preisgegeben – als hätte das kommunistische Herrschaftssystem jemals eine Alternative zur kapitalistischen Moderne dargestellt. Die „Zivilität" der alten Bundesrepublik wurde plötzlich gerühmt und die Existenz der neuen als „normaler Nationalstaat" zum Ziel allen Bemühens erklärt – eine Borniertheit, die von vorneherein jedes Verständnis der herrschaftsdeterminierten Einigung und der machtorientierten Rolle des neuen Deutschlands in der Welt verunmöglicht. Und im Golfkrieg machte in Vorwegnahme Huntingtonscher Thesen die Verteidigung westlicher Werte viele Intellektuelle zur ideologischen Begleitmusik des Krieges – als könnte irgendeine Zivilisation anders als durch ihre radikale Kritik und Selbstkritik verteidigt werden.

In dieser Situation konnte es für die *links* nur eine Antwort geben, die ihre Existenz weiter rechtfertigen konnte: die grundlegende personelle, politische und theoretische Erneuerung. Diese Erneuerung ist uns nach unserer Ansicht zum Teil durchaus gelungen, aber eben nur zum Teil und um den Preis neuer Probleme. Wir haben einige neue Redaktionsmitglieder gewonnen und die Redaktion deutlich verjüngen können, ohne allerdings eine wirklich ausreichende Personalstärke zu erreichen. Wir haben Theorien und Inhalte aufgenommen, die bislang vernachlässigt worden waren, ohne allerdings den darauf spezialisierten Blättern Paroli bieten zu können. Und trotz Arbeit an Präsentation und Darstellungsweise dürften wir dem Image der *links* nicht wirklich entkommen sein, eben das Blatt einer mittlerweile etwas verstaubten politischen Tradition zu sein. Entscheidend und besonders prekär war dabei die politische Radikalisierung, die angesichts der angedeuteten Entwicklungen unumgänglich war, die Zeitschrift allerdings auch in eine Position brachte, die sie zwar im Prinzip schon kannte, die im neuen Deutschland aber zunehmend ungemütlich und ungeliebt ist – die zwischen allen Stühlen.

Es war Konsens in der Redaktion, eine politische Erneuerung durch Bezug auf „politisch arbeitende Gruppen" anzustreben. Kein Konsens gab es allerdings von Anfang an dahingehend, was mit dieser Formel in erster Linie gemeint sein sollte. Strebten einige die enge Ausrichtung an autonomen Gruppen an, so war für andere ein wesentlich weiteres Spektrum zu berücksichtigen, das zudem für einige Redaktionsmitglieder, den Autor eingeschlossen, auch bis in die Grenzbereiche der institutionellen Politik hineinreicht. Was, im offenen Streit ausgetragen, produktiv hätte werden können, wurde zunehmend zu einer Sackgasse für die weitere Entwicklung. Verantwortlich dafür ist m.E. eine zunehmende Spaltung und Fragmentierung linker Politikformen, die in linksradikalen Spektren ein zur alten Neuen Linken spiegelbildliches Phänomen entstehen ließ: das der zunehmenden Selbstmarginalisierung aufgrund der Ablehnung jeglicher politischer Vermittlungen. Akzeptieren die einen den normalisierten deutschen Nationalstaat, dann stand für große Teile der radikalen Linken das Schreckgespenst des „vierten Reichs" vor der Tür, was eine groteske Verkennung der politischen Realitäten darstellt. Gibt es für die einen nur noch die gute alte „Zivilgesellschaft", die es um jeden Preis zu verteidigen gilt, so gibt es für die anderen nur noch den geschlossenen rassistischen Herrschaftszusammenhang, der nur von außen, von vermeintlich autonomen Räumen aus, bekämpft werden kann. Angesichts dieser Spaltungen tut sich eine Zeitschrift wie die *links* schwer, mit differenzierteren Analysen Gehör zu finden und auch politische Unsicherheiten artikulieren zu wollen. Zudem wurde die theoretische und politische Herausforderung, die die neue weltgeschichtliche Situation nach dem Ende der Blockkonfrontation und angesichts der neoliberal forcierten kapitalistischen Globalisierung darstellt, auch in der linksradikalen Position ignoriert und durch einfache Formeln aus den Museen diverser Theorien und Bewegungen überspielt. Zu was das führen kann, zeigen Stellungsnahmen aus links-„radikalen" Medien zum Krieg in Bosnien, die angesichts einer bornierten Antiposition zur Bundesregierung wie zum Medienmainstream nicht nur diktatorische Verhältnisse in den Ländern Rest-Jugoslawiens, sondern auch Verbrechen bis hin zum Völkermord zu legitimieren bereit sind.

Mehr und mehr wird jegliche Praxis innerhalb der politischen Verhältnisse und der etablierten Öffentlichkeit als von vorne herein desavouiert angesehen. Viele Reaktionen auf politische Entwicklungen rutschen dementsprechend auf das Niveau eines vegetativen Beißreflexes und zielen allein noch darauf ab, die Bundesrepublik als rassistischen Staat zu entlarven. Das Problem liegt hier weniger in den Tatsachenbehauptungen als in der Frage der politischen Reaktion auf diese: Daß im Zuge der neuen Asylgesetzgebung rassistische Denk- und Handlungsmuster Grundlage der offiziellen Politik wurden, für diese Ansicht kann jede(r) tagtäglich Belege gewinnen. Ebenso offenkundig ist, daß der institutionelle Rassismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen nicht nur die staatliche, sondern auch die publizistische Öffentlichkeit durchdringt und von interessierter Seite als Hintergrundideologie zur Schaffung der „nationalen Standortgemeinschaft" genutzt wird. Falsch ist es aber, diesen Prozeß als fertige und geronnene Faktizität aufzufassen und dabei seine Widersprüche und Konflikte nicht nur zu ignorieren, sondern deren Aufdeckung sogar als Verschleierung der wahren Verhältnisse zu desavouieren. In diesem geschlossenen Weltbild, das sich mit Feinheiten und Differenzierungen nicht mehr abgibt, artikuliert sich eine wachsende Unfähigkeit, gesellschaftliche Widersprüche noch individuell aushalten und politisch verarbeiten zu können.

So läßt sich im linksradikalen Spektrum

„Können wir mit der Arroganz von Metropolenlinken reagieren (...), auch wenn wir hier in der Bundesrepublik längst um die Ambivalenzen und die ideologischen Gefahren wissen, die von solchen Begriffen ausgehen?"

eine reaktive und zur Formierung der nationalen Wettbewerbsgemeinschaft spiegelbildliche Verhärtung feststellen, wo es nur noch die vermeintlich autonome Radikalität und daneben den rot-grünen Zeitgeist, den institutionellen Mainstream gibt. Selbst wichtige Debatten der letzten Jahre wie die um die Forderung nach „offenen Grenzen" konnten in der Redaktion nicht mehr im Sinne eines produktiven Lernprozesses verarbeitet werden, der notwendig gewesen wäre, um veränderten politischen Verhältnissen und zunehmender politischer Fragmentierung adäquat entgegentreten zu können. Hinzu kam eine weitere Konfliktlinie: die Frage nach dem Stil und der Sprache der Zeitschrift. Auch hier standen sich gleich mehrere Strategien gegenüber: Zunächst die der sprachlichen Radikalisierung angesichts zunehmend verbauter Wahrnehmungs- und Erfahrungsmuster, die allerdings mit der Gefahr der elitären Abkoppelung verbunden war. Die *links* sollte, wie es im Januar/Februar-Editorial 1995 hieß, „nicht unbedingt in der U-Bahn, im Gedärm der Stadt" gelesen werden – eine zwar ästhetisch ansprechende aber politisch katastrophale Vorstellung angesichts des immer wiederkehrenden Vorwurfs, die Zeitschrift sei sowieso zu schwer lesbar.

Wurde hier hier das Problem der Ankopplung an und der Vermittlung mit der Alltagspraxis der LeserInnen völlig ignoriert, so stand sie bei einer anderen Strategie gerade im Mittelpunkt – und führte doch zu vergleichbaren Problemen. In Reaktion auf veränderte Wahrnehmungsmuster und subkulturelle Widerstandsformen sollten neue gesellschaftliche Bereiche aufgegriffen, in ihren politischen Dimensionen zugänglich gemacht und dabei veraltete Anschauungen aus dem linken Spektrum (bspw. zu Popmusik, vgl. den Schwerpunkt *Popmoderne* in *links* 306/307) korrigiert werden. Dadurch sollten neue und zeitgenössische Formen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung der *links* erschlossen werden (vgl. dazu auch den Beitrag von T. Kunz und G. Oy in dieser Nummer). Auch hier gab es einen Konsens dahingehend, daß eine Erneuerung, eine „Verjüngung", in der Form der Darstellung und der Auswahl der Inhalte unumgänglich sei. Allerdings zeigten sich m.E. zwei Probleme: das Problem der Spezialisierung bis hin zu geschlossenen kulturellen Milieus und damit einhergehend die Ausblendung einer umfassenderen gesellschaftlichen Veränderungsperspektive. Oft fehlte es selbst den meisten Redaktionsmitgliedern ganz einfach an kulturellem Hintergrundwissen, um Intention und Ausrichtung von Artikeln auch nur verstehen oder gar beurteilen zu können. Ganz zu schweigen davon, daß ihr politischer Gehalt noch in irgendeiner Form zurückvermittelt werden könnte zu gänzlich anderen, vor allem zu eher konventionellen politischen Artikulationsformen. Auch wenn hier nicht der gleiche elitäre Gestus eingenommen wurde wie bei der Radikalisierung der sprachlichen Attitüde, dann droht doch gleichermaßen die Abkopplung von breiten Teilen der bisherigen und potentiellen Leserschaft. Die Orientierung an irgendeinem subkulturellen Milieu erschien aber vielen in der Redaktion nicht als geeignete Lösungsstratgie für die Krise der *links*.

In dieser Frage der Reaktion auf veränderte Wahrnehmungsmuster und sprachliche Ausdrucksformen artikuliert sich ein Konflikt, der nach dem letzten manifesten Auseinandersetzungen im Frühjahr 1995 eher unter der Oberfläche schmorte und nur punktuell sichtbar wurde (vgl. z.B. die Diskussionen um den „Bewegungsle(e/h)re"-Artikel der autonomen a.f.r.i.k.a.-gruppe in *links* 308/309 und 312/313). Das letzte Beispiel war der Umgang mit Befreiungsbewegungen in Ländern des Südens, speziell mit der EZLN in Mexiko (vgl. den Beitrag von T. Kunz und G. Oy in *links* 318/319). Dabei geht es vor allem um die Frage, wie eine linke Zeitschrift mit Begriffen und Symbolen umgeht, die in politischer Praxis zur Artikulation von Protest und Widerstand Verwendung finden. Auch hier reibt sich die Auseinandersetzung am Bezug auf „bürgerliche Werte" wie Menschenrechte und Demokratie – nur von der entgegengesetzten Warte aus. Statt als kritiklos akzeptierte Fixpunkte werden sie hier in ihrer Verwendung als Beleg für eine unkritischen und projektiven Umgang der deutschen Soli-Szene auf diese Bewegungen interpretiert. Jenseits aller sonstigen Differenzen – von einigen der angegriffenen wurde die Kritik als verdrehend und denunziatorisch wahrgenommen – und Übereinstimmungen – vor allem hinsichtlich der oftmals peinlich Romantisierungen von Widerstand und Protest, nicht nur in Mexiko – bleibt die Frage offen, wie denn auf die Selbstartikulation politischer Bewegungen Bezug genommen werden kann: Können wir mit der Arroganz von Metropolenlinken reagieren, wenn soziale Bewegungen ihre Forderungen in Begriffen wie Demokratie, Rechtsstaat oder Volk (im Gegensatz zur Herrschaft) ausdrücken, auch wenn wir hier in der Bundesrepublik längst um die Ambivalenzen und die ideologischen Gefahren wissen, die von solchen Begriffen ausgehen? Nur wer in Verhältnissen lebt, die wenigstens ein Minimum an bürgerlicher Rechtssicherheit und Öffentlichkeit enthalten, kann sich die Arroganz erlauben, mit quasi-polizeilichen Mitteln die sprachliche Verarbeitung solcher Forderungen durch ein engmaschiges Begriffsraster zu drücken. Was dabei jenseits aller Verdrehungen im Einzelnen auf der Strecke bleibt, ist ein Verständnis des gesellschaftlichen Prozesses, das solche Artikulationsformen bei aller Kritik in seinen Erfahrungen doch auch ernst nimmt und auf seinen möglichen Beitrag zur gesellschaftlichen Veränderung befragt. Was vor allem fehlt, ist ein theoretisches Verständnis der ganzen Widersprüchlichkeit der neuen geschichtlichen Situation, das sowohl unkritische Projektion als auch wohlfeile Besserwisserei vermeidet. Eine Auseinandersetzung damit scheint mir heute die wichtigste Herausforderung überhaupt zu sein. Dies beinhaltet eine Fokussierung auf die theoretische Ebene, wenn auch ohne Verselbständigung von praktischen Protestformen. Aber vor aller Anlehnung an existierende Milieus oder Protestbewegungen müßte eine Zeitschrift wie die *links* vordringlich die Auseinandersetzung über grundlegende Veränderungsstrategien erstmal theoretisch eröffnen. Doch selbst davon, geschweige denn von irgendwelchen Resultaten, kann heute noch keine Rede sein.

Diese unterschwelligen Konfliktlinien in der Redaktion waren allerdings schon Resultat einer Entwicklung, bei der genau das verloren gegangen war, was den Neuanfang vor vier Jahren ermöglicht hatte: eine gemeinsame sprachliche und politische Arbeitsgrundlage. Wenn so in der Tat die „subjektiven", d.h. die organisatorisch-personellen Bedingungen ausschlaggebend waren für das Ende der *links*, dann bilden sich darin doch gleichzeitig gesellschaftliche Prozesse ab, die über den Anlaß hinaus interessant sind. Letztlich, so könnte ein Fazit lauten, sind wir auch Opfer eines Fragmentierungsprozesses geworden, gegen den wir zwar anzugehen versuchten, dem wir aber letztlich doch erlegen sind. Dies ist nicht Ausdruck eines resignativen Fatalismus. Es hat sich jedoch gezeigt, daß der Raum für eine politisch-publizistische Praxis zwischen einem pragmatistischen Institutionalismus einerseits und einer sich selbst marginalisierenden Militanz andererseits immer enger wird, und daß es insbesondere schwer wird, hierbei gesellschaftliche Totalität kritisch in Richtung einer Veränderungsperspektive zu denken. Wenn der Raum eng und das Potential knapp wird, dann heißt dies aber nicht, daß es unmöglich wäre. Daß das Ende der *links* subjektiv überformt ist bedeutet eben auch, daß es prinzipiell möglich wäre, die Bedingungen für eine solche Praxis wieder neu zu schaffen – nur eben in anderer Form. Wahrscheinlich bedürfte es dazu einer wirklichen Neugründung einer Zeitschrift, die im Akt ihrer Gründung die Notwendigkeit einer Vergewisserung über Intention und Aufgabe als Produktivkraft nutzen könnte. Doch dafür ist das Ende dieses Projekts eine notwendige Vorbedingungen – und außerdem ist es ein Akt der Würde, ein wichtiges Projekt einzustellen, bevor es nach langem Siechtum von selbst dahinscheidet. When the party is over ... ●

Christoph Görg war Mitglied der links-*Redaktion.*

JÖRG LAUTERBACH

Nicht aus gesundheitlichen Gründen

Überlegungen zum Austritt aus der Redaktion und zum Ende der *links*

Manche mögen es komisch oder sinnlos finden, angesichts der letzten Ausgabe der *links* den Austritt aus der Redaktion zu verkünden und eine Debatte über die inhaltliche Konzeption einer linken Zeitung anzetteln zu wollen. Andererseits eröffnet vielleicht gerade die letzte Nummer dieser Zeitung die Möglichkeit einer radikalen Bestandsaufnahme und Kritik des bisherigen *links*-Konzeptes. Fest steht, daß das „Pluralismusmodell" der *links*, wie es etwa von Christoph Görg in *links* 312/313 offensiv vertreten und von der Mehrheit der Redaktion gebilligt wurde, gescheitert ist. Angesichts der realen sozialen und politischen Verhältnisse in der BRD eine Zeitung für einen Großteil der Bevölkerung machen zu wollen; angesichts des offensichtlich gut funktionierenden Zusammenspiels von Bevölkerungsrassismus und staatlichen Repressions- und Abschottungsoffensiven an die Liberalität einer immer mehr nach rechts kippenden politischen Mitte appellieren zu wollen – nichts anderes bedeutet jenes Pluralismusmodell m.E. –, ist schlichtweg falsche Politik, verkennt die realen Verhältnisse in dieser Republik und die Möglichkeiten einer linken Monatszeitung.

Stets hatte ein Großteil der *links*-Redaktion Angst davor, zu sehr mit linksradikalen Positionen identifiziert zu werden. Statt zu kritisieren und zu polemisieren was das Zeug hält, schwamm die *links* in den letzten Jahren immer mehr im Schlepptau des politischen Zeitgeistes, zuletzt besonders beim Thema ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft. Angeblich doch so weit entfernt von Fischers Positionen, kam man in der Ökologiedebatte über die Forderung nach einer ökologischen Steuerreform selten hinaus. Bezugnehmend auf denjenigen Teil der altgewordenen Neuen Linken, die heute als Karteileichen des Sozialistischen Büros und als *links*-AbonnentInnen meist gut betucht irgendwo ihr akademisches Dasein fristen, wollte man dieses Klientel, das einem ja immerhin noch geblieben ist, nicht auch noch durch Kritik und Hinweise auf andere Protestformen vergraulen. Daher symphatisierte man eher mit dem unverfänglichen „Hausfrauen stricken gegen Castor"-Protest denn mit militanteren Widerstandsformen. Radikale Positionen in der *links* konnten sich bestenfalls in theoretischen Beiträgen entfalten, relevante Praxisformen linksradikaler Politik wurden demgegenüber weitgehend ignoriert, hatten bestenfalls Alibifunktion. Highlights, etwa die Debatte um offene Grenzen, bekamen so stets einen faden sozialdemokratischen Beigeschmack. Immer überwog in der Redaktion die Angst davor, „den Autonomen" zuviel Platz eingeräumt zu haben, selbst die Dokumentation des Aufrufs zur Bundestagsblockade angesichts der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl mußte unter Drohung des Austritts eines Redakionsmitgliedes eine Nummer später kommentiert werden: „Wenn man den Autonomen den kleinen Finger reicht, nehmen sie gleich die ganze Hand."

„Inwieweit eine radikalere Konzeption der *links* wieder auf die Beine geholfen hätte, kann heute natürlich nur spekulativ beantwortet werden."

Die „Pluralismuskonzeption" führte angesichts der Dominanzverhältnisse in der Redaktion zwangsläufig zu einem Übergewicht sozialdemokratisch-reformistischer Positionen. Resultat der publizistischen Rücksichtnahme auf einen AbonnentInnenstamm, für den mehrheitlich die gemäßigte Kritik am Bestehenden bestenfalls zum intellektuellen Gestus gehört, war die politische Bedeutungslosigleit der Zeitung, die heute in das endgültige Scheitern des Projekts *links* mündet.

Bleibt die Frage, warum ich trotz dieser Tendenzen so lange in der Redaktion geblieben bin. Zum einen einfach aus Alternativlosigkeit und aus dem Wunsch heraus, der fundamentalen Krise der Linken irgendwas entgegensetzen zu wollen. Verschwiegen werden soll aber auch nicht, daß die Möglichkeiten zu veröffentlichen einen Reiz darstellten und daß es z.T. durchaus anspruchsvolle Diskussionen innerhalb der Redaktion gab. Mit meinem Austritt aus der Redaktion möchte ich jedoch öffentlich machen, daß es innerhalb der *links* auch fundamentale Differenzen über die Konzeption einer linken Zeitung gegeben hat. Die Versuche, eine radikalere Zeitung zu machen, waren dabei nicht durchsetzungsfähig. Auch die letzte Ausgabe der *links* verdeutlicht, daß die Redaktionsmehrheit mit dem alten politischen Konzept der Zeitung weitgehend einverstanden ist. Deshalb fehlt eine konsequente Bestandsaufnahme des Niedergangs des Projekts. Dabei ist die *links* nicht in erster Linie finanziell, sondern primär politisch gescheitert. Provozierend ließe sich formulieren, daß die Majorität der „Traditionalisten" die Zeitung in den politischen Ruin getrieben hat. In gewissem Sinne geschah dies ganz bewußt, denn die Versuche, die *links* umzustrukturieren und klare Fronten aufzubauen wurden - nicht zuletzt aus Angst der Redaktionsmehrheit vor einem „aus-der-Hand-geben", einem von ihr „nicht mehr kontrollierbaren" politischen Zeitschriftenprojekt, das für sie jahrelang stets auch Identifikationsobjekt und ein wichtiger Teil ihrer Geschichte war – systematisch abgeblockt. Immerhin nicht ganz unverständlich, aber: Die *links* ist dabei eingegangen. Inwieweit eine radikalere Konzeption der *links* wieder auf die Beine geholfen hätte, kann heute natürlich nur spekulativ beantwortet werden. Fest steht allerdings, daß es durchaus einen Bedarf nach einer überregionalen und anspruchsvollen publizistischen Plattform für Diskussionen über Möglichkeiten linker Politik unter den aktuellen sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen gibt. ●

Jörg Lauterbach war bis zur vorletzten Nummer Mitglied der links*-Redaktion.*

THOMAS KUNZ & GOTTFRIED OY

Zurück an Absender

28 Jahre *links* und ein Ende

Dem sanften Entschlafen nun doch nicht entkommen? Die dienstälteste Zeitschrift der Neuen Linken stellt mit diesem Heft im 29. Jahrgang ihr Erscheinen ein. Jenseits massiver ökonomischer Schwierigkeiten ist die Frage zu stellen, was eine solche Entscheidung politisch begründet. Im Folgenden geht es jedoch nicht um einen Abgesang auf linkes Zeitungmachen im allgemeinen, sondern lediglich im speziellen. Ist sich die Redaktion über die ökonomische Misere noch relativ einig, legt bereits die Beurteilung der politischen Gründe Differenzen offen, die dieses Ende plausibel wenn nicht gar erforderlich machen. Die größte redaktionelle Gemeinsamkeit besteht zum Schluß anscheinend darin, gemeinsam aufzuhören.

Die Außenwahrnehmung der *links* wurde im wesentlichen durch zwei Punkte bestimmt: zum einen durch den historischen Hintergrund als ehemaliges Organ des Sozialistischen Büros und damit eines maßgeblichen Teiles der Neuen Linken und zum anderen durch die über Jahre hinweg betriebene Etablierung eines spezifischen Themenkanons und Sprachduktus, der sich als universitär-sozialwissenschaftlich beschreiben läßt. Hier fand sich die *links* in Gesellschaft zahlreicher Zeitschriftenprojekte, die sich in Folge der Umbrüche Ende der 60er Jahre gründeten, im Laufe der Jahre aber immer mehr zu Publikationsmöglichkeiten des sozialwissenschaftlichen Nachwuchses verblaßten. Markige Titel wie *Probleme des Klassenkampfes* oder *Arbeiterkampf* wurden in *Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* oder *Analyse & Kritik* verändert und deuten damit die Suche nach neuen Bezugspunkten an. Ist die Orientierung an Universität vor dem Hintergrund, daß sich viele ehemalige Exponenten der Neuen Linken an dieser etablieren konnten verständlich, so muß sie doch für sich als links oder linksradikal verstehende Projekte als zu einseitig bezeichnet werden. Uns selbst hier auszunehmen, wäre angesichts der eigenen vornehmlich universitären Schreibsozialisation freilich eine Verkennung dessen, wie und zu welchen Themen wir in der *links* gearbeitet haben. Es geht hier durchaus auch um eine Selbstkritik, welche die eigenen Ansprüche an dem, was in der *links* geleistet wurde, mißt.

Da Zeitschriften maßgeblich durch ihr Umfeld bestimmt werden, wurde auch die *links* für Szenen, welche sich außeruniversitärer Theoriebildung und antiinstitutioneller politischer Praxis widmen, immer uninteressanter. Der Anspruch, auch solche linken Spektren berücksichtigen zu wollen, überdauerte redaktionelle Absichtserklärung selten. Nicht, daß etwa Themen, Gruppen oder Personen bewußt ausgegrenzt wurden, vielmehr stellt sich die Etablierung des Themen- und Positionenkorridors als komplexer Prozeß dar, der wesentlich mehr mit alltäglichen Bedeutungszusammenhängen und Wahrnehmungen von gesellschaftlichen Konflikten zu tun hat, als mit direkt betriebener Ausgrenzung. Die Tradition der *links* war insofern Garant für Kontinuität und Hypothek auf potentielle Veränderungen.

Schließlich wurde die Zeitschrift auch gegen den erklärten Anspruch einiger RedakteurInnen zum Szene-Blatt einer Subkultur: Als Frankfurter Uni-Fanzine fristete die *links* mehr schlecht als recht ihr Dasein. Wobei anzumerken ist, daß nicht die Tatsache allein, für einen bestimmten LeserInnenkreis zu publizieren, ein Problem darstellt, sondern eher wie man damit umgeht, d.h. inwieweit man sich das eingesteht (dazu später mehr).

Sich vor beschriebenem Hintergrund zum Teil damit zu begnügen, wenigsten sporadisch Positionen in der *links* und etwas abseits ihres gewohnten Themen-Mainstreams unterzubringen und zugleich als Erneuerungsalibi herzuhalten, mochte eine Zeitlang genügen und war unter bestimmten Umständen sogar eine ganze Menge. Schließlich galt es, nicht voreilig der Fehleinschätzung zu erliegen, diese Art der Mitarbeit lediglich als Schicksal zu verstehen, sondern sie zugleich als Chance zu begreifen. Aber das ist bekanntermaßen genau der Stoff, aus dem Kompromisse gestrickt sind. Insofern waren und sind wir uns über die Ambivalenz unseres Mitmachens sehr wohl bewußt. Spätestens zum Zeitpunkt des drohenden Endes der *links*, als die Frage des *Wie weiter?* aufgeworfen wurde, war das bloße Potential – welches das Mitmachen barg – jedoch nicht mehr ausreichend und diese Unzufriedenheit schwelte bereits lange genug.

Geprägt war unser Einfluß auf die *links* von einer Asymetrie zwischen Verfügbarkeit der Büroressourcen, sowie eines beträchtlichen Zeit- und Arbeitsaufwandes einerseits und eines daran gemessen relativ kleinen Stückes am traditionellen Themenkuchen, sprich im Heft. Die den neuen Redaktionssekretären in Aussicht gestellten inhaltlichen und gestalterischen Freiräume waren ganz so frei dann doch nicht.

In anbetracht dieser Situation unsere Arbeit dennoch als Erfolg zu werten, hätte jedoch bedeutet, um wenigstens diesen Einfluß auf Dauer zu halten, weiterhin erhebliche personelle Ressourcen einzubringen. Solch Engagement hätte unbedingt auf mehr Schultern verteilt werden müssen. Dies wäre nur zu realisieren gewesen, indem neue RedakteurInnen das Projekt *links* verändernd mitgetragen hätten – ganz abgesehen von dem erforderlichen Aufwand, die angedeutete Position noch auszuweiten, d.h. breiter in der *links* zu verankern. Dies gelang nicht.

Mexikooo (Les Humphries Singers)

Der gegenseitige Toleranzbonus des Kompromißprojektes *links* ist aufgezehrt. Nachdem die ökonomische Klammer weggefallen ist, zu einem Zeitpunkt, an welchem einem streitbaren und arbeitsfähigen Redaktionskollektiv anstünde, sich neue Publikations- bzw. Verlagsstrukturen zu suchen, solche aufzubauen bzw. dies wenigsten zu versuchen, zeigt sich vor allem, daß die *links*-Redaktion ersteres nicht mehr ist und folglich letzteres nicht mehr kann. Der hierfür erforderliche Konsens ist brüchig geworden. Es zeigte sich in den letzten Monaten außerdem, soviel sei jetzt schon vorweggenommen, daß dieser Konsens vor allem darin bestand, sich gegenseitig nicht am Zeug zu flicken und – immerhin – tolerierend nebeneinander her zu werkeln. Schienen doch alle Beteiligten gewußt zu haben, daß ein Zuspitzen der latenten Positionen den Fortbestand des Projektes *links* im Kern gefährdet hätte.

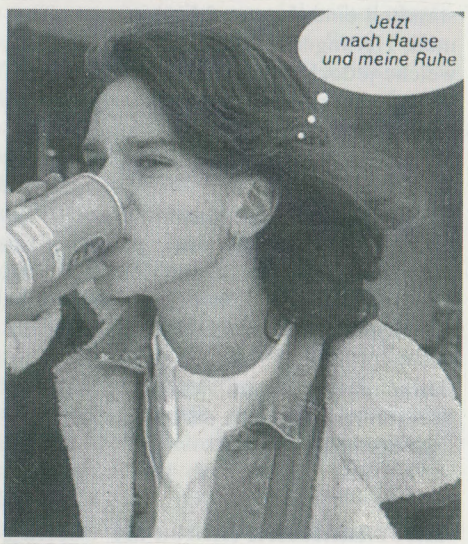
Gerade die Reaktion auf die längst überfällige Kritik am gewohnheitsmäßigen

EZLN-Hype der *links* (vgl. Kunz/Oy in *links* 318/319) verdeutlicht dies, wie auch der Text von C. Görg in diesem Heft zeigt. War das Kritteln am Romantizismus der hiesigen Soliszene offensichtlich noch zulässig, weil konsensfähig, war bereits die Frage nach Legitimation des bürgerlichen Werthorizontes der EZLN-Protagonisten der *links* bereits Frevel. Anscheinend ging es doch an's Eingemachte. Da muß dann auch eifrig von Sprachpolizei reden, wer sich um die Beantwortung der seinerzeit aufgeworfenen Fragen drücken will. Überdies belegt die angesprochene Zurückweisung wie breit dieser Konsens in der *links* tatsächlich ist. Beteiligt sich hier doch ein Autor als Fürsprecher der mit dieser Position bis dahin nicht identifiziert geschweige denn angegriffen wurde. Das der Thinktank der *links* den Gescholtenen quasi zur Hilfe eilt, zeigt wie sehr die Kritik ins Schwarze traf.

Diese Kritik wird letztlich nicht wegen ihrer Schärfe und Polemik zurückgewiesen, sondern weil sie an der hegemonialen Redaktionsposition rüttelt. Görgs Vorwürfe lenken zugleich von der zentralen Forderung ab, sich endlich zu den impliziten Grundannahmen der *links*-Soli-Brille zu äußern, die sich, im Gegensatz zur Kritik bislang nicht explizit begründen mußte. Die Implikationen der eingesessenen Mexikorezeption gerieren sich als unhinterfragbares Allgemeingut und werden für schützenswert deklariert, die Kritik daran als „Verdrehung und Denunziation". Der Versuch, die Kritiker zu maßregeln, erweist sich als Bekenntnisreflex auf die bestehenden Verhältnisse. Das zu keiner Zeit von uns in Abrede gestellte „Minimum an bürgerlicher Rechtssicherheit und Öffentlichkeit" hiesiger Verhältnisse muß dafür herhalten, die Werteemphase weiter zu rechtfertigen. Zu sehr hört man den Unterton heraus, der in noch etablierteren Verhältnissen als „Ihr wißt ja gar nicht, wie gut es Euch geht" daherkommt.

Zu behaupten, daß die Frage, „wie denn auf die Selbstartikulation politischer Bewegungen Bezug genommen werden kann", offen bliebe, ignoriert geschickt, daß diese Frage so nie gestellt wurde. Es war vielmehr längst überfällig, unkritische Bezüge auf bürgerliche Werte offenzulegen, die nahezu ohne Auseinandersetzung über deren Geschichte und Bedeutung zur Grundlage eines Neuen Internationalismus gemacht werden sollen – auch und gerade in der *links*. Da bereits diese Infragestellung auf solch vehemente Ablehnung stößt, resultiert anscheinend aus der Universalität besagter Werte, allerdings universell in unüblicher Lesart. Sie scheinen so universell die Substanz der *links* auszumachen, und zwar über den konkreten Verwendungszusammenhang Mexiko hinaus, daß das Streitigmachen des Expertenstatus der Bewegungstouristen und die Frage nach deren Begriffsraster einen Affront darstellen. Schließlich wird hier nicht nur die Basis ihres Interpretationsmonopols in Zweifel gezogen. Dieser Streit entfaltet – redaktionell – eine erhebliche zentrifugale Dynamik. Mag sein, daß dies alles eine Frage von Arroganz ist, die Anmaßung besteht freilich darin, die von der Redaktionsmehrheit dissidenten Positionen als „wohlfeile Besserwisserei" abzutun und sich im Gegenzug unausgesprochen als linkes Allgemeinwohl zu empfehlen.

Am Beispiel dieser letzten direkten Auseinandersetzung manifestiert sich überdies ein *links*typisches Muster der Wahrnehmung der hegemonialen politischen Position. Die Selbststilisierung „zwischen allen Stühlen zu sitzen" mag hinreichen, sich zwischen institutionellem Pragmatismus und linksradikaler Rhetorik zu verorten und sich über diese Scheingegner als unbequem d.h. kritisch zu empfehlen. Sie unterschlägt jedoch, daß der erwähnte



„Nischen-Existenz"

links-Mainstream immer noch der bequemste Stuhl gewesen ist. So war es kaum erforderlich, politisch zu begründen, warum über bestimmte Themen zu reden sei, die in der *links* seit je vetreten waren. Schwerer war jedoch, jene überhaupt erst ins Heft zu bringen, die abseits der gewohnten Gangart lagen. Das bereits Etablierte war weder einem besonderen Legitimationsdruck noch besonderen Qualitätsanforderungen ausgesetzt, im Gegensatz zu *neuen* Themen und AutorInnen. Im Zweifels- bzw. Streitfall ließ sich immer noch die Notbremse ziehen und mit der „Abkopplung von breiten Teilen der bisherigen und potentiellen Leserschaft" drohen. Diese Abkoppelungsdynamik soll nicht geleugnet werden. Jedoch verklärt die Befürchtung, sich dann auf geschlossene kulturelle Milieus beziehen zu müssen, den vorhandenen eigenen Bezug auf ein ebensolches Milieu.

Tatsächlich findet diese etwas überspitzte Einschätzung in einer vorherrschenden Selbstwahrnehmung ihre Entsprechung, die „Nischen-Existenz", „verstärkte Abschottung", „sprachlich-inhaltliche Spezialisierung" und schließlich „elitäre Besserwisserei" (vgl. C. Görg in *links* 312/313) meist bei anderen vorfindet. Sie ignoriert dabei das Faktum, selbst Publikationsorgan einer Subkultur zu sein. Einer Subkultur, die unbestritten Bestandteil der linken Szene in der BRD ist, die jedoch selbst ihre charakteristische sprachlich-inhaltlichen Spezialisierungen betrieben hat. Eine publizistische Nischen-Existenz die maßgeblich für diejenige (Nischen-)Neue Linke, die nicht mit wehenden Fahnen auf die Gewinnerseite wechselte, von Bedeutung war und die als AbonnentInnen-Stamm der Zeitschrift ihr Überleben überhaupt erst ermöglichte – bie heute zumindest.

Die „Abschottung" des Fanzines *links* manifestierte sich freilich nicht gegenüber einer „etablierten und tonangebenden Öffentlichkeit", sondern gegenüber Szenen, die zugegebenermaßen durch andere, neuere Zeitschriftenprojekte weitaus besser versorgt sind und die allenfalls das Reservoir für die erhoffte „Frischzellenkur" bildeten. Vor diesem Hintergrund ist auch die optimistische Fixierung auf den sogenannten Generationenwechsel irreführend und falsch. Eine Verjüngung der Redaktion garantierte allenfalls personelle Verstärkung. Andere Themenzugänge garantierte sie hingegen noch lange nicht. Mögen neue und jüngere AutorInnen eine quantitative Verstärkung bedeuten, sie standen und stehen nicht zwingend für neue Inhalte bzw. eine andere Bearbeitung bekannter Inhalte.

Folglich ging es unseres Erachtens nicht darum, subkultureller Bestandteil der Linken sein zu wollen oder nicht, sondern hauptsächlich darum, auf welches bzw. welche der vielfältigen subkulturellen Milieus man sich vornehmlich beziehen möchte. Hierin liegt möglicherweise auch der eigentliche Konflikt begründet: das RedakteurInnen und AutorInnen mit ähnlichen aber gerade auch unterschiedlichen Alltags- und Lebenspraxen, kulturellen Symbol- und Zeichenreservoirs für unterschiedliche Bezüge standen (seien es Themen, LeserInnen oder AutorInnen) und sich auf unterschiedliche subkulturelle Milieus beziehen wollten.

Die Frage „Subkultur ja oder nein?" war demnach insofern falsch gestellt, als daß sie den eingegrenzten LeserInnenkreis der *links* nicht als subkulturellen Zusammenhang – so wenig homogen er auch gewesen sein mag – wahrnahm. Eine zeitlang konnten die beiden hierin angelegten unterschiedlichen Subkultur-Einschätzungen nebeneinander existieren, aber auf Dauer steht solch eine Koexistenz allenfalls für Beliebigkeit. Eine Beurteilung die in der *links*-Redaktion übrigens geteilt wurde,

zwar nicht in der hier vorgestellten Ursache, zumindest jedoch in ihrer Wirkung. „Fatal", dem „Sog in Richtung Fanzine nachzugeben" (Görg), wäre es auf jeden Fall nicht gewesen. Fatal war vielmehr zu glauben, man befände sich soweit am Rande jenes Soges, um dem noch zu trotzen, anstatt zu erkennen, daß die *links* schon mittendrin ist.

In Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung waren Anstrengungen, diese zu verändern maßgeblich von Schwierigkeiten auf zwei Ebenen begleitet: Zum einen galt es, die Auseinandersetzung über Konzept und Inhalte mit den in der Redaktion vertretenen Strömungen zu führen und zum anderen galt es, die Scheu derer überwinden zu helfen, denen beschriebene Außenwahrnehmung die Lust an der *links* verdorben hatte bzw. eine solche erst gar nicht aufkommen ließ.

Mit unserer Tätigkeit als hauptamtliche Redakteure, die wir von vorneherein als eine befristete ansahen, verbanden wir einige konzeptionelle Änderungen, mit denen wir allerdings nicht den Anspruch verknüpften, etwas völlig neues zu präsentieren, vielmehr setzten sich die angestrebten Neuerungen gewollt mit der bisherigen 'Linie' der *links* auseinander – mußten das auch – und wollten auf diese aufbauen: Der stark auf universitär-sozialwissenschaftliche Debatten eingeschränkte Themenkanon sollte u.a. unter dem Stichwort *Popkultur* um verschiedene alltagskulturelle Themen erweitert werden, die spezifisch internationalistische Ausrichtung der *links* mit ihrem Bezug auf nationale Befreiungsbewegungen vor allem in Mittel- und Südamerika sollte unter dem Stichwort *Antiidentitätspolitik* einer Kritik unterzogen werden und rassistischer Ausgrenzungspolitik und nationaler Restrukturierung der BRD sollten nicht etwa die besseren Expertisen und Argumente entgegengesetzt werden, warum nun ein bißchen Multikultur besser sei als Monokultur, sondern die enge Verwobenheit einer solchen kulturalistischen Argumentation mit institutionellem Rassismus, etwa in Form des Diskurses der Inneren Sicherheit, aufgezeigt werden.

Zweifelsohne ließen sich genannte konzeptionelle Vorüberlegungen keineswegs ungebrochen auf der Ebene von Artikeln umsetzen. Vielmehr galt auch hier, sich mit verschiedenen Hindernissen auseinanderzusetzen, d.h. Einwände kompromißbereit zu berücksichtigen. Zunächst einmal gestaltete sich das Gewinnen von neuen AutorInnen vor angesprochenem Hintergrund der Zeitschrift als schwierig. Viele stellten sich zu Recht die Frage, wieso sie sich in der *links* zu Themen äußern sollen, die entweder in anderen Publikationen und Diskussionskreisen weitaus tiefergehend verhandelt werden oder an diesen Orten schon längst abgehandelt wurden.

Darüber hinaus stellte sich in der Redaktion das Problem des unterschiedlichen Erfahrungshintergrundes der RedakteurInnen. Wenn bespielsweise mit den *Doors* aufgehört wurde, Musik als Sphäre des Politischen wahrzunehmen bzw. mit einer schlechten Lesart der *Dialektik der Aufklärung* im Hinterkopf Pop und die damit zusammenhängenden politischen Strategien als kulturindustriell und damit „bähbäh" abgetan werden, erübrigt sich natürlich eine Diskussion über Hamburger Schule, HipHop oder neue elektronische Musik. Dennoch konnten in zahlreichen von uns initiierten bzw. Eigenbeiträgen der letzten acht Nummern und vor allem in den von uns konzeptionell betreuten Schwerpunkten *Popmoderne* (*links* 306/307) und *culture club* (*links* 312/313) hier inhaltliche Eckpunkte gesetzt werden.

Diese innerhalb der Redaktion nicht hegemonialen Positionen tauchten so zwar regelmäßig in den einzelnen Nummer auf, wurden aber mehr und mehr zu einem Bestandteil einer bunten Mischung von Themen, Herangehensweisen und Positionen, welche jedoch keineswegs den Effekt hatte, daß ebensolche rege diskutiert, sondern eher stillschweigend nebeneinander publiziert wurden. Lediglich innerhalb eines durch Interessen und Vorlieben eines Großteils der Redaktionsmitglieder strukturierten Themenkorridors, der die Eckpunkte Mittel- und Südamerikasolidarität, ökologische und entwicklungspolitische Fragestellungen und Globalisierungsdebatte umfaßte, wurden Themen als diskutierbar ausgewiesen; was darüber hinauswies, wurde toleriert, da es als nicht relevant betrachtet wurde.

Informationen finden sie wichtig (Lassie Singers)

Die Durchsetzung des Themas Pop erwies sich dabei als ambivalent. In Ermangelung anderer RedakteurInnen, die ihm eine größere Bedeutung beigemessen hätten, oblag uns die Funktion, das Thema auf eher bescheidenem kontinuierlichem Niveau einzufordern, d.h. gerade auch entsprechende – für die *links* – neue AutorInnen zu finden. Folglich galt man redaktionsintern quasi als Spezialist für's abseitig Poppige, was einmal mehr die klassische Arbeits- bzw. Thementeilung in der Redaktion reproduzierte. Verstärkt wurde dieser Status durch die Geltung des *links*-Jokers „Information". „Information" war hierbei das Gütesiegel, welches oftmals über das Wohl oder Wehe eines Artikels entschied, unabhängig vom Thema. Mehrheitlich als „informativ" bezeichnet war ein Beitrag im Grunde so gut wie im Heft. „Informativ" hieß dabei nicht mehr, als daß die bislang „Uninformierten" wenig bis nichts über das jeweilige Thema wissen. Folge: diejenigen, die sich für's Thema (in unserem Fall Pop) stark machten, galten als informiert, d.h. als Experten. Hierüber ergab sich zugleich eine Wahrnehmung, welche die Hartnäckigkeit unseres Eintretens als politisches Programm überinterpretierte. Zwar läßt sich der Popbezug als Indikator für die maßgeblichen unterschiedlichen Redaktionspositionen heranziehen. Als alleiniges Distanzkritrium allerdings halten wir ihn für irreführend.

Hinzu kam zugleich eine durch oberflächliche Betrachtung auch von Außen vorgenommene Festlegung auf Pop, innerhalb derer uns ein mal gut, mal schlecht gemeinter Expertenstatus zugewiesen wurde. Dementsprechend wurden hieran die *links*-Beiträge zum Thema gemessen.

So wurde man außerredaktionell ebensoschnell in Schubladen gesteckt, deren Aufschrift allzuoft aus der „ich-kenne-die-links-seit-zwanzig-Jahren-und-wundermich"-Perspektive resultierte. So wunderte sich z.B. ein Journalist aus Hamburg, der gerade dem Thema Pop seinen Spezialistenstatus verdankt, darüber, daß nun auch die *links* das Thema entdeckt hätte. Die Verwunderung resultierte in erheblicher Weise aus dessen Annahme, daß die Verfechter des Pops in der *links* wohl in dem Alter seien müßten, wie die Mehrheit der *links*-AbonnentInnen bzw. genauso alt wie besagter Jounalist, nur das dieser Altershintergrund in der *links* eben mehr zu polit-ökonomischen Analysen verpflichte, alles andere sei Trittbrettfahrerei.

Eine optimistische Variante der Themenverpflichtung war im Juni '96 der Kölner Musikzeitschrift *Spex* zu entnehmen. Die adelte uns gleich als „Poplinke". Trotz unserer Freude, daß die *links* wohl auch aufgrund der Beschäftigung mit dem Thema Pop eine gewisse Aufmerksamkeit gerade auch in dieser Ecke des linken Blätterwalds erregte, ist diese Etikettierung gleichfalls zu kritisieren. Auch sie wurde als Eigenanspruch der *links*-Sekretäre hervorgehoben und verfestigte deren Festlegung auf das eine Thema. Zugleich – und das war das größte Problem – programmierte diese Wahrnehmung die Enttäuschung potentieller, vornehmlich hierüber neugierig gemachter LeserInnen vor. Schlägt man die *links* auf, so war das Thema Pop niemals so breit verankerte, wie das Label Poplinke zu suggerieren suchte.

Festzuhalten bleibt: Wir waren nie Experten, wollten es nicht sein. Schon gar nicht ging es um das Benennen eines mit Popchic verzierten Vehikels, daß den verlustig gegangenen Bewegungshintergrund der *links* kompensieren sollte. Pop ist nicht Masterplan, den man sich zwecks Heftverjüngung überstülpen kann, sondern Teil der Alltagspraxis derer, die darüber reden und schreiben wollen. Wir hielten und halten das Thema für wichtig, gerade weil wir

Spaß haben „an den zwei oder drei Dingen, die sich zwischen Tonträger, Comicalbum, TV-Zapping, Drogenkonsum und Konzertbesuch ereignen." (*links* 306/307)

Ebenso unzutreffend ist eine Kritik an der *links*, die deren Ende quasi als Folge mangelnder Linksradikalität zu erklären versucht. Hierfür bedient sie sich des ebenso falschen wie eleganten Kunstgriffes, so zu tun, als ob die *links* ihr Erscheinen einstellen müßte, weil sie sich auf das falsche Spektrum bezogen hätte (vgl. J. Lauterbach in dieser Nummer). Mag Lauterbach auch eine „politische Bedeutungslosigkeit" konstatieren, sie mündet nicht kausal in „das endgültige Scheitern des Projekts *links*". Nochmal: die *links* schließt nicht, weil sie zu wenige AbonnentInnen hat – gar linksradikale. So gab es bei der *links* in den letzten zwei Jahren keine überdurchschnittlichen Abo-Rückgänge bzw. -Zugänge, die überdies als Reaktion auf politische Inhalte zu deuten wären – wie auch. Eine Zeitschrift die relativ konstant von ca. 2.300 AbonnentInnen getragen wird, halten wir für ökonomisch stabil. Die Existenzfrage war demnach nicht: „links-radikal oder sozialdemokratisch-reformistisch?" – und zwar ganz unabhängig davon, ob die *links* letzteres gewesen ist. Wer in Anbetracht des marginalen *links*-AbonnentInnenstammes gar vom Appelieren an eine „nach rechts kippende politische Mitte" fabuliert, sitzt, um im Jargon zu bleiben, selbst der Verkennung sogenannter realer Verhältnisse auf. Die Mehrheitsposition der *links* lag und liegt, so sie sich denn überhaupt begrifflich auf diesen Punkt bringen läßt, links von der politischen Mitte. Was keine Inschutznahme der kritisierten Position ist. Nur sollte man diese zumindest so ernstnehmen, daß man seinen Gegner nicht aufbaut, wo er nicht steht. Dennoch: die Ablehnung einer maßgeblichen linksradikalen Ausrichtung war programmatisches Faktum, auch hier ungemein oft mit Begriffen wie „Selbstmarginalisierung" unterfüttert.

Jedoch das Einklagen linksradikaler Ausrichtung bleibt hohles Pathos, solange es sich nicht am Gegenstand festmachen läßt, d.h. als konkrete Fragestellung in die Redaktion und/oder als Position ins Heft drängt. Der Anspruch, sich maßgeblich auf linksradikale Positionen zu beziehen, heißt, diese in der Redaktion zu erstreiten, inhaltlich zu besetzen und nicht, sich vornehmlich mit einem abstrakten Etikett zu schmücken. Mag allein der Gestus bereits Distinktionsgewinne bringen, für die inhaltliche Besetzung steht er indes nicht. Im Handgemenge des Zeitungsmachens ist zudem entscheidend, darüber hinaus AutorInnen, d.h. Artikel vorliegen zu haben, die solche Standpunkte vertreten. Festzustellen ist, daß solche Beiträge, die man gegen andere hätte stellen können, zu selten vorlagen – leider. Wobei die Ursache sicherlich auch in der bereits beschriebenen Außenwahrnehmung der *links* lag, die potentielle AutorInnen aus einem (wie auch immer gearteten) linksradikalen Spektrum gleichfalls eher auf Distanz hielt.

„Elitäre Besserwisserei"

Erst auf Basis der inhaltlichen Konkretionen von Linksradikalität hätte es zum Steit kommen können. Dessen Ausgang wäre ungewiß gewesen, vermutlich wäre die heutige Situation nur viel früher eingetreten. Aber immerhin, der Streit wäre führbar geworden. Besagter Kritiker erliegt somit nicht nur der Selbsttäuschung, es hätten linksradikale gegen sozialdemokratisch-reformerische Positionen im Kampf um Durchsetzung am Redaktionstische gesessen oder gar in Artikelform auf selbigem gelegen, sondern erhebt vor allem das Selbstidentifikationsmonopol auf linksradikale Position.

Das trotzig-abstrakte Eintreten für linksradikale Inhalte in der *links* hat in diesem Sinne für viele Beteiligte dennoch wahre Abgrenzungswunder geleistet. Lauterbach lieferte es die Selbstvergewisserung eigener Radikalität, den anderen autonome Chimären, die immer leicht auf Distanz zu halten sind. Diese Dichotomie fundierte auch die in der *links* hegemoniale konzeptionelle Verarbeitung der Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Konflikte: der „mögliche Beitrag zur gesellschaftlichen Veränderung" übersetzt sich ob jener Komplexität verständnisheischend in kritischen Außer- und eben nicht Antiinstitutionalismus politischen Handelns. Wobei Formulierungen wie „pragmatischer Institutionalismus" dementsprechend frisch und konstruktiv nach vorne weisen und hiervon abweichende Forderungen nach vager Linksradikalität (die es dennoch ernstzunehmen gelte) als „selbstmarginalisierende Militanz" fingerklopfend mit Stubenarrest belegt werden.

Return to sender (Elvis Presley)

Mögen andere noch so sehr über lange Jahre zurückliegende Differenzen, Brüche und Auseinandersetzungen innerhalb der jeweiligen *links*-Redaktionen lamentieren, und sie heute als die jeweils eigentlich ursächlichen (für das jetzige Ende) darstellen. Dieses Präsentieren von Geschichten als Geschichte verweist darauf, daß eben die traditionellen Strömungen nun die maßgebliche Geschichtsschreibung betreiben und belegt vor allem: bestimmte für die *links* neue Themen, Zugangsweisen und damit verbunden vor allem neue AutorInnen waren in der *links* nicht kontinuierlich verteten, weil, wenn leere Seiten zu füllen sind, die Wenigsten an andere Themen dachten und – hinzukommend – altgediente Hausautoren sich allemal eher dazu bereit erklären, zu schreiben. Was nicht diesen zum Vorwurf zu machen ist, denn schließlich war es „ihr" Publikationsforum, gerade bei ihnen kann bzw. konnte man sehen, wie eine relativ solide Blatt-Autoren-Bindung funktioniert.

Nicht zuletzt diese Nummer zeigt also, wie wenig konzeptionelle Änderungen über die persönliche Vertretungsinstanz hinaus etabliert werden konnten. So liefert denn die Abschlußnummer der dargelegten Kritik nochmals ihren Gegenstand. Vorliegendes Heft ist mehr noch als ein *All-Star-Projekt* ein *Old-Star-Projekt*. Nicht neue, sondern neue alte Positionen und alte Neue Linke geben sich, bezogen auf den historischen Enstehungszusammenhang der *links*, ein Stell-Dich-Ein. Dies erscheint bedauerlich, wenn man berücksichtigt, das immer behauptet wurde, die *links* hätte sich *erneuert*, *verjüngt* oder was auch immer. Dies ist aber verständlich vor dem Hintergrund, daß die *links* es nie so recht schaffte. Die Neue Restlinke schreibt ihre Geschichte. Eine Zeitung geht zurück an ihre Absender.

Es bleibt festzuhalten: Unsere Position war in erster Linie defensiv, weil sie sich zuerst einmal am herrschenden Redaktionsmainstream reiben mußte, so wenig er sich auch programmatisch greifen ließ. Darum entfällt auch der Zwang zum visionären Gegenentwurf, zum fertigen Konzept. Zur Klärung, Orientierung und für die Abschiedserklärung genügt diese Vagheit allerdings. Entwickeln und konkretisieren können sich Konzepte in neuen Projekten. ●

Thomas Kunz und Gottfried Oy waren von 1995 bis 1997 hauptamtliche Redakteure der links.

AUTONOME A.F.R.I.K.A.-GRUPPE

Subkultur – Subversion – Supervision?

Idealtypisch lassen sich innerhalb der Linken zwei verschiedene Praxen der Kritik an den herrschenden Verhältnissen unterscheiden, die auch die linke Diskussion um Subkultur prägen. Während für die einen 'links sein' ausschließlich eine politische oder auch ideologiekritische Positionierung darstellt, macht für die anderen radikale Kritik nur dann Sinn, wenn sie die Konsequenz hat, daraus im eigenen Alltag neue Lebensformen zu entwickeln, oder zumindest eng mit einem entsprechenden Lebensgefühl verbunden ist.

Den beiden Herangehensweisen liegt ein unterschiedliches Politikverständnis zugrunde: Im ersten Fall steht die Analyse ökonomischer und im engsten Sinne politischer Entwicklungen als ausschließlicher Bezugspunkt im Zentrum, im zweiten Falle werden der Alltag und damit verbunden die unterschiedlichen Subkulturen als wichtiges politisches Feld gesehen. Während es für die einen ein richtiges Leben im falschen nicht geben kann, erscheint den anderen eine Kritik ohne Selbstveränderung und notwendigerweise voluntaristischer Horizontüberschreitung nicht das Papier wert, auf dem sie daherkommt. Damit sind noch nicht alle Spaltungslinien benannt, denn selbstverständlich gibt es innerhalb beider Fraktionen erbitterte Auseinandersetzungen um das 'wie' der Analyse.

In dieser verfahrenen Situation bot die neue *links* ein Forum der Auseinandersetzung, in welcher der anhaltende Dissens nicht wie andernorts inzwischen üblich als Schlammschlacht ausgetragen wurde. Wo die Diskussion in dieser ernsthaften Weise weitergeführt werden kann, ist derzeit noch offen, doch daß sie nicht abbricht, wäre dringend notwendig. Das politische Projekt der Linken war und ist mit der stetigen Suche nach einem Ort verknüpft, von dem aus Dissidenz und Subversion möglich erscheinen. In diesem Zusammenhang stehen auch die Diskussionen über den politischen Charakter von 'Subkultur' bzw. das 'Subversionsmodell Pop' sowie darüber, ob Linke sich auf Subkultur beziehen können und sollen. Das Problem dabei ist, daß es eigentlich keinen richtigen inhaltlichen Kern gibt, um den sich die Kontroverse zum Verhältnis zwischen Pop, Subkultur und Politik gruppieren könnte. Es ist eine Debatte der Implikationen, in der sich der unausgesprochene Streit um die Frage nach dem Ort der Subversion und Dissidenz, sprich der 'richtigen' Praxis von linksradikaler Politik ausdrückt: Letztlich ist die Diskussion darüber, wo denn auf der Subversionsskala die jeweiligen kulturellen Praxen einzuordnen sind, zugleich ein Streit um den Begriff des Politischen.

Die Debatte darüber, inwiefern 'das Konzept Subkultur' eine brauchbare politische Perspektive darstellt, ist nicht sonderlich neu. Bereits der Arbeiterbewegungskultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik wurde von vielen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären der Vorwurf gemacht, unpolitisch zu sein bzw. entpolitisierend zu wirken. Wer am Sonntagmorgen in den Arbeitervereinen Fußball spiele, der betreibe keine Wahlpropaganda, lautete schon damals das Credo eines verkürzten bürgerlichen Politikbegriffs, der Sozialdemokraten wie Kommunisten umtrieb.

Vom Elend der Subkulturkritik

Mit dem Aufkommen der Autonomen und der Frauenbewegung in den 70er/80er Jahren wurde vielfach versucht, das Verständnis des Politischen zu radikalisieren, indem das Private zum Politischen erklärt wurde. Die Trennung zwischen Alltagsleben und 'richtiger' Politik aufzuheben, implizierte eine Abgrenzung und zugleich eine praktische Kritik am dominierenden Seminarmarxismus. Solche Versuche, libertäre und autonome Ideen zu konkretisieren, zogen schärfste Kritik aus anderen linken Lagern nach sich. „Kleinbürgerliche Anarchisten" war noch eine der harmloseren Bezeichnungen, die im Hinweis auf künftige Arbeitslager für derlei 'Gesocks' gipfelten (vgl. Schwendter 1981: „Das Gespenst des 'Subkulturismus'"). Diese Art von Subkulturkritik ist überaus langlebig und findet immer neue Verunglimpfungen („Poplinke"). Zwar ist radikale Kritik angebracht, sobald kulturelle Praxen selbstverliebt bis arrogant als Meßlatte des Politischen, Wahren und Subversiven gehandelt werden. Wird eine solche Kritik aber ihrerseits zum verabsolutierenden Maßstab, so gilt auch für sie: Wenn es kein richtiges Leben im falschen gibt, ist auch die Praxis der reinen Kritik keine 'richtige' Praxis. Tatsächlich läuft diese Haltung darauf hinaus, in radikaler Attitüde auswegslos zu genießen, was einen kaputtmacht.

Hahnenkämpfe

Seit in der Linken depressive Stimmung herrscht, seit sie ihr eigenes Ende bejammert und damit auch heraufbeschwört, noch bevor es gekommen ist, verhärten sich die oben skizzierten Fronten: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die auf der verzweifelten Suche nach einem sicheren Ort hoffen, auf subkulturellem Terrain fündig zu werden, auf der anderen diejenigen, die sich auf Ideologiekritik als einzige Form der Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen zurückziehen. Schlimmer noch als die tatsächlichen Unterschiede zwischen den Positionen sind die Unterstellungen, mit denen oft zu Werke gegangen wird, um die eigene Position knalliger erscheinen zu lassen. Interessanterweise sind sich nämlich letztlich alle, die an der Diskussion um Pop und Subkultur teilnehmen, in einer Sache einig: Wer in blindem Aktionismus Musik als Vehikel für politische Inhalte benutzt, wird früher oder später damit konfrontiert, daß es keine Form gibt, die ein für allemal den politisch korrekten Inhalt garantiert. Warum aber wird dann die Subkultur- bzw. Popmusik-Debatte dennoch mit Vehemenz fortgeführt? Warum werden unablässig Gegenpositionen aufgebauscht, Popanze gebastelt und Selbstverständlichkeiten als rhetorische Fragen formuliert? Warum werden also Fragezeichen gesetzt, wenn eigentlich Punkte gefordert sind? Es drängt sich der Eindruck auf, daß in der Debatte um Subkultur oft nicht die Auseinandersetzung um inhaltliche Positionen im Vordergrund steht. Eher geht es darum, momentan relevante subkulturelle Phänomene entweder lautstark zu hypen oder möglichst gekonnt in die Pfanne zu hauen. Letztlich geht's also nur um eines: Spieglein, Spieglein, an der Wand, wer ist der Radikalste im ganzen Land? Nur so läßt es sich wohl verstehen, wenn Subkulturexperten allen Ernstes darüber streiten, ob es na-

tionalistisch sei, in deutscher Sprache zu singen. Jochen Distelmeyer von der Gruppe Blumfeld hat diese Haltung seziert: „Die (...) Journalisten wissen das, und darum ist ihre Kritik nur möglich als Behauptung, als Teil einer Immunisierungsstrategie, mit der sie primär sich und ihre Texte behaupten wollen. Schließlich sind ihre Texte immer schon geschrieben; es sind ja immer dieselben Texte, die sie schreiben. Der Anlaß wird immer beliebiger, ihre Absicht ist entscheidend: Es muß immer etwas geben, das nicht dazugehören darf – bis es nur zwei Sprachen gibt, die jeweils eigene und die von vorneherein auszuschließende. Deshalb richtet sich die Kritik im Kern auch nicht wirklich gegen mangelndes Engagement, mangelnde Explizität, sondern vielmehr gegen die Kunst, Musik, Literatur selbst, die sich durch ihre Mehrstimmigkeit, Vielsprachigkeit von der Geste des absoluten, autoritären Schreibens unterscheidet" (*Spex* 11/1996). Die Gnadenlosigkeit, mit der manche Kritiker 'inkorrekte' Formen des Sprechens abstrafen, spiegelt – und sei es im Gewand der antinationalen Kritik – die Gewaltverhältnisse der nationalistischen Dominanzkultur wider. Es geht nicht um solidarische Kritik, sondern um Hierarchisierung und Selbstdarstellung.

Subkultur und Stile

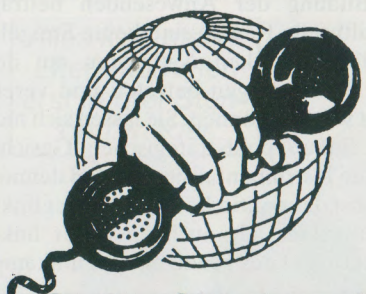
Das Problem mit der Subkultur fängt aber schon weit vorher an, nämlich bei der Frage, was unter diesem Begriff zu verstehen ist. Während sich der früher geläufige Begriff der 'Gegenkultur' auf jene kulturellen Praxen konzentrierte, die Gegenmacht, Dissidenz, Verweigerung und Aussteigen und eine an diesen Begriffen orientierte Lebensweise in den Mittelpunkt ihres Selbstverständnisses stellen, war der Subkulturbegriff zu Anfang verpönt, weil er aus der affirmativen Soziologie stammte und mit Devianz, Anpassungsproblemen und Anomalie negativ besetzt war. Nachdem er zum positiv konnotierten Bezugspunkt avancierte, umfaßt er heute schon das schlichte Bekenntnis zu einer Musikszene wie Techno oder HipHop, sprich zu einem Stil. Interessanterweise dreht sich der Diskurs um Subkultur hauptsächlich um medial vermittelte Phänomene aus der Musikszene. Es geht um Codes und Styles, die von der Medienwelt auf- und alsbald vom Mainstream abgegriffen werden (können). Ein Beispiel sind die Riot Grrrls, die, noch bevor sie in Europa überhaupt bekannt waren, zum domestizierten, frechunkomplizierten, antifeministischen Mädelskult unter dem Stichwort „Girlie" verramscht wurden. Die Subkulturkritik reagiert auf diese Entwicklung oft mit Rundumschlägen. Liedtexte aus HipHop und Gangsta-Rap werden auf politische Korrektheit überprüft, Videos werden analysiert, und am Ende steht zumeist die Note „ungenügend". Die Hoffnung auf Subversion hing aber nie von einem Musikstil ab, sondern immer von einer Praxis, für die Musikgruppen und -stile Bezugspunkt und Erkennungsmerkmal sein können, nicht mehr und nicht weniger. Jeder Vorwurf eines Verrats oder eines Ausverkaufs, komme er von den Protagonistinnen eines Stils oder seinen Kritikerinnen, zielt daher ins Leere. Eine solche Verkürzung von Subkultur auf Stil geht an ihren eigentlichen Funktionen für soziale Gruppen vollkommen vorbei.

Eine Subkulturkritik knüpft an einen reduzierten Politikbegriff an, wenn sie Bereiche, in denen es um die Ausbildung von Gruppenstilen (Mode, Musik etc.) geht, unter Hinweis auf die Kommerzialisierungstendenzen für korrumpierbar oder unpolitisch, ergo für systemkonform und damit politisch irrelevant erklärt. Hinter der lauten Kritik an der kapitalistischen Verwertung von Subkulturen scheint die abstruse Vorstellung auf, es gebe einen gesellschaftlichen Bereich im Kapitalismus, der dessen Spielregeln entgehen könne. Sie beinhaltet – trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse – die unterschwellige Forderung nach einer kulturellen Form, die den Mechanismen der Warengesellschaft enthoben ist. Aber es stellt sich die Frage, warum die Verwertungsmechanismen der kapitalistischen Gesellschaft ausgerechnet vor der Subkultur haltmachen sollten. Die Beständigkeit und Macht des Kapitalismus liegt ja eben darin, daß er alle gesellschaftlichen Bereiche seiner Logik unterordnet und sich selbst die innovatorische Potenz von Dissidenz zunutze macht: Wer glaubt, er könne unter den kapitalistischen Bedingungen einen strategischen Ort behaupten, der hat schon verloren. Diese Feststellung gilt auch für die Kulturkritik der theorieorientierten Linken: Mit Recht läßt sich auf ihre Bedeutung für sozialwissenschaftliche Innovationen hinweisen, die nicht selten zu den Fleischtöpfen des Wissenschaftsbetriebes führen (vgl. Schneider 1996).

Im übrigen ist es sehr die Frage, ob eine theoretisierende Analyse Aussagen darüber zuläßt, ob nicht auf einer alltäglichen, temporären und lokalen Ebene eine andere 'bessere' soziale Praxis zumindest aufscheinen kann. Sie vermag lediglich zu demonstrieren, daß es für eine solche Praxis weder einen strategischen Entwurf noch einen sicheren subkulturellen Ausgangspunkt gibt. Selbst eine Analyse, welche die ganz unterschiedlichen Wirkungsmöglichkeiten und Funktionen von Subkultur berücksichtigt und die sich neben ihrer Abhängigkeit von Kontexten auch ihrer historischen Bedingtheit bewußt ist, stößt an ihre Grenzen, wenn gefragt wird, ob, wo und wann subkulturelle Dissidenz in systemkonformer Innovation aufgeht.

Abschied von den Strategen

Letztlich ist die Frage danach, ob Subkultur politisch sei oder nicht, von vornherein falsch gestellt. Wie in den meisten Parteien der europäischen Arbeiterbewegung seit der II. Internationale wird hier Politik in einem engen Sinne (miß-)verstanden. Politik hat in einer solchen Lesart stets den Charakter strategischen Handelns, der Inbesitznahme, Behauptung und Verteidigung eigener sicherer Orte: 'Stellungskrieg', Machtausübung. Subkultur wird im Rahmen eines solchen Politikbegriffs nur dann als 'politisch' gedacht, wenn sie zum Ausgangspunkt von Praxen wird, die für sich selbst eine strategische Orientierung behaupten oder denen eine solche Orientierung von den Herrschenden unterstellt wird. Ob selbstgewählt oder von außen zugeschrieben, der Preis dafür ist hoch, denn wenn subkulturelle Praxen in einen solchen Diskurs eingebunden werden, müssen sie notwendigerweise kanonisiert und abgesichert werden. Und das heißt konkret: Sie werden mumifiziert, und es wird ungeheuer schwer, sie zu verändern oder ihre Veränderungen zu akzeptieren. Der Preis besteht darin, daß die Subkultur tendenziell ihr wichtigstes und attraktivstes Moment verliert, nämlich ihre Dynamik. Und damit ist tragischerweise nicht einmal etwas gewonnen, denn das Ziel, innerhalb der herrschenden Verhältnisse zumindest


Info Pool Network
APC / CL-Server Berlin/Brandenburg,
Vernetzung von NGOs, Initiativen,
Gruppen und Verbänden, Betreuung und
Erstellung von WWW-Diensten
in unserem Server-Netz
InterNet
Mail-, News- und
InterNet-Zugänge, Web-Server-
Dienste, EDV - Support
Erreichbar:
per Mail: info@ipn.de
im Web: http://www.ipn-b.de
per Tel. u. Fax: 030 / 68834-308
oder auch per snail-mail:
Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin
Mailbox

„Spieglein, Spieglein, an der Wand, wer ist der Radikalste im ganzen Land?“

in gesellschaftlichen Nischen eine Vormachtstellung zu erlangen und gegen andere Nischenbewohner zu behaupten, schlägt letztlich allen Utopien von Gesellschaftsveränderung ins Gesicht. Wenn es kein richtiges Leben im falschen gibt, kann es auch keine richtige Macht unter falschen Verhältnissen geben; auch der alte Traum von einer linken (kulturellen) Hegemonie bleibt vielleicht besser ungeträumt.

Grundlegende Veränderung ist nur möglich, wenn auch die Alltagspraxis aller einzelnen von dem Bestreben geprägt ist, neue Lebensweisen zu entwickeln. Hier können Subkulturen wesentliche Ausgangspunkte darstellen. Es ist dabei gar nicht die Frage, ob versoffene Punks das richtige Bewußtsein haben oder die Volxküche zur geistigen Bildung der Anwesenden beiträgt: Subkulturelle Räume sind keine Freigehege, die von linken Agitatoren mit dem Blick des Zoologen betreten und vereinnahmt werden können. Sie lassen sich nicht unter linken politstrategischen Gesichtspunkten instrumentalisieren. Und dennoch erwächst das politische Potential der linken Subkulturfans wie auch das ihrer linken Kritiker nicht aus genau diesem umkämpften Terrain. Denn es bietet einen sozialen Rahmen für diejenigen, die sich nicht an bürgerlichen Lebenskonzepten orientieren können oder wollen. Im Umfeld subkultureller Lebensweisen eröffnen sich soziale Räume, in denen linke Zusammenhänge einen Platz finden, doch sie sind nicht identisch mit ihnen und dürfen es auch nicht werden.

Die gegenwärtige Subkulturkritik verkennt, daß soziale Bewegungen nicht im Ringen um die richtige Ideologie (oder in der sozialdemokratischen Version gar um Parlamentssitze) enstehen. Das Bestreben nach gesellschaftlicher Veränderung entsteht aus Formen der sozialen Praxis. Wer solche Formen von außen kritisiert, weil sie sich nicht in ein vorgegebenes strategisches Konzept einfügen, verwechselt Subversion mit Supervision.

Wie könnte eine Politk aussehen, die ohne die Gewißheit (und 'Sicherheit') strategischer Positionen auskommt? Eines ist offensichtlich. Sie läßt sich nicht kodifizieren, festschreiben, in wortreiche Konzepte fassen. Sie ist gezwungen, ihre Utopien eher in kurzen Augenblicken der Überschreitung des Bestehenden zu artikulieren, als sie in großspurigen Erklärungen zu verkünden. Sie ist temporär und immer revisionsbedürftig. Kann eine solche Politik überhaupt ohne klar artikulierte, strategische Konzepte, Momente der Störung oder gar der Subversion der bestehenden Ordnungen befördern? Vielleicht ist auch diese Frage falsch gestellt. Denn für den Begriff der Subversion gilt dasselbe, was für den Begriff des Politischen gesagt wurde: Wenn soziale und kulturelle Praxen in bestimmten Augenblicken subversive Kraft entfalten, dann jedenfalls nicht, weil sie durch irgendeinen Diskurs über Pop- oder sonstige Stragegien ein entsprechendes Gütesiegel erhalten haben. Und auch die Grenze, an der Subversion in Innovation umschlägt und somit 'systemstabilisierend' wirkt, ist analytisch kaum in den Griff zu bekommen, weil jede Revolte und jedes Aufbegehren, wie Pierre Bourdieu sagt, immer von den Strukturen des zu Überwindenden geprägt sein wird. Jeder Versuch, an (sub)kulturelle Praxen eine Subversionsskala anzulegen, würde bedeuten, genau jenen unkontrollierbaren 'Sumpf' trockenzulegen, jenes Gewirr unterschiedlicher und widersprüchlicher Aktivitäten ordnen zu wollen, aus dem Subversion überhaupt erst entsteht. ●

Literatur

Gregory, Stephan: Kulte und Subkulte. links *306/307, S. 26 – 28.*

links-*Redaktion: Popmoderne.* links *306/307, S. 18 – 19.*

Nitschke, Jessica: „Catch and Destroy“ Wie Girlism von der deutschen Presse aufgegriffen und verzerrt wurde. links *306/307, S. 29 – 31.*

Schneider, Christoph: Strategen der Subkultur! Eine kleine Geschichte der Abhängigkeiten. links *310/311, S. 46 – 48.*

Schwendter, Rolf: Theorie der Subkultur. Frankfurt 1981 (3. Auflage).

Die autonome a.f.r.i.k.a-gruppe ist Mitautorin des demnächst erscheinenden „Handbuch der Kommunikationsguerilla“: autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe/ Luther Blissett/Sonja Brünzels: Handbuch der Kommunikationsguerilla. *Verlag Libertäre Assoziation/Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße. 240 Seiten. DM 29.80*

zweite hilfe

Hysterieblatt für die absteigenden Mittelschichten — Frühjahr 1997

Angebote vergleichen:
Kunstpark Ost, Multiplex-Kino, Hauptbahnhof, Mikropolitik II, Tourismus, Dokumentarfilm, Tauben füttern, Haare schneiden, Singen mit den Merricks, Begehren mit Lacan

Der mobile Schlagbaum - Kontrollen ohne Grenzen

Freizeit 97 - Münchner Spaßmangement

Jetzt neu: das Internet!

Klasse! Prima Leben ohne zu sparen

ab Februar bei:
zweite hilfe - Daiserstr. 34
D-81371 München
Tel 089-74 79 12 78
Fax 089-74 79 12 77
(Probeheft incl. Versand für 7 Mark in Briefmarken)

HEINZ STEINERT

links in der Kulturindustrie

Das Reden über Politik hat einen unernsten Ton angenommen. Die Entscheidungen der Politiker sind für die Leute so desaströs, wie sie das in der Geschichte immer waren, aber die Dramatik ist verschwunden. Nicht einmal die Stammtische bringen noch die große Empörung hervor, die mit der starken Faust auf den Tisch schlagen läßt. Grantigkeit trägt keine großen Gesten.

Man könnte geneigt sein, diesen Zustand dessen, was man sich kaum mehr „politische Kultur" zu titulieren traut, auf den Zustand der großen Politik und ihres Personals zurückzuführen. Das wäre ungerecht: Politik hatte bei ihren Darstellern immer schon Aspekte von Realsatire. Oder inwiefern wäre Marat seriöser gewesen als heutige Prediger von Law and Order, Ludwig II. als Jelzin, Louis Philippe als Kohl, Elisabeth von Österreich als Hillary Clinton? Daß einem bei der Suche nach Beispielen aus der bürgerlichen Revolution der Eiferer des Tugendterrors und Randfiguren der monarchischen Reaktion einfallen, ist andererseits wohl kein Zufall: Das Heldische ist mit dem Ernst aus der Politik verschwunden und das kann einen ziemlich versöhnlich stimmen – nichts Schlimmeres als große Zeiten.

Was immer man sonst vom Zustand der Kulturindustrie heute halten mag, eines kann man ihm zugute halten: Es ist nicht besonders günstig für die Entstehung von großen Zeiten. Die Sensationen wechseln zu schnell und selbst die Politiker als Alleinunterhalter, wie Haider in Österreich, können mit Frechheit nur den anderen Parteien Ärger machen, wenn sie selbst ernsthaft an die Macht wollen, werden sie auch staatstragend und damit langweilig.

Der Zustand der Kulturindustrie ist auch nicht günstig für große Zeiten auf der Linken. Die Bewegung, aus der Zeitschriften wie die *links* entstanden sind, wurde des öfteren, besonders überzeugend von Todd Gitlin (*The whole world is watching*, schon 1980) als durch die Medien vermittelt und vor allem als „TV-geeignet" beschrieben. Diese Bewegung der 60er und 70er Jahre verstand es, die Kulturindustrie für sich zu nutzen, mit antiautoritären wie mit militanten Aktionen, mit gekonnten Redebeiträgen und zitierbaren Parolen, „in Bild und Ton". Daran hat sie sich auch aufgerieben. Heute machen das noch Profis wie Greenpeace und Joschka Fischer.

Die inzwischen gern glorifizierten Kämpfe waren Kämpfe um die Aufmerksamkeit der Medien: Schon in den Anfängen kannte sich die „Subversive Aktion" mit Adornos Theorie der Kulturindustrie und Debords Theorie des Spektakels gut aus und wußte das auch in einfallsreichen Aktionismus umzusetzen. Und am anderen Ende der Bewegung muß man den „linken Terrorismus" als auch besonders angepaßte Form von „Öffentlichkeitsarbeit" sehen – mit den kriegerischen und medialen Mitteln der Gegenseite (womit im übrigen das Ziel der Befreiung, was auch heißen muß: einer Veränderung der politischen Form, von vornherein verfehlt war). Dazwischen wurden militant immer wieder die Sensationen geliefert, die von einer kulturindustriellen Öffentlichkeit gebraucht werden – von den harmlosen Demos der 60er bis zu den Schlachten um Wackersdorf oder die Startbahn West.

Dagegen gab es die vielen, wenn auch zuletzt viel zu wenigen, Beispiele von antiautoritärem Witz, die auch die Medien eroberten, aber ihnen nicht zum Opfer fielen: Fritz Teufels „Wenn es der Wahrheitsfindung dient" oder das spätere, wenig bekannte Beispiel eines geplanten Auftritts von Dregger an der Uni Ffm, der im Jubel und Applaus der Spontis unterging. Eine Sammlung solcher Beispiele, die oft lokal blieben, wäre ein bedeutender Beitrag zu einer linken politischen Kultur, wichtiger jedenfalls als alle Organisationsdebatten.

Gegen diese Verklammerung mit der Kulturindustrie entstanden die Projekte der Gegenöffentlichkeit, die der internen Verständigung dienen sollten. Natürlich blieb das widersprüchlich, denn es ist nicht leicht, dabei nach einem Aufbrechen der großmedialen Hegemonie nicht zumindest zu schielen. Und die professionelleren der Medien der Gegenöffentlichkeit wurden auch in die Kulturindustrie eingebaut: als „Kreativ-pools" für die interessanten Mel-

„Schon in den Anfängen kannte sich die „Subversive Aktion" mit Adornos Theorie der Kulturindustrie und Debords Theorie des Spektakels gut aus und wußte das auch in einfallsreichen Aktionismus umzusetzen": Subversive Aktion

dungen und für die interessanten Journalisten, die dann bei *Zeit* und *Spiegel* landeten, wenn sie nicht als Trendforscher die Werbeindustrie modernisieren halfen.

Das Problem dieser Gegenöffentlichkeit ist inzwischen, daß ihr die linken Genres weggebrochen sind: Niemand weiß mehr so recht, was die Formen eines „linken" Redens über Politik und den Zustand der Gesellschaft sein sollen. Klar ist, was nicht mehr geht:

- der ernsthaft „aufklärende" Traktat über die Bedeutung eines politischen oder wirtschaftlichen Ereignisses im Rahmen der weltweiten sozialen Kämpfe;
- die Diagnose des aktuellen Stands von Ausbeutung und Ungerechtigkeit im eigenen Land und weltweit und die gemeinsame Empörung darüber;
- die Nachrichten von der Front der weltweiten Klassenkämpfe, in denen oft Niederlagen, vor allem aber das Aufflammen neuer, begeisternder Militanz, selten Siege vermeldet werden;
- die leicht paranoiden Unterhaltungen über stattfindende Machtkämpfe hinter den Kulissen der Politik auf allen Ebenen von der Ortsgruppe der jeweiligen Sekte bis zur Weltpolitik;
- der Nachweis des neuen und alten Faschismus in Gesetzesvorlagen, Politikeräußerungen, Polizeiaktionen, gerichtlichen Urteilen, und das gemeinsame Gruseln und Ängstigen, aber auch entschlossene Fäusteballen als Antwort darauf;
- die verbissene Suche danach, was in der gegebenen Situation die wirklich radikale, den Klassenfeind empfindlich treffende politische Strategie sein könnte – und ihr Gegenstück, der dauernde Nachweis, daß eine bestimmte Strategie natürlich auch nur reformistisch und vereinnahmbar ist.

„Das Problem dieser Gegenöffentlichkeit ist inzwischen, daß ihr die linken Genres weggebrochen sind: Niemand weiß mehr so recht, was die Formen eines „linken" Redens über Politik und den Zustand der Gesellschaft sein sollen. Klar ist, was nicht mehr geht."

Das alles ist nicht falsch geworden: Wir brauchen immer noch vernünftige Interpretationen der zunächst schwer verständlichen Vorgänge in der Welt, wir brauchen immer noch Nachrichten über Aufstände und Subversionen, über die Machenschaften der Herrschenden und über die Entwicklungen der Gesellschafts- und Staatsverfassung, die uns hilflos machen. Wir brauchen immer noch Strategie-Einfälle und -Debatten.

Nur die alten Formen, in denen solche Fragen behandelt werden könnten, sind nicht mehr verfügbar und nicht mehr zu gebrauchen: Sie waren schon Ende der 60er Jahre, als sie wiederbelebt wurden, nostalgische Anachronismen aus der Zwischenkriegszeit. Wie die K-Gruppen sie benützten, hat sie endgültig ruiniert. Seither improvisieren wir mit abgemilderten, aufgelockerten, undogmatischen, alltäglichen Denkfiguren und Redeweisen – aber es nähert sich immer dem Seminar, dem Akademischen, das im Alltag nicht akzeptiert wird – oder es gerät gleich zur Unterhaltung und Selbstdarstellung, auf das Feld der Kulturindustrie also, auf dem wir mit den Profis nicht konkurrieren können. Der heroische Gestus ist uns peinlich, aber der nachdenkliche ist es leider auch geworden.

Was immerhin bleibt, ist die Kritik am gesellschaftlichen Wissen und an dem, was die einschlägige Wissenschaft dazu beiträgt – durchaus im Sinn der Anfänge von Ideologiekritik. Und da gibt es genug zu kritisieren, vorzuführen, auch zu ironisieren und zu verspotten. Daraus wäre schon etwas zu machen.

Insofern hätte ich persönlich in dieser Situation dafürgehalten, es trotzdem und gerade weiter zu probieren, die Nische auszubauen und in ihr unverdrossen zu experimentieren. Nur Unzeitgemäßes ist in der Kulturindustrie den Aufwand wert. Aber die Banalität von Schulden spricht eine deutliche Sprache und die Abnützungserscheinungen bei den Selbstausbeutern, die die Redaktion betrieben haben, tun das auch. Vielleicht muß über die Art Fragen, wie ich sie genannt habe, nicht unbedingt geschrieben und gelesen werden, vielleicht ist es besser, über sie zu reden. Vielleicht muß man in der Konkurrenz der Unterhalter besser ganz aus dem Feld gehen.

Und für Ironie und Spott und Hohn kann man ein Abo der *Titanic* empfehlen.

Hasta la vista, baby! ●

Heinz Steinert war Herausgeber der links.

Spendenaufruf

Nach zweijähriger Verhandlungsdauer endete im November 1996 der Prozeß gegen Birgit Hogefeld mit einem Lebenslänglich-Urteil. Der 5. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Frankfurt hat außerdem die besondere 'Schwere der Schuld' festgestellt, um die Haftdauer über 15 Jahre hinaus festzuschreiben. In der Presse war angesichts dieses Urteils von „zweifelhafter Beweislage" (Frankfurter Rundschau) die Rede. In der Süddeutschen Zeitung hieß es: „In der Verantwortung der Gerichte liegt es, mit wachsendendem zeitlichen Abstand zu den Taten immer größere Sorgfalt bei der Beweisführung walten zu lassen. Das Hogefeld-Verfahren gibt auch in dieser Hinsicht „Anlaß zur Sorge" und die Tageszeitung schrieb: „Der Rechtsgrundsatz 'im Zweifel für den Angeklagten' ist in der staatlichen Überreaktion auf den politisch motivierten Terrorismus vor zwei Jahrzehnten kurz und bündig abgeschafft worden."

Es muß endlich aufhören, daß Bundesanwaltschaft und Staatsschutzsenate willkürlich und ihren eigenen Gesetzen zuwider handelnd Anklagen und Verurteilungen durchpeitschen können.

Die Verteidigung hat gegen dieses Urteil Revision eingelegt. Für den Fall der Zurückweisung ist eine Klage beim Europäischen Gerichtshof beabsichtigt. Da für die Finanzierung des Revisionsverfahrens Geld benötigt wird, bitten wir um Spenden.

Spenden bitte auf das Konto der Bunten Hilfe Frankfurt:
Sonderkonto V. Luley
Konto-Nr. 16072-603 Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60
Stichwort: Revision

Auf diesem Wege ein herzliches Danke für die bisherige und zukünftige Unterstützung der Prozeßarbeit und ein gutes Neues jahr.

PS: Die Schlußerklärung von Birgit Hogefeld ist in der *Frankfurter Rundschau* vom 19.12.96, der *jungen Welt* und der *taz* vom 6.11.96 sowie in den November-Ausgaben der *ak* und der *SoZ* auszugsweise abgedruckt.

Die vollständige Fassung ist gegen DM 5,- (Schein oder Briefmarken) erhältlich bei: Prozeßgruppe Birgit Hogefeld, c/o Infoladen, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden.

JOACHIM HIRSCH

Außerparlamentarische Politik: Ein Auslaufmodell?

Daß die *links* nach einem gewiß ehrwürdigen Vierteljahrhundert nun eingestellt wird, hat klare politische Gründe.

Sie liegen vor allem darin, daß der Politiktypus, für den sie eingetreten ist, den sie zu begründen und voranzutreiben versucht hat, gegenwärtig kaum noch gesellschaftliche Resonanz findet.

Sozialrevolutionäre Politik ist nach dieser Auffassung von zwei Prinzipien bestimmt: Sie ist *erstens* „außerinstitutionell" in der Weise, daß nicht die bestehende Apparatur des kapitalistischen Staates und die ihn stützenden Institutionen, sondern selbstorganisierte Praxisformen, Kooperationszusammenhänge und Öffentlichkeiten Grundlage und Ausgangspunkt gesellschaftsverändernden Handelns bilden.

Wenn die praktische Umgestaltung von sozialen Beziehungen und Lebensverhältnissen das Ziel ist, muß dies in autonomen, gegen die herrschenden Vergesellschaftungsstrukturen und ihre Zwangsmechanismen gerichteten Formen geschehen.

Sozialrevolutionäre Politik zielt *zweitens* notwendig auf eine tiefgreifende Umwälzung der gesellschaftlichen Strukturen insgesamt, kann sich also nicht mit partiellen Veränderungen abfinden.

Hintergrund dafür sind einigermaßen alte, wenn auch immer wieder vergessene und verdrängte Einsichten. Nämlich die, daß mittels des kapitalistischen Staates die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, deren Teil er ist, nicht grundsätzlich verändert werden können und daß revolutionäre Prozesse sich nicht in Strategien der Machteroberung erschöpfen, sondern zuallererst auf die Umwälzung der herrschenden Arbeits- und Arbeitsteilungsformen, der Wertvorstellungen, der sozialen Beziehungen und Lebensverhältnisse bis hinein in die privatesten Bereiche, nicht zuletzt auch der Geschlechterverhältnisse zielen müssen. Dies deshalb, weil „Kapital", „Staat" und „Macht" nicht etwas den Menschen Äußerliches sind, sondern ihre Verankerung in ihnen selbst haben und von ihnen allen fortwährend mitgemacht und reproduziert werden. Oder wie André Breton es einmal ausdrückte: „'Die Welt verändern' hat Marx gesagt; 'das Leben ändern', hat Rimbaud gesagt: Diese beiden Losungen sind für uns eine einzige". So begriffen, ist Politik, die auf reale Befreiung zielt, im Kern *kulturrevolutionär.*

Herbert Marcuse hat dies wohl am deutlichsten und nachhaltigsten zum Ausdruck gebracht. Dabei handelt es sich gewiß um einen schwierigen, oft schmerzhaften, jedenfalls dornenreichen und langwierigen Weg, der keine festgefügten Gewißheiten kennt und anspruchsvolle Lern- und Selbstveränderungsprozesse voraussetzt. Er verlangt nicht zuletzt sehr viel soziale Phantasie, die gemeinhin weder in Bürokratien und Zentralkomitees noch in den Köpfen von Berufspolitikern und Funktionären zuhause ist. Gleichzeitig kann sich selbstbefreiendes Handeln auch nicht darin erschöpfen, „autonome" Inseln und „befreite Zonen" zu schaffen, weil wirkliche Befreiung in einem umfassenden gesellschaftlichen und Zwangszusammenhang nicht möglich ist. Gelegentlich haben wir dieses Konzept als „radikalen Reformismus" bezeichnet.

Schon hier kann man gegen die publizistische Praxis der *links* einwenden, daß diese Prinzipien zwar immer thematisiert wurden, dies aber, gerade was „kulturrevolutionäre" Prozesse angeht, meist höchst abstrakt geblieben ist. Die kritische Beschäftigung mit praktischen Ansätzen zur Revolutionierung des Alltags, die konkrete Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Wertorientierungen und gegenkulturellen Strömungen, mit den Formen des Alltagsverstands, mit Literatur und Kunst – also den Sphären, in denen solche Prozesse vor allem in Gang gesetzt und vorangetrieben werden, blieb redaktionell ein weitgehend blinder Fleck. Insofern war das immer wieder bemängelte Fehlen von „Kultur" nicht die Frage einer vernachlässigten Zeitungsrubrik, sondern reflektierte selbst noch einmal einen politischen Traditionalismus, vom dem sich die Redaktion nicht befreien konnte und mit dem sie sich theoretisch-politisch sozusagen selbst in den Rücken gefallen ist. Dies zu vermeiden fiel allerdings umso schwerer, je stärker nach dem Aufbruch der sechziger Jahre die Normalisierung der gesellschaftlichen und politischen Denkmuster voranschritt, entsprechende Diskussionen versiegten und Experimente aufgegeben wurden.

Abgesehen davon verbindet sich mit dieser politischen Orientierung eine Reihe von grundsätzlichen Schwierigkeiten und Widersprüchen. Dazu zählt das Dilemma, einen sich tendenziell totalisierenden Vergesellschaftungszusammenhang quasi von innen heraus, ohne sicheren Hebel und ohne vorbestimmte Akteure aufbrechen zu wollen. Dazu gehört auch, auf die routinisierten Sicherheiten der etablierten politischen Apparatur verzichten zu müssen und gleichwohl den Anspruch nicht aufzugeben, auf diese einwirken und sie verändern zu wollen: „Politik im und gegen den Staat" zu machen, wie John Holloway dies einmal genannt hat.

Dafür bedarf es vor allem eines langen Atems, der Fähigkeit, Widersprüche auszuhalten, im praktischen Handgemenge die Orientierung nicht zu verlieren, mit anderen Worten: man braucht Ausdauer und ein gerütteltes Maß an theoretischer Reflexivität. Politische Prinzipien dieser Art lassen sich im übrigen leicht theoretisch formulieren, praktisch entwickelt und konkretisiert werden können sie nur im Zusammenhang realer sozialer Bewegungen.

Deren Konjunkturen haben dementsprechend die Entwicklung – und das Ende – der *links* entscheidend bestimmt. Aus dem ursprünglich eher noch traditionalistischen Kontext des Sozialistischen Büros stammend, wurden die Erfahrungen und Einsichten der aus der 68er-Protestbewegung und der darin sich formierenden Neuen Linken für das politische Konzept der Redaktion mehr und mehr bestimmend. Theoretisch maßgebend waren deren Staats- und Parlamentarismuskritik ebenso wie ihr „kulturrevolutionärer" Impetus, die Einsicht in die Notwendigkeit des alltagspraktischen Bruchs mit den herrschenden Lebens-, Vergesellschaftungs- und Politikformen. Damit konnte sie eine substantielle linke Kritik sowohl an der Revolutionsmetaphysik und am politischen Autoritarismus der K-Gruppen als auch an der sich verselbständigenden Militanz der

RAF formulieren. Die *links* stand insoweit für eine wichtige und politisch einflußreiche Strömung innerhalb der westdeutschen Linken.

Ihre weitere Entwicklung war eng verbunden mit dem Aufstieg und Fall der sogenannten Neuen sozialen Bewegungen, der schließlich in die 1989 perfekt gemachte politische Wende einmündete. Die Bewegungen der siebziger Jahre standen zwar in enger Beziehung zur Protestpolitik der sechziger, waren aber in wesentlichen Teilen pragmatischer, realpolitischer und im traditionellen Sinne „reformistischer". „Systemfeindlich" wurden sie zwar gelegentlich, aber meist eher gezwungenermaßen. Der gesellschaftskritische Horizont vereinfachte und verengte sich – auf Patriarchat, Umweltzerstörung, Krieg. Die kritische Theorie der Gesellschaft als eines komplexen Herrschafts- und Ausbeutungs- und Entfremdungszusammengangs trat in den Hintergrund. Das Verhältnis zwischen der Neuen Linken und den sozialen Bewegungen blieb vielfach von einer Mischung aus wechselseitigem Unverständnis und eher pragmatischen bis taktischen Annäherungsversuchen geprägt – ein Umstand, der zum Niedergang beider viel beigetragen hat.

Das hat sich auch auf den Seiten der *links* niedergeschlagen. Das Verhältnis zur Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung war insgesamt eher vom Bemühen geprägt, deren für irgendwie wichtig gehaltene Themen recht und schlecht mit zu beackern, statt sich ebenso hart wie konsequent politisch und theoretisch mit ihnen *auseinanderzusetzen*. Für das redaktionelle Dauerloch „Frauenbewegung" gilt dies in besonderer Weise, wäre doch eine genaue Auseinandersetzung mit ihrer oft verkürzten Gesellschaftskritik und ihrem immer weniger heimlichen Konservatismus ebenso wichtig wie fruchtbar gewesen. Die auch von der *links* praktizierte Fehleinschätzung des politischen Charakters der Bewegungen wäre zweifellos immer noch einer nachträglichen Aufarbeitung wert. Jedenfalls blieb die durchaus vorhandene Kritik an der allmählichen Re-Parlamentarisierung und an den konservativen Elementen der Bewegungen – institutionell symbolisiert durch die Erfolge der GRÜNEN –, weitgehend folgenlos. Es ist kein Zufall, daß das Erscheinen der *taz*, dieses sozusagen organischen Blatts der grün-alternativen Szene, der *links* eine glatte Halbierung ihrer Auflage bescherte.

Es spricht einiges dafür, daß wichtige Gründe für den Niedergang der Neuen Linken in ihrem theoretischen und praktisch unentschiedenen und des öfteren auch opportunistischen Verhältnis zu den Neuen sozialen Bewegungen zu suchen sind. Endgültig besiegelt wurde er mit der Wende von 1989, der deutschen „Vereinigung" und dem Zusammenbruch des „realen" Sozialismus. Es gelang nicht mehr, diese so gar nicht ins linke Weltbild passenden Ereignisse in einem übergreifenden und selbstkritischen Diskussionsprozeß zu verarbeiten. Stattdessen kam die Zeit der angestrengten Anpassungsleistungen und Verabschiedungen, nachdrücklich manifest geworden im Zusammenhang mit dem zweiten Golfkrieg – ein Ereignis, das auch die Redaktion spaltete (siehe auch den Beitrag auf Seite 24f.).

Jetzt zeigte sich, in welch dramatischer Weise Internationalismus, die Kritik an Kapitalismus, Imperialismus, Staat und liberaler Demokratie für viele längst zu angestaubten Ladenhütern geworden waren. Was hierzulande als links zu verstehen ist, verfiel sozusagen einer neuen Unübersichtlichkeit. Zwischen einer Metropolenlinken, die daran ging, die Freundlichkeiten der herrschenden „Zivilgesellschaft" zu entdecken und sich in der Verteidigung der „Bürgergesellschaft" schließlich zum ideologischen Staatsschutz mauserte, vereinzelten Bewegungsresten, diversen alternativen Subkulturen, intellektuellen Theoriezirkeln, die die Welt durch Interpretieren verändern zu können glauben und einigen versprengten autonomen Grüppchen gibt es praktisch keine Verbindung mehr.

Dazu kam, daß sich im Zuge des Zusammenbruchs des „fordistischen" Nachkriegskapitalismus, der für ihn charakteristischen sozialdemokratischen Reformpolitik und der diesen Prozeß begleitenden neoliberalen Wende das allgemeine gesellschaftliche Bewußtsein dramatisch veränderte. Das nun eilig verkündete „Ende der Geschichte", d.h. die Behauptung, zum herrschenden Gesellschafts- und Politikmodell gäbe es keine Alternative, begann immer deutlicher die Köpfe zu beherrschen. Von Revolution zu reden, gilt heute bestenfalls als altmodisch. Linke Politik reduzierte sich immer mehr auf die Verteidigung der sozialpolitischen und liberaldemokratischen Errungenschaften der Nachkriegszeit. An die Stelle des Kampfs um neue Arbeits- und Lebensformen, gegen gesellschaftliche Eindimensionalität und „Konsumterror" rückte die Sicherung von Arbeitsplätzen und einmal erreichter Konsumstandards in den Vordergrund. Die Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen Strukturen verdünnte sich zum Antirassismus und Antifaschismus.

Natürlich wäre es falsch, darin nichts anderes als eine durchgängige Verfallsentwicklung zu sehen. Politisch-theoretische Auseinandersetzungen führen notwendig zu Spaltungen und Ausdifferenzierungen, neue historische Erfahrungen zu Umorientierungen, und keine Bewegung entwickelt sich linear weiter. Auch die Staats-, Parlamentarismus- und Demokratiekritik kann natürlich nicht auf dem Stand der sechziger und siebziger Jahre stehen bleiben und das Konzept des „radikalen Reformismus" bedürfte gerade angesichts des Scheiterns der Neuen sozialen Bewegungen einer Überprüfung. Nicht zuletzt wird die Frage immer drängender, ob und auf welche Weise eine auf die Veränderung gesamtgesellschaftlicher Strukturen gerichtete Politik im Zeitalter der Globalisierung, der Aushöhlung liberaldemokratischer Strukturen und massiver gesellschaftlicher Fragmentierungs- und Auflösungstendenzen überhaupt noch möglich ist. Angesichts dieser Entwicklung wären Konzepte für eine neue internationalistische Politik gefragt, die auch im Zusammenhang der *links* bestenfalls punktuell und ansatzweise bearbeitet werden konnten.

Die Welt und damit auch die Bedingungen für eine emanzipative Politik haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Gravierend ist, daß es unmöglich war, diesen Prozeß selbst noch einmal zu reflektieren und produktiv zu verarbeiten. Einen fehlenden kontinuierlichen und praktischen Diskussionszusammenhang, verbunden mit massiven theoretischen Verzichtleistungen, kann eine einzelne Zeitung freilich nicht ersetzen. Deshalb bewegte sich die *links* mehr und mehr in einem politisch luftleeren Raum. Ihre Funktion als Generalanzeiger für eine wichtige linke Strömung hat sie längst verloren, und zum Kristallisationspunkt eines neuen linken Projekts zu werden, hat sie nicht geschafft und konnte es angesichts der herrschenden Bedingungen wohl auch nicht.

Daraus zieht die Redaktion jetzt die – wie ich meine richtige – Konsequenz und stellt das Blatt ein. Höchstwahrscheinlich wird sich aus der zersplitterten politischen Gemengelage irgendwann einmal wieder Neues, Zukunftsweisenderes entwickeln, wird es gelingen, wieder theoretische und praktische Perspektiven zur Überwindung des herrschenden gesellschaftlichen Katastrophenzustands zu entwickeln. Dafür spricht zumindest der immer unabweisbarer werdende Zwang der realen Verhältnisse. Gerade der weltweite Durchmarsch des Kapitalismus macht immer nachdrücklicher deutlich, daß dieses Gesellschaftsmodell keine Zukunft hat. Zu Ende ist die Geschichte, auch die der revolutionären Bewegungen, sicher nicht. Und es gibt immer noch viele, die nicht aufhören können und wollen, die Welt *und* das Leben zu verändern. Neue Zeiten, neue Zeitungen – vielleicht. ●

Joachim Hirsch war bis 1995 Mitglied der links-*Redaktion und seit 1995 Herausgeber der* links.

SABAH J. MOHAMED

Die *links* und der Palästinakonflikt

Oder: Warum es hierzulande nicht (un)möglich ist, Seil zu tanzen

Es ist ungemein schwierig, dem eigenen Anspruch gerecht zu bleiben und gleichzeitig nicht in den gesellschaftlichen „Sumpf" zu sinken. Dies liegt zum Teil an den Akteuren selbst, zum anderen an den strukturellen Aporien, die drohen, diesen Anspruch versinken zu lassen. In diesem Dilemma entfaltete sich ein widersprüchlicher Prozeß, der eigentlich mehr beanspruchte als geleistet werden konnte. Anhand eines der heikelsten Themen auch für die *links* werde ich versuchen, das Dilemma zwischen einem internationalistischen Anspruch und der – diesen Anspruch lähmenden – Realität aufzuzeigen: der Palästinakonflikt.

Zu Beginn soll nochmals in Kürze skizziert werden, um was es m.E. eigentlich ging und geht (vgl. auch die Serie in *links* 314/315 - 318/319). Beide, der Zionismus als eine nationale Antwort auf die Judenfrage, der von den nationalistischen und kolonialistischen Ideologien des Europas des 19. Jahrhunderts geprägt war wie auch der palästinensische Nationalismus sind Produkte europäischer Denk- und Praxisfabriken. Beide, Juden wie Palästinenser, sind Opfer einer rassistischen und antisemitischen Ideologie- und Kolonialpraxis des Europas des 19. und 20. Jahrhunderts. Was beide verbindet, ist das Leiden, mit denen sie groß geworden sind.

Die Zionisten arrangierten sich mit dem historischen Sieger und versuchten unter dessen Schutz – wenn auch aus jeweils unterschiedlichen Interessen – ihre Ziele zu erreichen. Die Palästinenser hingegen vertrauten ihren Brüdern und, mythisch wie ihr Geschichtsbewußtsein war, ihrer Überzeugung von der gerechten Sache, für die sie kämpfen. Das Ziel der Zionisten war, Territorium und Bevölkerung für den angestrebten Judenstaat zu sichern. Die Entkolonialisierung und Gründung eines nationalen Staates war und ist das Ziel der Palästinenser. Die Juden litten fortan im europäischen Haus, die Palästinenser unter dem europäischen Kolonialismus.

Nun haben die Herren im Westen durch die schrecklichste Katastrophe in der Geschichte der Menschheit ihre Lektion begriffen: nie wieder Krieg im „eigenen Haus". Aber Kriege und Konflikte sind wichtig, wie denn sonst sollte im eigenen Haus Frieden herrschen? Auf den Palästinakonflikt bezogen bedeutet dies, das Mandat Palästina weniger nach den Bedürfnissen der Betroffenen selber, als nach dem imperialistischen Prinzip „Teile und Herrsche" aufzuteilen.

Im Westen wurden die sich ergebenden Probleme bis Ende der 60er Jahre als klassischer „Territorialkonflikt", dem sogenannten Nahostkonflikt subsumiert – von der Weltöffentlichkeit verdrängt und von den eigenen Brüdern verraten, das Leiden schweigend schlucken. Erst nach dem Auftreten der nach dem Sechs-Tage-Krieg umstrukturierten und neu geführten PLO tritt die Palästinafrage auf die politische Bühne zurück, nun mehr aber nach einer totalen zionistischen Besatzung. In der Zwischenzeit haben sich die Maßstäbe geändert. Israel war nicht schwach, sondern militärisch unschlagbar und groß geworden, so sehr, daß schnell gehandelt werden mußte, wenn das Gleichgewicht in der Region nicht in Gefahr gebracht werden sollte: Es ist die Zeit der Friedensinitiativen.

Die politische Hauptrolle fiel den nach dem Zweiten Weltkrieg zur Weltmacht aufgestiegenen USA zu, die die alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien aus der Region gedrängt hatten und wie gesagt kein Interesse an der nationalen Lösung der Palästinenserfrage hatten. Auf der palästinensischen Seite reagierten die Fraktionen der PLO unterschiedlich auf diese Entwicklung. Die Arafat-Fatah favorisierte eine nationale Lösung entlang der arabischen Linie. Die alten Panarabisten, die sich dem Zeitgeist entsprechend marxistisch-leninistisch gaben, versuchten, durch spektakuläre Aktionen die Weltöffentlichkeit auf ihre Sache aufmerksam zu machen. Jenseits aller Rhetorik waren diese Aktionen, zieht mensch das Kräfteverhältnis mit Israel in Betracht, verzweifelte Hilfeschreie. Gleichzeitig wurden sie aber aus ihrer ideologischen Basis abgeleitet; nämlich der Führung des Befreiungskampfes auf allen Konfliktebenen und der Revolutionierung arabischer Verhältnisse. Dies erfolgte nach der Formel: die Befreiung Palästinas führe über die Befreiung der Region von allen reaktionären Regimen.

In den 70er Jahren sah das Bild anders aus. Einige Stichworte: Oktoberkrieg, Ölkrise, rechte und konservative Tendenzen auf arabischer wie israelischer Seite, Aufwertung der PLO in der internationalen Arena bei gleichzeitiger Verurteilung des Zionismus als eine Form des Rassismus, Friedensschluß zwischen Ägypten und Israel bei gleichzeitigem Waffenstillstandsabkommen mit Syrien, was fortan eine militärische Lösung der Konflikte obsolet machte. Im Westen hingegen kam das fordistische Entwicklungsmodell in die Krise. Bis zu dieser Zeit, d.h. bis zum Ende der 70er Jahre, herrschte in der BRD im Gegensatz zu anderen Ländern eine unkritische proisraelische Haltung vor. Das bundesrepublikanische Regime versuchte die Schuld am barbarischen Verbrechen Nazideutschlands an den Juden mit diplomatischen Mitteln zu tilgen: durch finanzielle, militärische und politische Unterstützung. Diese Art der Schuldentilgung setzte allerdings ein ungeheures Maß an Verdrängungsbereitschaft seitens der Bevölkerung voraus.

Die Linken dagegen (die Neuen Linken inbegriffen) befanden sich am anderen Pol und äußerten schuldbewußt ihre kritiklose Solidarität mit der damaligen Arbeiterpartei-Regierung in Israel aus. Dies änderte sich Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre, als es zunehmend zu einer kritischen Beschäftigung mit dem Palästinakonflikt kam. Das geschah im Zuge eines Internationalismus, der sich über mehr als nur über die internationale Solidarität mit den unterdrückten Völkern des Südens definierte und hing eng mit dem stärkeren Auftreten der sogenannten Neuen sozialen Bewegungen auf der politischen Bühne zusammen.

Ausschlaggebend für diese Wende war die israelische Invasion in Südlibanon im Jahre 1982 und die darauf folgenden menschlichen Katastrophen, die in den Massakern von Sabra und Schatilla im September 1982 (zwei palästinensischen Flüchtlingslagern) ihren Höhepunkt fanden. Motiviert durch das Auftreten der israelischen Friedensbewegung und deren kritischer Haltung gegenüber der expansionistischen Logik des nunmehr herrschenden Likud-Blocks, machten die insti-

tutionalisierten und außerparlamentarischen Bewegungen – exemplarisch dafür sind die Grünen und die Friedensbewegung zu nennen – das Thema Nahost einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Das es dabei zu einer Vermengung von Solidarität und „Entnazifizierung" kommen mußte, war unumgänglich. Genau in diesem Kontext ist die kritische Auseinandersetzung der *links* mit dem Thema Palästinkonflikt zu verorten.

Heißt das nun, daß die *links* sich dem Thema primär aus „innenpolitischen" Gründen widmete und nicht aus ihrem Internationalismusanspruch heraus? Nun, ich denke, zuallererst daß die beiden Themenkomplexe miteinander verzahnt sind. Desweiteren läßt sich anhand dieses Dilemmas die Problematik des angestrebten Ziels der *links* aufzeigen, nämlich die Widersprüchlichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zu reflektieren und andererseits in diesem Gemengelage Position beziehen zu wollen.

Eine gängige Formel, die die innere Logik des Konflikts nicht erfaßte und eher den politischen, ideologischen und sozial-psychologischen Bedürfnisse der „Akteure" entsprach, als der Immanenz des Konflikts selber, war vereinfacht gesagt folgende: die Misere der Palästinenser sei das Ergebnis der Staatsgründung Israels, die wiederum ein direktes Resultat des nationalsozialistischen Verbrechens sei. Umgekehrt ausgedrückt: Täter-Opfer-Opfer. Am Ende dieser Einbahnstraße ergab sich eine gerechtfertigte Intervention zu Gunsten des einen oder des anderen Kontrahenten des Konflikts. Folgerichtig war eine widersprüchliche und nicht ganz von antisemitischen Parolen freie Haltung, die sich durch einen teilweise unkritischen und wenig differenzierten Bezug zur PLO auf der einen Seite, und das Abstreiten jeder Schuld Israels gegenüber den Palästinensern auf der anderen Seite auszeichnete.

Die „Ziehharmonikathese"

Die *links*-Redaktion, vermittelt durch Dan Diner, Micha Brumlik, Detlev Claussen u.a. und keineswegs homogen, warnte vor einer leichtsinnigen Praxis, die dem Antisemitismus in der Bevölkerung Vorschub leisten könnte und versuchte, einen differenzierteren Blick auf den Konflikt zu werfen. Zurecht wurde die These der „Opfer der Opfer" zurückgewiesen und auf die innere Dynamik des Jahrhundertskonflikts aufmerksam gemacht. Je kontroverser und widersprüchlicher die Diskussion in der Öffentlichkeit war, desto intensiver war die kritische Auseinandersetzung der *links* damit. Exemplarisch waren die Diskussionen über die Parlamentarier-Reise der Grünen Ende 1984 in den Libanon und das umstrittene, geheimgehaltene Vorschlags-Papier von Tilgner (*links* 181: 11). Die Kritik an diese Reise seitens der *links* fand nicht zuletzt vor dem Hintergrund statt, daß zwei Monate vor jener Reise in der Evangelischen Akademie Arnoldshain eine informelle Nahostkonferenz stattfand, die erst durch die finanzielle Unterstützung der Bundestagsfraktion der Grünen ermöglicht wurde. Die fehlende Zurkenntnisnahme der Komplexität des Themas, die sich während der Konferenz deutlich seitens der Grünen-InteressentInnen zeigte, machte ihre Reise umso problematischer (vgl. den aufschlußreichen Kommentar zur Konferenz und die Kritik Brumliks an romantischen Verklärungen „bundesdeutscher Linker", *links* 181: 8ff.). Allmählich wurde der Schwerpunkt anders gelegt.

Claussen ist in diesem Sinne völlig zuzustimmen, wenn er ideologiekritisch den propagandistischen Internationalismus und den Sentimentalismus der Solidarität der Neuen Linken und die identitätsstiftende Funktion jener Verklärungen kritisiert, die keine ausdifferenzierte Haltung gegenüber Befreiungsbewegungen und Konflikten in den Ländern des Südens, hier den Palästinakonflikt, ermöglichen. Nur Claussens Verortung des Konflikts und die daraus geforderte solidarische Position aus dieser Kritik machen mir einige Schwierigkeiten, nämlich wenn Claussen behauptet, daß der Konflikt „kein eindeutiges Kolonialverhältnis von Kolonialherr und Untererdrückten, sondern eine komplexes Verhältnis in der Konfrontation zweier legitimer Rechte" darstellt (*links* 193: 16). Wenn mensch den Begriff des Kolonialismus im denunziatorisch-propagandistischen Sinne benutzt, so hat Claussen recht. Aber wenn das faktische Verhältnis zwischen den Kontrahenten – und zwar auf allen politischen, ökonomischen, rechtlichen, militärischen und ideologischen Ebenen – beurteilt wird, so frage ich mich, nach welcher Eindeutigkeit Claussen noch fragt? Was die Frage der zwei legitimen Rechte in Form von gegenseitiger Anerkennung Claussen zufolge angeht, so denke ich, daß damit der Sinn von Solidarität zunichte gemacht wird, weil die Frage der Solidarität durch die der Anerkennung, wohl bemerkt zwischen ungleichgewichtigen Antagonisten, wegdefiniert wurde. Denn der Sinn von Solidarität liegt ja gerade darin, ein Gleichgewicht zwischen den Kontrahenten in Form politisch-moralischer Unterstützung zu Gunsten der Unterdrückten herzustellen.

In den öffentlichen Interventionen verschob sich die ausbalancierte Haltung (sicherlich als natürliche Reaktion auf die emotional geladene und widersprüchliche Debatte) so weit, daß die Auseinandersetzung mit dem Konflikt fast zur alleinigen Sache bzw. zum alleinigen Monopol der Betroffenen selbst, in diesem Sinne der Juden, und also solche gerechtfertigt, wurde. „Es ist ein Unterschied, ob man als Jude – sozusagen in eigener Sache – oder als Deutscher sich der Palästinafrage widmet. Dies als Privileg anzunehmen, ist auch mit der Einsicht von Niederlage verbunden." (Diner in *links* 185: 7). Hier werden nicht nur alle Begriffe, Jude, Deutscher und Geschichte, mystifiziert, sondern es wird auch den parlamentarischen und außerparlamentarischen Gruppen die Legitimität für die Auseinandersetzung mit dem Thema strittig gemacht.

Im fernen/nahen Osten verfolgte währenddessen der Likud-Block seine expansionistische Praxis weiter, lehnte die friedliche Lösungsmöglichkeiten der seit dem Libanonkrieg nun mehr militärisch zerschlagenen PLO ab und perfektionierte seine Unterdrückungsmaschinerie. Um so mehr war hier die Angst vor dem Aufleben des Antisemitismus lebendig. Begab man sich auf diese Ebene der Diskussion – statt gleichzeitig eine aufklärende Analyse von der objektiven Lage der divergierenden Kräfteverhältnisse und der Rechtsverletzungen zu fordern – so endete man derart: Da man die brutale Politik den Palästinensern gegenüber nicht ignorieren und von Israel ohnehin keine Zugeständnisse erwartet werden konnte (warum denn?), kam es zum Appell an die PLO, Israel Zugeständnisse zu machen, also anzuerkennen, bevor das Land die PLO anerkennt und das Unrecht den Palästinensern gegenüber eingesteht.

Wie unrealistisch diese Vorstellungen von dem Konflikt waren, läßt sich anhand der Schwankungen Diners zeigen. Statt anfänglich das Konzept der „Binationalität", also die Privatisierung des Nationalen analog zur Privatisierung der Kirche in Europa, wurde die Gründung eines palästinensischen Staates in der Westbank und dem Gazastreifen erwogen. Diner, der 1980 eine hervorragende Arbeit veröffentlicht hatte (*Israel in Palästina*, Königstein/Ts. 1980), plädierte für eine Lösung, die seiner Analyse von der zionistischen Landnahme theoretisch und politisch widersprach. Die Verkündung dieser Lösung erfolgte, *nachdem* die PLO de facto Israel anerkannte hatte (auf der 19. Tagung des palästinensischen Nationalrats, dem palästinensischen Exilparlament, in Algier am 15.11.1988) und nachdem die besetzten Gebiete größtenteils durch die Siedlungspolitik des Likud-Blocks judaisiert worden waren. Nunmehr wurde der Konflikt als beendet erklärt. Diese Sichtweise ergab sich nicht so sehr aus dem, von Diner theoretisch gut reflektierten, Konfliktverlauf, als vielmehr aus dem Wunsch, diesen zu beenden und damit der Antizionismus- und Antisemitis-

musdebatte in der BRD Einhalt zu gebieten. M.a.W.: der Konflikt wurde in der BRD für beendet erklärt, obwohl er im fernen/nahen Osten weiterhin andauerte. Diese Erklärung durch Leute wie Diner war um so dringender, als mit dem Beginn der *Intifada* im Dezember 1987 die Gegenüberstellung von Unterdrückern und Unterdrückten sich so klar wie noch nie in der Öffentlichkeit darstellte. (Vgl. die Artikel von D. Wetzel, *Die Grünen und Palästina*, wo er den Antrag der Grünen im Bundestag zur israelischen Politik kritisiert und von G. Krämer, *Ohne Antizionismus keine Solidarität mit Palästina?*, wo er den Antizionismus vieler Linker zurückweist. Krämer endete aber im anderen Extrem, nämlich der beinnahen Übernahme des zionistischen Diskurses über die historischen und politischen „Wahrheiten" der Genese und Genealogie des Staates Israel, woraus er die abstrakte, nichtssagende Formel der Konfliktlösung zog: „Solidarität kann nur bedeuten, sich zu weigern, das eine Volk zur Manövriermasse für die Existenz des anderen Volkes zu machen." *links* 217: 21.)

Ungeachtet der Berechtigung der Kritik, die moralische Verdammung der außerpalmanentarischen und parlamentarischen Linken ließ psychologischen, politischen und moralischen Aspekte außer acht, die von diesen ausging und die für die verzweifelten Palästinenser wichtig waren – und diese Kritik war außerdem nicht begleitet von einer Kritik an den diversen Interessen der Imperialmächte.

Im Gegenteil. Dem alten Feind während des Vietnam-Kriegs, den USA, wurde völlig unrealistisch eine wichtige Rolle bei der Konfliktlösung zugesprochen, von der Analyse der Interessen der BRD ganz zu schweigen. Blockiert wurde dadurch aber auch eine aufklärende Analyse und Darstellung der zionistischen Praxis und der Leiden der Palästinenser, die während des Debattierens weitergingen. Obwohl hin und wieder die Betroffenen sich selber zu Wort meldeten und für sie die *links* als offenes Forum fungierte, erschwerte es die „innenpolitische" Debatte über den Konflikt, eine objektive und das heißt dem Konflikt immanent zu betrachtende Vermittlung zustande zu bringen. Die Appelle an die USA, Israel unter Druck zu setzten und an die PLO, Zugeständnisse an Israel zu machen, entsprachen nie einer friedlichen Lösung zwischen den ungleichgewichtigen Kontrahenten, was wir heute live und in allen Details erleben. Nein, man hätte – und dies gilt heute umso mehr – an die progressiven Kräfte vor allem in Israel appellieren müssen, mit ihnen zusammenarbeiten, um eine Veränderung innerhalb der israelischen Gesellschaft und gegen eine versteinerte Siedlermentalität in Gang setzten zu können. Und an diesen Kräften fehlt es in Israel freilich seit der Gründung des Staates nicht.

Es bedurfte einer zusätzlichen menschlichen Katastrophe und einer kritischen Veränderung in der israelischen Gesellschaft mit der Invasion im Libanon, damit sich in diesem Land das Leiden der Palästinenser Gehör verschaffen konnte. Die ganze Debatte um den Konflikt war unglücklicher- aber auch verständlicherweise überschattet von dem Gespenst des Antisemitismus. Selbstverständlich war und ist diese Angst mehr als berechtigt – wer würde behaupten, daß es sich um eine einfache Angelegenheit handelte. Aber es zeigte sich hier doch eine m.E. vielleicht voreilige moralische Verdammung. Was hätte man von Menschen einer metropolitan-fordistischen Gesellschaft, zu deren Konstitution eine Psychologie des Vergessen-Wollens und ein herrschender Diskurs von „positivem Antisemitismus" gehörten, erwarten wollen, als daß sie in ihrer Rebellion schwanken würden? Und wie sonst hätten sich die Linken, die sich wenigstens damit auseinandersetzten, von einer schweren historischen Last befreien sollen, wenn nicht durch das Aus- und Erleben ihrer Widersprüche?

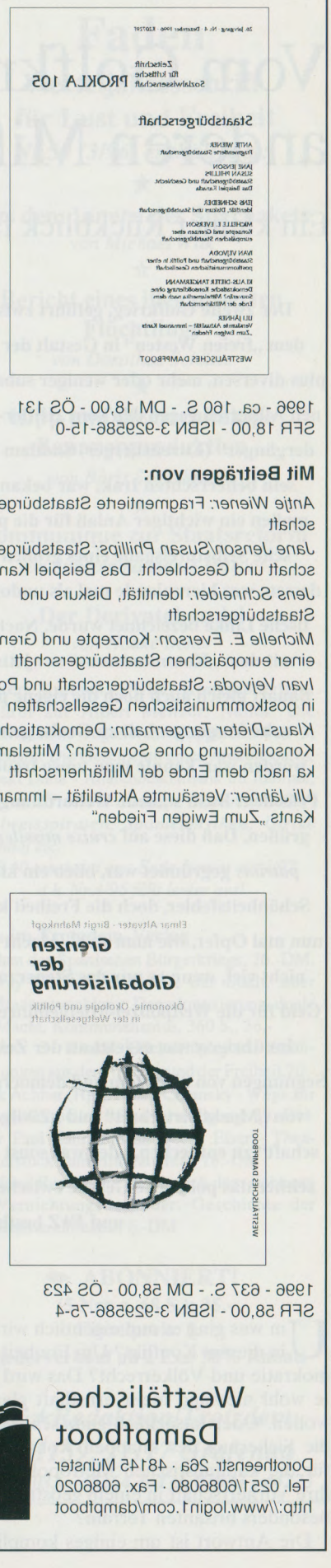
Der Vorwurf des „verkappten Nationalismus" (so der Vorwurf Claussens gegenüber dem Internatioanlismus der Neuen Linken) hinderte viel eher, als er zu einer Klärung des Wiederauflebens von alten konservativen Begriffen wie Volk, Nation und anderen beitragen konnte. Den Vorwurf hätte man eher denjenigen machen können, die mit einer Reise nach Israel, einem Kibbuz-Erlebnis am Wochenende oder desgleichen ihre Postkriegs-Moral zur Schau stellen wollten.

Die Kräfte in der Antisemitismus-Debatte verzehrt, blieb wenig für eine solidarische und konstruktive Arbeit mit allen, ungeachtet und vielleicht sogar wegen ihrer Widersprüche, progressiven Kräften. Vor allem aber blieb die kritische Solidarität mit den Palästinensern ungewollt auf der Strecke.

Heute, wo Millionen von ihnen in Flüchtlingslagern und im Exil leben müssen, wo ihre Rückkehrrechte und menschenwür-dige Lebensbedingungen mehr denn je in einer unbekannte Zukunft schweben und wo sie in den sogenannten autonomen Gebieten mit Dauerbesatzung und miserablen Verhältnissen rechnen müssen, ist kritische Solidarität so nötig wie nie. Die *links* kann dies bedauerlicherweise nicht mehr tun. ●

Sabah J. Mohamed war Mitglied der links*-Redaktion.*

Errata: Im Beitrag von Sabah J. Mohamed, „Der Mythos Friedensprozeß III" in links *318/319 muß es auf Seite 14 Sechs-Tage-Krieg von 1967 und nicht Jom Kippur-Krieg heißen.*



JOACHIM HIRSCH

Vom Golfkrieg und einigen anderen Mißverständnissen

Ein kleiner Rückblick fast sieben Jahre danach

Der zweite Golfkrieg, geführt zwischen dem „freien Westen" in Gestalt der USA plus diversen, mehr oder weniger subalternen Alliierten gegen den vom „Hitler-Wiedergänger" (Enzensberger) Saddam Hussein beherrschten Irak, war bekanntermaßen ein wichtiger Anlaß für die politische Selbstpreisgabe eines großen Teils dessen, was hierzulande mal als undogmatische Linke bezeichnet wurde. Nachdem mit dem „Kommunismus" sowjetischer Bauart gleich auch noch die eigene politische Vergangenheit zu Grabe getragen worden war, konnte man umso freudiger Präsident Bush's „neue Weltordnung" begrüßen. Daß diese auf *cruise missiles* und *patriots* gegründet war, blieb ein kleiner Schönheitsfehler, doch die Freiheit kostet nun mal Opfer, wie man weiß. Macht auch nicht viel, wenn es nur das Steuerzahler-Geld für die Weltpolizei-Mietgebühren ist. Im übrigen war es jetzt an der Zeit, die Segnungen von „freedom and democracy", von „Marktwirtschaft" und „Zivilgesellschaft" zu entdecken, oder was sonst noch seither das politische Gerede zwischen *taz* und *FAZ* bestimmt.

Um was ging es nun eigentlich wirklich in diesem Konflikt? Um Freiheit, Demokratie und Völkerrecht? Das wird heute wohl niemand mehr ernsthaft glauben wollen. Oder tatsächlich ganz schlicht um die Sicherung des knappen Rohstoffs Öl für die kapitalistischen Metropolen? Um ihre Vorherrschaft in einem geostrategisch besonders brisanten Terrain?

Die Antwort ist um einiges komplizierter. Während sich die Konjunkturen der politischen Aufgeregtheiten überstürzen und die Themen entsprechend rasch veralten, arbeitet die Wissenschaft zwar langsam, aber gelegentlich durchaus erfolgreich. Inzwischen gibt es eine Reihe von Untersuchungen über die Ursachen und Hintergründe des zweiten Golfkriegs. Man kann sie nachlesen, was aber offenbar kaum noch geschieht. Was kümmern einen schließlich die falschen Argumente von gestern, zumal der Krieg ja auch nur Anlaß für die linksgewirkte geistig-moralische Wende war. Diskurspolitik hat mit Realitäten ohnehin nicht viel zu tun.

Simshon Bichler und Jonathan Nitzen, zwei Forscher aus Israel und Kanada, haben kürzlich eine Untersuchung veröffentlicht, die einen speziellen, bisher wenig berücksichtigten und höchst bedeutsamen Ursachenzusammenhang des Konflikts beleuchtet. Sie argumentieren, daß es bei der US-Nahostpolitik damals *weder* um die Sicherung der Ölversorgung für den „freien Westen" *noch* um Demokratie und Völkerrecht ging. Um den Gründen des Konflikts auf die Spur kommen, darf man überhaupt nicht nur nach den sogenannten nationalen Interessen fragen, weil das Kapital bekanntlich solche nicht eigentlich kennt. Man muß sich vielmehr genauer mit den Strategien und Absichten einzelner Kapitalgruppen befassen. Es geht also auch – man mag es kaum noch aussprechen – um *monopolkapitalistische* Strukturen, um die Verbindungen zwischen „demokratischen" Regierungen und mächtigen Unternehmensgruppen. Vieles deutet darauf hin, daß der Krieg nur verständlich ist, wenn man die politisch dominant gewordenen Sonderinteressen der US-amerikanischen Öl- und Rüstungskonzerne als bestimmendem Faktor der Außenpolitik der Vereinigten Staaten berücksichtigt.

Noch bis zum Ende der sechziger Jahre waren die US-Regierungen vor allem daran interessiert, für eine ausreichende Verfügbarkeit von Öl bei möglichst niedrigen Preisen zu sorgen. Dies änderte sich grundlegend, als auf der Basis der niedrigen Ölpreise die Profite der US-Rüstungs- und Ölkonzerne dauerhaft zu sinken begannen. Das traf die einen direkt, die anderen deshalb, weil den Ölstaaten allmählich das Geld für exorbitante Waffenkäufe ausging – eine Entwicklung, die sich nach dem Ende des Kalten Kriegs noch verschärfte. Deshalb lag es mehr und mehr im Interesse beider Konzerngruppen, die Preise in die Höhe zu treiben, was ihnen zusätzliche Gewinne, den Ölstaaten aber gleichzeitig mehr Petrodollars in die Hand gab, um damit Waffenkäufe in den USA zu tätigen. Dieses Arrangement, das die Politik der Ölkrisen seit den siebziger Jahren bestimmt, war aber längerfristig nur aufrechtzuerhalten, wenn der Nahe Osten politisch instabil, krisen- und kriegsgeschüttelt blieb. Es gibt ausreichend Hinweise dafür, daß die mit den Interessen der Öl- und Rüstungskonzerne traditionell eng verflochtenen US-Regierungen (George Bush war immerhin in seinem Vorleben führender Manager eines der wichtigsten Bau- und Rüstungskonzerne) seither systematisch

„Um den Gründen des Konflikts auf die Spur kommen, darf man überhaupt nicht nur nach den sogenannten nationalen Interessen fragen, weil das Kapital bekanntlich solche nicht eigentlich kennt. Man muß sich vielmehr genauer mit den Strategien und Absichten einzelner Kapitalgruppen befassen. Es geht also auch – man mag es kaum noch aussprechen – um *monopolkapitalistische* Strukturen, um die Verbindungen zwischen 'demokratischen' Regierungen und mächtigen Unternehmensgruppen."

eine Politik der Destabilisierung des Nahen Ostens verfolgen – eine Politik, die keineswegs einfach dem „amerikanischen" Interesse, bestimmt aber den Konzernen US-"Oil" und „Armacore" dient.

Ein Glied in dieser Kette ist der zweite Golfkrieg, der nur deshalb ausbrechen konnte, weil US-Regierungsbehörden dem Irak signalisierten, daß eine Annexion Kuwaits – motiviert durch das wirtschaftliche Desaster dieses Landes nach dem ebenfalls von den USA geschürten Irak/Iran-Krieg – sie *nicht* zu einer militärischen Reaktion bewegen würde. Das war, wie man heute weiß, eine Falle. Der irakische Angriff auf Kuwait hatte dann die schöne Nebenfolge, die arabischen Länder weiter zu spalten und sicherte die US-Dominanz in der Region für längere Zeit. Dazu gehörte auch, daß der Irak einschließlich Saddam Husseins im Golfkrieg nicht vernichtet wurde, sondern als politisch-militärische Schachfigur erhalten blieb. Freilich nunmehr wieder als gewöhnlicher Diktator mit regionalen Stabilisierungsfunktionen – beispielsweise gegenüber kurdischen Autonomiebestrebungen. Auch dies ein treffender Beitrag zum Thema Freiheit und Demokratie. Den Vergleich mit Hitler zieht Enzensberger, soweit bekannt ist, im übrigen heute nicht mehr. Die Sache ist ebenso wie die Gestalt in der Tat trivialer.

Der „Westen" hat dabei wieder einmal bewiesen, daß die Freiheit, die er meint, erst einmal und vor allem die der national und international dominierenden Kapitale ist. Das vielbeschworene Blut wurde nicht für Öl, sondern schäbiger noch für die Extraprofite einiger Konzerne vergossen. Diesbezüglich wurde die internationale Öffentlichkeit höchst gekonnt hinters Licht geführt. Linken, die irgendwann mal mit Kapitalismuskritik groß geworden waren, für die Imperialismus zeitweise ein theoretischer Begriff dargestellt hat und die auch mal wußten, daß Politik, auch internationale, wesentlich mit ökonomischen Interessen zu tun hat, hätte diese Fehleinschätzung trotz CNN, Defense Department und *Bild*-Zeitung dennoch nicht passieren dürfen. Es sei denn, das Mißverständnis war gewollt. ●

„Im übrigen war es jetzt an der Zeit, die Segnungen von 'freedom and democracy', von 'Marktwirtschaft' und 'Zivilgesellschaft' zu entdecken, oder was sonst noch seither das politische Gerede zwischen *taz* und *FAZ* bestimmt."

Die oben zitierte, sehr gründlich recherchierte Untersuchung ist zu finden bei: Simshon Bichler und Jonathan Nitzan: „Putting the state in its place: US foreign policy and differential capital accumulation in Middle East 'energy conflicts'", in: Review of International Political Economy, Vol. 3, Nr. 4, 1996, S.608ff. Der Aufsatz ist ein gutes Gegenmittel gegen die laufende politische Amnesie!

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.59 (3/96) enthält u.a.:

★

Aus dem Innern des Sparpakets
von Michael Wilk

☆

Bericht eines illegalisierten Flüchtlings
von Dorothea Schütze

★

Hipp und die nachhaltige Bananenproduktion
von Boris Scharlowski

★

Kommunique zur Staatsreform
von Subcommandante Marcos

✧

Der Derivatehandel
von Hauke Bener

Weiter: Knirsch: BUKO-Kongreßbericht; Nachruf auf Albert Meltzer; Nelles: Die anarchistische Jugend in Wuppertal, Teil 3; Gröndahl: Die Geschichte eines Anarchocafés, Projekt Dada - Anarchodatenbank im Internet; *Rez. zu 20 Jahre Radikal, Dominanzkultur, Edelweisspiraten, Spanienmythen, Ulrike Meinhof etc.*

SF-60 erscheint erst Ende Januar als 1/97, d.h. Nr.4/96 fällt leider aus!

Neu im Trotzdem-Verlag

Mythen des Spanischen Bürgerkriegs, 26.-DM.
Murray Bookchin: Agonie der Stadt, über Stadtentwicklung, Demokratisierung, duale Macht, Kommunalismus, 360 S., 36.-
Hellmut G. Haasis: Edelweißpiraten. Erzählungen aus dem Untergrund der Freiheit.20.-
Mark Achbar (Hg.): Noam Chomsky - Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung, 39.-DM
Peter Paul Zahl: Johann Georg Elser - Theaterstück zum Hitlerattentat, 18.-DM
Winfried Reebs: Die Suche nach dem richtigen Vernichtungsbau oder: Geschichte der Knastarchitektur, 6.-DM

✏ ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 35.-
Einzelpreis: 8.-
Wiederverkauf ab 2 Ex.: 30% Rabatt

SF★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273

ULRICH BRAND

Emanzipatorische Politik in Zeiten der Globalisierung

„Global Governance" und sechs Thesen zum Internationalismus

„Politische Kritik mit theoretischem Anspruch" gelang in der *links* relativ lange, streitbar und auf hohem Niveau. Das galt bis zum Schluß für einen wichtigen Bestandteil des damaligen Politikverständnisses der Neuen Linken, nämlich Politik immer auch als internationalistische zu verstehen. Daß dies spätestens im Golfkrieg durch die Verteidigung der „westlichen Werte" seitens vieler Linker eine sehr problematische Schlagseite bekommt, wird in anderen Beiträgen dieser Abschlußnummer aufgenommen. Daß kritisches Denken und politische Praxis in diesen Zeiten häufig eine nur undeutlich sichtbare Einheit bilden, spiegelt sich auch in internationalistischen Debatten und Zusammenhängen. Diese Tatsache entläßt aber die kritische Analyse nicht aus der Suche nach Bezügen zur emanzipatorischen Praxis. Genausowenig, wie emanzipatorische politische Praxis ohne kritisches Denken und theoretische Anstrengung nicht auskommt. Es soll im folgenden versucht werden, diesen Anspruch hinsichtlich eines zeitgemäßen emanzipatorischen Internationalismusbegriffes einzulösen.

Wer heute über einen zeitgemäßen Internationalismus als Projekt radikaler gesellschaftlicher Veränderungen nachdenkt, muß sich zuerst über zwei andere, sehr viel wirkungsmächtigere „Internationalismen" Klarheit verschaffen: Zum einen ist da der traditionelle und immer wichtiger werdende „Internationalismus des Kapitals" und seiner internationalen Management-Klasse, die die ökonomischen Globalisierungsprozesse unter dem Kalkül der Profitmaximierung und Effizienzsteigerung vorantreiben (dazu ist in der *links* schon viel geschrieben worden, weshalb es hier nur am Rande aufgenommen wird). Zum anderen beziehen sich Versuche sehr positiv auf einen Internationalismusbegriff, die nach dem Ende der sog. Blockkonfrontation und ob der desolaten Entwicklungen weltweit die politische Destabilisierung der internationalen Ordnung re-stabilisiert sehen möchten. Dies verdichtet sich zunehmend im Begriff „Global Governance" (einer Übersetzung ins Deutsche zufolge: Weltordnungspolitik). Die mit „Global Governance" angesprochenen Probleme müssen für die Reformulierung eines emanzipatorischen Internationalismusbegriffes ernst genommen werden.

Über 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen, im Jahr 5 nach dem Fall der Mauer, im Jahr 3 nach dem Zweiten Golfkrieg und im Jahr 2 nach der Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro veröffentlichte 1994 eine internationale Kommission ihre Diskussionsergebnisse unter dem Titel *Our Global Neighbourhood* (deutsch: *Nachbarn in einer Welt*, 1995). Denn, so die Ausgangsthese der *Commission on Global Governance*, das „mit der Charta der Vereinten Nationen geschaffene internationale System bedarf der Erneuerung."

Wer Standards in einer Diskussion setzen möchte, definiert erstmal. „Ordnungspolitik bzw. Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozeß, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfaßt sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse liegend angesehen werden."

Als Beispiele für Governance auf lokaler Ebene werden der Zweckverband mehrerer Städte oder die nachbarschaftliche Kooperative zum Bau und zur Instandhaltung einer Wasserleitung genannt. Auf globaler Ebene werden in Ergänzung zum System der zwischenstaatlichen Beziehungen auch Nichtregierungsorganisationen, Bürgerbewegungen, multinationale Konzerne, der globale Finanzmarkt und globale Massenmedien in den Begriff einbezogen.

Immer mehr Probleme werden also als grenzübergreifende erkannt. Das Grundrezept lautet „kooperative Problemlösung". Damit schwingt jedoch ein Verständnis mit, innerhalb bestehender grundlegender Strukturen und Interessenlagen Probleme „managen" zu können. So wirkt auch die Forderung der Kommission nach „aufgeklärter Führung" konsequent.

Den dramatischen Wandel des internationalen Systems seit Gründung der UNO sehen die AutorInnen des Berichts neben dem Ende der Blockkonfrontation in der politischen Entkolonialisierung früherer Jahrzehnte, der Revolution im Kommunikationswesen, im hohen Wachstum der weltweiten Produktivität und in der Globalisierung, worunter sie zuvorderst den Trend zum integrierten Weltmarkt verstehen, der auch Nachteile wie Drogenhandel mit sich bringe. Außerdem sei „die zunehmende Fähigkeit der Menschen (bemerkenswert), ihr Leben zu gestalten und ihre Rechte einzufordern. Die gewachsene Macht und Fähigkeit der Menschen zeigt sich in der Stärke der Zivilgesellschaft und der demokratischen Prozesse."

Dementsprechend wird die Idee eines „globalen Ethos der Bürger" (Klassen gibt es nicht mehr) entwickelt, „nach dem sich das Handeln in der einen Welt richten soll, und eine mutige, von diesem Ethos durchdrungene Führung auf allen gesellschaftlichen Ebenen" entstehen soll.

Die Protagonisten der Debatte um Global Governance bleiben insgesamt seltsam ahistorisch. Wie es zu den vielfältigen Problemen kam und welchen Anteil jene haben, die sie nun mit Global Governance lösen wollen, nämlich die „weltweiten Führer" (zusammen mit „der Zivilgesellschaft"), bleibt damit verschwiegen. Die Probleme werden lediglich benannt. Kein Wunder, denn in der Kommission haben ja ranghohe PolitikerInnen aus aller Welt gesessen.

Der enge Bezug auf „Ordnung" führt natürlich zu der Frage: Ordnung von was, für was oder für wen in Zeiten des allseits konstatierten dynamischen Wandels? Das neoliberale Draufhauen auf soziale Errungenschaften, die Deregulierung der Kontrollen für Geld-, Handels- und produktives Kapital, die immer mehr Menschen erfassende (Lohn-)Arbeitslosigkeit und der parallel stattfindende Abbau von (ohnehin nicht in allen Ländern existierenden) sozialen Sicherungssystemen, etc. – das alles hat für die davon betroffenen Menschen relativ

wenig mit „Ordnung" zu tun. Und auch ein Manager eines international agierenden Unternehmens vermutet hinter dem Wunsch nach „Ordnung" wahrscheinlich böse Kräfte, die seine Suche nach „guten" Produktionsbedingungen bremsen wollen. Zudem muß in neoliberalen Zeiten jedoch gefragt werden: Wer hat es denn überhaupt nötig zu „kooperieren" und „gemeinsame Ziele zu haben" und auf welche Art und Weise? Etwa das von „Standorten" umworbene Kapital, das tendenziell die „Investitionsbedingungen" festlegt?

Zu vermuten ist daher, daß hinter dem Wunsch nach „Ordnung" vor allem die Angst der wissenschaftlichen und politischen Eliten vor der „Unordnung" dahingehend steht, daß gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr innerhalb von Herrschaftsstrukturen gesteuert werden können. „Zivilgesellschaft – ja bitte!" – so könnte ein Motto lauten, aber als zu den bestehenden Machtverhältnissen komplementäres und nicht als kritisches Potential. Und der Begriff der „Strukturveränderung" stellt zwar herkömmliche internationale politische Prozesse wie auch die Fixierung auf nationalstaatliche Regierungen in Frage. Die kapitalistische Struktur der internationalen politisch-ökonomischen Verhältnisse, das heißt insbesondere des Weltmarktes, wird jedoch nicht erfaßt.

Bei „Global Governance" scheint es sich daher um ein ähnliches „Schwammwort" zu halten wie bei „nachhaltiger Entwicklung". Normativ hoch aufgeladen aber vor allem durch ihre Unkonkretheit tragen solche Konzepte eher zur Verschleierung der Verhältnisse bei. „Nachhaltige Entwicklung" steht als (durchaus umkämpfte) Chiffre für die Notwendigkeit, „Umwelt- und Entwicklungspolitik" global betreiben zu müssen. Auch hier bleibt m.E. eine scharfe Kritik der dominanten Perspektiven notwendig. Dennoch kann die beginnende Debatte um Global Governance nicht nur ideologiekritisch abgestempelt werden. Denn die dahinter stehenden Probleme sind auch jene, mit denen sich ein zeitgemäßes emanzipatorisches Verständnis von Internationalismus auseinandersetzen muß. (Ob der Begriff „Global Governance" selbst für letzteres taugt, muß sich erst noch in kommenden Definitionskämpfen herausstellen.)

Die Auseinandersetzung um die Reformulierung des Internationalismusbegriffes in der Absicht, ihm einen kritischen und emanzipatorischen Gehalt zu geben, findet auf verschiedenen Ebenen statt. Vor allem ist es notwendig, sich der gesellschaftlichen Bedingungen zu vergewissern, auf die sich die Kritik bezieht und unter denen emanzipatorische Kämpfe stattfinden. Welche Rolle spielt das Ende des Realsozialismus? Wie verändert sich heute (nationale) Staatlichkeit, wie das internationale System? Was sind die zentralen Neuerungen der gesellschaftlichen Umstrukturierung, deren Zeugen und Beteiligte wir sind? Diese Klärungen sind schwierig aber zentral, um begrifflich und praktisch die gesellschaftlichen Verhältnisse in den kapitalistischen Metropolen mit denen in peripheren Ländern zu verbinden.

Im folgenden sollen daher thesenartig zentrale Bedingungen und einige Voraussetzungen eines solchen emanzipatorischen Internationalismusverständnisses benannt werden. Die unten angeführte erste These gilt schon lange als Grundbedingung eines emanzipatorischen Internationalismus und bildet weiterhin ein wichtiges Kriterium. Thesen 2 bis 6 versuchen die jüngsten weltpolitischen Veränderungen aufzunehmen.

„Der enge Bezug auf 'Ordnung' führt natürlich zu der Frage: Ordnung von was, für was oder für wen in Zeiten des allseits konstatierten dynamischen Wandels?"

1. Wichtig bleibt, die hiesigen vorherrschenden Debatten über internationale Themen und jene über „rein bundesdeutsche" Themen gegebenenfalls in ihrer nationalistischen Ausrichtung zu verfolgen, einzuschätzen und zu kritisieren. Kurz, die Herrschaftsförmigkeit internationaler Politik, internationale Ungleichheit und Abhängigkeit sowie ihre Ursachen wie auch die Kämpfe dagegen müssen möglichst auch in einer breiteren Öffentlichkeit thematisiert werden. Bei den „Ursachen" geht es zuvorderst um die Verstrickungen und Vorteile der hiesigen Gesellschaft bzw. bestimmter Gruppen in Zusammenhang mit verschiedenen internationalen Themen. Aber auch innerhalb sich als emanzipatorisch oder progressiv verstehender Zusammenhänge – seien sie schwerpunktmäßig feministischer, sozialökologischer, gewerkschaftlicher oder anderer Ausrichtung – gilt es, internationalistische Sichtweisen einzubringen.

Internationale Solidarität schließt aber auch notwendigerweise „eine schonungslose Analyse der jeweils konkreten Projekte von Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Ländern hinsichtlich ihren sozialen, politischen und ökonomischen Zielsetzungen im Rahmen ihrer nationalen und regionalen Spezifik ebenso ein, wie eine Untersuchung der sozialen Verankerung der fortschrittlichen Kräfte in der Bevölkerung" (so Thomas Beier zu Recht – und unter dem Eindruck der Wahlniederlage der FSLN in Nikaragua – in *links* 239).

2. Ein dramatischer Wandel auf internationaler Ebene ist zweifellos das Ende der Blockkonfrontation bzw. der Sowjetunion. Dies hat Auswirkungen auf das internationale System wie auch auf die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse vieler Länder und damit auch auf die vielfältigen emanzipatorischen Kämpfe. Einerseits festigt es die politische und militärische Dominanz der USA, was auch bedeutet, daß viele Weltregionen, in denen die USA oder ihre mächtigen Verbündeten keine Interessen verfolgen, politisch unwichtig werden. Andererseits verdeutlicht das Ende der Blockkonfrontation, was sich bereits in den Jahren davor abzeichnete, nämlich das Ende einer relativen „Zivilisierung" des Kapitalismus in einigen Ländern aufgrund der Existenz einer lange Jahre (vermeintlich oder real) bedrohlichen Systemalternative.

Das Ende der Sowjetunion hat nun durchaus ambivalente Konsequenzen. Einerseits wird der realpolitische Handlungsspielraum für viele Länder – Stichwort Kuba – immens eingeschränkt. Andererseits wird der Verweis auf ein autoritäres Entwicklungsmodell, das anfangs für einige Zeit durchaus funktional gewesen sein mag, als noch schlechtere Alternative immer hinfälliger. Der britische Historiker Eric Hobsbawm schreibt in seiner spannenden Interpretation des 20. Jahrhunderts: „Je näher die Jahrtausendwende rückte, um so deutlicher wurde, daß es wirklich angemessener wäre, wieder an die Defekte zu denken, die dem Kapitalismus

eigen sind, als sich an der Leiche des sowjetischen Kommunismus zu weiden." (*Das Zeitalter der Extreme*, 1994: 707) Eine wichtige Aufgabe eines emanzipatorischen Internationalismus wäre, im Sinne Hobsbawms, Kapitalismus als globales System zu verstehen, zu kritisieren und zu bekämpfen.

3. Doch die aktuell bestimmenden Entwicklungstendenzen kapitalistischer Gesellschaften und des internationales Systems sind längst nicht ausschließlich mit dem Fall der Mauer erklärt. Sie begannen vor allem vorher (gelegentlich wird von der „Krise des Fordismus" gesprochen), auch wenn sie mit dem Ende der Sowjetunion eine neue Dynamik bekamen. Die m.E. vorherrschende Tendenz kann mit dem durchaus umstrittenen Begriff der „Globalisierung" verstanden werden (hierzu wurde in der *links* einiges geschrieben).

Für den hiesigen Zusammenhang ist wichtig, daß ein emanzipatorischer Internationalismusbegriff nur zurückgewonnen werden kann, wenn die komplexen Globalisierungsprozesse als – keineswegs einheitliche – Ergebnisse widersprüchlicher Strategien, sozialer Kämpfe und Kräfteverhältnisse verstanden werden und nicht als eine irgendwie „logische" Entwicklung „des" Kapitalismus. (Hier hat die bisherige Diskussion zu „Global Governance" übrigens überhaupt nichts zu bieten. Sie beschränkt sich auf die mehr oder weniger differenzierte Beschreibung von Phänomenen.) Neoliberale Politik als zentraler Bestandteil von Globalisierung ist dabei weniger ein umfassendes Gesellschaftsprojekt, sondern der Versuch bestimmter Gruppen, im jeweiligen Land oder in der jeweiligen Region die Ende der 60er Jahre beginnende wirtschaftliche Krise zu überwinden (wenn das jeweilige Land oder die jeweilige Region vorher schon kapitalistisch war) oder – später – den Übergang vom Realsozialismus zum Kapitalismus hinzubekommen. Dies äußert sich u.a. in der Restrukturierung von Produktionsprozessen, in einer „neuen internationalen Arbeitsteilung", in einer Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse.

Sicherlich ist eine wesentliche Ursache der Dynamik der Globalisierung die Tatsache, daß es sich zuvorderst um einen „ökonomischen" Prozeß handelt, d.h. er wird vorangetrieben von privatkapitalistischen Unternehmen und von internationalen „ökonomischen" Institutionen wie Weltbank oder IWF. Aber eben auch von staatlichen Akteuren, die sich ebenfalls der Logik der Profitmaximierung und des globalen (Standort-)Wettbewerbs unterwerfen – und gleichzeitig angesichts der damit einhergehenden sozialen Ausgrenzungen für „Ordnung" sorgen.

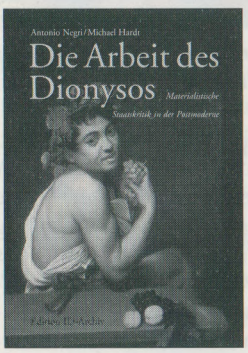
Einiges spricht für die These, daß sich der aktuelle Kapitalismus vor allem in drei Zentren (Nordamerika, Westeuropa und Japan) mit besonderen „Hinterhöfen" organisiert. Zwischen diesen Zentren und „ihrer" Peripherie bestehen nicht nur besonders intensive ökonomische, sondern auch besondere politische Beziehungen. Zugespitzt formuliert: Eine bundesdeutsche bzw. westeuropäische internationalistische Bewegung müßte sich angesichts dieser besonderen Entwicklung des globalen Kapitalismus stärker mit Osteuropa auseinandersetzen als mit Lateinamerika.

Nach teilweise desaströsen Erfahrungen, angesichts zunehmender weltwirtschaftlicher Instabilitäten und sich formierenden Widerstands gibt es verschiedene Versuche, die dominierende ökonomische Rationalität des Wettbewerbs und der Profitmaximierung wieder politischen Entscheidungen zugänglich zu machen – sei es in Form von Global Governance-Konzepten, in Form von UNO-Weltkonferenzen oder in Form von neuen internationalen Institutionen (es wurde in den letzten Jahren ja nicht nur die Welthandelsorganisation gegründet, sondern auch Verträge unterschrieben, die gegen die brutale Marktlogik Regeln einführen sollen wie etwa im Bereich Klima oder biologische Vielfalt).

Es soll hier nicht dem „Prinzip Hoffnung" das Wort geredet werden, wo bis heute sich die weltweiten Kräfteverhältnisse immer weiter in Richtung Markt und herrschende Interessen verschieben. Vielmehr geht es um den keineswegs neuen Hinweis, daß sich internationalistische Politik auch mit internationaler Politik genauer auseinandersetzen muß als nur mit der ja nicht falschen aber eben zu allgemeinen Kategorie, daß ja doch nur alles „Imperialismus" sei. In den 80er Jahren war das in Zeiten von Anti-IWF/Weltbank-Kampagne noch deutlich, allerdings und zu Recht in Form von reiner Ablehnung. Wenn die These stimmt, daß Globalisierung einhergeht mit dem Umbau von politischen Institutionen, dann ginge es heute darum, sich (entstehende und bestehende) internationale Politikprozesse genauer anzusehen und politische Widerstands- und Interventionsmöglichkeiten zu bedenken und zu entwickeln.

Ein genauerer Begriff von „Globalisierung" ist dafür unerläßlich. Es geht heute vor allem darum, der globalen kapitalistischen Konkurrenz von Unternehmen und „Standorten" und dem sich immer schneller verwertenden Kapital, vor allem in seiner Form als Finanzkapital, Schranken zu setzen und so etwas wie einen Kampf um internationale Demokratie auf die politische Tagesordnung zu setzen. Damit wäre es aber notwendig, eine Perspektive radikaler Politik zu erweitern, nämlich über die von – überspitzt formuliert – „Wünschen, Träumen und Hoffnungen" hinaus. Nicht

Neue Bücher in der Edition ID-Archiv



192 Seiten
32,– DM

Antonio Negri und Michael Hardt schlagen in *Die Arbeit des Dionysos* einen Bogen von den marxistischen Debatten zum kapitalistischen Staat in den 70er Jahren, hin zu den postmodernen Ideologien der 80er und 90er.

192 Seiten
20,– DM
Schwarze Reihe

Ein ganz normales Verfahren umfaßt Beiträge, die Birgit Hogefeld seit ihrer Festnahme im Juli 1993 verfaßt hat: über die Geschichte der RAF, die Umorientierung und ihre Haftsituation.
Mit einem Vorwort von Christian Ströbele.

12/Winter 1997, 16 DM
(im Abo 14 DM)

Popkultur. Enthält Beiträge u.a.v.: Sabine Grimm über Poptheorie • Jochen Distelmeyer (Blumfeld), Ted Gaier/Schorsch Kamerun (Die Goldenen Zitronen) über »Deutschrockquote« und Musikjournalismus • Antonio Negri über die Klassenkämpfe in Frankreich • Martin Caparros über Peronismus und die Stadtguerilla in Argentinien

Probeexemplare von Die Beute bitte anfordern! Die Beute, Postfach 100624, 60006 Frankfurt/M.

▲ Edition ID-Archiv • Postfach 360205 • 10972 Berlin ▲

daß Utopien aufgegeben werden sollten, es müßte jedoch viel stärker darum gehen, ein genaueres Verständnis heutiger Entwicklungen wie eben der Globalisierung des Kapitalismus und der Veränderung von Nationalstaaten, des Funktionierens von Institutionen und Machtverhältnissen zu bekommen und darauf aufbauend Widerstand und Perspektiven zu entwickeln.

Nur dann ist es möglich, in sozialen Auseinandersetzungen den vorherrschenden Politiken ihre Legitimität zu entziehen, Politisierungs- und Lernprozesse zu fördern und sich über alternative Ansätze klarzuwerden. M.E. muß es in vielen Fällen offen bleiben, wie welcher Protest zu gehaltvollen politischen Strategien werden kann. Aber wenn es nicht um einen gesellschaftlichen „Bruch" zum völlig Anderen geht, sondern um die mühevolle Auseinandersetzung um die Abschaffung, Veränderung und Bildung von bestimmten Institutionen, Werthaltungen und rechtlich verbindlichen Normen, dann besteht dazu keine Alternative. Ansonsten bleibt das Wort „Revolution" eine – bequeme oder frustrierende – Worthülse.

4. Die „Dritte Welt" war zwar immer Thema von internationalistischer Arbeit in den Metropolen (vgl. 1. These), aber direkte Solidarität bezog sich nie auf „die Menschen" im Trikont, sondern auf die schwierigen und oft widersprüchlichen Versuche von Selbstorganisation und Emanzipation. Ein radikaler (metropolitaner) Internationalismusbegriff und entsprechende Politiken haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr stark auf nationalen Befreiungsbewegungen in peripheren Ländern bezogen bzw. (siehe Mexiko oder Kurdisten) beziehen sich heute noch darauf. Das bringt einige Ambivalenzen mit sich. Einerseits besteht auch in Zeiten des sich globalisierenden Kapitalismus weiterhin die Tatsache, daß grundlegende bürgerliche Rechte wie ein gewisses Maß an Rechtssicherheit, Meinungsfreiheit oder soziale Errungenschaften vor allem innerhalb von Nationalstaaten gesichert, behindert oder verunmöglicht werden. Der Nationalismus der EZLN in Mexiko beinhaltet ja gerade als zentrale Strategie, daß die bislang politisch und sozial Marginalisierten überhaupt erstmal als StaatsbürgerInnen anerkannt werden.

Andererseits ist aber der Bezug auf „Nation" schon immer ein gutes Geschäft der Herrschenden gewesen und außerdem verändern sich im „nationalen Wettbewerbstaat" dramatisch die Bedingungen sozialer Auseinandersetzungen. Ein zentraler Aspekt eines reformulierten Internationalismusbegriffes ist also das Spannungsfeld zwischen notwendigen Kämpfen innerhalb von Nationalstaaten, d.h. der Bezug auf dortige Institutionen und Werte, und den darüberhinaustreibenden Elementen.

5. Ein zeitgemäßer Internationalismusbegriff, der dazu beitragen soll, die bestehenden Verhältnisse zu klären und die Bedingungen emanzipatorischer Kämpfe auszuloten, muß sich also auf konkrete Verhältnisse in Nationalstaaten beziehen und gleichzeitig darüberhinausgehen. Dieses „Darüberhinausgehende" muß jedoch erstmal genauer bestimmt werden, denn in den letzten Jahren werden internationale Institutionen wie internationale Unternehmen aber auch „politische Akteure" im Rahmen der UNO dramatisch umstrukturiert bzw. neu geschaffen (z.B. die Welthandelsorganisation).

Damit hängt ein weiteres Problem zusammen, denn es gibt auf globaler Ebene keine „Akteure" und Politikformen, die Widerstand und emanzipatorische Politiken systematisch verfolgen. Zunehmend wird zwar die Möglichkeit diskutiert, lokalen oder innerhalb von Nationalstaaten organisierten Zusammenhänge nicht mehr eine feste internationale organisatorische Struktur zu geben, sondern sich flexibler und loser abzustimmen. Angesichts der heute bestehenden Kommunikationsmöglichkeiten ist das technisch durchaus denkbar, allerdings stehen solche Versuche noch am Anfang. Sie werden teilweise unter dem Begriff des „Netzwerks" zusammengefaßt. Und auch Nichtregierungsorganisationen sind trotz (oder wegen) ihrer Heterogenität viel diskutiert und bieten genauso Anknüpfungsmöglichkeiten wie die Versuche, gewerkschaftliche Kämpfe über nationalstaatliche Grenzen hinweg zu organisieren. Dennoch sind diese Prozesse recht schwach und heterogen.

Ein zentraler Ansatzpunkt emanzipatorischer internationalistischer Politik ist und bleibt die Frage, wie scheinbar versachlichte und verselbständigte gesellschaftliche Verhältnisse, die nur noch scheinbaren „Sachzwängen" gehorchen können, wieder kollektiven Entscheidungen zugänglich gemacht werden können. Auch hier sind Fragen der Demokratie und Partizipation auf internationaler Ebene (wie auch auf nationaler und lokaler) angesprochen. Damit könnte auch der Blick für soziale Bewegungen in anderen Teilen der Welt oder internationale Organisierungsprozesse geöffnet werden, die nicht unter dem Motto „nationale Befreiung" die Herzen hiesiger InternationalistInnen höher schlagen lassen, sondern sich auf andere Art und Weise für progressive gesellschaftliche Veränderungen einsetzen.

6. Schließlich gilt es m.E., den Internationalismusbegriff mit dem der Solidarität und des Interesses wieder zu verbinden. Reinhart Kößler und Henning Melber wiesen in ihrem 1993 erschienenen Band *Chancen internationaler Zivilgesellschaft* zu Recht darauf hin, daß sich schon zu Beginn des Jahrhunderts ein „Mythos des Internationalismus" herausbildete. Es war eben nicht so, daß „die auf einem unorganisierten Markt gegeneinander konkurrierende Bourgeoisie in geringerem Maß zu solidarischem Handeln in der Lage (sei) als die ihr gegenüberstehende Arbeiterklasse" (48). Auch die ArbeiterInnen standen und stehen in scharfer Konkurrenz zueinander und ihre Erfolge beruhten vor allem auf Kampfkraft innerhalb von Nationalstaaten und nicht auf internationaler Solidarität. Kößler/Melber schlagen vor, internationale Solidarität auf den überall als schützenswert anerkannten Verhältnissen aufzubauen. Handfeste eigene Interessen von Lohnabhängigen weltweit gegen Unternehmensinteressen zu stärken sei ein gemeinsames Anliegen und ein Argument gegen die Standortkonkurrenz. „Die aus dieser Perspektive entstehenden internationalen Bündnisse wären freilich undenkbar ohne das Eingeständnis, daß die Verallgemeinerung von Rechten und Standards nicht halt machen darf vor der Frage ungleicher Lebensniveaus. Die Frage wird dann zu stellen sein, wie Lebensformen weltweit durchaus nicht uniformiert, sehr wohl aber einander angenähert werden können, vor allem, was die Beanspruchung von Ressourcen betrifft. Die minimale Forderung nach Verallgemeinerung menschlicher Lebensbedingungen wird so zur Grundbedingung für die aussichtsreiche Bewahrung der eigenen." (57)

Ein richtiges aber in Zeiten der globalen Standortkonkurrenz und zunehmender gesellschaftlicher Spaltungen auch gefährliches Argument. Die „Verallgemeinerung menschlicher Lebensbedingungen" wird Gegenstand sozialer Auseinandersetzungen bleiben und die Manager internationaler Konzerne plätten den Rest der Welt ja geradezu mit der „Notwendigkeit", Lebensbedingungen bzw. Lohnkosten anzugleichen – allerdings geradewegs nach unten und keinesfalls in solidarischer Absicht.

Dennoch weisen Kößler/Melber auf den wichtigen Umstand hin, daß der heute dominierende Internationalismus der des Kapitals ist und dem von gewerkschaftlicher und linker Seite eher ein Mythos entgegengesetzt wurde (und der „proletarische Internationalismus" schon früh hinter die Fixierung auf die Kämpfe im jeweiligen Land zurücktrat). Internationalistische Positionen hatten und haben insgesamt in den kapitalistsichen Metropolen eine eher eine schwache Basis. Interessant ist zudem der Gedanke, in heutigen Zeiten aus emanzipatorischer Perspektive nach gemeinsamen Interessen zu suchen und dafür zu kämpfen. Der lange existierende internationalistische Paternalismus vieler metropolitaner Linker hat genauso abgedankt wie die Projektion von Revolutionshoffnungen in andere Länder. ●

Ulrich Brand war Mitglied der links*-Redaktion.*

JENS WINTER

Hoch die internat...

Oder: Eine letzte Jagd nach mexikanischen Konstruktionen?

Nein, keine Laudatio! Der vorliegende Beitrag knüpft an die jüngste Auseinandersetzung um die zapatistische Rebellion in Chiapas an, wirft im Kontext gegenwärtiger internationalistischer Politik nochmals Fragen auf, an denen ebenso Vorzüge, wie auch Falltüren der EZLN-Solidarität benannt werden. Freilich brechen sich daran implizit unterschiedliche politische Orientierungen, die die *links*-Redaktion in den letzten Jahren durchzogen haben und die zumindest für das politische Scheitern des Projekts mitverantwortlich sind.

Was soll denn nun hochleben? Eine Bestandsaufnahme ist ernüchternd: Seit dem Fall der Mauer ist von internationalistischer Politik nicht viel geblieben. Sie erschöpft sich heute zu großen Teilen in projektbezogener Lobbyarbeit kleinerer oder größerer NGOs, die im schlechtesten Fall mit der Verschlankung staatlicher Entwicklungspolitik korrespondiert, oder aber – was auch nicht erheblich besser ist – über gezielten Druck auf nationale und internationale Institutionen und deren Protagonisten punktuellen Einfluß zu nehmen versucht. Mit der weiten Perspektive verschwand zugleich eine reale Basis, die man vor nicht allzu langer Zeit noch Bewegung nennen konnte. Dem entspricht die Verwandlung einstiger Befreiungsbewegungen, wie etwa der FSLN oder FMLN und in absehbarer Zeit der URNG in Parteien, die sich in parlamentarischen und internen Scharmützeln auf Kosten ihrer Anhänger verschleißen und deren politische und ökonomische Konzeptionen kaum mehr sind, als eine bescheidene Wiederbelebung von altbackenen Importsubstitutions- und Staatsinterventionsstrategien – und selbst das ohne Erfolg, wie die anhaltende Folge von Wahlniederlagen belegt.

Die Effekte des weltweiten, mit den Begriffen Globalisierung und Neoliberalisierung mehr schlecht als recht umschriebenen Umbruchs, sind indes nur schwer zu kaschieren. Das *global village* ermöglicht nicht nur sekundenschnelle und milliardenschwere Transaktionen, gepaart mit der universellen telekommunikativen Allgegenwärtigkeit des „neuen Weltbürgers", der sich endgültig von seinem bürgerlich-humanistischen Entstehungsgrund befreit hat. Parallel dazu gedeihen – und dies nicht nur in den peripheren Staaten – immer mehr lokale Reproduktionsräume, in denen informelle und auf Subsistenz ausgerichtete Produktion und Distribution das Überleben bestenfalls verlängern.

Eben deshalb drängt es sich geradezu auf: Da die ökonomische und soziale Schere mehr denn je klafft, gleichzeitig Lokalisierung und Universalisierung sich gegenseitig zu bedingen scheinen, wird emanzipatorische Politik – vorausgesetzt man verwechselt mit dieser nicht ein sozial abfederndes Nachbeten der nationalistischen Standortideologie – künftig noch weniger auf eine internationalistische Perspektive verzichten können

Doch das hervorstechendste Charakteristikum ist Visionslosigkeit. Anstatt einer gründlichen Aufarbeitung vergangener internationalistischer Politik, vor allem der hausgemachten Fehler, widmet man sich dem realpolitischen Einrichten, der individuellen Privatisierung oder dem Zynismus. Eine Ausnahme freilich läßt anderes vermuten: Chiapas!

Die Rebellion des EZLN hat hierzulande (zumindest im Vergleich zur absterbenden Solidarität mit den traditionellen Befreiungsbewegungen) eine beachtliche Resonanz erfahren. Genug Anlaß, um auch in der *links* eines der letzten, umstrittenen internationalistischen Themen zu werden. (vgl. die Beiträge von Köhler, Hirsch, Wannöffel, Brand, Armborst, Winter, Kunz/Oy in *links* 287, 298, 300/301, 308/309, 314/315, 316/317, 318/319) An dieser Debatte brechen sich nicht nur politische Differenzen, zuweilen offenbart sie auch, neben affirmativ-unkritischen und romantisierenden Bezugnahmen, ein erschreckend unsensibles Verständnis darüber, daß Begriffe nicht einfach von einem Kontext auf den anderen übertragbar sind, sondern eben erst innerhalb spezifischer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ihre jeweilige Bedeutung und Wirkungsmächtigkeit erfahren. (Vgl. v.a. Kunz/Oy in *links* 318/319) Auch stichhaltige Kritik entbehrt somit einem soliden Fundament, scheint sich geradezu der typisch äußerlichen Form eines metropolitanen Gehabes zu nähren.

Beidem soll hier entgegengewirkt werden und sowohl das Potential als auch die Leerstellen der solidarischen Bezugnahme vor dem Hintergrund dieser Debatte und des gegenwärtigen Zustands internationalistischer Politik benannt werden. Ausgangspunkt einer jeden Reflexion sollten die historischen Rahmenbedingungen des zapatistischen Aufstands sein: Neben den externen Bedingungen (NAFTA, wachsende Verelendung, Rassismus, PRI-System, Grenze zu den USA, Ende der bipolaren Weltordnung) ist zunächst die eigene Entstehungsgeschichte des EZLN – im vergangenen Herbst wurde immerhin der 17. Geburtstag gefeiert – in Rechnung zu stellen. Diese verweist auf vielfältige Wurzeln, die sich vor allem in der seltsam anmutenden Vermittlung von orthodoxen Revolutionskadern, spezifischen historisch-kulturellen Formen der überwiegend indianischen Landbevölkerung und befreiungstheologischen Ansätzen bereits Anfang der 80er Jahre herauszubilden begannen. Den EZLN charakterisiert gerade, daß intellektuell-revolutionäre Kader in diesem Prozeß sich entweder selbst radikal veränderten und ihren Führungsanspruch aufgaben, oder aber sie fanden keine Resonanz, wurden schlicht und einfach zurückgedrängt bzw. zogen sich selbst zurück.

Vor diesem Hintergrund erst läßt sich erschließen, wie es zu der quasi programmatischen Nicht-Orientierung an einer klaren Strategie kommen konnte, wieso gesellschaftliche Alternativen nicht via Machteroberung und dank der unfehlbaren weltgeschichtlichen Weisheit der revolutionären Führer durchgesetzt, sondern in den Diskussionen der mobilisierten „Zivilgesellschaft" erschlossen werden sollten. Damit auch war erst der Weg frei für einen Forderungskatalog, in dem die (historischen) Bedürfnisse der chiapanekisch-indigenen Landbevölkerung innerhalb ihrer Interpretation eines bürgerlichen Begriffssammelsurium Ausdruck finden und in mobilisierungsstrategischer Hinsicht nutzbar werden konnten.

Auch für die Resonanz außerhalb des chiapanekischen Urwalds ist dies von Bedeutung. Sei es nun intendiert oder nicht, der EZLN bedient alle gängigen Polit-Konjunkturen: Demokratie, Gerechtigkeit, Gemeinschaft, Zivilgesellschaft und „kulturelle Identität". Gerade die diffuse und mobilisierungsstrategische Verwendung und die ausgebliebene Erläuterung

dieser Begriffe ermöglichte und erforderte eine ex-post Interpretation durch all jene, die sich darauf beziehen wollten. Im postmodernen Wirrwarr bauten sich viele eine neue Heimstatt. Das Spektrum der zivilgesellschaftlichen Berater, die dem EZLN bei den Verhandlungen und den Kongressen beistehen, ist an Heterogenität kaum zu überbieten und rekrutiert sich aus der irgendwie oppositionellen politischen oder wissenschaftlichen Prominenz: Trotzkisten, Christen, Anarchisten, Kommunitaristen, Indigenisten, Opportunisten, ergänzt durch liberale Demokraten und Gewerkschafter. Auch in nördlichen Breiten vereint die Schar der Solidarischen unterschiedlichste Gruppierungen und Einzelpersonen: Von Graswurzelanarchisten über *links*-Redakteure bis hin zu orthodoxen Gruppen wie Kein Friede (*links* 316/317), angeführt durch keine geringeren Persönlichkeiten wie Regis Debrais, Danielle Mitterand, Alain Tourraine, Oliver Stone etc.

Was sich somit unschwer als Beliebigkeit, als Fehlen von konzeptioneller Eindeutigkeit und begrifflicher Klarheit kennzeichnen läßt, (vgl. Kunz/Oy in *links* 318/319) entpuppte sich jedoch für den EZLN zunächst einmal als der Glücksgriff, der einerseits dank der relativ breiten Resonanz eine militärische Vernichtung bislang verhindern half und zudem tatsächlich an der Zerrüttung des mexikanischen Herrschaftsapparats bedeutend beitrug. Darüber hinaus können versöhnliche Geister dem Ganzen noch einen weiteren potentiellen Pluspunkt abtrotzen. Wenn gegenwärtig – wie gesehen – das hervorstechende Charakteristikum von linker Politik im Allgemeinen, von internationalistischer im Besonderen die fehlende politische Strategie, die Aufweichung von Kritik und vorab gar die fehlenden Räume zu beider Artikulation ist, die einer Analyse überhaupt erst zu gesellschaftlicher Bedeutung verhelfen könnten, wenn ein „revolutionäres Subjekt" seine Seligkeit eingebüßt hat, nicht vom idealistischen Himmel fällt, die Subjekte gesellschaftlicher Veränderung vielmehr mittels Artikulation von Protest und Kritik das denkbare Andere sich in den jeweils herrschenden Verhältnissen oder hegemonialen Projekten erkämpfen müssen, dann ist der Vorzug der strategischen Konzeptlosigkeit des EZLN gerade die Bildung eines solchen Artikulationsraumes. Hier können Überzeugungen und Ideen wirksam werden, hier kann überhaupt wahrnehmbar gestritten werden.

Freilich entledigt diese Feststellung gerade nicht von der Notwendigkeit, die Beliebigkeit beim Namen zu nennen, das Streitfeld zu kultivieren und deutliche Positionen zu beziehen. Doch damit ist es in der Tat nicht weit gediehen, was weniger auf die Schwächen des EZLN, (die als erste postmoderne Geschichtsantreiber definierten Landbauern haben ohnehin und verständlicherweise Probleme, der argumentativ-intellektuellen Chaotik während ihrer Kongresse zu folgen und nicht in ein Nickerchen zu fallen) als auf die der Neo-Internationalisten verweist. (Vgl. die Kritik von Brand in *links* 316/317) Die Hochrufe auf die Zapatisten und die Freude über die neu gewonnene politische Handlungsfähigkeit scheinen – untermalt mit einer gewaltigen Portion Romantizismus – die Reflexion und die Kritik, ja die realistische Wahrnehmung dessen, was in Mexiko passiert, häufig zu übertönen. Allein die Tatsache, daß diese bunte und unbestimmte „Zivilgesellschaft" , der man plötzlich angehören soll, unvermittelt zum Leitmotiv für gesellschaftliche Veränderung und zum Tummelfeld für politisches Handeln geworden ist, rechtfertigt Mißtrauen. Es geht auch nicht an, daß kaum ein Gedanke über die vielfältigen und allzu oft willkürlichen Implikationen dieses Begriffs verschwendet wird, welchen Stellenwert er – selbst gemäß landläufiger Interpretation – in einem über Jahrzehnte autoritär-durchinstitutionalisierten gesellschaftlichen Gefüge wie in Mexiko haben kann, oder ob er etwa in herrschaftstheoretischer Perspektive zunächst nicht mehr als ein notwendiges Strukturmoment kapitalistischer Gesellschaften verstanden werden müßte.

„Was ist denn diese Zivilgesellschaft, die in Mexiko bislang alles andere als ein Demokratiewunder zu gebären vermag?"

Nicht nur das: Selbst die faktische Relevanz der bunten mexikanischen Solidaritätsgemeinde – unbestritten ihrer relativen Erfolge – wird überschätzt. Das Interesse an den verschiedenen, über das Prominentenspektrum hinausgehenden Organisationsversuchen der „mexikanischen Zivilgesellschaft" läßt bislang zu wünschen übrig. Weder die Convencíon Nacíonal Democratica (CND) noch der Movimiento Liberacíon Nacíonal (MLN) und ebensowenig der zum zweiten Jahrestag des Aufstands ins Leben gerufene Frente Zapatista Liberacíon Nacíonal (FZLN) haben bislang zu einer wie auch immer gewünschten gesellschaftlichen Konsolidierung außerparlamentarischer (besser zivilgesellschaftlicher?) Opposition geführt. Beispiele dafür, wie begrenzt die reale Resonanz auf den EZLN ist, lassen sich problemlos aufreihen (vgl. *links* 314/316, S. 44): Als kürzlich das erste Mal die Zapatistas mit Comandante Ramona die Hauptstadt betraten und vor dem Regierungspalast das Wort erhoben, kamen gerade einmal „mehrere Tausend" Sympathisanten der 20 Millionen-Metropole zusammen.

Vergessen wird zudem die Präsenz reaktionärer Bürgerkreise, die selbst in der Hochburg San Cristobal nach wie vor nur auf den geeigneten Zeitpunkt warten, um etwa die Kathedrale des Vermittlerbischofs Ruiz den Flammen preiszugeben und den Machtwechsel des immer stärker werdenden nationalkonservativen Partido Accíon Nacíonal (PAN), dem beste Chancen bei den diesjährigen Parlamentswahlen eingeräumt werden, indirekt vorbereiten. Noch mal die Frage: Was ist denn diese Zivilgesellschaft, die in Mexiko bislang alles andere als ein Demokratiewunder zu gebären vermag?

Ein weiteres Beispiel ungenügender Reflexion markiert der Begriff „indigene Tradition". Das Problem stellt sich jedoch umfassender dar, offenbaren doch hier sowohl radikale Kritiker als auch Aktivisten der Chiapas-Solidarität – wenn auch mit entgegengesetzten Grundannahmen – am deutlichsten einen defizitären und ignoranten Bezug. Da kursiert zum einen die zugespitzte Position, die – insbesondere inspiriert von nationalismuskritischen Debatten hierzulande – mit Verweis auf die Konstruktion „ethnischer" Zuschreibungen deren Verwendung im Prinzip untersagen möchte. Die hierauf basierende Kritik läuft jedoch Gefahr, trotz oder gerade wegen ihrer Betonung der historisch-gesellschaftlichen Dimension, den Bezug zur sozialen Realität, zumal in Lateinamerika, zu verlieren – sofern sie ihn jemals hatte. Die Landbauern des mexikanischen Südostens werden nicht nur als indigenas bezeichnet, sondern bezeichnen sich selbst als solche. Über Jahrhunderte wurden sie zu solchen gemacht, definiert, gleichzeitig entwickelten bzw. transformierten sie ihre spezifische Tradition nur innerhalb dieses Mediums. So verdichteten sich rassistische und kapitalistische Unterdrückung in einer widerständigen historischen Kollektivität (bekanntermaßen nicht erst seit 1994), die als Referenzpunkte die Stellung als Kleinbauern und als indigenas impliziert, und die nur auf der realen Erfahrung als solche – sei sie nun konstruiert oder nicht – gründen kann.

Diese reale Erfahrung als Grund des kollektiven Widerstands ist in bestimmten historischen Momenten legitim, ihre Vermittlung mit Handeln für Widerstand gar notwendig und sie ist somit auch mehr als ein „strategischer Schritt" (Kunz/Oy in *links* 318/319). Wird diese Erfahrungsrealität schlichtweg geleugnet oder bestenfalls als ein Produkt der Konstruktion entlarvt,

dann ist die unbeabsichtigte Annäherung zur postmodernen Gleichmacherei, in der bestenfalls noch Konstrukte einander bekämpfen können, zumindest in ihren praktischen Konsequenzen kaum zu vermeiden.

Dennoch weist diese Kritik in die richtige Richtung. Die Bruchstelle muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden. Sie liegt dort, wo die kulturellen Form ihrer Geschichte beraubt, plötzlich substantialisiert werden, als das Authentische erscheinen und somit eine abstrakte Kollektivität produzieren, die in der Tat ihre spezifische historisch-gesellschaftliche Vermittlung negiert. Dies wird völlig absurd, wenn – wie in unseren Breiten durchaus zu beobachten (vgl. v.a. die Zeitschrift *Graswurzelrevolution*) – die hierin interpretierten Konzepte der Demokratie oder der Gemeinschaft ohne Bezug zu ihrer historischen Bedingtheit als das Andere, Bessere oder Naturverbundenere verherrlicht werden. Dies mag exotischen Bedürfnissen genügen, hat jedoch mit emanzipatorischer Politik nicht viel gemein.

Derartige theoretischen Bemühungen sind zudem von höchster politischer Brisanz. Die Forderungen nach kultureller Autonomie der indigenen Gemeinschaften sind die einzigen, die in den Verhandlungen mit der Regierung halbwegs vernünftig debattiert wurden, über eine Verfassungsänderung bezüglich des indigenen Selbstbestimmungsrechts wird bereits auf höchster Ebene beraten. Ansonsten geht der – wenn auch alles andere als gleichmäßige und homogene – Hinhaltekurs der mexikanischen Machthaber mehr und mehr auf: Die Verschleißerscheinungen des EZLN durch eine mittlerweile drei Jahre andauernde repressive Balance zeigen (wenn nicht gerade 3.000 solidarische Ausländer den Urwald bevölkern) immer deutlichere Konturen, das öffentliche Interesse kümmert sich ohnehin mehr um die Belange, die jeden tagtäglich das Leben erschweren. Eine Reduktion schließlich auf die Frage nach „kultureller Autonomie" würde – ungeleugnet der jahrhundertelangen rassistischen Unterdrückung – den Fall des EZLN in die politische Bedeutungslosigkeit befördern. Denn eine Ausweitung gesellschaftlicher Opposition ist nur dann möglich, wenn durch die Forderungen weite Teile der Gesellschaft angesprochen werden. In Mexiko gibt es aber nur rund 18 % „Indigenas".

Darüber hinaus ist grundsätzlich nach der potentiellen Reichweite der Forderung nach kultureller Autonomie der indigenen Gemeinschaften zu fragen. Könnte daraus nicht eine spezifisch mexikanische Reservatsordnung resultieren, die im besten Fall die Selbstadministration der Armut der „Informellen" organisieren hilft – ein Sachverhalt, der den Regierenden gar nicht so ungelegen käme, da sie sich der Verantwortung zu großen Teilen entziehen könnten, der Staat insgesamt dem Zeitgeist gemäß sich zurückziehen dürfte und sich zugleich seiner Toleranz und Nachsicht rühmen könnte. Zu erwarten wäre dann eine subsistenzwirtschaftlich ausgerichtete Bedarfsproduktion auf sehr niedrigem Niveau, die kaum die verständlichen Wünsche nach Kühlschränken oder Fernsehgeräten befriedigen können wird. Kulturelle Autonomie könnte somit eine neue Bedeutung als Experimentierfeld für Regulierung der lokalen, vom Weltmarkt ohnehin ausgegrenzten Lebensräume erhalten, während in anderen Regionen der universale Kampf um Standorte unvermindert an Härte zunimmt – freilich wird dies nur so lange möglich sein, bis endlich die Investoren gefunden sind, die in Chiapas den Gerüchten nach hohen Ölvorkommen auf den Grund gehen wollen.

Die Entwicklung zapatistischen Widerstands ist offen. Die politische Frage ist die, ob es sich lohnt, in dem durch ihn geschaffenen Artikulationsraum, der in der Tat eine bunte Meinungsvielfalt beherbergt, zu intervenieren und zu versuchen, dessen Potential als Katalysator für eine neue Politik zu nutzen. Oder ist die Grenze des Pluralismus mit den bisherigen Ausführungen bereits derart überdehnt, daß bestenfalls noch einige polemische Randbemerkungen angemessen scheinen?

Entscheidet man sich, wie der Autor, für die erste Variante, die freilich immer einer Gratwanderung zwischen Beliebigkeit und einem potentiell fruchtbaren Streitfeld gleichen wird, dann sind kritische Eingriffe und Reflexionen notwendiger denn je. Denn gerade weil, der EZLN lediglich den Raum vorbereitet hat, den Kampf um die Begriffe und den daraus folgenden Strategien der realexistierenden Zivilgesellschaft überlassen muß und will, liegt hierin eine bedeutsame Verantwortung derjenigen, die sich solidarisieren. Nur sie werden die begrifflichen und politischen Setzungen bestimmen, und nur durch sie könnte das politische Potential der zapatistischen Rebellion, das ohne Frage über die chiapanekischen und mexikanischen Grenzen hinausreichen könnte, eine Chance erhalten. Wenn die hier konstatierte Verantwortung und die Notwendigkeit der freien ex-post Interpretation jedoch dazu führt, alte Fehler vergangener Solidaritätsbewegungen aufzukochen, wenn der Projektion, Idealisierung, Romantisierung und einem lethargisch-rezeptiven Aktionismus – auch wenn er sich mit neuen Aktionen kleidet – zugunsten einer wirklichen Auseinandersetzung um die strittigen Begriffe nicht Einhalt geboten wird, dann wird die dünne Chance der katalysatorischen Politik des EZLN vergeben und die Geschichte (am Ende sogar die eigene) in der begrifflichen Beliebigkeit entsorgt. An der verschwommenen Imagination des authentischen „guten Wilden", der die Welt um eine weitere, womöglich „wahre" demokratische Variante bereichert und gleichzeitig die einst unbestrittene Integrität der lateinamerikanischen Guerilleros ablöst, an einem charismatischen Poeten mit Maske und Pfeife, der als einziger auf dem Weg über den Ozean an Schärfe gewinnt und an Träumen einer idyllischen Subsistenzproduktion, die die Realität eines Lebensalltags mit einer einzigen Mais und Bohnen-Mahlzeit verkennt, finden bestenfalls Regierungen, Abrechnungshermeneutiker oder Feuilletonisten ihre saisonale Freude. ●

Jens Winter war Mitglied der links*-Redaktion.*

Rehabilitation von Minenopfern
Angola – Kriegszustand ohne Krieg

Angola ist das Land: In dem Krüppel eine Nicht-Mehr-Minderheit sind. Mit 10 Millionen Minen für 10 Millionen Angolaner. Luena ist die Stadt: Eingeschnürt vom tödlichen Gürtel der Minen. Früher Schauplatz heftigster Kämpfe. Mit 100.000 Einwohnern plus 100.000 Flüchtlingen. Davon 16.000 Kriegsbehinderte.

Hier liegt das neue medico-Projekt. Jenseits von bloßer Nothilfe, wie sie bis jetzt dort gilt, soll eine Perspektive eröffnet werden. Minenräumung und Minenaufklärung, das Einrichten einer Prothesenwerkstatt, Kurse zur Berufsausbildung.

Bitte fordern Sie weitere Informationen an.

BON

Bitte schicken Sie mir kostenloses Infomaterial über das medico-Projekt in Luena und Hintergrundinformationen.

Name: _____

Adresse: _____

_____

Spendenkonten: **Stichwort »Angola«**
1800 Frankfurter Sparkasse
(BLZ 500 502 01)
6999-508 Postbank Köln
(BLZ 370 100 50)

medico international

medico international
Obermainanlage 7 · 60314 Frankfurt
Tel: 069 94438-0 · Fax: 069 436002
eMail: medico_international@t-online.de
WWW: http://home.t-online.de/home/medico.de

ROLAND HAMEL

Wachstumsschutz statt Umweltschutz?

Eine nostalgische Erinnerung an kritische Positionen in der Ökologiedebatte

Die Ökologiedebatte nimmt schon seit längerem einen ähnlichen Weg, wie vor ihr die Diskussion um Arbeit und Einkommen. Während Arbeitszeitverkürzung in den 70er Jahren noch als Mittel zur Zurückdrängung der Erwerbsarbeit diskutiert wurde („Nicht leben um zu arbeiten, sondern arbeiten um zu leben"), so steht heute die Sicherung der Lohnarbeit („Grundrecht auf Arbeit") im Vordergrund. Im umweltpolitischen Mainstream zeigt sich ein ähnliches Muster in der Themenverlagerung weg von den „Grenzen des Wachstums" hin zu „Effizienzrevolutionen", „Zukunftsmärkten" und einer „Grünen Marktagenda".

Nun wäre es falsch, der Ökologiedebatte per se einen kapitalismuskritischen Kern zu unterstellen. In der frühen Diskussion um die „Grenzen des Wachstums" wurde zwar eine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Wachstumsmodell der nördlichen Industriegesellschaften thematisiert. Allerdings konkurrierte die Suche nach Alternativen zu diesem Wirtschaftsmodell bereits damals mit der Suche nach Strategien zu seiner ökologischen Abfederung. Das Schlagwort vom „Qualitativen Wachstum" zeigt, daß der Wachstumsschutz schon damals als mindestens so wichtig galt wie der Umweltschutz. Zu sehr hing der innenpolitische Konsens in den Industrieländern davon ab, Wirtschafts- und Wohlstandswachstum zu realisieren um Verteilungskonflikte abzuschwächen, als daß das Wachstumsdenken ernsthaft zur Disposition gestanden hätte.

Viele der ökologisch motivierten Vorschläge zur kritischen Selbstbeschränkung wirken vor diesem Hintergrund um so stärker wie ein Versuch, „die Zumutungen der verschärften Weltmarktkonkurrenz mit einem Zuckerguß aus Sinnstiftung zu überziehen" (Christoph Spehr) und haben die linke Skepsis gegenüber der Ökologiefrage verstärkt. Das einer nicht geringen Zahl von Studien wohl tatsächlich diese Absicht zugrunde liegt, darf trotzdem nicht den Blick darauf verstellen, daß die ungleiche Verteilung der Chancen und Risiken keine zwingende Folge eines ökologischen Umbaus ist. Vielmehr ist sie den politischen und institutionellen Machtverhältnissen geschuldet, welche über die Verteilung von Profiten und Verlusten entscheiden.

Deswegen ist es fatal, ökologische Reformen realpolitisch zu vermarkten, indem die Verteilungsfrage mehr oder weniger geschickt umschifft wird. Den Ausgangspunkt dafür bilden meistens überzogene Versprechungen bezüglich technischer und organisatorischer Effizienzsteigerungen, die ein weiteres Wirtschaftswachstum bei geringerer Ressourcenbeanspruchung ermöglichen sollen. Daß die bisher absehbaren Effizienzsteigerungen ohne begleitende „Suffizienzrevolutionen" vom weiteren Wirtschaftswachstum überkompensiert werden, wird (wenn überhaupt) nur in wenigen Nebensätzen erwähnt. Dafür passen Effizienzrevolutionen ins ökonomische Denken und sind gut anschlußfähig. Flankiert werden sie in der Regel von Hinweisen auf neue umwelttechnologische Zukunfts- und Wachstumsmärkte und positive Beschäftigungswirkungen. Diese Diskussionen bieten eine große Spielwiese, auf der sich vortrefflich über linke und rechte Wege zu ihrer Implementierung streiten läßt (Selbstverpflichtung oder Wirtschaftspolitik, Ökosteuern ja oder nein oder vielleicht doch besser Auflagen?), ohne dabei das vorherrschende Wirtschaftsmodell unpopulärerweise in Frage stellen zu müssen. Gestritten wird über Alternativen im System, und nicht über Alternativen zum systemimmanenten Wachstums- und Verteilungsmodus.

„Wer jetzt sagt, diese Vorschläge wären alt und wenig originell, hat recht."

An diesen Positionen, die bereits im Vorfeld ihre Argumente nach dem Kriterium der Anschlußfähigkeit an den (wirtschafts)politischen Mainstream wählen, kann nicht häufig genug kritisiert werden, daß sie unterm Strich zwar keine grundsätzliche ökologische Entlastung bringen werden, dafür aber um so mehr die vorherrschenden Denkmuster stabilisieren. Wer am Leitbild des exportorientierten Wirtschaftswachstums festhält, braucht sich nicht zu wundern, wenn die bestehende Dominanz des Nordens bzgl. Technologie- oder Wissenstransfer fort- und festgeschrieben wird. Zudem wird die dominierende Denkweise gestärkt, der ökologische Umbau sei nur wünschenswert, wenn keine Arbeitsplätze dabei verloren gehen. Auch hier ist die Parallele zur Debatte um Arbeit und Einkommen sichtbar. Alternativen zur Lohnarbeit verschwinden aus der Diskussion.

Soll dagegen mehr erreicht werden als ein ökologisch aufgepeppter Kapitalismus, der sowohl national als auch international die bestehende Ungleichheit reproduziert und verschärft, muß an der schlichten Erkenntnis festgehalten werden, daß zu einer kritischen ökologischen Position immer auch eine Kritik des nördlichen Wachstumsmodells und seiner Verteilungsimplikationen gehört. Als Grundbausteine eignen sich die Forderung nach verstärkter Re-Regionalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung in Kombination mit einem garantierten Grundeinkommen.

Wenn Effizienzsteigerungen alleine nicht zu einer Entlastung der Umweltsituation führen, müssen quantitative Wachstumsgrenzen gesetzt werden. Aufgrund der unterschiedlichen Wohlstandsniveaus in Nord und Süd ist darüber hinaus eine Umverteilung des Ressourcenverbrauchs notwendig. In der Konsequenz bedeutet dies erhebliche Schrumpfungsprozesse im Norden. Eine derartige Politik läßt sich nicht ohne Umstrukturierung der Handelsbeziehungen denken, denn im Globalisierungsprozeß verlieren soziale und ökologische Standards an Bedeutung. Dafür bieten sich um so mehr Möglichkeiten, ökolo-

ami

Themenheft 11/96
Friedenstheorien

- **Ralf Bendrath:** Konflikt und Frieden
- **Manoochehr Heshmatie:** Friedensvorstellungen der Weltreligionen
- **Heinz Gärtner:** Frieden und Demokratie
- **Stefan Gose:** Friedenstheorien schaffen keinen Frieden
- **Arend Wellmann:** Das „zivilisatorische Hexagon"

Abo: (9 Normal-/ 3Themenhefte) DM 50, Ausland: DM 60. Themenheft DM 5 (+Porto). *Probeheft gratis*
WWW: http://fub46.zedat.fu-berlin.de:8080/~arend/ami.html
Bezug: Telefon/Fax: ++30-215 10 35
e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
✉ Elßholzstr. 11, 10781 Berlin

antimilitarismus information

BAHAMAS

Nr. 21 – Herbst 1996

Wahn der Wirklichkeit

* Das Grevesmühlener Gefühl *
* Kommandiert Deutschland in der NATO? *
* Fetisch „Friedensprozeß" und Israel *
* „Padanien" und die italienische Linke *
* Deutsche Linke als Antizionisten in Libyen *
* Französische Linke und der Negationismus *
* Debatte: „Krisis" zum Subjekt der Aufhebung *
* Peter Handke und die Serbenfresser *
* Linke und Drogen * u.a.m.

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben;
Einzelpreis DM 7,50 (nur Vorauskasse / Briefmarken)

Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44
Postfach 620628, 10796 Berlin, Konto: E. Müller
Nr. 12005270, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00

gische Probleme auf die Länder des Südens abzuwälzen.

Re-Regionalisierung bedeutet keinen totalen Ausstieg aus dem internationalen Handel oder eine völlige Autarkie einzelner Volkswirtschaften. Primäres Ziel sollte aber nicht mehr die Produktion für den Weltmarkt, sondern für den lokalen Eigenbedarf und für die umliegenden Regionen sein. Diese Forderung bedeutet eine Absage an das Leitbild des exportorientierten Wachstums, das die Wirtschaftspolitik im Norden und Süden prägt. Die ökologischen Folgen des zunehmenden Welthandels sind bekannt: Stoffanreicherungen in den Importländern, Stoffverarmungen in den Herkunftsländern, Ressourcenraubbau für den Export, Umweltschäden durch Verkehr etc. Dabei hat die Ausweitung des Welthandels bisher nicht zu einem Abbau der bestehenden Ungleichverteilung des Weltsozialproduktes beigetragen. Eher ist das Gegenteil der Fall: Solange die Welthandelsordnung ihnen die Rolle der Lieferanten billiger Arbeitskraft zuschreibt, bleibt für die ärmeren Länder häufig nur der Weg, durch „Sozialdumping" Marktanteile zu gewinnen oder auch nur zu halten. Aber auch im Norden wird die Drohung der Unternehmenseite mit Produktionsverlagerungen und die Forderung nach Lohn- und Sozialkostensenkungen zur Kehrseite zunehmender Handelsintegration. Re-Regionalisierung bedeutet nicht die Hinwendung zu spießiger Provinzialität und konserativen Regionalismen, sondern die Offenlegung und Korrektur von ökologischen und sozialen Fehlentwicklungen der dominierenden Internationalisierungsstrategie. Natürlich weckt die Forderung nach Regionalisierung Assoziationen an volkstümliche Nabelschau. Aber die Be-rücksichtigung ökologischer Kriterien bei der Vernetzung kann durchaus zu Regionalkonzepten führen, die quer zu regionalistischen Wunschgebilden stehen. Außerdem ist die Mobilisierung regionaler „Wir-Gefühle" als Produktivitätsfaktor und zur Legitimierung von Umverteilungsmaßnahmen zugunsten „unserer, deutschen" Industrie im globalen Standortwettbewerb mindestens genauso stark ausgeprägt.

Die ökologisch notwendige Reduzierung des Handelsvolumens ist vorrangig eine Aufgabe der Industrieländer, denn rund 75 Prozent des internationalen Handels werden zwischen den großen Handelsblöcken der Triade (EU, EFTA, USA und asiatisch-pazifische Handelsländer) abgewickelt. Begleitet werden muß sie von einer Politik der Umverteilung verbleibender Handelsgewinne von Nord nach Süd. In der bestehenden Weltwirtschaftsordnung gehen für den Süden positive ökologische Effekte durch eine geringere Beanspruchung der Ressourcen mit negativen wirtschaftlichen Effekten durch Export- und Devisenausfälle einher. Werden die asymmetrischen wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen ignoriert, welche die Länder des Südens immer noch auf die Rolle des Lieferanten billiger Rohstoffe festlegen, besteht die Gefahr, daß ökologische Reformen zum Teil auf Kosten des Südens durchgesetzt werden. Notwendig ist eine langfristig angelegte Politik der Diversifikation der heimischen Produktion, die voraussetzt, daß die Industrieländer ihre Dominanz im Handel mit Industriegütern abbauen.

Die Folge im Norden wären erhebliche Schrumpfungsprozesse. Aber bereits jetzt ist ersichtlich, daß auch ein stärkeres Wirtschaftswachstum wenig für die breite Masse der Bevölkerung bringen wird. Erstens sinkt die Arbeitsplatzintensität des Wachstums und zweitens verschlechtert sich im Standortwettbewerb die Verteilungssituation. Hoffnungen, die Situation durch mehr Normalarbeitsverhältnisse entspannen zu können, sind deshalb wenig realistisch. Warum also nicht eine alte Forderung aufgreifen und Alternativen jenseits der Lohnarbeit durch ein Grundeinkommen zu fördern. Statt immer mehr Tätigkeiten zu kommerzialisieren, gäbe es Freiräume für Eigenarbeit und Selbstorganisation. Das diese Freiräume in einem „linken" Sinne genutzt werden, ist damit noch nicht ausgemacht. Aber sie würden zumindest die Ausgangsbasis für Politik- und Lebensentwürfe jenseits der Geldökonomie verbessern.

„Diese Diskussionen bieten eine große Spielwiese, auf der sich vortrefflich über linke und rechte Wege zu ihrer Implementierung streiten läßt (...), ohne dabei das vorherrschende Wirtschaftsmodell unpopulärerweise in Frage stellen zu müssen."

Wer jetzt sagt, diese Vorschläge wären alt und wenig originell, hat recht. Aber das ist kein Problem der Forderungen, sondern der Interessen die ihnen gegenüberstehen und ihre Umsetzung blockieren. Wer deshalb sagt, sie seien utopisch und nicht durchsetzbar, hat vieleicht auch recht. Aber ich habe im Kopf lieber etwas Utopie als eine Schere. ●

Roland Hamel war Mitglied der links-*Redaktion.*

Register *links* 1996

Themen

Europa (Länder, EU)

Hamel, Roland	Die Europäische Union	318/319
Hirsch, Joachim	Starke Mark für wen?	308/309
Köhler, Michael	Spanien – Auf dem Weg zur Einwanderungsgesellschaft	312/313
Kollektiv „Antwort aufs Weissbuch"	Gegen den neoliberalen Betrug	316/317
Lodovico, Ludi	Frankreich nach den Streiks	310/311
Ders.	Streik in Frankreich	308/309
Sablowski, Thomas	Wo bleiben die roten Tomaten? Italien nach den Wahlen	312/313

Geschichte

Kunstreich, Tjark	„Hohlraum der Rede". Die Goldhagen-Kontroverse	318/319
Schneider, Christoph	Thesen über Täter. Zur Goldhagen-Debatte	318/319
Walther, Rudolf	„Die Polizei erfüllt ihre Aufgabe, ihre ganze Aufgabe." Über Maurice Papon	312/313

GUS

Brakemeier, Heinz	Ein 'Kommunist' wird Präsident. Rußland nach der Wahl	314/315
Jdanoff, Dennis / Albert Scherr	Rußland und die Präsidentschaftswahlen	314/315

Hochschule & Wissenschaft

Manzei, Alexandra	Traum der Unsterblichkeit. „Rohstoffquelle" Fötus	316/317
Schöller, Oliver	Von Opitz über Aly zu Nolte. Über Götz Aly	312/313
Weingarten, Michael	Biologismen	308/309

Internationales & Internationalismus

Altvater, Elmar / Birgit Mahnkopf	Das nächste Schwammwort. Vorabdruck aus: Grenzen d. Globalisierung	314/315
Armborst, Stefan / Jens Winter	Neuer Widerstand. Interview mit Gustavo Esteva	308/309
Aust, Björn	Ende des „unheiligen" Krieges	308/309
Brand, Ulrich	NAFTA	310/311
Ders.	Plädoyer für genaues Hinsehen. Replik auf „Kein Friede"	318/319
Gruppe t.e.r.z.	Tag & Nacht. Antiimperialismus und Internationalismus	312/313
Herden, Lutz	Als die USA für die UNO Krieg führten	308/309
Hirsch, Joachim	Kapitalismus heute: global und ohne Klassen?	310/311
Holloway, John	Der Begriff der Macht und die Zapatistas	316/317
Kunz, Thomas / Gottfried Oy	Linke Seifenblase Mexiko	318/319
Linke, Peter	Neue Allianzen	308/309
links-Redaktion	Planetenspiele (Schwerpunkteinleitung)	308/309
Mohamed, Sabah J.	Der Fall Irak	308/309
Ders.	Der Mythos Friedensprozeß I	314/315
Ders.	Der Mythos Friedensprozeß II	316/317
Ders.	Der Mythos Friedensprozeß III	318/319
Ders.	Machiavellismus – eine historische Notwendigkeit? Der Konflikt in Irakisch-Kurdistan	318/319
Nachtmann, Clemens	Anti-Imperialismus	312/313
Oberfrank, Thomas	Jenseits der „unsichtbaren Faust des Marktes"	312/313
Ohme, Annette	Sommeruniversität im Nordwest. Mexikos	316/317
Röttger, Bernd	Weltvergesellschaftung	308/309
Said, Edward W.	Das Friedenswunder in Palästina	310/311
Stauff, Markus	„Die Faust des Propheten"	318/319
Werner, Marion	Weiße Gräber. Der Hungerstreik in türkischen Gefängnissen	316/317
Winter, Jens	Ein Wintermärchen	314/315
Ders.	Euphorie, Mythen und Realität	314/315
Ders.	Periphere Politik	308/309
Wolter, Udo	Das gute Volk im wilden Kurdistan	312/313

Kongresse & Tagungen

Armborst, Stefan	Neuer Internationalismus? Berliner Konferenz gegen Neoliberalismus	314/315
Brand, Ulrich	Encuentro Intercontinental. Das „Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus" in Chiapas/Mexiko	316/317
Görg, Christoph	Globale Pläne – lokal Rechte. Zur 4. Konferenz der FAO	312/313
Kanzleiter, Boris	Interkontinental gegen Neoliberal?! Zum Anti-Neoliberalismustreffen in Berlin	312/313
Kein Friede	Ausgrenzung. Redebeitrag aus Chiapas/Mexiko	316/317

Kultur

Halbe, Markus	Glitzerwelten	314/315
Jacob, Günther	Art-Pop, Prol-Pop, Uni-Pop. Gespräch mit Oliver Marchart und Markus Wailand	312/313
Kresse, Norbert	Big Wim is dead	308/309
Kunz, Thomas	Breitbeinig	316/317
Ders. / Gottfried Oy	Flowerkraut. Interview mit FSK	314/315
Schirmer, Uta	Neue Welle gegen Main-Stream	316/317
Schneider, Christoph	Strategen der Subkultur!	310/311

Medien

autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe	Bewegungsle(e/h)re	308/309
Görg, Christoph	Wenn das Megaphon in die Sub(kultur) fällt	312/313
Oy, Gottfried	Lesen und Schreiben. 20 Jahre *radikal*	316/317

Menschenrechte

Kunz, Thomas / Gottfried Oy	„Das Recht, sein zu dürfen, was man ist." Die Politik der Gesellschaft für bedrohte Völker	312/313
Stötzel, Michael	Menschenrechte? Aber sicher	308/309

Militär

Buro, Andreas	Befreiungskampf der Bundeswehr	314/315
Meier, Oliver	Nukleare Nichtverbreitung	318/319
Warburg, Jens	Von Freunden umzingelt. Bedrohungsszenarien der Bundeswehr	318/319

Nationalismus

Demirovic, Alex	Böse Welt – gute Nation	318/319

'Neues' Deutschland

autonome l.u.p.u.s.-gruppe	Lobet den Herrn. Zum Bündnis für Arbeit	312/313
Dies.	Na und? Asyl-Entscheidung des BVG	314/315
Böhnisch, Tomke	Eliten für das Große und Ganze	316/317

Görg, Christoph Verfolgerstaat. Abschiebung der Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien 318/319
Hahn, Bodo Rausschmiß. Die Frankfurter Gefahrenabwehrverordnung 318/319
Hirsch, Joachim Von der „Zivil-" zur „Bürgergesellschaft" 312/313
Höhne, Thomas Opfer gesucht und gefunden 314/315
Kunz, Thomas Bürgerliche Chaostheorie. Chaostage in Hannover und Bremen 316/317
Ders. mad(e) in germany. Zur Kriminalisierung kurdischer MigrantInnen 312/313
Lauterbach, Jörg Abschiebeprogramm 310/311
Ders. Lohnabstandsgesetz 310/311
Ders. Nur Krampf im Klassenkampf. Gewerkschaftspolitik in Deutschland 310/311
Lindenberg, Frederike Dienstweg 308/309
links-Redaktion Klassen 96 (Schwerpunkteinleitung) 310/311
Narr, Wolf-Dieter Abgeschobenes Grundrecht 314/315
Oy, Gottfried Rassismus als materielle Lebensform. Der „Fall Lübeck" 310/311
Proske, Matthias Polizei 314/315
Radtke, Frank-Olaf Fremde und Allzufremde 312/313
Ratajczak Letzter Wille 312/313
Rein, Harald Armut. Individuelles Risiko oder Grund zur Auflehnung? 310/311
Roller, Franziska Die Nützlichkeit der Furcht 310/311
Röttger, Bernd „Wo integriert wird, sind auch die Eliten nicht weit." 316/317
Scharping, Michael Sozialstaatssolidarität 310/311
Schneider, Felix Kommando Rück! Abschiebung bosnischer Kriegsflüchtlinge 312/313
Wismar, Matthias Gesundheitspolitik in Bewegung 314/315

Ökologie

Armborst, Stefan Welche Zukunft?, Welche Politik? Welche Natur? Interview mit Elmar Altvater 308/309
Becker, Steffen / Ulrich Brand Weder Katastrophe noch Versöhnung 314/315
Brüchert, Oliver Das ökologische Warenhaus 314/315
Görg, Christoph Die „globale Schicksalsgemeinschaft" 318/319
Ders. Mit „ökologischen Leitplanken" in die Zukunft 310/311
Ders. Von den „Grenzen des Wachstums" zum „Wachstum der Grenzen" 314/315
Hamel, Roland Nachhaltigkeit und Macht 314/315
Hennig, Eike Gift und Gegengift. Bedrohung und Apokalypse bei Joseph Fischer 318/319
Lauterbach, Jörg Die Nacht ist nicht nur zum Schlafen da 314/315
links-Redaktion Natur-Macht-Ökologie (Schwerpunkteinleitung) 314/315

Parteien

Brand, Ulrich Im Bund regierungstauglich 308/309

Rezensionen

Armborst, Stefan Botschaften an die organisierten Herzen der Welt (Marcos: Botschaften aus dem lakadonischen Urwald) 316/317
Ayata, Imran Rapper oder lieber Bulle? (Cartel: Cartel; Looptown presents turkish HipHop; Feridun Zaimoglu: Kanak Sprak) 308/309
Brier, Sonja Bemüht, kunstvoll, banalisiert (Michael Verhoeven: Mutters Courage) 312/313
DissJockeys Nationaler Wettbewerbsstaat (Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat) 310/311
Droschke, Martin Gedenkzeit (B.A.M.B.U.L.E.: Der Tod Ulrike Meinhofs) 316/317
Ders. Hattet Ihr Schiß dabei? (Ralf Reinders/ Roland Fritzsch: Die Bewegung 2. Juni) 308/309
Ders. Trash und Bier (Franz Dobler: Sprung aus den Wolken) 312/313
Elm, Michael American Independent (Wayne Wang: Blue in the face) 310/311
Fahr, Uwe Gesund mit EDV (Ute Bertrand u.a.: Der Gesundheitschip) 312/313
Hamel, Roland Globalisierung (Widerspruch Heft 31/Juli 1996) 318/319
Heiskel, Harald Lagerpolitik (Judith Rosner: Asylsuchende Frauen) 308/309
Kralovsky, Thomas Gullivers Reisen (Karrer/Kerkhoff: Rap) 316/317
Kresse, Norbert Faschismus von A bis W (Konrad Hecker: Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung) 316/317
Kunz, Thomas Buchclub Grün-Weiß (Gössner: Polizei im Zwielicht; Althoff/Leppelt: „Kriminalität" – eine diskursive Praxis; Bunte Hilfe Ffm: Polizeigewalt und Justiz in Ffm) 316/317
Ders. funky (Die Sterne: Posen) 312/313
Lönneberger, Michaela Niemand ist böse! (Droste: Brot und Gürtelrosen; Fischer/Müller: Stadt Land Mord) 318/319
Dies. Offenbar keine Offenbarung (Ebermann/ Trampert: Die Offenbarung der Propheten) 318/319
Nowak, Peter NÖS oder Pariser Mai (Elsässer/Wagenknecht: Vorwärts und vergessen?) 318/319
Oy, Gottfried Malen nach Zahlen (Die Goldenen Zitronen: economy class) 314/315
Ders. Anrufungstag (Roland Emmerich: Independence Day) 316/317
Ders. Balance der Kategorien (Andrea Maihofer: Geschlecht als Existenzweise) 308/309
Ders. Böse Amis, gute Nicas (Paco Ignacio Taibo II: Vier Hände) 312/313
Ders. Buchclub Rot-Schwarz (Viett: Einsprüche!; Moretti: Brigate Rosse) 318/319
Ders. Große Vögel, kleine Vögel (Diverse: Camp Imperial) 312/313
Ders. Uffsteige (Erwin. Unabhängiges OFC-Fan-Magazin) 312/313
Proske, Matthias Aus aller Welt (Michael Krämer: El Salvador. Vom Krieg zum Frieden niedriger Intensität) 10/311
Schneider, Christoph Welt der Technik (Backslash u.a.: Der kleine Abhörratgeber) 314/315
Walther, Rudolf Antifa (Morris Beckman: The Group 43) 314/315

Staatliche Repression & institutioneller Rassismus

Komitee „Solidarität heißt Widerstand" Unterstützungshandlungen. Zum Prozeß gegen Ursel Quack 314/315
Kunz, Thomas Eingefahren. Zur Beugehaftandrohung gegen Bewohner des Wohnprojektes Fritzlarer Str. 308/309
Ders. Film ab 318/319
Ders. Rituale des Rechtsstaates. Zum Prozeß gegen Monika Haas 310/311
Ders. / Gottfried Oy Wellenreiten. Strategien gegen Repression 310/311
Lübecker Bündnis gegen Rassismus Brandspuren. Zum Prozeß gegen Safwan Eid 316/317
Dass. Der Falsche. Zum Prozeß gg. Sawfan Eid 318/319
Oy, Gottfried Aufgetaucht. Zum *radikal*-Verfahren 314/315
Ders. Verquast. Zum Prozeß gegen Monika Haas 308/309
Prozeßbeobachterin Andrea L. „Nicht Verfahrensrelevant". Der Prozeß gegen Birgit Hogefeld 318/319
Rebmann, Dominik Versagen kritischer Intelligenz. Staatliche Drogenpolitik und linker Konservatismus 318/319
Spohn, Cornelia Ost-West-Schaustück. Zum Prozeß gegen Monika Haas 314/315
Winter, Jens Westkonsens 310/311

Theorie

Dackweiler, Regina Achsen der Differenz – Koordinaten der Diskriminierung 310/311
Domke, Monika Klasse, Geschlecht, Familie 310/311
Hennig, Eike Postmodern left. Zu Edward Said 310/311

Hintz, Michael	Kritische Theorie? Abgewickelt	310/311
k.o.-Gruppe Ffm	Unabsteigbar	314/315
Kappeler, Susanne	Kulturelle Differenz oder das Wunder des individuellen Subjekts	312/313
links-Redaktion	Bedrohungen (Schwerpunkteinleitung)	318/319
Dies.	culture club (Schwerpunkteinleitung)	312/313
Dies.	Krisen (Schwerpunkteinleitung)	316/317
Oy, Gottfried	„...daß Du so bist wie Du bist". Identität und ideologische Herrschaft	308/309
Schobert, Alfred	Der Wahn von Sinn und Selbst	316/317
Steinert, Heinz	„Klassenpolitik" als Politik der Subkulturbildung	310/311
Ders.	Die Versuchungen des Positiven	316/317
Walther, Rudolf	Terror – ein Chamäleon	318/319

USA

Ege, Konrad	Clintons New World Order ist die alte	308/309
Ely, John	centers & guards	314/315

Widerstand

Antirassismusbüro Bremen	Polizisten kritisieren verboten	312/313
Ehmke, Wolfgang	NiX^3	318/319
Rein, Harald	FALZ	310/311
Schwendter, Rolf	Momentaufnahme. Alternative Ökonomie 1996	316/317

AutorInnen

Altvater, Elmar / Birgit Mahnkopf	Das nächste Schwammwort. Vorabdruck aus: Grenzen d. Globalisierung	314/315
Antirassismusbüro Bremen	Polizisten kritisieren verboten	312/313
Armborst, Stefan	Botschaften an die organisierten Herzen der Welt (Marcos: Botschaften aus dem lakadonischen Urwald)	316/317
Ders.	Neuer Internationalismus? Berliner Konferenz gegen Neoliberalismus	314/315
Ders.	Welche Zukunft?, Welche Politik? Welche Natur? Interview mit Elmar Altvater	308/309
Ders. / Jens Winter	Neuer Widerstand. Interview mit Gustavo Esteva	308/309
Aust, Björn	Ende des „unheiligen" Krieges	308/309
autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe	Bewegungsle(e/h)re	308/309
autonome l.u.p.u.s.-gruppe	Lobet den Herrn. Zum Bündnis für Arbeit	312/313
Dies.	Na und? Asyl-Entscheidung des BVG	314/315
Ayata, Imran	Rapper oder lieber Bulle? Cartel: Cartel; Looptown presents turkish HipHop; Feridun Zaimoglu: Kanak Sprak)	308/309
Becker, Steffen / Ulrich Brand	Weder Katastrophe noch Versöhnung	314/315
Böhnisch, Tomke	Eliten für das Große und Ganze	316/317
Brakemeier, Heinz	Ein 'Kommunist' wird Präsident. Rußland nach der Wahl	314/315
Brand, Ulrich	Encuentro Intercontinental. Das „Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus" in Chiapas/Mexiko	316/317
Ders.	Im Bund regierungstauglich	308/309
Ders.	NAFTA	310/311
Ders.	Plädoyer für genaues Hinsehen. Replik auf „Kein Friede"	318/319
Brier, Sonja	Bemüht, kunstvoll, banalisiert (Michael Verhoeven: Mutters Courage)	312/313
Brüchert, Oliver	Das ökologische Warenhaus	314/315
Buro, Andreas	Befreiungskampf der Bundeswehr	314/315
Dackweiler, Regina	Achsen der Differenz – Koordinaten der Diskriminierung	310/311
Demirovic, Alex	Böse Welt – gute Nation	318/319
DissJockeys	Nationaler Wettbewerbsstaat (Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat)	310/311
Domke, Monika	Klasse, Geschlecht, Familie	310/311
Droschke, Martin	Gedenkzeit (B.A.M.B.U.L.E.: Der Tod Ulrike Meinhofs)	316/317
Ders.	Hattet Ihr Schiß dabei? (Ralf Reinders / Roland Fritzsch: Die Bewegung 2. Juni)	308/309
Ders.	Trash und Bier (Franz Dobler: Sprung aus den Wolken)	312/313
Ege, Konrad	Clintons New World Order ist die alte	308/309
Ehmke, Wolfgang	NiX^3	318/319
Elm, Michael	American Independent (Wayne Wang: Blue in the face)	310/311
Ely, John	centers & guards	314/315
Fahr, Uwe	Gesund mit EDV (Ute Bertrand u.a.: Der Gesundheitschip)	312/313
Görg, Christoph	Die „globale Schicksalsgemeinschaft"	318/319
Ders.	Globale Pläne – lokal Rechte. Zur 4. Konferenz der FAO	312/313
Ders.	Mit „ökologischen Leitplanken" in die Zukunft	310/311
Ders.	Verfolgerstaat. Abschiebung der Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien	318/319
Ders.	Von den „Grenzen des Wachstums" zum „Wachstum der Grenzen"	314/315
Ders.	Wenn das Megaphon in die Sub(kultur) fällt	312/313
Gruppe t.e.r.z.	Tag & Nacht. Antiimperialismus und Internationalismus	312/313
Hahn, Bodo	Rausschmiß. Die Frankfurter Gefahrenabwehrverordnung	318/319
Halbe, Markus	Glitzerwelten	314/315
Hamel, Roland	Die Europäische Union	318/319
Ders.	Globalisierung (Widerspruch Heft 31/Juli 1996)	318/319
Ders.	Nachhaltigkeit und Macht	314/315
Heiskel, Harald	Lagerpolitik (Judith Rosner: Asylsuchende Frauen)	308/309
Hennig, Eike	Gift und Gegengift. Bedrohung und Apokalypse bei Joseph Fischer	318/319
Ders.	Postmodern left. Zu Edward Said	310/311
Herden, Lutz	Als die USA für die UNO Krieg führten	308/309
Hintz, Michael	Kritische Theorie? Abgewickelt	310/311
Hirsch, Joachim	Kapitalismus heute: global u. ohne Klassen?	310/311
Ders.	Starke Mark für wen?	308/309
Ders.	Von der „Zivil-" zur „Bürgergesellschaft"	312/313
Höhne, Thomas	Opfer gesucht und gefunden	314/315
Holloway, John	Der Begriff der Macht und die Zapatistas	316/317
Jacob, Günther	Art-Pop, Prol-Pop, Uni-Pop. Gespräch mit Oliver Marchart und Markus Wailand	312/313
Jdanoff, Dennis / Albert Scherr	Rußland und die Präsidentschaftswahlen	314/315
k.o.-Gruppe Ffm	Unabsteigbar	314/315
Kanzleiter, Boris	Interkontinental gegen Neoliberal?! Zum Anti-Neoliberalismustreffen in Berlin	312/313
Kappeler, Susanne	Kulturelle Differenz oder das Wunder des individuellen Subjekts	312/313
Kein Friede	Ausgrenzung. Redebeitrag aus Chiapas/Mexiko	316/317
Köhler, Michael	Spanien – Auf dem Weg zur Einwanderungsgesellschaft	312/313
Kollektiv „Antwort aufs Weissbuch"	Gegen den neoliberalen Betrug	316/317
Komitee „Solidarität heißt Widerstand"	Unterstützungshandlungen. Zum Prozeß gegen Ursel Quack	314/315
Kralovsky, Thomas	Gullivers Reisen (Karrer/Kerkhoff: Rap)	316/317
Kresse, Norbert	Big Wim is dead	308/309
Ders.	Faschismus von A bis W (Konrad Hecker: Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung)	316/317

Kunstreich, Tjark „Hohlraum der Rede". Die Goldhagen-kontroverse 318/319
Kunz, Thomas Breitbeinig 316/317
Ders. Buchclub Grün-Weiß (Gössner: Polizei im Zwielicht; Allthoff/Leppelt: „Kriminalität" – eine diskursive Praxis; Bunte Hilfe Ffm: Polizeigewalt und Justiz in Ffm) 316/317
Ders. Bürgerliche Chaostheorie. Chaostage in Hannover und Bremen 316/317
Ders. Eingefahren. Zur Beugehaftandrohung gegen Bewohner des Wohnprojektes Fritzlarer Straße 308/309
Ders. Film ab 318/319
Ders. funky (Die Sterne: Posen) 312/313
Ders. mad(e) in germany. Zur Kriminalisierung kurdischer MigrantInnen 312/313
Ders. Rituale des Rechtsstaates. Zum Prozeß gegen Monika Haas 310/311
Kunz, Thomas / Gottfried Oy „Das Recht, sein zu dürfen, was man ist." Die Politik der Gesellschaft für bedrohte Völker 312/313
Dies. Flowerkraut. Interview mit FSK 314/315
Dies. Linke Seifenblase Mexiko 318/319
Dies. Wellenreiten. Strategien gegen Repression 310/311
Lauterbach, Jörg Abschiebeprogramm 310/311
Ders. Die Nacht ist nicht nur zum Schlafen da 314/315
Ders. Lohnabstandsgesetz 310/311
Ders. Nur Krampf im Klassenkampf. Gewerkschaftspolitik in Deutschland 310/311
Lindenberg, Frederike Dienstweg 308/309
Linke, Peter Neue Allianzen 308/309
links-Redaktion Bedrohungen (Schwerpunkteinleitung) 318/319
Dies. culture club (Schwerpunkteinleitung) 312/313
Dies. Klassen 96 (Schwerpunkteinleitung) 310/311
Dies. Krisen (Schwerpunkteinleitung) 316/317
Dies. Natur-Macht-Ökologie (Schwerpunkteinleitung) 314/315
Dies. Planetenspiele (Schwerpunkteinleitung) 308/309
Lodovico, Ludi Frankreich nach den Streiks 310/311
Ders. Streik in Frankreich 308/309
Lönneberger, Michaela Niemand ist böse! (Droste: Brot und Gürtelrosen; Fischer/Müller: Stadt Land Mord) 318/319
Dies. Offenbar keine Offenbarung (Ebermann/Trampert: Die Offenbarung der Propheten) 318/319
Lübecker Bündnis gegen Rassismus Brandspuren. Zum Prozeß gegen Safwan Eid 316/317
Dass. Der Falsche. Zum Prozeß gg. Sawfan Eid 318/319
Manzei, Alexandra Traum der Unsterblichkeit. „Rohstoffquelle" Fötus 316/317
Meier, Oliver Nukleare Nichtverbreitung 318/319
Mohamed, Sabah J. Der Fall Irak 308/309
Ders. Der Mythos Friedensprozeß I 314/315
Ders. Der Mythos Friedensprozeß II 316/317
Ders. Der Mythos Friedensprozeß III 318/319
Ders. Machiavellismus – eine historische Notwendigkeit? Der Konflikt in Irakisch-Kurdistan 318/319
Nachtmann, Clemens Anti-Imperialismus 312/313
Narr, Wolf-Dieter Abgeschobenes Grundrecht 314/315
Nowak, Peter NÖS oder Pariser Mai (Elsässer/Wagenknecht: Vorwärts und vergessen?) 318/319
Oberfrank, Thomas Jenseits der „unsichtbaren Faust des Marktes" 312/313
Ohme, Annette Sommeruniversität im Nordwesten Mexikos 316/317
Oy, Gottfried Malen nach Zahlen (Die Goldenen Zitronen: economy class) 314/315
Ders. „...daß Du so bist wie Du bist". Identität und ideologische Herrschaft 308/309
Ders. Anrufungstag (Roland Emmerich: Independence Day) 316/317
Ders. Aufgetaucht. Zum *radikal*-Verfahren 314/315
Ders. Balance der Kategorien (Andrea Maihofer: Geschlecht als Existenzweise) 308/309
Ders. Böse Amis, gute Nicas (Paco Ignacio Taibo II: Vier Hände) 312/313
Ders. Buchclub Rot-Schwarz (Viett: Einsprüche!; Moretti: Brigate Rosse) 318/319
Ders. Große Vögel, kleine Vögel (Diverse: Camp Imperial) 312/313
Ders. Lesen und Schreiben. 20 Jahre *radikal* 316/317
Ders. Rassismus als materielle Lebensform. Der „Fall Lübeck" 310/311
Ders. Uffsteige (Erwin. Unabhängiges OFC-Fan-Magazin) 312/313
Ders. Verquast. Zum Prozeß gegen Monika Haas 308/309
Proske, Matthias Aus aller Welt (Michael Krämer: El Salvador. Vom Krieg zum Frieden niedriger Intensität) 310/311
Ders. Polizei 314/315
Prozeßbeobachterin Andrea L. „Nicht Verfahrensrelevant". Der Prozeß gegen Birgit Hogefeld 318/319
Radtke, Frank-Olaf Fremde und Allzufremde 312/313
Ratajczak Letzter Wille 312/313
Rebmann, Dominik Versagen kritischer Intelligenz. Staatliche Drogenpolitik und linker Konservatismus 318/319
Rein, Harald Armut. Individuelles Risiko oder Grund zur Auflehnung? 310/311
Ders. FALZ 310/311
Roller, Franziska Die Nützlichkeit der Furcht 310/311
Röttger, Bernd „Wo integriert wird, sind auch die Eliten nicht weit." 316/317
Ders. Weltvergesellschaftung 308/309
Sablowski, Thomas Wo bleiben die roten Tomaten? Italien nach den Wahlen 312/313
Said, Edward W. Das Friedenswunder in Palästina 310/311
Scharping, Michael Sozialstaatssolidarität 310/311
Schirmer, Uta Neue Welle gegen Main-Stream 316/317
Schneider, Christoph Strategen der Subkultur! 310/311
Ders. Thesen über Täter. Zur Goldhagen-Debatte 318/319
Ders. Welt der Technik (Backslash u.a.: Der kleine Abhörratgeber) 314/315
Schneider, Felix Kommando Rück! Abschiebung bosnischer Kriegsflüchtlinge 312/313
Schobert, Alfred Der Wahn von Sinn und Selbst 316/317
Schöller, Oliver Von Opitz über Aly zu Nolte. Über Götz Aly 312/313
Schwendter, Rolf Momentaufnahme. Alternative Ökonomie 1996 316/317
Spohn, Cornelia Ost-West-Schaustück. Zum Prozeß gegen Monika Haas 314/315
Stauff, Markus „Die Faust des Propheten" 318/319
Steinert, Heinz „Klassenpolitik" als Politik der Subkulturbildung 310/311
Ders. Die Versuchungen des Positiven 316/317
Stötzel, Michael Menschenrechte? Aber sicher 308/309
Walther, Rudolf „Die Polizei erfüllt ihre Aufgabe, ihre ganze Aufgabe." Über Maurice Papon 312/313
Ders. Antifa (Morris Beckman: The Group 43) 314/315
Ders. Terror – ein Chamäleon 318/319
Warburg, Jens Von Freunden umzingelt. Bedrohungsszenarien der Bundeswehr 318/319
Weingarten, Michael Biologismen 308/309
Werner, Marion Weiße Gräber. Der Hungerstreik in türkischen Gefängnissen 316/317
Winter, Jens Ein Wintermärchen 314/315
Ders. Euphorie, Mythen und Realität 314/315
Ders. Periphere Politik 308/309
Ders. Westkonsens 310/311
Wismar, Matthias Gesundheitspolitik in Bewegung 314/315
Wolter, Udo Das gute Volk im wilden Kurdistan 312/313

RUDOLF WALTHER

Die Leichen in den Staatskellern

Die Diskussion über Gewalt und ihr angemessene Strafen ist angesichts von jüngst entdeckten Verbrechen an Kindern im In- und Ausland neu entbrannt. In jeder Gesellschaft herrscht ein spezifisches Gewaltklima, und dieses beeinflußt Individuen, Gruppen und Institutionen – wenn auch nicht alle gleichmäßig. Gewalt wird man nicht begreifen, wenn man sie ausschließlich oder vorrangig als ein Problem einzelner Personen versteht. Es ist trivial: Gewalt tel quel gibt es nicht. Es ist immer ein historisch, sozial, politisch und psychologisch bestimmtes Phänomen, das wir Gewalt nennen.

Drei Beispiele: Ein kalabresischer Brigant antwortete um die Jahrhundertwende auf die Frage, was böse sei: „Christen ohne schwerwiegende Gründe zu töten". Im ebenso katholischen Irland stellte in den 20er und 30er Jahren sprichwörtlich jeder zufällige Zeuge einer Wirtshausschlägerei die Frage: „Ist das hier ein privater Kampf oder kann jeder mitmachen?" Als Studenten in Frankfurt eine Veranstaltung störten, antwortete ihnen der Universitätspräsident vor ein paar Jahren: „Trillerpfeifen gehörten noch nie zum Instrumentarium intellektueller Auseinandersetzung. Sie sind Ausdruck von Gewalt und sonst nichts". Was ist Gewalt? Töten, prügeln, pfeifen?

Gewalt ist nie einfach Gewalt; Gewalt resultiert überall aus vielerlei Ursachen – außer im Strafrecht mit seinen ebenso bequemen wie normativen Abstraktionen. Und was das Erstaunlichste und Erklärungsbedürftigste zugleich ist: die Strafgesetzbücher von Norwegen bis zur Türkei und von Protugal bis Rußland werden von Normengerüsten getragen, die sich aufs Haar gleichen. Transnational und transkulturell gibt es da immer *eine* klare Ursache für die Gewalt: den Täter. Im Strafrecht muß, um die Tat einem bestimmten Täter voll zurechnen und ihn dafür bestrafen zu können, systematisch davon ausgegangen werden, daß Gewalt dem Willen oder auf jeden Fall dem Handeln eines einzelnen entspringt. Das soziale, historische und psychische Bedingungs- und Beziehungsgeflecht, in das Tat und Täter real immer verwoben sind, kommt erst in zweiter Linie ins Spiel – z.B. bei den „mildernden Umständen" für die Strafzumessung. Die Ursachen der Gewalt bleiben ausgeklammert oder werden alltagssprachlich pauschalisiert als Resultate familiärer, schulischer oder charakterlicher Defizite, d.h. als Versagen von Elternhaus, Schule oder Selbstbeherrschung. Derlei mag gelegentlich einiges erhellen. Aber für das Verständnis der Komplexität von Gewaltursachen sind solche Zurechnungen etwa so hilfreich wie Fausthandschuhe fürs Klavierspielen.

Gegenüber der branchenüblichen Vereinfachung im Strafrecht ist davon auszugehen, daß Gewalt ein auf komplizierte Weise entstandenes Produkt ist, keinem einfachen Willensakt entsprungen, kein plötzlich Ausgebrochenes. Die strafrechtliche Abstraktion ist handlich und sorgt für klare Verhältnisse; realistisch ist diese Abstraktion nicht. Gewaltklima und Gewaltakzeptanz einer Gesellschaft spiegeln sich in den Strafrechtsnormen und Strafen.

Vor allem gehen in den strafrechtlichen Gewaltbegriff und in die Strafmaße für einzelne Delikte normative Momente ein. Das Strafrecht versucht, Gewalt gleichsam arithmetisch zu proportionieren. Es geht von der Fiktion vermeintlich homogener Gewalt aus, deren verschiedene Formen nur als einfache, zweifache, dreifache, x-fache Gewalt auftreten. Historisch, sozial und psychologisch bestimmte Gewaltformen erscheinen dann nur als ein Bruchteil oder ein Vielfaches von Gewalt im allgemeinen, als ob es sich bei der Gewalt um ein homogenes Produkt handelte, das man so beliebig aufteilen könnte wie Zucker oder Salz. Gewalt wird zum quantitativen Problem – ein bißchen mehr davon zeitigt „automatisch" ein bißchen mehr Strafe. Absichtliche Körperverletzung erscheint nur als eine x-fach verstärkte, fahrlässig herbeigeführte Verletzung, wie es der Strafrahmenkatalog des Strafgesetzbuches mit seinen übersichtlich gestaffelten Strafandrohungen in Zahlen bzw. Monaten und Jahren suggeriert. Dem sogenannten gesunden Menschenverstand leuchtet das ein, jeder Vorstellung von Recht und Gerechtigkeit schlägt ein solcher Umgang mit Gewalt ins Gesicht. Denn dabei verliert Gewalt ihren Kerngehalt – ihre qualitative Bestimmtheit. Töten, prügeln und pfeifen sind eben nicht einfach unterschiedliche Quanten desselben Stoffes „Gewalt". Sie sind qualitativ Unterschiedliches, und das gilt für die Urheber wie für die Opfer- bzw. Adressatenseite. Und die Beachtung qualitativer Unterschiede gilt ganz besonders im politischen Kontext. Wer Gewalt gegen Personen explizit ins Repertoire der politischen Auseinandersetzung aufnehmen möchte oder billigend in Kauf nimmt, muß wissen, daß er mehr und anderes tut als die Schraube der Gewalt gegen Sachen und Sachwerte um eine Umdrehung weiterzudrehen. Wer das nicht tut, setzt sich nicht nur ins Unrecht, sondern auf dieselbe Stufe mit jenen, denen bei der Verteidigung des status quo und bei der Bekämpfung militanter Opposition jedes Mittel recht ist bis zur Liquidation der Täter. Gewaltverniedlichung in politischer Absicht und populistische Gewaltabwehrpropaganda, mit der staatlicher Gewalt eine Generalvoll-

Margret Jäger / Siegfried Jäger (Hg.)
Baustellen
Beiträge zur Diskursgeschichte deutscher Gegenwart
1996, 352 Seiten, 36 DM
ISBN: 3-927388-56-4
Die Rechtsdrift der Bundesrepublik ist nicht mehr zu übersehen. Die Beiträge analysieren die gesellschaftliche Entwicklung und machen Gegenstrukturen sichtbar. Mit Beiträgen u.a. von: Andrea Dorothea Bührmann, Richard Faber, Ute Gerhard, Brigitta Huhnke, Margret Jäger, Siegfried Jäger, Franz Januschek, Helmut Kellershohn, Jürgen Link, Jobst Paul.

Margret Jäger
Fatale Effekte
Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs
1996, 304 Seiten, 32 DM
ISBN 3-927388-52-1
Die Kritik am Patriarchat ist im deutschen Alltagsdiskurs weit verbreitet. Eine Analyse zeigt, daß sie vielfach rassistische und sexistische Strukturen stärkt und konserviert.

Wulf D. Hund (Hg.)
Zigeuner
Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion
1996, 152 Seiten, 18 DM
ISBN 3-927388-53-X
Die Beiträge dieses Bandes untersuchen die Entstehung und Entwicklung der Semantik einer Diskriminierung. Sie zeigen, daß sich hinter der Kategorie „Zigeuner" eine ideologische Konstruktion verbirgt.

DISS
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Realschulstraße 51,47051 Duisburg
Tel. 0203-20249 - Fax 0203-287881

macht ausgestellt werden, sind zwei Seiten einer Medaille.

Gewaltklima und Gewaltakzeptanz einer Gesellschaft lassen sich nur begreifen (und verändern), wenn alle Formen von Gewalt untersucht und ihre unterschiedliche Bewertung im Strafrecht diskutiert werden. Ein einfacher Räuber riskiert eine lebenslange Freiheitsstrafe, wer eine Frau vergewaltigt und tötet kann mit fünf Jahren davonkommen. Das Eigentum wird eben höher eingestuft als die körperliche Unversehrtheit. Verkehrstote tauchen in keiner Gewaltstatistik auf, weil sie nicht als Gewaltopfer gelten – ebensowenig wie die Opfer von Krieg und Bürgerkrieg. Hier geschieht mit manifester Gewalt etwas ähnliches, wie mit der Gewalt nach der Erlangung des Gewaltmonopols durch den Staat.

Der Asylantrag von Malula I. wurde abgelehnt. Wenn auch ihr Folgeantrag abschlägig beschieden wird, muß sie Deutschland wieder verlassen.

Schon seit einiger Zeit werden asylsuchende Menschen wieder dorthin zurückgeschickt, wo sie herkamen. Und weil auch andere Länder ähnlich rigoros verfahren, landen sie am Schluß oft wieder genau dort, wo sie gequält, gefoltert oder gar mit dem Tode bedroht wurden. Pro Asyl kämpft für diese Menschen. Mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Helfen Sie uns dabei.

Wir senden Ihnen gerne weitere Informationen über unsere Arbeit zu.

PRO ASYL DER EINZELFALL ZÄHLT.
Förderverein PRO ASYL e.V.

Den Coupon bitte senden an:
Pro Asyl, Postfach 10 18 43, 60018 Frankfurt
Spendenkonto: 804 730 0,
Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00

Ich möchte mehr über die Arbeit von Pro Asyl wissen:

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Unterschrift: _____

Wenn die Gewalt den Vielen entzogen und den Wenigen zur Verwaltung und Anwendung „übergeben" wird, erscheint Gewalt von Blut ganz und gar gereinigt. Sprachlich verwandelt sie sich in „Macht", „Herrschaft", „Recht", „Ordnung", institutionalisiert in Polizei, Justiz und Armee. Unabhängig von der Differenz zwischen den affirmativ verstandenen Begriffen „Macht", „Herrschaft", „Recht", „Staat", „Polizei", „Ordnung", „Justiz" etc. ist ihnen eines gemeinsam: sie verhüllen mehr oder weniger stark ihre Herkunft aus der Gewalt und ihren jederzeit und zu fast beliebigen Zwecken aktualisierbaren Gewaltkern. Je systematischer dieser Gewaltkern verborgen wird, mit desto größerer Wahrscheinlichkeit wird das für die Praxis zuständige Organ versuchen, jenen Personen oder Personengruppen, die seine Zuständigkeit oder Legitimität anzweifeln, das Odium der Gewalttätigkeit anzuheften. Gewalt ist dann plötzlich nur noch das, was die anderen, speziell die Bürgerinnen und Bürger tun, während die institutionelle staatliche Praxis den Heiligenschein von legaler Repression, die Aura von Ordnung, den Schein von gerechtem Zwang und „Staatsschutz" erhält.

Die alltägliche Gewalt im Straßenverkehr hat sich ähnlich verwandelt wie die Gewalt bei ihrer Monopolisierung durch den Staat. Man spricht von „Unfällen" und „Verkehrsopfern", und selbst grob fahrlässige oder betrunkene Fahrer kommen ziemlich ungeschoren davon, im Gegensatz zu Tätern, die sich Eigentumsdelikte zuschulden kommen ließen.

Meine These: Die relative strafrechtliche Milde, die alle Staaten gegenüber bestimmten Gewaltverbrechen walten lassen, hängt mit der historischen Begründung von Staatsmacht zusammen. Der Rigorismus hingegen, mit dem selbst kleine Eigentumsdelikte verfolgt werden, hat seine Grund in der sozialen Ungleichheit, die zwingend einen rigiden Eigentumsschutz verlangt.

Auch Staaten sehen sich in einem gewissen Alter nicht mehr gern ungeschminkt im Spiegel an. Aus den Köpfen wie aus den Schulbüchern verschwindet die trübe Herkunft und der Rest wird mit Legenden und patriotisch-heroischen Girlanden zugedeckt. Viel eher als in der Form von Vertragsabschlüssen oder anderen konsensualen Verfahren ist die Begründung von Staaten als organisiertes Verbrechen darstellbar. Der New Yorker Historiker Charles Tilly hat solche Prozesse 1985 unter dem Titel *War Making and State Making as Organized Crime* beschrieben. Die symbiotische Verbindung von militärischer Gewalt, parastaatlichem Apparat, Finanz- und Steuerwesen treibt zwischen Mittelalter und Neuzeit den modernen Staat mit Gewaltmonopol hervor. Die Gewalt gegen

„Die relative strafrechtliche Milde, die alle Staaten gegenüber bestimmten Gewaltverbrechen walten lassen, hängt mit der historischen Begründung von Staatsmacht zusammen. Der Rigorismus hingegen (...) hat seine Grund in der sozialen Ungleichheit, die zwingend einen rigiden Eigentumsschutz verlangt."

eigene und fremde Bürger sowie die gewaltsame Durchsetzung von handfesten Interessen und Eigentumstiteln waren nicht Beiwerk, sondern Triebkräfte. Die dabei gebrauchten Mittel und Methoden sollten jedoch danach vergessen gemacht, die Opfer verdrängt werden. Insofern enthält jedes Strafgesetzbuch mit seinen Normen ein Stück Vergangenheitsbeschönigung. Die Strafrechtssysteme von Rechtsstaaten tragen Spuren dieser Gewaltverniedlichung ebenso, wenn auch nicht so sichtbar, wie rabiate Diktaturen, in denen Dieben die Hand abgehackt wird, aber zwei männliche Zeugen genügen, um eine Vergewaltigung aus der Welt zu schaffen. Die Öffentlichkeit gewöhnt sich rasch an vermeintliche „normale" Gewalt. Man ist bereit, dem Gewaltopfer Mitschuld anzurechnen etwa mit dem Argument, als „Türke" oder „Schwarzer" hätte er doch wissen müssen, daß er auf diesem oder jenem Territorium nichts zu suchen habe. Solche Territorialisierung findet ein Vorbild auch in der gewaltsamen Staatsbildung und dem Gemeinplatz, daß mit Gewalt rechnen muß, wer Grenzen überschreitet. Mentale Gewöhnung an derlei „Normalitäten" ist selbst keine Gewalt, birgt aber zumindest ein gewaltverharmlosendes Moment: an der von Kanthers Grenzschutz immer perfekter gesicherten deutschen Ostgrenze gibt es keinen Schießbefehl wie in der früheren DDR. Aber es sterben jetzt an dieser Grenze im Vergleich zur alten innerdeutschen Grenze viel mehr Menschen beim Versuch, unerkannt über die Grenze zu gelangen. ●

Rudolf Walther war als Ludi Lodovico Mitglied der links*-Redaktion.*

FRANK HEIDER

Mythos „Alternative Ökonomie“

Die Idee einer anderen Wirtschaft, einer Alternative zur herrschenden Wirtschaftsordnung stand schon bei der Gründung der Genossenschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Pate. Als zentrale Vorstellung gehörte dazu eine demokratische Betriebsorganisation, als Alternative zu den herkömmlichen hierarchisch strukturierten Unternehmen. Zu diesen heute sogenannten selbstverwalteten Betrieben gehören in Hessen auch eine Reihe Zeitschriftenverlage (in einem erschien diese Zeitschrift).

Der Begriff „Alternative Ökonomie“ wurde 1975 von Schwendter erstmalig in die westdeutsche Diskussion eingeführt. Etwa Mitte der 80er Jahre tauchte er häufiger sowohl in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Literatur als auch in der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion auf. Nicht nur fand dieser Begriff 1987 Eingang in das renomierte Wirtschaftslexikon von Woll, auch der Sachverständigenrat entdeckte in seinem Jahresgutachten 1984/85 die „alternative Ökonomie“. Ein wichtiger Hintergrund für das öffentliche Interesse war der deutliche Anstieg der Arbeitslosigkeit zu Anfang der 80er Jahre. Gefragt waren neue Beschäftigungsexperimente, wie z.B. auch unkonventionelle Existenzgründungen, Themen, wie sie auch heute angesichts der Beschäftigungssituation mal wieder auf der politischen Tagesordnung stehen.

An den nachfolgenden Debatten über Relevanz, Umfang, interne und externe Schwierigkeiten der „alternativen Ökonomie“ beteiligten sich neben Wirtschaftswissenschaftlern, Sozialwissenschaftlern und Politikern auch Personen, die in diesem Bereich tätig waren oder als haupt- oder ehrenamtliche Funktionäre in einem der zahllosen Zusammenschlüsse alternativer Betriebe arbeiten. Entsprechend unübersichtlich, wenig aufeinander bezogen und schwer zu strukturieren stellte sich die Debatte dar.

Die Schwierigkeiten begannen schon mit dem Versuch, die Aussagekraft der verschiedenen Schätzungen hinsichtlich der Größenordnung zu beurteilen. Sie reichten von 3.000 bis 12.000 Betrieben und von 2.500 bis zu 100.000 dort beschäftigten Personen in der BRD. Die Basis dieser Schätzungen waren lokale oder regionale Schätzungen, die zusammen mit empirischen Ergebnissen für die BRD hochgerechnet wurden. Da im Laufe der Zeit diese Schätzungen häufig zitiert wurden, bekamen sie auf diesem Wege so etwas wie einen Anstrich von Seriosität, obwohl empirische Belege nach wie vor fehlten.

Bei der Verwendung des Begriffes „alternative Ökonomie“ wurde zudem selten deutlich, ob eine alternative Betriebsorganisation oder eine alternative Wirtschaftsform, alternative Produktionsformen oder andere Produkte gemeint waren. Die Unklarheit hat bis heute angehalten. Der jüngste Aufsatz von Schwendter in *links* 316/317 liefert dafür ein besonders prägnantes Beispiel. Bei seiner Aufzählung von Betriebs- und Rechtsformen, die alle zur alternativen Ökonomie zu zählen seien, wäre es nur konsequent gewesen, alle Unternehmen mit mehr als einem Eigentümer miteinzubziehen, also z.B. auch Aktiengesellschaften. Nach seiner Logik zählen eigentlich nur Einzelunternehmen nicht zur alternativen Ökonomie. Hilfreich wäre hierfür ein Blick in deutsche Firmengeschichte gewesen. Ob Benz oder Daimler, ob Fichtel und Sachs oder Melitta, viele Unternehmen waren Partnerschaftsgründungen, es wäre aber wohl niemand auf die Idee gekommen, diese in ihrer Anfangszeit als alternative Betriebe zu bezeichnen. Stattdessen wird eine Entwicklungslinie konstruiert von den Produktionsgenossenschaften des 19. bis zu den Management Buy-Outs des ausgehenden 20. Jahrhunderts , da sind die Linsen des Vogels, dessen Blick hierbei bemüht wird, doch wohl etwas getrübt.

Als empirischer Beleg für seine Sichtweise, zieht Schwendter die „Bunten Seiten“ der Zeitschrift *Contraste* heran. Warum nicht eigentlich die gelben Seiten der Telekom, die laut Werbung ja das Leben leichter machen sollten, oder vielleicht die Komfortauskunft. Als weiteren Beleg führte er Verbände und Netzwerke auf. Wenn dies mehr sein soll als der von ihm mitinitiierte Arbeitskreis „Alternative Ökonomie“, dann handelt es sich zumeist um Verbände und Netzwerke, in denen FunktionärInnen, die zudem meist in mehreren dieser Vereine Mitglied sind, überwiegend nicht mehr als Karteileichen verwalten. Insgesamt spiegeln sich in diesen und ähnlichen Publikationen nur realitätsferne Wunschbilder der Autoren. Die können allenfalls einen möglichen Beitrag zur Beantwortung der Frage *Was soll sein?* leisten. Zur Beantwortung der Frage *Was ist?* taugen sie wenig. Schützenhilfe bekommen die VertreterInnen der „alternativen Ökonomie“ neuerdings von Joseph Fischer: „Ich wünsche mir, daß gerade die Grünen wieder stärker die Sache der Alternativökonomie der frühen achtziger Jahre propagieren.“ (*taz* v. 11.10.96).

1975 hat Schwendter in den „Materialienbänden zur alternativen Ökonomie“ eigentlich nur darauf aufmerksam gemacht, daß es um die Schaffung einer ökonomischen Basis zur Reproduktion nonkonformer Personengruppen ginge. Im Klartext: auch die studentenbewegten Gruppen und Personen waren irgendwann gezwungen, ihre Brötchen selbst zu verdienen. Im Gefolge des antiautoritären Protests war eine eigene Traditionslinie demokratisch strukturierter politischer Projekte entstanden, in denen die Produktion und der Vertrieb alter, verschollener Texte und aktueller politischer Broschüren und Bücher, die für die politische Bewegung als wichtig erachtet wurden, kollektiv betrieben wurde. Dem Primat der Politik folgend dominierte bei diesen Produkten der Gebrauchswert. Etwaige Überschüsse, die beim Kauf erzielt wurden, sollten nicht privatisiert werden, sondern zur Finanzierung anderer Projekte verwendet werden. In einem Flugblatt aus dem Jahre 1969 zur Gründung einer Kneipe in Berlin las sich das so: „Die Bilanzen werden veröffentlicht. Über die ökonomische Organisation und Verwertung von überschüssigem Geld soll auf Vollversammlungen einer noch zu konstituierenden Basisgruppe Kreuzberg diskutiert und entschieden werden.“ Solche Projekte konnten nur existieren, weil sie nicht oder nur in sehr geringem Umfang die Reproduktionsbasis für ihre Mitglieder darstellten, da diese ihren Lebenunterhalt in der Regel aus anderen Quellen finanzierten.

Diese Situation änderte sich, je mehr diese Projekte zur ausschließlichen Einkommensquelle ihrer MitarbeiterInnen wurden bzw. werden sollten. Die Produkte

konnten nicht mehr nur aus dem unmittelbaren politischen Diskussions- und Propagandabedarf erwachsen, sondern mußten der Notwendigkeit der individuellen Reproduktion Rechnung tragen. Die Betriebsökonomie mußte an Bedeutung gewinnen. In diesem Prozeß der Ökonomisierung verwandelten sich einige der politischen Projekte in selbstverwaltete Betriebe. Ein früher Beleg für die beginnende Ökonomisierung findet sich in den *Anmerkungen zur Situation revolutionärer Literaturproduktion* aus dem Jahre 1971: „Die Buchladenkühe haben manches Mal, weil sie ihre Interessen nicht mit genügendem Selbstbewußtsein gegenüber den Ansprüchen der Genossen vertreten konnten, selber sich auf die Schlachtbank mitgetrieben, sodaß zuletzt auch für die politische Arbeit die Kuh überhaupt fehlte, die gemolken werden soll. Es ist aber klar, daß der Aufbau funktionsfähiger Buchhandlungen, die die politischen Aufgaben wahrnehmen können, erst einmal – neben der ohnehin unumgänglichen Selbstausbeutung der Genossen – die Re-Investitionen des größten Teiles der Gewinne verlangt." Bei allen sonstigen Unklarheiten mit der alternativen Ökonomie, die selbstverwalteten Betriebe avancierten unbestritten zu ihrem Leitbild. Von Anfang an waren sie jedoch weder Vorboten einer postfordistischen Umstrukturierung noch Wegbereiter einer neuen Wirtschaftskultur.

Die erste umfangreiche Aufarbeitung

der Geschichte der Roten Hilfe — von vor siebzig Jahren und seit der Wiedergründung vor zwanzig Jahren

Die Broschüre umfaßt 64 Seiten A4. Sie enthält viele historischen Fotos und hat einen vierfarbiger Umschlag

70/20 Jahre Rote Hilfe

Vorwärts und nicht vergessen...

Bestellbedingungen:
Einzelbestellungen 8,– DM plus 2,– DM Porto
(= 10,– in Scheinen oder Briefmarken)
ab 5 Exemplare Widerverkäuferrabat 25 %
Dann gilt eine Versandkostenpauschale von 5,– DM

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (04 31) 7 51 41

1986 wurden 244 der 260 damals in Hessen bestehenden selbstverwalteten Betriebe im Rahmen einer empirischen Studie ausführlich befragt. Die Ergebnisse der mittlerweile sogenannten „Hessenstudie" waren geeignet, viele Urteile und Beschreibungen zu relativieren bzw. zu widerlegen. Bedarfslohn, Kapitalneutralisierung, Jobrotationen – ausführlich in der einschlägigen Literatur diskutiert – in der Realität der selbstverwalteten Betriebe wenig beachtet und von geringer Bedeutung. Stattdessen eine Entwicklung bei der sich der häufig propagierte Traum vom selbstbestimmten Arbeiten erfolgreich den harten Gegebenheiten des jeweiligen Marktes gestellt und behauptet hat.

Der Prozeß der Ökonomisierung ist als ein Teilaspekt der Institutionalisierung der Neuen sozialen Bewegung zu verstehen, wie ihn vor allem Roland Roth herausgearbeitet hat. Neben der Studentenbewegung waren die Frauen- und die Ökologiebewegung ein für die Gründung selbstverwalteter Betriebe bedeutsamer Hintergrund. Wenn auch die jüngeren Betriebe von Anfang an stärker ökonomisch ausgerichtet waren, so standen dennoch auch bei deren Gründung politisch-inhaltliche Motive Pate. Die Neuen sozialen Bewegungen waren sowohl der Entstehungshintergrund als auch das Rekrutierungsfeld für neue MitarbeiterInnen. Daraus resultierten gemeinsame politische Grundüberzeugungen, die die für solche Betriebe äußerst wichtige Homogenität der Kollektive garantierten. Gemeinsame politische Aktivitäten beförderten die Homogenität. Als ein Resümee der Studie ließ sich feststellen, daß selbstverwaltete Betriebe „ein Mittelschichtphänomen im grün-alternativen Spektrum sind." (Heider in *links* 221: 41) 1995 wurde die Befragung wiederholt. Fusionen, Verkäufe, Austritte des Kollektivs u.ä. hatten die Zahl der 1986 befragten Betriebe auf 187 schrumpfen lassen. Etwa 16 Prozent hatten ihre Geschäftsfähigkeit aufgegeben. Ausgründungen und Betriebsteilungen hatten jedoch die Anzahl der zu befragenden Betriebe auf 210 erhöht.

Die wirtschaftliche Situation läßt sich nach nunmehr mindestens zehnjähriger Geschäftstätigkeit als konsolidiert bezeichnen. Die Sozialversicherungsquote ist deutlich gestiegen, die Löhne liegen im Bereich der jeweils branchenüblichen Verdienste in Kleinbetrieben. Die Vermögenswerte sind z.T. erheblich gestiegen. Marketing, Preiskalkulation, betriebliches Rechnungswesen usw. verdeutlichen, daß eine ordnungsgemäße Betriebsführung zur Normalität dieser Betriebe geworden ist. Die Marktsituation ist entscheidend für die wirtschaftliche Situation, nicht die innerbetriebliche Organisation. Neben dem Längsschnittvergleich war es mindestens ebenso bedeutsam, die Frage beantworten zu können, wieviele der 1986 befragten selbstverwalteten Betriebe 1995 noch kollektiv organisiert waren.

„Selbstverwaltete Betriebe?! – Ja, gibt's die denn noch?" So oder so ähnlich lautete die häufig gehörte Nachfrage auf die Beschreibung des Forschungsgegenstandes zu Beginn des Projektes. Nachdem mittlerweile die Flut der Publikationen abgenommen hat und damit die Thematik wieder in jenes Schattendasein zurückgekehrt ist, aus

„Schützenhilfe bekommen die VertreterInnen der 'alternativen Ökonomie' neuerdings von Joseph Fischer: 'Ich wünsche mir, daß gerade die Grünen wieder stärker die Sache der Alternativökonomie der frühen achtziger Jahre propagieren'."

dem sie in den 80er Jahren ins Licht einer breiteren Öffentlichkeit heraustrat, hat sich wohl selbst in der Szene der Eindruck gebildet, diese Betriebsform würde kaum noch existieren. Wie häufig sah die Realität ein wenig anders aus. Etwa die Hälfte der 210 befragten Betriebe sind weiterhin selbstverwaltet organisiert, genau 102. Besonders interessant waren die Gründe für die Abkehr von der Selbstverwaltung. Kapital-, Nachfrage-, und Disziplinmangel, ferner Betriebsgröße oder Branchenzugehörigkeit sollen nach Meinung einiger Autoren eine Rolle spielen. Einstellungs- und Motivationsunterschiede, die zu unüberbrückbaren Konflikten geführt hatten, waren in den heute nicht mehr selbstverwalteten Betrieben ein – wenn auch weniger wichtiger – Transformationsgrund.

Sehr viel häufiger war die Abschaffung der Selbstverwaltung jedoch eine ungeplante Nebenfolge personeller Fluktuation. Nach vielen Jahren kollektiven Arbeitens ist ein dichtes Beziehungsgeflecht entstanden, daß es schwer macht, ausscheidende GesellschafterInnen zu ersetzen bzw. passende Leute zu finden, um das Team zu erweitern. Irgendwann wurde von den verbliebenen EigentümerInnen bewußt der Entschluß gefaßt, keine neuen GesellschafterInnen mehr aufzunehmen.

Keiner dieser Betriebe war weniger als drei Jahre selbstverwaltet, diese Betriebsorganisation war also nicht nur eine kurzfristige Übergangsphase. Als eine Folge der Transformation ist in den nicht mehr selbstverwalteten Betrieben eine neuen Statusgruppe entstanden: die Angestellten. Diese sind weisungsabhängig von den weisungsberechtigten EigentümerInnen. Wenn auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Regel sehr gut sind, eine Mitbeteiligung der Angestellten am Produktivvermögen wie in den sogenannten Partnerschaftsunternehmen kam nicht vor. Es geht um die Verkopplung von Miteigentum und Mitentscheidung und nicht um Mitbeteiligung. Dies zeigt sich auch bei den selbstverwalteten Betrieben. Miteigentum und nicht mehr bloße Mitarbeit bildet auch bei den meisten selbstverwalteten Betrieben mittlerweile die Grundlage für die Teilnahme an den betrieblichen Entscheidungen. Die Relevanz des Eigentums hat deutlich zugenommen.

In den zurückliegenden Jahren haben sich viele Entscheidungen auf die einzelnen Beschäftigten verlagert, im eigenen Arbeitsbereich herrscht eine größere Autonomie. Die gemeinsamen Besprechungen sind entsprechend seltener geworden und meist auf übergeordnete betriebliche Entscheidungen beschränkt. Bei den Abstimmungen dominiert nach wie vor das Konsensprinzip (80 % aller Betriebe). In etwa zwei Dritteln der Kollektive hat inzwischen ein Teil der GesellschafterInnen die Geschäftsführung inne (die übrigen Betriebe haben z.T. keine Geschäftsführung, der Rest hat die Geschäftsführung gemeinsam inne). Zumeist handelt es sich um die Außenvertretung, ohne daß damit eine innerbetriebliche Machtposition verbunden ist. Die Häufigkeit politischer Aktivitäten und Aktionen hat abgenommen, ohne daß sich die Betriebe ganz ihrer politischen Seite entledigt hätten. Es besteht nach wie vor ein – wenn auch schwächer gewordener – Zusammenhang zwischen den Betrieben und neuen sozialen Bewegungen.

Selbstverwaltung ist eine spezifische Unternehmenskultur auf der Basis gemeinsamer politisch-ideeller Wertvorstellungen. Eine gemeinsame Geschichte und politische Aktivitäten bestärken den darauf basierenden Grundkonsens, was zu einer tragfähigen Balance zwischen Individuum und Kollektiv führt und damit eine effiziente Selbstverwaltungsstruktur ermöglicht. Da etwa die Hälfte der 1986 befragten Betriebe nach wie vor selbstverwaltet arbeitet, belegt dies, daß Oppenheimers Transformationsgesetz für selbstverwaltete Betriebe keine Gültigkeit beanspruchen kann. Es kann jedoch fließende Übergänge zwischen selbstverwalteten und nicht mehr selbstverwalteten Betrieben geben. In einigen (wenigen) nicht mehr selbstverwalteten Betrieben gab es Diskussionen die Angestellten als GesellschafterInnen aufzunehmen, also Teilhabe und nicht Mitbeteiligung. In einigen (wenigen) selbstverwalteten Betrieben hatte die Geschäftsführung sehr weitgehende Befugnisse. Eine Transformation könnte dabei nur noch eine Frage der Zeit sein

Das Fortbestehen selbstverwalteter Betriebe ist ein Beleg für die dauerhafte Funktionsfähigkeit kollektiver Betriebsorganisation unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, diese Betriebe haben im Laufe der letzten Jahre innerbetriebliche Organisationsstrukturen entwickelt, die beispielhaft für alle kollektiven Betriebsorganisationen sein können. Roland Roth hat für die Institutionalisierung der Neuen sozialen Bewegungen formuliert, sie stelle sich als ein Einfügsel mit begrenzter Wirkung dar, dies läßt sich ähnlich auch für die selbstverwalteten Betriebe feststellen, sie sind ein Einfügsel in den jeweiligen lokalen Markt. In ihnen mögliche Wegbereiter einer neuen („alternativen") Wirtschaftskultur sehen zu wollen bedeutet eine maßlose Überschätzung ihrer Bedeutung.

„Alternative Ökonomie" sollte jedoch endlich als das angesehen werden, was sie schon immer war – ein Mythos – um den es nicht traurig ist, wenn er begraben wird. Ganz anders als die *links*, die in einem selbstverwalteten Betrieb erschien, und nach Schwendter auch eine Ware mit – wie ich meine – hohem Gebrauchswert, leider aber zu hohen Kosten war. Schade. ●

Der Bericht zur Studie: Heider/Hock/Seitz: „Kontinuität oder Transformation" erscheint im Focus-Verlag, Gießen im Januar 1997.

Soldaten bleiben Mörder!

Als Antwort auf die Kriminalisierungskampagne gegen AntimilitaristInnen hat die DFG-VK eine satte Produktpalette mit dem beliebten Aufdruck „Soldaten sind Mörder" erstellt. Seit der ersten Lesung der „Lex Bundeswehr" im Bundestag werden antimilitaristische Hemden, Tassen etc. und vor allem Infomaterial per Aktionsstand und Versand feilgeboten: nicht-konformistischer Protest gegen ehrsüchtige Patrioten.

Aufkleber	1,- DM
T-Shirts (Größe XL o. L, Baumwolle)	15,- DM
Stofftasche (kurze o. lange Träger)	3,- DM
Frühstücks-Tasse	6,- DM
Plakat (DIN A2)	2,- DM
Postkarten (5 Stück/Block)	1,- DM
Zündholzschachtel	0,5 DM
Feuerzeug	2,- DM
Button	1,5 DM
Spuckies (50 Blatt), pro Block	2,- DM

Soldaten sind Mörder.

Leider müssen wir bei Bestellungen unter 60,- DM eine Versandpauschale von 6,- DM erheben. Sammelbestellungen sind möglich und erbeten. Da die DFG-VK kein Mahnwesen unterhalten kann, erbitten wir den Rechnungsbetrag (plus Versandpauschale) als Scheck oder Briefmarken der Bestellung beizufügen. Eine Quittung wird der Ware beigefügt. Bestellungen an:

DFG-VK

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Gruppe Frankfurt
Vogelsbergstraße 17, 60316 Frankfurt/M.
Tel: 069/4980394, Fax: 069/4990007

GERHARD KRUM

Verfallsdatum überschritten

Es wäre übertrieben, das Ende der *links* als das Ende einer Ära zu bezeichnen. Aber es ist gewiß nicht nur eine Zeitung, die von der Bildfläche verschwindet. *links*, das war der Versuch, aus der Diagnose gesellschaftlicher Entwicklungen und der Auseinandersetzung mit politischen Traditionen und Theorien Orientierungen für eine emanzipatorische Praxis zu gewinnen. Das Ende dieser Tradition wurde freilich nicht erst jetzt und schon gar nicht durch das Einstellen der *links* eingeläutet, sondern umgekehrt. Insoweit ist die Einstellung längst überfällig und die Trauer abgearbeitet. Indessen bleibt die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung weiter aktuell.

Wenn das Verfallsdatum überschritten ist, verliert ein Produkt seinen Wert. Zumal wenn es sich um ein mediales Produkt handelt, das einmal angetreten war, „ein Instrument der besseren Kommunikation" der unabhängigen Linken zu sein. Das war 1969 ganz auf der Höhe der damaligen Diskussion, bei der es, man erinnert sich, um politische Selbstverständigung und organisatorische Perspektiven ging. Aber es kam anders: Statt der sozialistischen entwickelte sich die Ökologiebewegung – außerhalb von *links* und Sozialistischem Büro (SB) und überrollte beide. Mit der Gründung der Grünen hatten sie, im Nachhinein betrachtet, ihr Verfallsdatum im Grunde 1980 bereits zum ersten Mal erreicht.

Bei den Grünen sammelte sich, Parteiförmigkeit hin, Parteiförmigkeit her, was sich an den Wochenenden von Großdemonstration zu Großdemonstration kreuz und quer durch die Republik bewegte: Atomkraftgegner, Naturfreunde, Tierschützer, „Ökopaxe" etc., darunter auch viele aus dem Umfeld von *links* und SB. Gegen ihr Projekt, die Rettung nicht nur der Menschheit, sondern des gesamten Planeten, das endlich auch die sogenannten Normalbürgerinnen und -bürger erreichte, hatte das der Emanzipation kaum mehr eine Chance, sich zu behaupten.

In der *links* wollte man das freilich lange Zeit nicht wahrhaben. Sie befaßte sich zwar mit den Gegenständen und Formen des Protests, blieb aber stets auf kritischer Distanz (wohlweislich) zu diesen. Die neue Bewegung schuf sich ihre eigenen Medien und kommunizierte ihre Praxis lieber unter sich, während die *links* zunehmend in den „Schmollwinkel" geriet. Sie wurde zum Forum der abnehmenden Spezies derer, denen die Sache nicht so ganz geheuer war – der intellektuellen „68er" eben.

Ein bißchen antiquiert, ein bißchen stigmatisiert und politisch nicht mehr ganz ernst genommen, hatte sie daher bereits in den achtziger Jahren einen schweren Stand, denn es kamen noch wirtschaftliche Probleme hinzu: Die Abo's wurden Jahr für Jahr weniger, die SB-Mitglieder und deren Spenden auch; der freie Verkauf und mit ihm die Präsenz in den Buchläden nahm ab, die Auflage mußte drastisch zurück-, der Preis heraufgefahren werden; Frust machte sich breit bei Lesern, Autoren, aber auch schon bei Redakteuren und „Multiplikatoren", in Parteien (SPD, Grüne) und Gewerkschaften etwa. Die *links* hatte aufgehört, ein „Instrument der (politischen) Kommunikation" zu sein, jedenfalls was die Akteure des Protests betrifft. Vielleicht hätte sie damals bereits ihren Geist aufgeben sollen. Gleichwohl hat es durchaus seinen (abstrakten) politischen Sinn gemacht, weiterhin beispielsweise auf wie auch immer unbewußte antiamerikanische, antisemitische, geschichtsklitternde etc. Tendenzen hinzuweisen und den mitunter allzu unbedarften Blick auf das nächste AKW oder die Mittelstreckenraketen zu hinterfragen, wo emanzipatorische Motive reklamiert werden.

An Anstrengungen aus dem politischen Abseits herauszukommen, hat es nicht gefehlt. Eine Zusammenarbeit mit den Grünen zum Beispiel scheiterte am fehlenden politischen Konsens in Redaktion und übrigem SB. Eine direkte Kooperation mit anderen Publikationen wie *Wiener Tagebuch*, *WoZ*, *PROKLA*, *taz*, *listen* und *diskus* blieb ebenso im Stadium von Vorüberlegungen stecken wie eine Vernetzung auf (west-)europäischer Ebene. Und die sogenannten ehemaligen Bügerrechtsgruppen in der DDR wie das „Neue Forum" oder „Demokratie jetzt" gaben den Grünen den Vorzug – sei es, weil sie von Sozialismus-Diskussionen genug hatten, sei es, weil ihnen ein politisch impotenter Diskussionszusammenhang zu wenig war. Obwohl er doch, verstärkt durch ein solches Zusammenwirken, im Hinblick auf die (damals noch bevorstehende) Integration der DDR in die Bundesrepublik so wünschenswert gewesen wäre.

Doch der Bedarf an einem solchen Zusammenhang läßt sich nun einmal nicht aus seiner vermeintlichen theoretischen oder politischen Notwendigkeit ableiten. Schon gar nicht läßt er sich herbeischreiben. Spätestens mit der erfolgten Integration hatte die *links* dann auch zum zweiten Mal ihr Verfallsdatum erreicht und zwar das endgültige. Entstanden als ein Produkt der alten Bundesrepublik, war das Projekt, wie könnte es anders sein, auf deren gesellschaftliche Erfahrung bezogen und ein Stück weit auch in ihr gefangen. Vielleicht hätte ein konsequenter Schlußstrich damals die Voraussetzungen dafür geschaffen, um sich für neue gesellschaftliche Erfahrungen öffnen und neue politische Kommunikationszusammenhänge gewinnen zu können. Dafür ist es jetzt zu spät. Bleibt zu hoffen, daß die Ursachen des Niedergangs wenigstens im Nachhinein einer kritischen (Selbst-)Reflexion unterzogen werden. ●

„An Anstrengungen aus dem politischen Abseits herauszukommen, hat es nicht gefehlt. (...) Eine direkte Kooperation mit anderen Publikationen wie *Wiener Tagebuch*, *WoZ*, *PROKLA*, *taz*, *listen* und *diskus* blieb ebenso im Stadium von Vorüberlegungen stecken wie eine Vernetzung auf (west-)europäischer Ebene.

Gerhard Krum war von 1986 bis 1990 hauptamtlicher Redakteur der links.

MICHAEL HINTZ

Das Altern der Neuen Linken

Oder: Die Krise der Kritik

Aus dem Editorial der Null-Nummer der *links*, April 1969: „Jahre hindurch war die Frage nach der sozialistischen Alternative für das öffentliche Bewußtsein vielfach verstellt durch die Identifikation der Vorstellung vom Sozialismus mit dem gesellschaftlichen System und der Doktrin, wie sie sich in der Sowjetunion und in einigen von ihr beeinflußten Gesellschaften unter und seit dem Stalinismus herausbildeten. Diese Identifikation löst sich jedoch mehr und mehr auf. (...) Zugleich entwickelt sich in der Auseinandersetzung mit der historischen Erfolglosigkeit alter sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien in Westeuropa der Versuch, eine neue sozialistische Strategie für die Bedingungen industriell hochentwickelter Gesellschaften zu entwerfen."

Heute, knapp drei Jahrzehnte später, scheint der historische Block sozialer Kräfte unter Führung der neo-konservativen bzw. neo-liberalen Parteien allen tiefgreifenden sozialen Umwälzungen zum Trotz erfolgreich die „Normalisierung" der deutschen Verhältnisse betreiben zu können: In einer Zeit, in der sich „auch in der Bundesrepublik ein Rechtspopulismus breitmacht, an den sich die SPD ebenso wie die CDU anpaßt, während die FDP auf ihre Prinzipien pfeift und unsere 'grüne FDP' nur noch die Mentalität linker Renegaten pflegt" (Habermas 1995: 104f.), in der „eine kritikunfähige Opposition eine handlungsunfähige Regierung bei allen grundsätzlichen Problemen – wie Maastricht, Immigration, Blauhelmeinsätzen oder Solidarpakt – sich kopflos durchwursteln läßt" (ebd.: 86f.), findet die notwendige politische „Polarisierung anhand klar definierter und gut begründeter Alternativen" nicht statt, weil „weder die intellektuelle Linke noch gar die Linksparteien willens oder in der Lage (sind), den längst fälligen Selbstverständigungsdiskurs über die Rolle der erweiterten Bundesrepublik anzuzetteln und auszufechten." (Ebd.: 86) Wie wenig die Unfähigkeit, ja der Unwille der politischen und wissenschaftlichen Eliten, auf die Herausforderungen der ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise im Kontext der sich 'globalisierenden' kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, auf die Ausgrenzung von 'Dritter Welt' bzw. 'underclass' nun auch in den europäischen Metropolen mit angemessenen Problemlösungen zu reagieren, die nach den Niederlagen der 70er und 80er Jahren übriggebliebenen Reste der ehedem Neuen Linken zu radikaler Kritik treibt, wäre ein ausgezeichneter Gegenstand für einen kritisch-selbstkritischen Krisendiskurs einer in die Jahre gekommenen Linken.

An der jüngst u.a. von den Professoren Elmar Altvater, Rudolf Hickel, Peter von Oertzen und Uwe Wesel sowie dem geschäftsführenden IG Metall-Vorstandsmitglied Horst Schmitthenner unterzeichneten sog. „Erfurter Erklärung" für ein „Bündnis für soziale Demokratie" (dokumentiert in einer gekürzten Fassung in der *FR* vom 10.1.97) wird das ganze Dilemma der gegenwärtigen Situation der bundesrepublikanischen Linken, ihre nicht nur marginalisierte, sondern zutiefst subalterne politisch-ideologische Position deutlich. In gnadenlos populistischer Poesie heißt es da: „Die regierende Politik ist in unserem formal vereinten Land in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken. Im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz wird in der Bundesrepublik der soziale Konsens, auf dem ihr Erfolg beruhte, durch radikale Umverteilung der Einfluß-Reichen zerstört. (...) Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen. Die Erfahrung von 1968 und der Geist von 1989 sind für 1998 aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen (...)."

Was für Sprachblüten, die einem da um die Ohren gehauen werden: „Die regierende Politik ist in unserem Lande (...) versunken"! Schön wär's, doch eher versinkt die analytische Kraft unserer politisierenden Intellektuellen in einen Zustand von gnadenloser Einfachheit, Mythenverschleiß und fehlenden Alternativen. Von 'Kritik' ganz zu schweigen – wenn schon der „soziale Konsens" und der „Erfolg" des 'Modells Deutschland' herhalten müssen, um die Kritik an der herrschenden Politik zu begründen, kann es um Kritik an der Politik der Herrschenden nicht gehen! Und wo kurzschlüssig der „Notstand ständig steigender Arbeitslosigkeit" zu Staatsfinanzkrise und – qua öffentlichem Schuldendienst – zu Reichtumsvermehrung der Banken „führt", kann man gleich auch noch den Bogen zur solcherart „entstehenden" demokratisch nicht legitimierten Macht schlagen; alles in den einen Brei gerührt, der die zweifelsohne notwendige „andere Politik" auf einen die Regierung austauschenden „Machtwechsel" reduziert. Und dazu brauchen wir eine neue APO?!

Zu wem spricht diese Initiative eigentlich, an wen appelliert sie? Wo sind die sozialen Bewegungen, wie ihr Zustand, ihre Potentiale, die eine APO bilden könnten/sollen? Die politisch-kulturellen Transformationen der letzten zwei Jahrzehnte müssen schon ziemlich verschlafen worden sein, daß jemand glaubt, dergestalt von oben eine sozialreformerische Erneuerung staatlicher bzw. staatszentrierter Politiken initiieren zu können. Die ehedem den größten Teil der APO bildende revoltierende Jugend gibt es so jedenfalls nicht mehr, und wenn es sie noch oder auch wieder gäbe, ließe sie sich ebenso wie die real existierende 'unpolitische' Jugend nicht dergestalt vor den Karren intellektueller Staatserneuerer spannen! Man schwafelt von „Epochenwechsel" und der Notwendigkeit eines „neuen gesellschaftlichen Aufbruchs", doch wozu? Für etwas ÖkoSozialreform, etwas mehr Demokratie und etwas Moral („Steuerehrlichkeit") – kein Wunder, daß die allenthalben kritisierte 'Politikverdrossenheit' auch die Linke trifft!

Mit ihren gegenüber den Parteien eines möglichen neuen Regierungsblockes aufgestellten Forderungen – von der SPD fordert man „Mut zur Opposition auf der ganzen Linie", daß sie ihrer Herkunft als Partei der sozialstaatlichen Reformen „auf neue Weise" gerecht werden müsse und auch „in nachhaltig veränderten Zeiten" mehr Demokratie zu wagen hätte; vom Bündnis 90/Die Grünen, daß sie „auch" als soziale Reformkraft Kontur gewinnen und den Eindruck widerlegen solle, sie wolle letztlich die FDP ersetzen; von der PDS klagt man staatstragend ein, sie solle, „bei

aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien (...) sein", und ihre „demokratische Zuverlässigkeit" unter Beweis stellen – denunzieren die UnterzeichnerInnen selbst ihr Anliegen als eine 'politisches Eingreifen' nur trostlos simulierende Veranstaltung. Wie hilflos ein derartig naives Appellieren bleiben muß, zeigte dann auch prompt die Resonanz bei den politischen Eliten: Verachtung auf Seiten von Kohl und Koalition, offene Ablehnung durch SPD und Bündnisgrüne. Ideologische Staatsapparate lassen sich nun mal nicht durch bloße Kanzelrhetorik zur 'Alternative' drängen: „Unzählige sagen sich heute: Grundlegendes muß sich verändern. Und viele fragen sich: Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt." Das ist doch Pfeifen im Wald und Rufen in der Wüste auf einmal!

Die Entwicklung der wirtschafts-, sozial- und auch sonstig politischen programmatischen Positionen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften in der seit Anfang der 70er Jahre zu Tage tretenden Krise des fordistischen Entwicklungsmodells lassen ebenso wie die entsprechenden alltäglichen Apparate-Praxen im Hinblick auf die Bildung eines neuen, anti-hegemonialen Blocks sozialer und politischer Kräfte wenig Hoffnung aufkommen – dabei wird die Unfähigkeit des ehemals 'reformistischen' Lagers der bundesrepublikanischen Linken, der neoliberalen Offensive wirkungsmächtigen Widerstand und realistische Alternativen entgegenzusetzen, nur noch von der vollkommenen politisch-ideologischen Ödnis im Lager der sich selbst als 'revolutionär' verstehenden Linken übertroffen. Es scheint, als daß die großen strategischen Entwürfe, die im 20. Jahrhundert die Politik der Linken leiteten, als solche keinen Orientierungsmaßstab mehr für eine linke Programmatik und Alltagspraxis abgeben.

Der von Sozialdemokratie und Gewerkschaften nach langen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erkämpfte fordistisch-keynesianische Wohlfahrtsstaat stellte sich in dem Moment als eine Art „Pyrrhussieg" dar, „da seine Prämissen nicht mehr zutrafen" und er sich unter veränderten Bedingungen „als nicht erneuerungsfähig erwies und damit folgerichtig zum Abbruch bereit steht" (Zibura 1996: 85). Die schleichende Erosion der ehedem hegemonialen partei- und gewerkschaftspolitischen Formation der sozialen Bewegung der arbeitenden Klassen offenbart sich ausgerechnet an den beiden zentralen politischen Projekten der Kohlschen Modernisierungsambitionen, der deutschen und der europäischen 'Einheit' – die parlamentarische 'Opposition' beschränkt sich in ihrer Konzeptionslosigkeit auf das Offenhalten etwaiger Möglichkeiten der Regierungsbeteiligung: von einer neuen Großen Koalition bis hin zu rosa-grünlichen Bündnissen scheinen alle Spielarten des 'Machtwechsels' möglich, eine grundlegende Änderung der Bonn-Berliner Realpolitik aber ist nicht absehbar. Exemplarisch zeigten die im Zwickelschen 'Bündnis für Arbeit' sich manifestierenden Strategien, den gewerkschaftlichen mainstream an die unter der neoliberalen Hegemonie veränderten Bedingungen sozialer Kompromisse 'modernisierend' anzupassen, wie wenig sie verhindern, geschweige denn 'gestalten' können/wollen.

„An der jüngst u.a. von den Professoren Elmar Altvater, Rudolf Hickel, Peter von Oertzen und Uwe Wesel (...) ..."

Vergessen wir nicht: Nach einem kurzen (bundes)deutschen Frühling waren es die Selbstbeschneidungen sozialliberaler Reformpolitik durch Regierungen unter Führung von Helmut Schmidt gewesen, die es dem anfänglich allseits belächelten Pfälzer Kohl ermöglichten, eine vergleichsweise 'schleichende' Umsetzung neoliberaler Politik zu betreiben. Daß der konservative Reformismus die bis dahin erkämpften fordistischen 'Rigiditäten' in homöopathischen Dosen soweit aufweichen konnte, daß mittlerweile bis auf die Sicherung und Erweiterung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit alles zur Disposition steht, liegt natürlich auch daran, daß er – im Gegensatz zur sozialdemokratisch-grünen und linken 'Opposition' – auf die Erfahrungen der Thatcher-Regierung in Großbritannien und der Reagan-Administration in den USA zurückgriff, die mit ihren radikalen politisch-ideologischen Kehrtwenden zu erheblichen Irritationen und 'Integrationsproblemen' geführt hatten. Die von vielen Linken als nur ideologisch unterschätzte 'Wende' setzte am Alltagsverstand an und brachte in den ersten Jahren nicht die erwarteten/befürchteten radikalen politischen Umbrüche; dafür gelang aber die schleichende Durchdringung der sich lange unter linksliberal-sozialdemokratisch-grüner Hegemonie wähnenden Zivilgesellschaft mit konservativen Denkmustern und Begriffen umso nachhaltiger. Angesichts der ihre Modernisierungprojekte professionell ideologie- und diskurspolitisch vorbereitenden und begleitenden, auf die naturalisierende Macht des (qua weitgehend selbst erzeugten 'Sachzwang' durchgesetzten) Faktischen setzenden neoliberalen (Konter-)Revolution wirkt die Linke wie paralysiert, weder in der Lage, ihre politischen Niederlagen, ihre ideologischen Verstellungen und Verschließungen zu bearbeiten, noch – in kritischer Auseinandersetzung mit dem 'Zeitgeist' und seinen materiellen Bedingungen und Ausformungen – sich auf die Höhe der Verhältnisse zu bringen (kein Wunder, daß die altgewordene Neue Linke weitgehend ohne Jugend ist).

Es ist noch nicht so lange her, da konnten sich noch viele wie der von radikaleren Linken als eher 'liberal' gescholtene Jürgen Habermas (in Auseinandersetzung mit den eurokommunistischen Neubestimmungen des Übergangs zum Sozialismus als radikaldemokratisch reformerischem Prozeß) die als notwendig oder wünschenswert angesehene soziale Revolution durchaus noch „als langfristigen Prozeß vorstellen, der folgendes ermöglicht: a) eine experimentelle Transformation, d.h. eine schrittweise an die Erfolge und Mißerfolge der zentralen Entscheidungsprozesse gebundene Transformation, und b) – und das muß sofort geschehen, wenn es nicht sogar vorausgesetzt werden muß – eine 'Akklimatisierung' an demokratische Lebensformen; eine allmähliche Erweiterung der Entscheidungsspielräume des demokratischen, partizipatorischen und diskursiven Handelns" (Habermas 1981: 505). Und man meinte allenfalls, ihn 'links' überholen zu müssen, wenn Habermas den Sozialismus verteidigte als „die Idee, unter der wir alle notwendigen Bedingungen zusammendenken für eine Mannigfaltigkeit von Gesellschaften/Gesellschaftsformen, die alle eins gemeinsam haben: daß die Formen von Ausbeutung und Entrechtung, die wir heute kennen und beschreiben können, dort nicht auftreten, wenigstens minimiert werden. Der Sozialismus ist keine Lebensform, sondern eine bestimmte Infrastruktur von Lebensformen, die sowieso nur als irgendetwas nicht Voraussagbares sich ergeben können und auch dann immer nur im Plural." (Ders. in einem Interview in der *taz* v. 21.10.80)

Heute dagegen „nervt" auf der einen Seite „der forcierte Pragmatismus derer, die wieder einmal das Ende aller Ideologien ausrufen, nur weil sie selbst einmal ihren eigenen Revolutionsparolen geglaubt haben" (Habermas 1995: 85), während man auf der anderen den Sozialismus „zu einer privatistisch verstandenen regulativen Idee entschärft, die der Moral einen Platz jenseits der politischen Praxis anweist" (ders. 1990: 194). Daß es nach dem Zusammenbruch der Gesellschaften sowjetischen Typs und der scheinbar alterna-

tivlosen Dominanz des Dispositivs kapitalistischer Globalisierung dringender denn je ist, die permanente „Erweiterung der Entscheidungsspielräume demokratischen, partizipatorischen und diskursiven Handelns“ in allen gesellschaftlichen Bereichen zum Ausgangspunkt radikal gesellschaftsverändernder international vernetzter Praxis zu machen, ergäbe sich eigentlich konsequent aus der von Habermas angesichts der neuen Abstaktionsschübe der Modernisierung und Globalisierung sozialer Verhältnisse zu recht gestellten Frage, ob sich die – von ihm nach wie vor favorisierte – „republikanische Idee einer bewußten Einwirkung der Gesellschaft auf sich selbst überhaupt noch politisch institutionalisieren läßt (...), ob ein expandierendes, aber lebensweltlich zentriertes öffentliches Bewußtsein die systemisch ausdifferenzierten Zusammenhänge überhaupt noch umspannen kann oder ob die selbständig gewordenen systemischen Abläufe längst alle durch politische Kommunikation gestifteten Zusammenhänge abgehängt haben“ (Habermas 1995: 183f.).

Daß daraus von Habermas ebenso wie von seinen Schülern keine weiteren theoretischen und politischen Schlüsse gezogen werden, die konkrete Kritik der neuen Formen kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsverhältnisse bei ihnen keinen Raum hat – Axel Honneth weist nicht von ungefähr auf die „gravierenden Veränderungen“ hin, „die das Bild des Kapitalismus inzwischen im Rahmen der Sozialwissenschaften (...) erfahren hat: hier herrschen im Augenblick wieder jene Tendenzen einer Theorie der Modernisierung vor, deren allgemeiner Fluchtpunkt in der Überzeugung besteht, daß die Organisationsform der kapitalistischen Wirtschaft ein Entwicklungsniveau der gesellschaftlichen Rationalisierung repräsentiert, welches nur um den Preis von weitreichenden Effektivitätseinbußen noch einmal unterschritten werden kann“ (Honneth 1994: 48). Die selbsternannten Erben der Kritischen Theorie (siehe meinen Artikel in *links* 310/311) scheinen also voll im Trend, wenn sie sich mit der politischen „zivilgesellschaftlichen“ Selbstbeschränkung, „die Macht des Staates, des Marktes und der Großtechnik zwar ‘eindämmen’, ‘zivilisieren’ und ‘humanisieren’, aber nicht abschaffen (zu) wollen“ (Dubiel 1996: 39), auch theoretisch begnügen und ihre wissenschaftliche Praxis „im empirischen Studium jener exemplarischen Konflikte und Spannungslinien, die sich zwischen der inklusiven Dynamik der Demokratie und der exklusiven des neuen Kapitalismus eröffnet haben“ (ebd.: 40), einrichten. Folgerichtig konzentriert die neue ‘kritische’ Theorie ihre Anstrengungen denn auch anerkennungstheoretisch bspw. auf die Lösung der Frage, „wie eine moralische Kultur beschaffen zu sein hätte, die den Betroffenen, den Mißachteten und Ausgeschlossenen, die individuelle Kraft gibt, ihre Erfahrungen in der demokratischen Öffentlichkeit zu artikulieren, statt sie in den Gegenkulturen der Gewalt auszuleben“ (Honneth 1996: 32). Wohlgemerkt: es geht hier um die je „individuelle Kraft“, sich zu artikulieren, nicht um die Artikulation von sozialer Gegenmacht oder ähnlich kollektive Angelegenheiten. Weil das

„... unterzeichneten sogenannten ‘Erfurter Erklärung’ für ein ‘Bündnis für soziale Demokratie’ (...) wird das ganze Dilemma der gegenwärtigen Situation der bundesrepublikanischen Linken deutlich.“

dann, angesichts der hochvermachteten, gar nicht so „demokratischen“ bürgerlichen Öffentlichkeit die Herausbildung von „Gegenkulturen“ bedeuten würde, die der strukturellen Gewalt des ausgrenzenden „Extremismus der Mitte“ (Habermas 1996: 386) nicht nur die Subalternität des Individuums entgegenzusetzen hätten?

Sicher: „Realistischerweise muß man heute davon ausgehen, daß es nach dem Scheitern der etatistischen Revolutions- und Reformversuche dieses Jahrhunderts zum Kapitalismus derzeit kein plausibles gesellschaftliches Alternativmodell gibt“ (Joachim Hirsch, zit. nach Narr/Roth 1995: 431); aber für eine kritische-selbstkritische politische und intellektuelle Linke gibt es keinen Grund, warum sie auf die strategische Orientierung ihrer Praxen qua Konzepten von ‘sozialer Revolution’ (als radikale Transformation der Produktionsverhältnisse und Aufbau neuer Gesellschaftsformationen) und ‘Sozialismus’ (als leitender Perspektive) verzichten und integrationsversessen nun unbedingt individuums- und staatszentrierte Politik favorisieren sollte. Was gegenwärtig fehlt, ist nicht der konzeptlos-machttaktische Schulterschluß von Sozialdemokraten, (PDS-)demokratischen Sozialisten/Kommunisten und Bündnisgrünen zwecks Bonner Regierungswechsels, sondern die politisch-theoretische Formierung eines neuen Blocks antihegemonialer Kräfte. Ein Beitrag der Linken könnte die kritische, möglichst breite und offene, mögliche gesellschaftliche Bündnispartner einbeziehende Debatte um die neuen Formen kapitalistischer Vergesellschaftung, die sich herausbildenden neuen sozialen Akteure und Kräfteverhältnisse sein. Voraussetzen würde dies jedoch, daß die linken Intellektuellen lernen müßten, „sich selbst gegenüber kritisch zu sein, sich als Intellektuelle zu kritisieren“ (Bourdieu 1991: 16f.). Das größte Hindernis für die Entfaltung ihrer kritischen analytisch-politischen Kapazitäten ebenso wie für die Kommunikation mit anderen sozialen Gruppen sind dabei ihre „populistischen Triebe“, die „kollektiv kontrolliert“ werden müssen (ebd.: 17). Eine offene, tabubefreite Debatte über alte und neue Fragestellungen angesichts neuer Verhältnisse ist wesentlicher Teil der Formierung einer neuen kritischen sozialen Bewegung. Doch wo soll man sie führen, welche Foren stehen hierzu noch zur Verfügung? ●

Für Hinweise und Kritik danke ich Leo Krebs.

Literatur

Bourdieu, Pierre (1991): Die Intellektuellen und die Macht, Frankfurt a.M.

Dubiel, Helmut (1996): Kritische Theorie des neuen Kapitalismus?, in: IfS, Mitteilungen Heft 7, S. 33-40

Habermas, Jürgen (1981): Kleine Politische Schriften I-IV, Frankfurt a.M.

Habermas, Jürgen (1990): Die nachholende Revolution, Frankfurt a.M.

Habermas, Jürgen (1995): Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt a.M.

Habermas, Jürgen (1996): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a.M.

Honneth, Axel (1994): Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose, Ffm.

Honneth, Axel (1996) : Die soziale Dynamik von Mißachtung, in: IfS, Mitteilungen Heft 7, S. 13-32

Narr, Wolf-Dieter; Roth, Roland (1995) : Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative. Am Ende aller Utopie gilt: Demokratie und Sozialismus, in: Prokla 100, S. 431-455

Ziebura, Gilbert (1996): Globalisierter Kapitalismus: chancenlose Linke?, in: Prokla 102, S. 85-106

Michael Hintz, Sozialwissenschaftler, lebt in Ffm.

ANDREAS BURO

Blick zurück nach vorn

Linke, Pazifisten und ihre Perspektiven

In Rundfunk- und Zeitungskommentaren der Gegenwart wird häufig die Meinung vertreten, „die Linke" habe versagt. Dabei geht es um Fragen von Krieg und Frieden. Im Unterton wird unterstellt, Linke müßten eigentlich Pazifisten seien und diese wiederum eigentlich Linke. Setzen sich einige von ihnen, wie im Falle des Krieges im ehemaligen Jugoslawien geschehen, für die Verwendung militärischer Mittel ein, so wird dies je nach politischer Richtung als realistische Neuorientierung oder als Verrat an den eigenen Maximen gewertet, denen man nicht zum Durchbruch in der wirklichen Politik habe verhelfen können. Bei derart flotten Sprüchen wird leicht verwischt, daß sich die Linke und der Pazifismus auf höchst unterschiedliche Traditionen stützen, aus denen sich keineswegs gleiche Handlungsmaxime ergeben.

Ich muß vorwegschicken, im Folgenden spreche ich ganz undifferenziert von Linken und Pazifisten. Ich bin mir selbstverständlich der Heterogenität beider „Lager" wohl bewußt, denke aber, daß diese Pauschalisierung bei der hier betriebenen Betrachtung der Beziehungsgrundmuster vertretbar ist. Eine differenziertere Darstellung wäre viel zu umfangreich.

Auf zum letzten Gefecht

In einem bekannten Lied der Linken heißt es: „Völker hört die Signale! Auf zum letzten Gefecht!" Dieser Vers macht sehr deutlich, wie wenig von der Linken Klassenkampf und die Durchsetzung von Klasseninteressen als ein grundsätzlich pazifistisches Unternehmen verstanden worden ist. Ich brauche dies nicht näher auszuführen. Der Heldenmythos von den Roten Brigaden im Kampf gegen die spanischen Faschisten – ihre Lieder hat der „Bellizist" Wolf Biermann so eindrucksvoll vorgetragen – wie auch die lange Akzeptanz des gewaltsamen revolutionären Kampfes in Rußland nach 1917 zeigen dies ebenso deutlich, wie die immer wieder auflodernde Begeisterung für die sozial-revolutionären Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonien. „Waffen für El Salvador"!?

Die von Linken als notwendig im wahrsten Sinne des Wortes akzeptierte Gewalt wurde in aller Regel als Gewalt für Gerechtigkeit verstanden. Das Bild des Sozialismus, das im Bewußtsein der meisten Linken mit den Farben der Gerechtigkeit und der Emanzipation gemalt wurde, sollte eine humane Ordnung sein, in der militärische Gewalt schließlich überwunden werden würde. Die linke Gewalt wurde als anti-militaristische Gewalt verstanden, denn sie wendete sich gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die herrschenden Klassen, deren wichtigste Herrschaftsinstrumente Militarismus und Nationalismus waren. An dieser Stelle besteht ein wichtiger Berührungspunkt zur pazifistischen Zielsetzung, nämlich das Militär abzuschaffen. Freilich wurde die Sichtweise und das Herangehen an dieses gemeinsame Ziel höchst unterschiedlich gesehen.

Man erinnere sich nur an den im algerischen Befreiungskrieg berühmt gewordenen Arzt und Philosophen Frantz Fanon, der in seinen Thesen von der emanzipativen Wirkung der Gewalt gegenüber den damaligen Kolonialherren sprach. Er wollte sie geradezu als Mittel zur Herstellung der menschlichen Würde der Unterdrückten verstanden wissen. Waren solche Thesen nicht letztlich ein Plädoyer für den „gerechten Krieg", um das Böse zu überwinden und mit seiner Hilfe zur Gerechtigkeit vorzustoßen? Blicken wir heute auf die Ergebnisse auch sogar der siegreichen „emanzipativen Gewalt", so packt uns Entsetzen und Trauer: Nicht Freiheit und Gerechtigkeit hat der militärische Befreiungskampf bewirkt, sondern höchst repressive autoritär-hierarchische Strukturen. Hat die „emanzipative Gewalt" letztlich nur Militarismus, Ausbeutung und Unterdrückung wiedergeboren? Der Frage müßten sich alle stellen.

Die eigene Gewalt überwinden

Den Strategien des mit Gandhi stärker in den Öffentlichkeiten der bürgerlichen Gesellschaften rezipierten „gewaltfreien Pazifismus" liegt die Annahme zugrunde, daß die angewandten Formen der Konfliktaustragung den angestrebten Zielen entsprechen müssen. Dies bedeutete, die Konfliktaustragung so zu organisieren, daß in ihrem Verlauf zumindest von der pazifistischen Seite her die Gewalt, die man zu überwinden beabsichtigte, selbst nicht mehr angewandt werden würde. Indem also ein Konfliktpartner auf die Anwendung von Gewalt verzichtete, sollte ein Anfang für die Überwindung von Gewalt geschaffen werden, selbst wenn dies ein langer Weg mit vielen Opfern sein würde.

Ich will hier nicht erörtern, welche Erfolgschancen in unserer gewaltträchtigen Welt die pazifistische Orientierung haben mag, würde ich doch kaum über Spekulationen hinaus kommen. Wichtig scheint mir jedoch, daß die Erkenntnis des engen Zusammenhangs zwischen den verwendeten Mitteln der Konfliktaustragung und den erreichbaren Zielen das Verhältnis von Linken und Pazifisten im Rahmen ihrer durchaus auch spannungsreichen Zusammenarbeit in der Friedensbewegung sehr verändert hat. Angesichts des Fiaskos des „real-sozialistischen Systems" und der vielen Diktaturen in „befreiten" ehemaligen Kolonialländern müssen Linke in einem sicher mühsamen und immer wieder neu beginnenden Lernprozeß akzeptieren, wie entscheidend es ist, die Mittel den zu erstrebenden Zielen anzupassen. Dazu hätte es nicht einmal des RAF-Lehrstückes mit seinen katstrophalen Folgen bedurft.

Blicke ich bis in die frühe Nachkriegszeit zurück, in der sich der falsche Pazifist F.J. Strauß zu der Äußerung verstieg, der Arm solle ihm abfallen, wenn er jemals wieder ein Gewehr in die Hand nähme, so erscheint mir die Problematik der Ziel-Mittel-Relation durchgängig eine zentrale Rolle zu spielen. Denn selbstverständlich war die deutsche Bevölkerung einschließlich ihrer politischen Eliten nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg nicht plötzlich zu Pazifisten geworden. Die gewaltsame Konfliktaustragung ist tief in unsere Sozialisationsmuster eingeprägt und kam nach Zulassung der deutschen Wiederaufrüstung erneut voll zur Geltung. Kriegsdienstverweigerer wurden sogleich zur weitgehend verachteten und gesellschaftlich geächteten Minder-

heit. Auch für viele Linke hieß, in der BRD den Kriegsdienst zu verweigern nicht, ihn unter allen Umständen zu verweigern. Die gewaltfreien Pazifisten galten vielen von ihnen als nützliche Mitstreiter, deren Grundsätze ihnen jedoch weitgehend fremd blieben. Das große gemeinsame Thema besonders in den 50er und 60er Jahren begünstigte jedoch die Koexistenz dieser unterschiedlichen Grundorientierungen, da die Kampagne gegen den Atomtod unter den gegebenen Bedingungen nur ohne Gewalt geführt werden konnte. In diesem wichtigen gemeinsamen Projekt konnten so Gewaltfreiheit aus taktischen bzw. aus strategischen Gründen trotz Vorurteilen und gegenseitigem Mißtrauen relativ gut miteinander kooperieren.

Koexistenz

Die hier erwähnte Grundkonstellation blieb meines Erachtens bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes erhalten. Die Faktoren hierfür verstärkten sich noch einmal bei der großen gemeinsamen Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß der Schmidt-Regierung. Allerdings fanden gerade in dieser Auseinandersetzung die gewaltfreien Methoden pazifistischer Gruppierungen ein bis dahin nicht erreichtes Maß an Zustimmung bei den Linken. Durch sie war es nämlich möglich geworden, eine breite Mobilisierung zu erreichen und nach dem Bundestagsbeschluß zugunsten der „Nachrüstung" den Widerstand auf einer neuen qualitativen Ebene durch Sitzblockaden und hundertfache Prozesse fortzusetzen. Der Widerstand, der sich mit dem Ort Mutlangen verbindet, wurde auch von der Linken anerkannt. Gleichzeitig weitete sich die gesellschaftliche Basis der gewaltfreien Pazifisten aus.

Auch die pazifistische Seite hat in diesen 3 bis 4 Jahrzehnten enorme Lernschritte vollzogen. Ihr Ausgangspunkt war in aller Regel nicht die gesellschaftliche Analyse, sondern die religiös oder ethisch geprägte individuelle moralische Einstellung. Ihre Verweigerung des Kriegsdienstes und ihr Protest gegen die Atombombe beruhte dementsprechend vornehmlich auf Gewissensgründen. Diese individuelle Motivation machte viele Pazifisten zu äußerst hartnäckigen, an ihre Prinzipien gebundenen Verfechtern ihres Anliegens, die mit sehr langem Atem an der Arbeit für ihre Ziele festhielten. Das Versagen der realsozialistischen Gesellschaftsformation im Sinne einer freieren und gerechteren Gesellschaft konnte sie nicht irre machen. Meist hatten sie darauf ohnehin nicht gesetzt.

Während die Linke ihre Motivation vor allem aus der Analyse der gesellschaftlicher Verhältnisse bezog, war diese Sichtweise auf der pazifistischen Seite nicht selbstverständlich ausgebildet, so daß sich durchaus starke individuelle moralische Motivation und entsprechendes Engagement mit gesellschaftspolitischer Unerfahrenheit verbinden konnte. Die Hoffnung, denen „da oben" die Kriegsbedrohung nur recht klar zu machen, so daß sie den Kurs ändern würden, wurde von der linken Seite eher als naiv empfunden. Die gegenseitigen Vorurteile, Naivität hier – Dogmatismus da, haben in den unterschiedlichen Ausgangspunkten und Motivationen ihre Basis. Wichtiger als dieses „prozessuale Moment" der kooperativen Koexistenz ist jedoch, daß die politisch sich engagierende pazifistische Seite seitdem einen erheblichen Lernprozeß in Sachen gesellschaftlicher und politischer Konfliktursachen durchgemacht hat. Dies bewirkte eine partielle Annäherung in vielen Beurteilungen an die Linke, ohne dabei die eigenen Prinzipien aufzugeben.

Orientierung

Meine These besagt also: Bis zum Zerfall des sowjetischen Imperiums hat es auf beiden Seiten – der Linken wie bei den Pazifisten – eine Lernbewegung aufeinander zu gegeben. Mißtrauen wurde in erheblichem Maße abgebaut. Die Linke hat sich dem „pazifistischen Thema" der gewaltfreien Konfliktaustragung zugewandt, ohne in dieser Frage schon zu einer gesicherten und ihrem Bereich generell akzeptierten Vorstellung zu gelangen. Auch aus dieser sehr allgemeinen Sicht kann es deshalb kaum verwundern, daß in der völlig neuen Situation des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, diese Grundproblematik in der Gestalt der „Bellizisten-Pazifisten" Debatte wieder aufgebrochen ist.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes mit seinen Grundmustern der bipolaren Welt stellt selbstverständlich auch den gemeinsamen sozialen Lernprozeß von Linken und Pazifisten in Frage. Ich meine damit nicht die naiv illusionäre Modevision vom „Ende der Geschichte". Für die Linke zerbricht endgültig die Illusion von der emanzipativen Reformfähigkeit der real-sozialistischen, oder wie ich sie bezeichne, bürokratisch-etatistischen Gesellschaften. Ihr Projekt der Überwindung des Kapitalismus

„Blicke ich nach vorn, so glaube ich, in der stets enger werdenden Kooperation zwischen Linken und Pazifisten die neue Perspektive erkennen zu können, in der die Mittel und die Ziele des Kampfes um eine gerechtere Gesellschaft, die ihre Konflikte friedlich löst, weit mehr als bisher zur Deckung gebracht werden können."

zugunsten einer gerechteren Gesellschaft, das im Bewußtsein vieler Linker mit historischen Gesetzmäßigkeiten verbunden war, scheint nun selbst illusionär.

Auch die pazifistische Seite verliert das Objekt ihrer bisherigen Arbeit, nämlich das west-östliche Abschreckungs- und Bedrohungssystem. Ihre Grundprinzipien werden dadurch jedoch nicht berührt. Für sie stellt sich vielmehr die Frage, wie sie ihre Arbeit auszurichten habe, um die Ausbildung von friedensfördernden Strukturen in den Ländern und zwischen ihnen konstruktiv zu unterstützen. Es beginnt die Diskussion darüber, was „positiver Friede" in dieser Zeit heißen könnte. Ich will dies hier nicht weiter erörtern. Wichtig scheint mir jedoch der sich damit anbahnende große Schritt auf der pazifistischen Seite, sich nun, motiviert durch das eigene Gewissen, explizit politischen und gesellschaftlichen Strukturen als Voraussetzuung von Frieden zuzuwenden.

Pazifisten dringen damit in die Domäne der Linken ein, wobei ihre praktische Arbeit sich eher in der Form von Suchbewegungen nach Möglichkeiten der Verbesserung bewegt und nicht auf den Entwurf von großen gesellschaftlichen Konzepten gerichtet ist. Das Scheitern von ideologisch-theoretischen Groß-Konzeptionen wird so durch eine basis-orientierte Arbeit an ganz vielen Brennpunkten beantwortet. Diese Ansätze traten jedoch – wenigstens vorübergehend – mit dem Golf-Krieg und den kriegerischen Konflikten in der Folge des Auseinanderbrechens der bürokratisch-etatistischen Gesellschaftsformationen in den Hintergrund. Zunächst und immer noch muß eine angemessene Einschätzung der neuen Situation erarbeitet werden. Gelingt dies nicht, so werden viele in dieser Zeit der zerfallenen Grundorientierungen den herrschenden Ideologien vom guten, menschenrechtlichen Westen folgen, der im Abwehrkampf gegen Terrorismus und Fundamentalismus sich rüste, humanitär zu intervenieren.

Neue Weltordnung

Inzwischen wird erkennbarer, die bipolare Welt des Ost-West-Konflikts wird zu einer unipolaren Welt mit den USA als globaler Hegemonialmacht. Im Bereich der westlichen Industriestaaten werden schnelle Eingreiftruppen vorrangig aufgebaut, obwohl eine militärische Bedrohung dieser Länder nicht erkennbar ist. Die Umgestaltung der alten zu einer „neuen NATO", die außerhalb des Verteidigungsauftrages und des NATO-Vertragsgebietes, also out-of-area, tätig wird, zeigt eindeutig: Die reichen Industriestaaten, die G7, organisieren unter Führung der USA ein weltweites militärisches Eingreifsystem. Die verschärfte Globalisierung der wirtschaftlichen Expansion, die ganz überwiegend von den G7-Staaten und ihrem Anhang ausgeht, soll auf diese Weise ein militärisches Korsett erhalten. Niemand soll die „Neue Weltordnung" in Frage stellen dürfen. Diejenigen, die es doch wagen, riskieren militärisch gestützte Strafen und Isolierungen. Der im Golf-Krieg von US-Präsident Bush geprägte Begriff der „Neuen Weltordnung" zeigt nun seine große strategische Bedeutung. Daß die USA die UN für ihre Politik zu instrumentalisieren versuchen, kann unter dem Vorzeichen ihres globalen Führungsanspruches kaum verwundern. Im Konzept der globalen Eingreifstrategie übernimmt die NATO die Zuständigkeit vom Atlantik bis weit nach Afrika, Nahost und Asien. Der pazifische und südasiatische Bereich werden von den USA im Kooperation vor allem mit Japan und regionalen Vereinbarungen kontrolliert.

Zivile Konfliktbearbeitung

Erst unter dieser strategischen Perspektive wird verständlich, warum die NATO mit Moskau so hartnäckig um die „Osterweiterung" ihres Paktes feilscht und vor allem, warum sie Rußland um jeden Preis draußen halten will. Rußland, mit seiner gänzlich ungewissen Zukunft zwischen Weltmachtanspruch und Drittwelt-Ökonomie darf und kann aus G7-Sicht selbstverständlich nicht teilhabendes Subjekt einer globalen militärischen Eingreifstrategie im Sinne der Neuen Weltordnung sein. Für Rußland ist nur die Rolle eines Objekts der Globalisierung vorgesehen. Eine gesamteuropäische Friedensordnung gleichberechtigter Partner, wie sie mit dem Begriff des „Gemeinsamen Hauses" nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes beschworen wurde, soll es demnach nicht geben.

Die NATO-Logik setzt auf ihre Vorherrschaft und Stärke und auf die Bereitschaft der Staaten außerhalb, sich zu fügen. Das bedeutet weitere qualitative Aufrüstung und Konflikte mit den Ausgegrenzten. Die führenden Industriestaaten schaffen auf diese Weise die Grundstrukturen für ein Konfliktmuster, das uns heute bereits von dem Ideologen S. Huntington und seinen Nacheiferern in der Bundeswehr als naturgegebener Kampf der Kulturen angedient wird.

Bereits im Golf-Krieg, enorm verstärkt dann durch den Krieg im ehemaligen Jugoslawien beginnt sich nun das neue gemeinsame Projekt von Pazifisten und Linken abzuzeichnen. Gegenüber dem eben skizzierten sicherheitspolitischen Kurs der G7 wird eine Weichenstellung von der militärischen zur zivilen Konfliktbearbeitung gefordert. Eine relativ breite, durchaus auch kontroverse Diskussion beginnt, an der sich auch die Friedensforschung beteiligt. Auf die Inhalte kann ich hier nicht eingehen. Bezogen auf das Verhältnis von Linken und Pazifisten ist jedoch bedeutsam, daß bei diesem Projekt nicht nur eine Alternative zur herrschenden Politik sichtbar wird, sondern daß auch – ganz entsprechend der Formel „Der Weg ist das Ziel" – die Form der Konfliktbearbeitung zum entscheidenden Kriterium erhoben wird. Die pazifistische Sichtweise setzt sich in diesem neuen Projekt durch. Manche Linke folgen angesichts des menschlichen Leidens in Bosnien diesem Kurs nicht und fordern von den einst als gegnerisch bewerteten herrschenden Kräften ein militärisches Eingreifen aus humanitären Gründen. Andere Linke versuchen in ihren Vorschlägen kurz- und langfristige Ziele im Sinne ziviler Konflikbearbeitung zu verbinden.

Die zivile Konfliktbearbeitung wird ein langer und mühsamer Prozeß sein, der in Koexistenz mit der militärischen Konfliktbearbeitung zu entfalten ist. Sie muß sich höchst realistisch immer wieder und unter widrigen Umständen in der Praxis bewähren, oder sie wird von den militaristischen Kräften beiseite gewischt werden. Ständig ist mit der Gefahr der Instrumentalisierung, Vereinnahmung und schließlich der Integration der zivilen Konfliktbearbeitung als einem Hilfsmittel der herrschenden Politik zu rechnen. Dem kann nur widerstanden werden, so meine Vermutung, wenn konsequent an einer radikalen Analyse der herrschenden Verhältnisse festgehalten und sie in verständlicher Form in die gesellschaftliche Öffentlichkeit eingebracht wird. Nach dem großen Schritt der Pazifisten, die zivile Verfahrensweise zur Richtschnur erhoben zu haben, ist nun die Linke mit ihren analytischen Fähigkeiten und Motivationen gefragt.

Blicke ich nach vorn, so glaube ich, in der stets enger werdenden Kooperation zwischen Linken und Pazifisten die neue Perspektive erkennen zu können, in der die Mittel und die Ziele des Kampfes um eine gerechtere Gesellschaft, die ihre Konflikte friedlich löst, weit mehr als bisher zur Deckung gebracht werden können. Dabei habe ich nicht nur die Probleme der internationalen Gesellschaft im Auge, sondern durchaus auch die innergesellschaftlichen. Denn ohne Zweifel werden sehr bald und sehr massiv erneut die alten Fragen der Linken zum Charakter, den Durchsetzungsweisen und den Folgen der herrschenden politischen Ökonomie – freilich in modernisierter Form – auf der Tagesordnung der Geschichte stehen. Die mühsam erreichte Partnerschaft könnte entscheidend sein, um trotz aller Übermacht eine emanzipative Perspektive und Strategie zu gewinnen. ●

Andreas Buro war Herausgeber der links.

WOLF-DIETER NARR

Die Linke und die RAF

Ein Alptraum aus uralten Zeiten?

Peter Brücker, einem der Raren, die sich in den 70er Jahren als Intellektuelle bewährten (und der darob mit zu Tode diskriminiert worden ist)

„The Power of Now" definiert. Nicht nur in der Zigarettenreklame, die diese Jetztgewalt des banal „postmetaphysisch" und antiutopisch gewordenen Zeitrafferalters in militaristischen, technologischen, ökonomischen, modischen und sexistischen Merkmalen häuft. Die Physiognomie der Entscheidung (welchen Interesses auch immer) kennt kein Pardon. Dennoch, zum Teil gerade deswegen prägen gesellschaftlich und individuell meist mehr geheim als offenkundig Vergangenheitsschichten die nicht zuletzt darob gewaltsam im „Jetzt" verstockte Gegenwart.

I. In der Bundesrepublik Deutschland gilt diese allgemeine Beobachtung zumal. Gerade haben zwei – unbeschadet aller nötigen Kritik im einzelnen – ausgezeichnete historische Studien daran erinnert. Die biographisch verdichtete, in die Biographie jedoch die ersten siebzig Jahre dieses Jahrhunderts einholende Arbeit von Ulrich Herbert über Heydrichs und Himmlers Stellvertreter Best. Bests politische Wirksamkeit endet 1945 nicht (Ulrich Herbert: *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 - 1985*, Düsseldorf 1996, 2. Aufl.). Und Nobert Freis letztjährig erschienene Studie zu den Anfängen der Bundesrepublik (Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996). Obwohl ich selbst die Nachkriegsjahre aus Miterleben und eigener wissenschaftlicher Beschäftigung zu kennen meinte, die unendliche Verleugnungs- und Restaurationsgeschichte von 1945 bis tief in die 50er und 60er Jahre, ist mir erst durch Freis belegedichte Arbeit einsichtig geworden, mit welcher strategischen Systematik die Nachkriegs-, also Kriegs- und Vorkriegs-/NS-Deutschen und ihre Politiker nach 1945 und insbesondere nach 1949 all das Vergangene vergeßlich, vielmehr soweit wie irgend möglich deutsch-national ehrend einebneten und bundesdeutsch kontinuitätssicher aneigneten. Hier gab es keine Parteien, sondern nur noch Deutsche ohne Schatten, erfolgsfroh scheuklappig dem wirtschaftlichen (Wieder-)Aufstieg und anderen situationsgemäß abgewandelten „Wieders" zugewandt. Wenn es einer Bestätigung der Treffschärfe zentraler Aussagen der Goldhagen-Studie bedurft hätte, just die frühen, die fundierenden Jahre der Bundesrepublik lieferten dieselbe.

Welches Bündel von Motiven die komplexe Studentenbewegung synergetisch bewirkt haben mögen, ein Bündel, das heute von vielen grauhaarig und glatzköpfig gewordenen „68ern" mehr als versimpelt wird – als einen eher raren Rückblick vergleiche Oskar Negts Studie –, die eigenartige bundesdeutsche Aufhebung des Nationalsozialismus und seiner institutionellen und habituellen Gründe i.S. des Aufbewahrens und Veränderns in einem spielte zweifelsohne eine Schlüsselrolle. Der kollektive, individuell vielfach vorgeübte „Vater"- und z.T. auch „Muttermord", den die „Leitlinien stabilitätsorientierten Verhaltens" (Gert Schäfer) des autoritären, ideologisch antikommunistisch aggressiven und zugleich repressiv schweigsamen „CDU-Staats" bewirkten, der Erfahrungen und Lernen blockierende Kommunikationsbruch zwischen den Generationen – diese und andere Auseinander-Setzungen sorgten dafür, daß „die" Studentenbewegung ihrerseits rasch erstarrte. Sie 'gebar' im Umkreis der K-Gruppen die folgenreichste Zuspitzung: die RAF.

Studentenbewegung und insbesondere ihre ausufernden Zuspitzungen erleiden seit bald anderthalb Jahrzehnten erneut in anderer Weise als die nationalsozialistische und als die wirtschaftswunderlich verbrämte erste bundesdeutsche Vergangenheit das Schicksal, „ausgesäubert" und verstellt zu werden. Als habe sie's nicht gegeben. Die Studentenbewegung wird selbst von ihren eigenen Vertretern hinterher verkindischt. Die RAF, von den „stärksten der Parteien", den K-Gruppen zu schweigen, wird heute wie schon bald nach dem heißen Deutschen Herbst 1977 strafrechtlich individualisiert und deutschrichterlich erledigt. Dadurch wird die Sklerose des „repräsentativen Absolutismus", der staatsschützerisch und strafrechtlich „abwehrbereit" – „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit" in staatstreuen Nachtönen der Jakobiner-Parole St. Justs – die autoritäre Verfassungspraxis (und z.T. das Verfassungsrecht) der BRD von Anfang an konstituierte, pauschal verstärkt und gerechtfertigt. Selbst das bundesdeutsch demokratische „Glück", die Neuen sozialen Bewegungen, im Kontext der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition entstanden, konnte diesen institutionellen politischen Starrsinn nur wenig mildern. Er wird spätestens seit der Einigung und der überhitzten Standortdebatte sogar noch verschärft.

II. Das Kuddelmuddel der nazideutsch-bundesdeutschen-deutsch demokratischen Vergangenheiten erforderte, setzt man unverdrossen aufs Lernen, viele Rückblicke im Interesse des Vorblicks. Aus dem Quell des Vergessens sollte erst geschöpft werden, wenn man nicht nur be- und verschweigt, um den schlechten, indes wirksamen Historikerspruch zu bestätigen: aus der Geschichte lernt man, daß man nichts lernt.

Also bedarf es auch des Rückblicks in den Bombentrichter der RAF im Minengelände der Bundesrepublik. Ein solcher Rückblick geschieht nur redlich und ist nur dann sinnvoll, wenn man die eigene Perspektive klarlegt und das eigene Verwobensein eingesteht. Letzteres ist im Sinne nachgeholter Empathie selbst und gerade dann nötig, wenn man nicht wie ich Zeitgenosse war und nun als eine Art Zeitzeuge auftritt.

„Gilt als Mitglied der Neuen Linken", heißt es im zweiten mir bekannt gewordenen Eintrag in meiner umfangreichen und lückenhaften Verfassungsschutzakte. In der Tat. Darum firmierte ich schon in der ersten Nummer der *links* als eine Art Mitherausgeber. Und als solches Mitglied der Neuen Linken, einem Pseudosubjekt, wurde ich bald im Sozialistischen Büro aktiv, das gerade die K-Gruppen-Sklerose und die irrwitzige Revolutionierungsstrategie der RAF zu vermeiden ausging, um qualitativ andere radikaldemokratisch-sozialistische Formen zu versuchen. Noch gut entsinne ich mich der dichten Abenddiskussion anläßlich des Angela-Davis-Kongresses 1972 in Frankfurt, als wir im vergleichsweise engen Kreis etlicher Genossinnen und Genossen schließlich alle darin übereinstimmten, die kardinale Differenz zur RAF in deren auch selbstgewähltem Abtauchen in die Illegalität zu orten. Dieses Abtauchen mußte unvermeidlich autoritä-

Den beiden bleibt nicht viel Zeit, näher auf die Mädchen einzugehen, weil der Trainer zur Schlußbesprechung pfeift...

„Die Auseinandersetzungen mit der RAF begleiteten uns während der 70er Jahre, wenngleich spätere Einsicht verlangt: wir hätten sie seinerzeit aktiver und klarer, auch eindeutiger führen müssen. Freilich: die Art wie dem (falschen) Anscheine nach aus dem Stand der offizielle Anti-Terrorismus inszeniert worden ist, (...) ließ uns im 'Sympathisantensumpf' versacken, sie erschwerte die offene, durchaus radikale Kritik am vernebelten, pseudoklaren RAF-Programm und die aktiv wirksame Kritik an ihrer bald nur noch in jeder Hinsicht reaktionären 'Praxis'."

re Binnenstrukturen zur Folge haben. Genau diejenigen, die wir alle überwinden wollten. Genau diejenigen, deretwegen wir die herrschende Bundesrepublik anklagten und bekämpften. Genau diejenigen, die revolutionsblinde Kopfgeburten kreieren ließen, die ihrerseits Gewalt zur Folge haben mußten, so winzig und ohnmächtig dieselbe dem staatlichen Gewaltmonopol gegenüber erscheinen mochte – vordemokratisch gerüstet wie letzteres in der BRD restauriert worden war.

Die Auseinandersetzungen mit der RAF begleiteten uns während der 70er Jahre, wenngleich spätere Einsicht verlangt: wir hätten sie seinerzeit aktiver und klarer, auch eindeutiger führen müssen. Freilich: die Art wie dem (falschen) Anscheine nach aus dem Stand der offizielle Anti-Terrorismus inszeniert worden ist, die Bundesrepublik übergreifende Hatz, Bürgerrechte hin oder her, und nicht zuletzt die unsäglichen Haftbedingungen, die in der Tat z.T. den Namen der Isolationsfolter verdienten – all diese hektischen staatlich und staatsparteilichen Verfolgungswahne und repressiven Präventionen ließen uns nicht nur, wie die in antiterroristischer Propaganda bestbehelmte *FAZ* wußte, im „Sympathisantensumpf" versacken, sie erschwerten die offene, durchaus radikale Kritik am vernebelten, pseudoklaren RAF-Programm und die aktiv wirksame Kritik an ihrer bald nur noch in jeder Hinsicht reaktionären „Praxis".

Um eine längere Geschichte platzgemäß abzukürzen: im aufgeregtesten und am meisten mörderischen aller Terrorismus-Antiterrorismus-Jahre, die erst die heute nur noch umwegig verständliche „Mescalero-Affäre" im Frühjahr 1977 nach dem Mord am Bundesanwalt Buback und die staatliche Inkriminierung der „klammheimlichen Freude" erklärt, habe ich mich – zum Telefon mitten aus einer Sitzung heraus gerufen – dazu drängen lassen, eine Furchterklärung von jedenfalls nominell Intellektuellen fernmündlich zu unterschreiben. Dieselbe beeinflußte den Gang der Ereignisse nicht. Sie lief jedoch zu stark auf eine Wohlverhaltenserklärung „dem" Staat gegenüber hinaus, welche letzterer sich gerade durch die augenmaßlose Hatz, die Inhaftierungen, grundgesetzwidrige pauschale Einschränkungen der Verteidigungsrechte und die anhebenden „Stammheimer Verfahren" selbst dekouvrierte. Als sei dieser Staat „unsere Republik".

Kurzum: ich bin beteiligt; ich war beteiligt; auch mit meinen Irrtümern. Gerade darum ist es mir auch persönlich wichtig, diese Einsicht reicht indes weit über meine Person hinaus, sonst lohnte es nicht darüber zu schreiben, die RAF-BRD-Geschichte nicht in isolierten und kontextabstrakten gnadenlosen Strafverfahren der Gegenwart vollends verschwinden zu lassen. Und die Perspektive, die ich schon früh im Komitee für Grundrechte und Demokratie zusammen mit Klaus Vack verfochten habe, lautet: eine Generalamnestie ist vonnöten. Keine Amnesie bitte, kein Unter-den-Teppich-Kehren. Vielmehr gerade um der aktiven vorwärts gerichteten Erinnerung willen. Eine Amnestie schon längst nicht mehr primär um der letzten in Gefängnissen einsitzenden, z.T. noch mit Prozessen überzogenen RAF- oder angeblichen RAF-Mitglieder willen. Eine Amnestie vor allem, weil die herrschende Bundesrepublik in all ihren Teilen tief im blinden Anti-Terrorismus darin verstrickt war und bis heute in der an den Rand gedrängten, indes symp-tomatischen Kalten Rache der schier unendlichen Geschichte Quasi-Stammheimer Verfahren darin verstrickt ist. Eine Amnestie auch und vor allem eine Amnestiedebatte, weil all das, was da „links" kreucht und fleucht, erst ihre eigenen Fremd- und Selbstbilder korrigieren, ihre eigenen Selbsttäuschungen und Drückebergereien um nüchtern reflektierter Klarheit heute willen aufzuarbeiten vermöchte.

III. Ich stecke noch mitten in der unvermeidlichen Einleitung und muß schon zum Schlußspurt ansetzen. Darum können nur Stichworte andeuten, was erörtert werden müßte, wollte man, wollte ich dem Thema gerecht werden.

Es gibt eine Fülle von Dokumenten und wenigstens teilweise brauchbarer Literatur. Nach wie vor fehlt indes eine einigermaßen zuverlässige Gesamtdarstellung der RAF im Kontext „der" Linken und derselben im Kontext der Bundesrepublik. Nicht um zu entschuldigen; um oberflächliche Moralisierei kann es ohnehin nicht gehen; sondern, um zu verstehen und darum Ziele und Mittel politischen und das heißt hier oppositionell radikaldemokratischen Tuns vor dem Hintergrund nicht hofferisch verstellter nüchterner Analyse strikter auf einander abstimmen zu können.

Wie alles anfing, um Bommi Baumanns

lesenswerten, seinerzeit inkriminierten Bericht zur allgemeinen Frage zu kehren. Wer erinnert noch des § 88a StGB? Die herrschende Sklerose, Sprachlosigkeit und der daraus erwachsende blinde Ordnungsfanatismus. Mit der Haarlänge begann alles Böse. Die früh in die Irre treibende indezente Selbstüberschätzung der rebellierenden Studenten, schon der Mangel an Augenmaß der sich mit einem undifferenzierten Faschismusbegriff selbst lähmenden APO. Die Geburt der RAF aus dem komplementären doppelten Ungeist: der herrschenden orthoxoxen „rechtsstaatlichen" Gewalt und der aus verzerrter Pauschalanalyse und ohnmachtfundiertem Revolutionsirrtum entstehende Wahn, man müsse den herrschenden Verhältnissen mörderisch nur ihre eigene Melodie vorspielen, um sie zum Tanzen, sprich zum Zerspringen zu bringen. Gustav Heinemanns treffliches Bild in seiner Osterrede nach dem Attentat auf Rudi Dutschke 1968 verhallte ungehört. Daß drei Finger derselben Hand, die allemal „die" Anderen diskriminiere, auf den Schuldanzeiger selbst zurückverweisen.

Dann der Verlauf des antiterroristisch-terroristischen Aufschaukelungsprozesses inmitten der angeblich mehr Demokratie wagenden Reformpolitik sozialliberaler Koalition und ihrer neuen Ostpolitik. Welch eine systematische „staats"-politische und pressepolitische Konstruktion der RAF, die ihrerseits dem von ihr gemachten Bild entsprach. Mitten im Aufbruch der Neuen Sozialen Bewegungen, auch diese Zeit hatte mehrere Seiten, wurde offiziell der von der immer schon ohnmächtigen RAF erklärte „Krieg" aufgenommen und der Bürgerkrieg ein Gutstück herrschaftlich inszeniert.

Dem entsprachen die Konsequenzen. Ermordete. In der Haft zum Tod getriebene (nie wurden die Stammheimer Todesfälle rücksichtslos wahrhaftig untersucht. Diese Feststellung ist nötig, obwohl ich selbst in diesem Fall die offizielle Version teile). Eine liberaldemokratisch unerhörte Verhetzung der Öffentlichkeit. Der Aufbau eines „Systems Innerer Sicherheit", das seither noch ausgebaut worden ist: eine institutionell verfahrensförmige Blockade von Grundrechten und Demokratie, eine Dauergefahr, wie ein institutionalisiertes Damoklesschwert. Am schlimmsten die elastische Dehnung und Gesinnungen inkriminierenden Veränderungen zentraler Paragraphen des ohnehin in seiner normativen Struktur vordemokratischen Strafgesetzbuchs. Und nicht zuletzt der geradezu systematische, bis heute anhaltende Abbau der Verteidigungsrechte, dem Herzstück jedes grundrechtsgemäßen Strafprozeßrechts. Gar nicht zu reden vom Ausbau der Bundesanwaltschaft und von Teilen des Bundeskriminalamts, die bis heute von der Behauptung bis zum Ende der Welt kreierter „neuer Generationen der RAF" leben. Ihr Haupterfolg, da es mit keiner großangelegten Fahndung je klappte. Apparatives Kropfwachstum und institutionell angelegte Verletzung der Bürgerrechte.

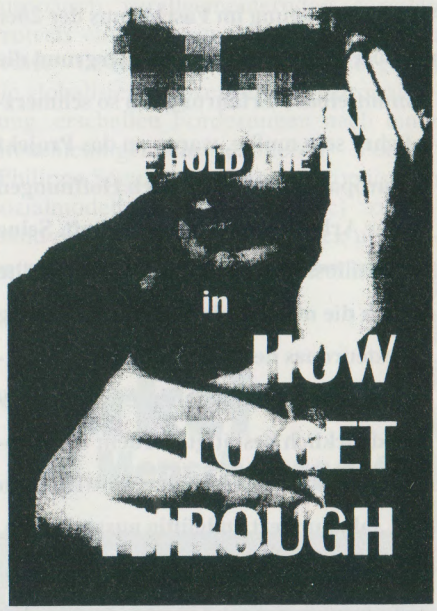
IV.

Darum also ist eine Amnestiedebatte seit Jahrzehnten angezeigt nicht die jämmerlich selbstgerechten Versuche, die erneut individualisierend zeitweise vom Bundesinnenministerium ausgingen und heute unter der Decke just von der Bundesanwaltschaft und vom Verfassungsschutz unternommen werden.

Wenn's denn eine Linke gäbe über interessiert bornierte Konstrukte eben des Staatsschutzes hinaus, dem die Verfassung als euphemistisches Etikett aufgeklebt worden ist, wenn linke Gruppen plural vorhanden wären, dann müßten dieselben immer erneut eine solche Amnestiedebatte inszenieren. Sie dürften Prozesse, wie einer gerade gegen Birgit Hogefeld geführt worden ist, in Frankfurt nach bestem Stammheimer Verfahrensstil, mit dem selbstverständlichen Urteil „lebenslänglich", oder ein schlechterdings hanebüchenes Verfahren gegen Monika Haas, das noch andauert, nicht so ruhig hinnehmen. Denn für Linke, welcher Spielart auch immer, ist Demokratie gerade in dieser Republik nach Kurt Schumachers trefflichem Wort „eine Sache des guten Gedächtnisses". Und Linke, Intellektuelle zumal – wenn „Intellektueller", wie Peter Brückner und Barbara Sichtermann einmal formulierten, einen Wertbegriff darstellt und nicht nur privilegierter Kopfarbeiter bedeutet – müssen um des eigenen Lernens willen an einer solchen, wie sich versteht nicht nur BRD/RAF bezogenen Erinnerungspolitik interessiert bleiben.

Was kann heute in Zeiten der globalisierenden Cholera eine Politik bedeuten, die nach wie vor um Demokratie und fundamental verstandener Menschenrechte willen – gegen deren herrschende Engführung und Instrumentalisierung – radikale Änderungen anstrebt? Was bedeuten solche bleibenden, aus der besten sozialistischen Tradition einer Rosa Luxemburg übernommenen Ziele, wenn allem Revolutionsgerede, Walter Benjamin eingedenk, und allen Gewaltmitteln, die die Ziele pervertieren, eine nicht taktisch bestimmte Absage erteilt wird? Aus der Studentenbewegung und einem ihrer Fortsätze, der RAF und dem, was die RAF bis heute symbolisiert, lernen, heißt in diesem Zusammenhang allen wie immer gearteten revolutionären – tatsächlich nur ängstlich ungeduldigen – Phantastereien zu entsagen; heißt Andersens Märchen von des Kaisers neuen Kleidern auch links permanent neu zu erzählen. Zugleich meint solches Lernen jedoch nicht – in dieser Hinsicht war die Mehrheit der angeblich „Bewegten" allzu lernbereit –, auf radikale Änderungen und die dahin orientierenden großen Ziele zu verzichten (wenn sie denn normativ human zureichend ausgegoren sind). Vielmehr heißt es zu lernen und schließlich habituell eingemeindet zu wissen, daß Linke die dauernde Distanz zum herrschenden Erfolg aushalten können müssen. Daß sie in diesem Sinne Pariahs sein müssen. Nicht, weil in der irrelevanten Nische das Glück lauerte. Vielmehr, weil das oppositionelle Feuer nur so am Brennen gehalten und weiter gereicht werden kann. Bescheidenheit ist keine Zier. Gravierende Änderungen sind dringender denn je. Wer aber die dauernde Politisierung radikaler Änderungen, die mit dem unablässigen Stellen der Kapitalismusfrage beginnt, mitbetreiben will, der muß wirkungswillig ein solcher Pariah sein können. Minderheit. Nie Sekte. ●

Wolf-Dieter Narr war Herausgeber der links.



Was sie schon immer wissen wollten, aber sich nie zu fragen trauten, das offenbart ihnen dieser unverzichbare Film über das "how-to-do" und "who ist who" der "Dateninfobahn in Weltformat".

Drehbuch:	institut für strapazierte Datennetze (ISDN)
Schnitt:	Knollenpetz
Maske:	Hein Gericke (100% Baumwolle)
Musik:	Break-Dance
Spezial Guests:	FAG, Telekom, BKA, LKA uvm.
Regie:	Please hold the line
Produktion:	Virus Network
Verleih/Vertrieb:	weltweit
Copyright:	Jederzeit

Begleiten sie uns auf einem Spaziergang zu den Schnittstellen der Informationsgesellschaft

Preis DM 20.-- incl. Versand - nur Bargeld
Heidi Kabel
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt

BERND RÖTTGER

Die europäische Linke

Ende einer Hoffnung?

„Europa ist ein einziger Friedhof von betrogenen, verratenen und abgemordeten Hoffnungen." Peter Weiss formulierte diesen Satz 1970/71 als Zeitzeuge der kapitalistischen Rekonstruktion Westeuropas in der Nachkriegsordnung, wissend um die historischen Niederlagen der europäischen Arbeiterbewegung im Faschismus der 20er und 30er Jahre, vor deren Hintergrund die unmittelbare Erfahrung um so schmerzlicher sein mußte, waren an das Projekt „Europa" doch immer auch Hoffnungen der Arbeiterbewegung geknüpft. Seine desillusionierende Einschätzung sollte durch die neoliberale Verallgemeinerung Westeuropas der 80er Jahre und die Implosion des sozialistischen Europas 1989 eindrücklich bestätigt werden; die europäische Linke scheint an der Schwelle zum 21. Jahrhundert endgültig ausgestorben, Europa als Hoffnung abgetrieben und zu einem alleinigen Projekt der herrschenden Klassen geworden.

Die Befürchtung Gilbert Zieburas, formuliert 1984 in *links* 168, daß in Europa nichts schlimmer sei, „als angesichts einer unbestreitbar komplexen Problematik die Dinge einfach laufen zu lassen und damit anderen zu überlassen", hat sich bewahrheitet: Europäische Debatten, wie die über den „Euro", finden im Ausklang der 90er Jahre fast ausschließlich innerhalb des bürgerlichen Blocks statt.

Nicht vergessen werden darf jedoch, daß es die theoretischen und praktischen Verarbeitungen des Aufstiegs und vor allem der Niederlagen der Arbeiterbewegung in Europa waren, die das theoretisch-politische Projekt des „westlichen Marxismus" begründeten und Europa zu einer Werkstatt des Sozialismus werden ließen: Auf der Grundlage entfalteter kapitalistischer Klassenverhältnisse entstanden die antagonistischen Gesellschaftsprojekte von Kapital und Lohnarbeit zunächst hier. Hier entwickelte sich die historische Arbeiterbewegung, die im Marxismus ihr politisch-theoretisches Projekt fand. Hier wurde die sozialistische Revolution in den Rang eines Naturgesetzes erhoben. Basierend auf der organisatorischen Stärke der europäischen Arbeiterbewegungen und ihrer (sozialdemokratisch-fordistischen) Integration in die kapitalistische Expansion mußte der Marxismus hier aber auch immer wieder als politisch-theoretisches Projekt neu zusammengeschraubt werden: durch die Neuformulierung der Frage des Verhältnisses von emanzipatorischer Theorie und Arbeiterbewegung.

Westlicher Marxismus

Wolfgang Fritz Haug hat in seinem Konzept des „pluralen Marxismus" darauf hingewiesen, daß seit dem Tod von Marx die sozialen Bewegungen auf den verschiedenen Kontinenten neue Praxisformen und Arenen des Konfliktes erstritten haben. Auf dieser Grundlage bildeten sich neue Theoriekulturen: „Den Marxismus gibt es nicht, es gibt Marxismen." Der universelle Marxismus realisiert sich über Konkretionen, die jeweils vom Kampf der subalternen Klassen abhängen. Die Konkretion des „westlichen Marxismus" in Europa gründet sich dabei auf sein enges und gleichzeitig spannungsgeladenes Verhältnis zur proletarischen Bewegung: als Kritik des Korporativismus und des Verlusts eines antagonistischen Gesellschaftsprojekts.

Man mag rückblickend angesichts der transnational-europäischen Herausforderungen der Linken die Entschließung der Internationalen Arbeiter-Association von 1871, den Arbeitern der industriell entwickelten Länder (Europas) zu empfehlen, nationale Arbeiterparteien zu konstituieren, als historische Fehlentscheidung reinterpretieren. Tatsächlich aber konnten nur auf der Grundlage dieser nationalstaatlich konstituierten Klassenauseinandersetzungen die Verteilungsrelationen zwischen Kapital und Lohnarbeit verändert werden. Im europäischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat, mithin kein sozialistisches Projekt, entstand ein Projekt, in dem die Interessen der abhängig Beschäftigten an der De-Kommodifizierung der Arbeitskraft politisch thematisiert werden konnten und das Verhältnis von gesellschaftlicher und kapitalistischer Regulation neu bestimmt wurde. Ein Projekt, das schließlich hegemonial von der Arbeiterbewegung getragen wurde und als Resultat heftiger Klassenauseinandersetzungen durchgesetzt werden konnte.

Indem sich der westliche Sozial- und Wohlfahrtsstaat durch die Integration der Arbeiterbewegungen als hegemoniales Projekt entfaltete, vertiefte sich die Krise der marxistischen Geschichtsphilosophie, nach der die Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise quasi naturgesetzlich ein revolutionäres Proletariat ausbilde. Der „westliche Marxismus" wurde aus der Skepsis gegenüber dem Geschichtsoptimismus geboren. Alte Gewißheiten wichen neuen Erkenntnisprojekten. Die Transformationen kapitalistischer Klassenverhältnisse in und durch den „entwickelten Staat" (Antonio Gramsci) war zu konzedieren und zu ergründen, neue Tatsachen des europäischen Kapitalismus also, die die scheinbar auf der Grundlage kapitalistischer Akkumulation sich durchsetzende naturwüchsige Tendenz autonomer Vergesellschaftung der Arbeiterklasse brachen und durch „hoheitliche Formen" von Staatsvergesellschaftung überwölbten.

Im Gegensatz zu ideologietheoretischen Begründungen relativer Stabilität bürgerlicher Herrschaft hatte Antonio Gramsci mit dem Begriff des „Transformismus" die Grundlage dieser Veränderungen in der Restrukturierung der Produktionsverhältnisse verortet. Mit der fordistischen Umwälzung gesellschaftlicher Arbeit entstand nach Gramsci eine Situation, in der sich keine gesellschaftliche Klasse mehr in der Lage zeigte, die Führung über die gesamte Gesellschaft zu übernehmen und so Hegemonie zu erringen. Transformismus bezeichnet eine „Form der passiven Revolution" des historischen Kapitalismus, in der Hegemonie über den Staat neu organisiert wird. Durch Strategien seiner „Erweiterung" werden Klassenverhältnisse umgebrochen und eine führende Klasse konstituiert. Der bürgerliche Staat wird zum „integralen Staat". Im Prozeß des Transformismus werden dabei Elemente, „die aus den verbündeten und auch den feindlichen Klassen hervorgegangen sind, aufgesogen" und so „Elemente der Planung" ausgebildet. Letzte Ehrenrettung der marxistischen Geschichtsphilosophie. Die Vergesellschaftung der Produktivkräfte wird da-

durch forciert, indem Interessen der Arbeiterbewegung aufgegriffen werden, letztlich aber die antagonistischen Gesellschaftsprojekte von Lohnarbeit und Kapital abgeschwächt und so bürgerlich-hegemonial bearbeitet werden. Diese Vorstellungen einer sukzessiven „Durchstaatlichung" der kapitalistischen Gesellschaften korrespondierten später mit Theorien spätkapitalistischer Steuerungseuphorie, die sich allerdings sehr schnell mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 selbst überlebten.

Postfordistische Krise

Mit dem Aufstieg neuer sozialer Bewegungen, den seither zahllosen Abgesängen auf die Arbeiterbewegung und den theoretisch-begrifflichen Reminiszenzen an eine von den Klassenverhältnissen abstrahierende „Akteurs"-Qualität sozialer Beziehungen im postfordischen Kapitalismus (und fortwährender Suche nach neuen Akteuren des sozialistischen Projekts), schlicht, mit dem „magischen Akt, Klassen inmitten der kapitalistischen Klassengesellschaft verschwinden zu lassen" (Jürgen Ritsert), verblassen die Konkretionen des „westlichen Marxismus" als politisch-theoretisches Projekt zunehmend und werden vollends konturlos. Dies deshalb, weil das organische Band mit der Arbeiterklasse und der Überwindung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses zerrissen wird. Die Konsequenzen sind desaströs. Europa wird nicht mehr als Ort verhandelt, an dem Klassenverhältnisse im und durch den „integralen Staat" transformiert werden, sondern erscheint nun in dem Maße, wie die europäische Absicherung je nach nationaler sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Regulationen erodierte, als Ort eines heftigst bekrittelten anonymen Marktes und obskurer „Sachzwänge" neoliberaler Umgestaltung, die gegen die regulative Kraft des Nationalstaats ausgespielt werden können. Plötzlich wird die fordistische Phase des historischen Kapitalismus von der marxistischen Linken sozialromantisch verklärt und werden alte spätkapitalistische Illusionen revitalisiert.

Tatsächlich aber tendieren solche, von den Klassenverhältnissen abstrahierende Konstruktionen zwangsläufig zu den von Marx gegeißelten „Robinsonaden". Tatsächlich bezeichnet der Liberalismus keine schrullige Ideologie, keinen „reinen Markt", der Fiktion bleiben muß, sondern ein politisches Programm der Transformation von Klassenverhältnissen. Von Gramsci kann man lernen: Der Liberalismus ist „eine Tatsache des sich der eigenen Ziele bewußten Willens" und ein „politisches Programm, die Verteilung des Nationaleinkommens zu verändern". Die transnational agierenden Fraktionen des Kapitals werden durch die neoliberale Reform im Verhältnis zu den binnenmarktorientierten Fraktionen des Kapitals und vor allem gegenüber der Lohnarbeit gestärkt. Die neoliberale De-Thematisierung (nationalstaatlich-vermittelter) Klassenverhältnisse und -kompromisse setzt sich als Abbau *gesellschaftlicher* Regulationskomplexe bzw. Durchbruch zu Formen *kapitalistischer* Regulierung sowie als „Staatserweiterung" durch: die dem „keynesianischen Staat" immanenten Formen der gesellschaftlichen Regulierungen auf der Grundlage sozialer Einheiten weichen neuen Formen sogenannter enthierarchisierter Interessenartikulationen der gesellschaftlichen Klassen wie auch neuen sozialen Ausschließungen auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Reproduktion; die Interventionsmedien des Staates, Geld und Recht, werden neoliberal geschliffen und um „Verhandlungssysteme" und „politische Netzwerke", die sich zunehmend im EU-System etablieren, ergänzt. Nationalstaaten und EU-System begründen so keine dichotome Ordnung mehr, in der unter Umständen die gesellschaftlichen Regulationen des Nationalstaats fröhliche Urständ feiern können, sondern bilden komplexe Bestandteile eines europäischen Transformismus, durch den neue Klassenverhältnisse konstituiert werden.

Durch den Transformationsprozeß des europäischen Neoliberalismus entsteht so zunächst eine politökonomische Konfiguration „am Ausgang des Postamts" (Göran Therborn): die historische Tendenz zur Verstaatlichung von Klassenauseinandersetzungen und Produktivkräften nach dem Modell der „deutschen Post" wird in den 80er Jahren durchbrochen. Dieses Durchbruchsmuster kapitalistischer Vergesellschaftung aber bewirkt in den 90er Jahren die Entstehung von Gesellschaften am Ausgang des Marktes, weil die neoliberale Unterjochung der Gesellschaften unter das Wertgesetz kapitalistischer Akkumulation nun soziale Polarisierungen zur „sozialen Krise" verschärft und „Gesellschaften des Verschwindens" (Stefan Breuer) produziert. Der europäische Transformismus wird nicht mehr als neoliberales Durchbruchsmuster sondern nun als Krisenprozeß wirkungsmächtig und setzt sich als Dialektik von Ent- und Renationalisierung durch.

Europäischer Marxismus

Vor dieser entstandenen komplexen Lage aus Elementen der Auflösung tradierter Strukturen und Klassenverhältnisse und krisenhafter Neukonstitution sozialer Beziehungen, in der sich die traditionelle Dichotomie von Markt und Staat zunehmend auflöst und das liebgewonnene topologische Interventionsmodell verworfen wird, scheint die europäische Linke tatsächlich die Segel gestrichen zu haben. Als *dernier cri* zirkulieren Strategien europäischer Verhinderung als „Notbremse", um das zu retten, was längst neoliberal geschliffen ist, bis zur Unkenntlichkeit verändert wurde oder ins Geisterreich der Toten verwiesen wurde: die hoheitliche nationalstaatliche Intervention.

Während für Marx bekanntlich Revolutionen die Lokomotive der Weltgeschichte waren, hat Walter Benjamin hervorgehoben, daß Revolutionen „der Griff des in diesem Zug reisenden Menschengeschlechtes nach der Notbremse" seien. Im neoliberalen Umbau der Gesellschaftsformationen aber hält der herrschende Block seine Hand auf diesem Griff. Dazu bedurfte es allerdings eines neuen „Sputnik-Schocks" des Euro-Kapitalismus: Auf dem Hintergrund eines sich ausgehend vom französischen Herbst 1995 allmählich westeuropäisch verallgemeinernden sozialen Protests einer bereits ruiniert geglaubten „voice"-Option der Arbeiterklasse gegen die globalisierungs-vermittelte Europäisierung, erschallen Forderungen nach einer ent-schleunigenden „anderen Politik" (Philippe Séguin) oder eines europäischen Sozialmodells (Jacques Chirac) zunehmend direkt aus dem Machtblock und tre-

Schwerpunkt

Türkei und Menschenrechte

Außerdem:
Prozesse – Lebenslang für Birgit Hogefeld
§ 129 a – Beugehaft gegen Ursel Quack
Kurdenverfolgung – „Man versucht alles so hinzukriegen, wie es gerade paßt"
Antifa – Polizeiübergriffe am 9. November
Internationales – Benjamin Ramos Vega
Hauptverhandungshaft – Der besondere Charme der Klassenjustiz

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,– DM in Briefmarken bei:
Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141

DIE ROTE HILFE 1/97

WIDER ★ SPRÜCHE

***Widersprüche* gibt's weiter!**

Mit der Ausgabe Nr. 63 (H. 1/97) werden sie zwar nicht mehr vom Verlag 2000, sondern vom Kleine Verlag in Bielefeld verlegerisch betreut, das Sozialistische Büro bleibt jedoch weiterhin Herausgeber. Als Ausdruck der Verbundenheit mit dessen Geschichte und als Versuch, einige der bisher arbeitsteilig geführten Debatten innerhalb der drei Redaktionen zusammenzuführen, wird sich die *Widersprüche*-Redaktion an der Produktion des für Ende 1997 geplanten SB-Jahrbuches, das zugleich als H. 66 (Nr. 4/97) der *Widersprüche* erscheinen wird, beteiligen. Sie tut dies nicht nur aus Solidarität mit der *links*-Redaktion und um den AbonnentInnen sowie jenen SB-Mitgliedern, die zukünftig die *links* nicht mehr beziehen, wenigstens eine kleine Entschädigung für die entgangenen *links*-Ausgaben anbieten zu können, sondern nicht zuletzt aus eigenem politischen Interesse an der Vertiefung dessen, was sich unter dem label **Politik des Sozialen** seit 1982 als roter Faden durch die Redaktionsdiskussionen zieht und was sich leider allzuoft im Rahmen von Themenschwerpunktheften innerhalb der *Widersprüche* nicht zureichend zu Ende denken läßt.

Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich war und ist bezogen auf dieses label der Anspruch, dessen Einlösung die stete theoretische Vergewisserung über die Formen gesellschaftlicher Reproduktion, die Kritik an deren hegemonialem, exkludierendem und disziplinierendem Charakter unter kapitalistischen Bedingungen sowie die Verteidigung von sozialstaatlichen Sicherungen, aber auch die Suche nach transzendierenden Momenten einschließt. **Frei, aber verpflichtet** lautet der Arbeitstitel des Projektes SB-Jahrbuch, das auch eine Stellungnahme der Redaktionen zu den aktuellen und sich vermutlich noch verschärfenden sozialpolitischen Entwicklungen und zu Vorschlägen einer alternativen Sozialpolitik beinhalten soll. Wir laden alle InteressentInnen aus dem Umfeld der *links* und des SB herzlich ein, an diesem roten Faden weiterzuspinnen. Das bisher erarbeitete Positionspapier der Widersprüche kann bei Interesse zugesandt werden.

Darüber hinaus würden wir uns natürlich über jedes neue *Widersprüche*-Abo freuen, und halten für Neugierige das Register der bisherigen *Widersprüche*-Themenschwerpunkte und die Jahresplanung 1997/98 bereit.

Organisatorisch bleibt noch der Hinweis auf die neuen Bezugsbedingungen. Der Kleine Verlag wird sich an die notwendige, bereits angekündigte Preiserhöhung für die *Widersprüche* halten: Abo 70 DM, ermäßigtes Abo 46 DM, Einzelheft 21 DM, zzgl. Porto und Versand.

Neue Bezugsadresse: Kleine Verlag, Postfach 10 16 86, 33516 Bielefeld. Vorläufige Redaktionsadresse: Redaktion Widersprüche, z.Hd. Anne Scheidhauer, Postfach 10 20 63, 63020 Offenbach.

ten Positionen entgegen, die glauben, die neoliberale Reform mittels der These von der „Wohlstandsfalle" (Wolfgang Schäuble) beschleunigen zu können.

Heiner Müller hat kurz vor seinem Tod die Geschichte vom gekochten Frosch aufgegriffen, die treffend die Ziele einer Strategie der Ent-Schleunigung von sozialen Anpassungslasten in Europa charakterisiert: „Jeder kann sich vorstellen, was passiert, wenn man einen Frosch in sehr heißes Wasser wirft. Er versucht, so schnell wie möglich wieder herauszukommen. Aber was passiert, wenn man einen Frosch in lauwarmes Wasser setzt und die Temperatur ganz allmählich erhöht? Überraschenderweise passiert nichts. Der Frosch gibt alle Anzeichen des Wohlgefühls von sich und beginnt, bei lebendigem Leibe zu kochen, ohne es auch nur zu merken".

Der Griff nach der Notbremse kann also alles andere als die Notwendigkeit der Reformulierung eines theoretisch-politischen Projekts der europäischen Linken ersetzen. Was früher noch gehaltvoll-richtig war, wird heute voraussetzungslos. Konnte der „westliche Marxismus" noch auf den Fundamenten der aus den Strukturen der Kapitalreproduktion und des national „erweiterten Staates" geronnenen nationalen Klassenauseinandersetzungen eine Strategie der Transition des Kapitalismus zum Sozialismus vorantreiben, erweist sie sich unter den Bedingungen neuer Strukturen der Kapitalreproduktion und neuer Formen des „erweiterten Staates" im Rahmen der EU als unzureichend. Das zentrale Dilemma des Oppositionspotentials gegen den europäischen Transformismus besteht aber so zweifelsohne darin, daß weder die organisatorischen noch die inhaltlichen Lösungen aus seinem Krisenprozeß selbst erwachsen. Die antagonistischen Kräfte können weder die traditionelle Stärke der Organisationen der Arbeiterbewegung gegen die herrschenden Tendenzen strukturbildender Spaltung und Fragmentierung der Gesellschaften revalorisieren, um so vor-politische Bedingungen staatsinterventionistischer Topologie zu erzeugen, noch können die (verstreuten) Aktionen wirkungsmächtige neue Strukturen ausbilden, auf deren Grundlage die sozialen Widersprüche adäquat zu bearbeiten wären.

Der Kern des Umbruchs stellt linke, d.h. solidarische und emanzipatorische Politik vor immense Schwiergkeiten: nicht mehr durch die Strukturen der Kapitalreproduktion vorgegebene soziale Einheiten der Abeiterklasse können angerufen und aufgegriffen werden, um die Ziele zu verwirklichen. Das bedeutet zunächst, daß politische Handlungsräume, in denen die subalternen Klassen politisch thematisiert werden und die Beziehungen von Klassen und „policies" hergestellt werden können (so euro- bzw. nationalchauvinistische Beschränkungen überwunden werden und ein antagonistisches Gesellschaftsprojekts neu entstehen kann), erst neu begründet werden müssen. Hierdurch gewinnen Anstrengung zur Demokratisierung der EU ihre inhaltliche Bedeutung. Nur jedoch auf der Grundlage einer europäischen Arbeitspolitik und als Kampf der subalternen Klassen um die Redistribution sozialer Macht können diese politischen Arenen begründet und die „totalisierende Natur" postfordistischer Produktionsverhältnisse (Pietro Ingrao/Rossana Rossanda) durchbrochen werden. Daß linke Projekte in Europa materiell in den konkreten Produktions- und Klassenverhältnissen verankert sein müssen, wußte bereits Gramsci, indem er hervorhob, daß Hegemonie immer von der Fabrik ausgehe. Auch der europäische Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert kann als emanzipatorisches Projekt dieses organische Band mit den Kräften der Arbeit nicht durchbrechen, ja kann nur als Projekt gegen die Knechtschaft der sich durch den europäischen Transformismus hemmungslos ausweitenden „surplus-Arbeit" (Marx) konzipiert werden.

Das bedeutet aber auch und besonders, daß der neu zu begründende europäische Marxismus – im Gegensatz zum fordistischen „westlichen Marxismus" – nun Europa zu seinem Projekt erheben muß, ja nur über eine originär europäische Theorie und Strategie die (erneute) Niederlage der Linken überwinden kann. Ähnlich wie Gramsci seine Strategie des „Stellungskrieges" als Strategie *im* „integralen" Nationalstaat entwickelte, kann der europäische Marxismus nur auf der Grundlage einer Strategie innerhalb der spezifisch europäischen „Erweiterungen" des Staates begründet werden. Nur so kann er als politisch-theoretisches Projekt die aus der Vielfalt sozialer Widersprüche erwachsenen subalternen Klassen in Europa thematisieren. Nur so können die sozialen Widersprüche, die weit über die Grenzen Europas hinausgreifen, adäquat bearbeitet werden. Nur auf ihrer Grundlage kann auch der universelle Anspruch des Marxismus als Projekt der Befreiung der gesamten Menschheit aufrechterhalten werden. Für die Werkstatt des Sozialismus hat die europäische Linke die Werkzeuge neu zu schmieden, die nichts anderes sind, als ihre eigenen Existenzmittel. Die Bedingungen hierfür werden restriktiver. Ein Produktionsmittel steht ihr nämlich nun nicht mehr zur Verfügung: die *links*. Die Notwendigkeiten eines neuen theoretisch-politischen Projekts werden ungeachtet dessen allerdings nicht geringer sondern im Gegenteil dringlicher. ●

Bernd Röttger war Herausgeber und Autor der links.

ROLAND ROTH

Neue Linke und Neue soziale Bewegungen

Eine kleine Ermutigung

Nicht wenige ZeitgenossInnen und selbst manche *links*-LeserInnen werden die beiden Akteure, von denen in diesem Beitrag die Rede ist, in den Abstellkammern der Nachkriegsgeschichte vermuten. Im politischen Bedeutungshaushalt vieler haben sie ausgedient, sind sie megaout – gerade noch tauglich als Kippfiguren, an denen die Junggreise der *FAZ* ihre politische Treffsicherheit beweisen dürfen. Aber weniger die Anfeindungen als das Zu-Tode-loben dürfte zur politischen Marginalisierung dieser Protestakteure beigetragen haben. Die Mobilisierungen der Außerparlamentarischen Opposition, meist fixiert auf die magische Jahreszahl 1968, haben – so wird uns versichert – wesentlich zur „Fundamentalliberalisierung" (Jürgen Habermas) der westdeutschen Gesellschaft beigetragen. Die Neuen sozialen Bewegungen verwandelten eine „traditional halbierte" in eine „zweite", nun „reflexive Moderne" (Ulrich Beck), die sich den ökologischen Risiken, den Aufbrüchen im Geschlechterverhältnis und der Zivilisierung der Politik stellt.

Begriffe wie Zivil- und Bürgergesellschaft haben in den letzten Jahren als Sargdeckel gedient, um all das Unabgegoltene und Anstößige der neueren Protestgeschichte der Bundesrepublik zu entsorgen und das wohlige Gefühl zu verbreiten, fundamentale Gesellschaftskritik habe sich selbst überflüssig gemacht, weil ihre zentralen Motive inzwischen in allen Gesellschaftsbereichen zuhause sind. Ein jüngstes Symptom dieser Variante des Plattmachens ist die Begleitmusik, mit der die erste Lieferung zur Protestgeschichte aufgenommen wurde, die Wolfgang Kraushaar in verdienstvoller Weise zusammengetragen hat. Von der *taz* bis zum *Spiegel* wurde die Freilegung der Protestfülle in der ersten Dekade der Republik vor allem dazu genutzt, den „68ern" eins auszuwischen. Nun sei wohl klar, daß sie sich selbst in ihrem ureigensten Terrain, dem Protest, unangemessen aufgeplustert hätten. Daß sich die gleichen Organe und Schreiber heute massiv an der Verdrängung aktueller Proteste beteiligen – eine Fehlleistung, die Kraushaar den Medien der 50er Jahre nachgewiesen hat –, kommt den Schreibern freilich nicht in den Sinn.

Gegen diese verbreitete, selbstgerechte intellektuelle Amnesie, der besonders konvertierte Ex-Linke huldigen, möchte ich im folgenden vor allem drei Argumente stark machen. Erstens sind zentrale Motive der Neuen Linken nicht nur unabgegolten, sondern aktueller denn je. Dies gilt auch für die Grundzüge des politischen Projekts, das mit dem Sozialistischen Büro (SB) verbunden war. Zweitens haben die Neuen sozialen Bewegungen in ihren zentralen Themen und Politikformen wesentliche Motive der Neuen Linken bewahrt und weiterentwickelt. Drittens mangelt es auch gegenwärtig nicht an Protest und Veränderungsenergien. Erbärmlich ist allerdings die Verfassung jener intellektuellen Szene, die heute als Gatekeeper öffentlicher Bedeutsamkeit fungiert.

Zunächst einige Hinweise, die von interessierter Seite gerne „vergessen" werden. Die verschiedenen Strömungen der Neuen Linken, die besonders in der Bundesrepublik erheblich zur Selbstverständigung der Protestbewegungen seit den 60er Jahren beigetragen haben, verdienten ihren Namen durch folgende Gemeinsamkeiten:

1. Die programmatische Abkehr von den dominierenden linken Traditionen der Kommunistischen (mit dem hegemonialen Vorbild Sowjetunion) wie der Sozialistischen Internationale sozialdemokratischer Prägung und dem, was in dieser Tradition als „Kommunismus" und „Reformismus" bezeichnet wurde. Dieser doppelte Bruch vollzog sich nach dem II. Weltkrieg oft zögerlich und widerspruchsvoll, meist stark geprägt von den nationalen politischen Kulturen. Gleichwohl ist die New Left eine internationale Strömung, die ihre intellektuellen Energien aus den verschütteten und an den Rand gedrängten Traditionen der Arbeiterbewegungen bezieht (Anarchismus, Rätebewegungen, Syndikalismus etc.) und in die aktuellen Protestbewegungen einbringt – z.B. in die internationale Anti-Atomwaffenbewegung in den 50er Jahren oder die Ostermärsche der 60er Jahre.

2. Mit dem politischen Bruch war die Wiederentdeckung und Aneignung der vom orthodoxen Parteimarxismus verdrängten oppositionellen Ausprägungen linken Denkens – vor allem aus der Zwischenkriegszeit, hierzulande vor allem der Kritischen Theorie – verbunden, die dem „westlichen Marxismus" (Perry Anderson) sein besonderes Profil gaben. Theoriearbeit und intellektuelle Praxis machte sich frei vom „sowjetischen Marxismus" (Herbert Marcuse), der längst zur scholastischen Herrschaftslegitimation verkommen war. Wer einen Eindruck von der Lebendigkeit und Aufbruchstimmung dieser Neuen Linken gewinnen möchte, sollte einmal in den entsprechenden Jahrgängen der Zeitschriften *neue kritik* oder *new left review* blättern.

3. Unorthodoxer Marxismus und der Bruch mit der „alten" Linken bedingten und förderten gleichzeitig eine Radikalisierung der Kapitalismuskritik. Aktuelle Formen kapitalistischer Produktion und Vergesellschaftung wurden nicht länger als Vorbedingung und Etappe auf dem Wege zum Sozialismus begriffen, sondern gefordert war auch in dieser Hinsicht ein Bruch und ein radikaler Gesellschaftsumbau, der bis in die Mikrostrukturen der Reproduktionsformen, des Naturverhältnisses, der Technologien, ja der individuellen Bedürfnisse reichen sollte.

4. Mindestens ebenso bedeutsam war die Entfaltung eines anderen Verständnisses von Politik und Demokratie. „Das Neue in der Neuen Linken bestand darin, daß nach einer langen Zeit, in der der Begriff Demokratie praktisch mit der Organisationsform der Stellvertretung, des Repräsentierens identifiziert worden war, Anfang der sechziger Jahre die geschichtlichen Traditionen der direkten Demokratie wiederaufgenommen wurden."(Negt 1995: 141f.) Inhaltlich kreiste das sozialistische Denken der Neuen Linken um ein Emanzipationsverständnis, das individuelle und gesellschaftliche Befreiungsmotive versöhnen wollte. Gegen die alte Logik der Haupt- und Nebenwidersprüche wurden alltägliche Veränderungsmotive aufgewer-

tet, die nicht mehr durch politische Organisierung in eine hierarchische Ordnung gebracht werden, sondern die ihre kritische Kraft durch wechselseitige Verstärkung und Radikalisierung entfalten sollten. Die eigene politische Veränderungspraxis hatte radikaldemokratischen Ansprüchen zu genügen. Revolutionäre Politik orientierte sich nicht länger am Sturm aufs Winterpalais, sondern an der alltäglichen Arbeit katalysatorischer Gruppen, deren Wirkung von jenen phantasievollen Aktionen und Experimenten ausging, die positiv als Vorgriff auf eine andere Gesellschaft erfahren werden konnten.

Es hat sich leider eingebürgert, mit der Neuen Linken all den Unsinn in Verbindung zu bringen, der aus der Entmischung der APO in Gestalt von „proletarischen" Parteien und anderen Formen des „versteinerten Marxismus" entstanden (und inzwischen verschwunden) ist – nicht zuletzt von vielen, die daran beteiligt waren. Die hier vorgestellten Markierungspunkte einer Neuen Linken haben dagegen nichts an Aktualität eingebüßt. Selbst in den buntscheckigen Protesten der APO war die Neue Linke nur eine von vielen Strömungen, wenn auch die mit der größten intellektuellen Ausstrahlung. Die Umbrüche und Revolutionen von „1989", d.h. der Zerfall des Ostblocks und das Ende des Kalten Krieges, bedeuteten für die Neue Linke nicht das Scheitern ihrer Politikvorstellungen, sondern deren Bestätigung und zudem eine günstige Gelegenheit für eine linke Politik ohne die repressive Dunstglocke eines schier übermächtigen „Realsozialismus" (zu dieser Perspektive vgl. z.B. Negt 1991). Die ermüdende und letztlich unproduktive Abgrenzungsarbeit gegen den „Realsozialismus" ist nicht mehr notwendig. Umso mehr benötigen wir die Aktualisierung der anderen Elemente der Neuen Linken: radikale Kapitalismuskritik, basisdemokratische Emanzipationspraxis und neue Ideen und Entwürfe für einen Sozialismus, der auf der Höhe der Zeit ist (einige Hinweise hierzu bei Narr/Roth 1995 und 1996).

Das Sozialistische Büro

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift ist es angezeigt, an das Sozialistische Büro zu erinnern, auch wenn dessen politisch produktivste Zeit inzwischen 20 Jahre zurückliegt (Oskar Negt hat ihr jüngst in seinem Buch über '68 ein literarisches Denkmal gesetzt). Mit seiner Arbeitsfeldkonzeption hat es den Versuch gemacht, die politische Relevanz von Alltagsbedürfnissen und unmittelbaren Interessen in den Mittelpunkt organisatorischer Anstrengungen zu stellen und sie nicht nur als Material für „objektive" Interessen zu instrumentalisieren. „Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren", lautete die politische Forderung, die sich sowohl gegen den Traditionalismus der K-Gruppen wie das repräsentative Politikverständnis der etablierten Politik wendete. Im Entmischungsprozeß der APO gegründet, zeichnete sich das SB zunächst durch ein überfraktionelles Selbstverständnis und die produktive Integration von unterschiedlichen Traditionen aus. Lohnarbeits- und gewerkschaftsorientierte Politikansätze, das Erbe des Ostermarsches sowie der Anti-Atomwaffen-Bewegung und substantielle Ansätze der 68er-Bewegung kamen zusammen und wurden – oft durchaus spannungsreich – weitergeführt. Selbstbestimmung, an Erfahrungen und konkreten gemeinsamen Interessen ansetzen, waren gemeinsame Fixpunkte eines experimentellen Politikverständnisses, das sich gleichwohl an einer radikalen Systemalternative orientierte, für die der Begriff Sozialismus stand. Man wollte nicht irgendein Kongreß- und Vernetzungsunternehmen gegenwärtiger Oppositionsbewegungen sein, sondern eben ein „Sozialistisches" Büro. *Für eine neue Linke* lautete der programmatische Titel eines ersten Sammelbandes mit Texten aus den ersten Jahrgängen der *links*. Ohne die Geschichte dieses Organisationsversuchs nachzeichnen zu wollen, so fällt doch auf, daß seine Produktivität solange erfahrbar war, wie es gelang, ein Spannungsverhältnis zwischen dem Eigensinn der Arbeitsfelder, lokalen Initiativen und politischen Projekten (Betrieb und Gewerkschaften, Schule, Sozialarbeit, aber auch Initiativen in der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung, der Frauen- und der Alternativbewegung) und dem umfassenden linksintellektuellen Veränderungsanspruch auszuhalten. Eine Ausdrucksform dieser Spannung war die oft ätzende Frage, was an den konkreten Aktionen und Arbeitsweisen denn „politisch" oder „sozialistisch" wäre.

„Eine lebendige Neue Linke, die sich zumindest auf Augenhöhe mit den Themen neuer sozialer Bewegungen befindet, ist dringender notwendiger denn je".

Das Scheitern des SB fällt mit dem schon bald nach dem Pfingstkongreß von 1976 – vermutlich dem Zeitpunkt seiner größten politischen Bedeutung – unternommenen Versuch zusammen, dieses Spannungsverhältnis dadurch aufzulösen, daß die verschiedensten Politikansätze in traditionaler Form, d.h. in Gestalt einer Mitgliedsorganisation mit sozialistischer Programmatik zusammengefaßt werden sollten, statt es bei einem Netzwerk arbeitender Gruppen und Projekte mit schwachem Organisationszentrum zu belassen. Zu dieser Richtungsentscheidung dürften nicht nur die Pseudo-Erfolge der K-Gruppen, sondern auch die traumatischen Ohnmachtserfahrung des „deutschen Herbstes" beigetragen haben. Sie beschleunigte jedenfalls die Orientierung an den herrschenden Formen der politischen Organisierung und des Machterwerbs, mündete schließlich in die Gründung der Grünen und entzog dem Sozialistischen Büro weitere politische Energien. Vieles von dem, was einmal als SB-Praxis begonnen hatte, lebte ohne diese Organisationshülle eigenständig und in anderen Zusammenhängen weiter. Dennoch gibt es auch eine deutliche Verlustgeschichte. Der Niedergang des Sozialistischen Büros war auch eine Erscheinungsform des nachlassenden Einflusses der Neuen Linken auf die oppositionellen Arbeitszusammenhänge und Bewegungsmilieus. Mit der Neuen Linken wurden auch die Versuche schwächer, aus den weiterhin wirksamen heterogenen Protestmotiven und Veränderungsenergien gemeinsame Projekte und Visionen gesamtgesellschaftlicher Veränderung zu entwickeln. Dem vielfältigen Widerspruch fehlte ein „gemeinsames Band" und eine Bündelung der Energien über den partikularen Ansatz hinaus. Weniger denn je können wir heute mit Bestimmtheit sagen, wie assoziative politische Formen aussehen müssen, die den Zusammenhang zwischen den vielfältigen Oppositionsmotiven stärken und intellektuell weiterentwickeln, ohne ihre jeweilige Besonderheit auszulöschen. Daß die Parteiform, auch in der Variante der Grünen, darauf keine produktive Antwort gegeben hat, scheint mir offensichtlich. Selbst wo sie leidlich als parlamentarische Opposition funktionieren, haben sie mit dem, was in der Gründungsdebatte noch als außerparlamentarisches Standbein gehandelt wurde, längst nichts mehr zu tun. Die Nähe zur politisch-parlamentarischen Macht hat den Preis bestenfalls marginaler Veränderungsspielräume. Jedenfalls war das Sozialistische Büro in seinen Anfängen näher an einer Antwort auf die Frage, wie heute angemessene Organisationsformen politischer Emanzipationsprozesse aussehen könnten.

Paradoxe Situation

In den Organisationsdebatten der Neuen Linken wie der Grünen wurde zumeist ein Nachlassen von Protest- und Bewegungsenergien unterstellt. Ein „Bewegungs-

herbst" zwinge zu parlamentarischer Orientierung und Parteiform. Dies war und ist falsch. Außerparlamentarische, unterparteiliche Politik in Form von Bürgerinitiativen, Protesten und sozialen Bewegungen ist der eigentliche Wachstumsbereich in der politischen Kultur der Bundesrepublik. Was Kraushaar für die 50er Jahre dokumentiert hat, gilt ungleich stärker für die Jahrzehnte danach – mit ansteigender Tendenz. Wenn wir heute danach fragen, wo sich Menschen politisch beteiligen und in welchen Formen sie dies tun, dann haben wir in den letzen Jahrzehnten eine Umkehrung dessen erlebt, was in der Sprache der politischen Soziologie „konventionelle" und „unkonventionelle" politische Beteiligung genannt wird. Auch aktuelle Umfragen zeigen, daß es für die Mehrzahl der Jugendlichen selbstverständlich ist, bei entsprechenden Anlässen zu demonstrieren, sich an Bürgerinitiativen zu beteiligen oder zivilen Ungehorsam zu praktizieren. Die Zahl derer, die sich ein Engagement in Parteien vorstellen können, ist marginal. Der Bedarf an politischer Repräsentation ist ebenso geschwunden, wie der Glaube an deren Gemeinwohl garantierende Legitimität. Außerparlamentarische Politik entlang konkreter Interessen und mit direkter politischer Beteiligung ist das „Erfolgsmodell" schlechthin, nicht nur in den Einstellungen, sondern auch mit Blick auf sichtbare Proteste und Aktionen. Nach wie vor haben die Themen der Neuen sozialen Bewegungen daran den größten Anteil. Diese relativ soliden Ergebnisse der Bewegungsforschung gilt es gegen eine öffentliche Wahrnehmung zu behaupten, die seit Jahr und Tag vor allem à la baisse spekuliert. Auch das Auf und Ab der großen Mobilisierungen vom Typus zentraler Anti-Nachrüstungsprotest in Bonn verdeckt diesen allgemeinen Trend, der für die 90er Jahre mehr Protestereignisse ausweist als in den Jahrzehnten zuvor.

Und dennoch ist es völlig überzogen, von einem Erfolgsmodell zu sprechen. Trotz Kontinuitäten und verstärkter Mobilisierung sind die Politikerfolge insgesamt marginal geblieben. Sicher, Wyhl, Wackersdorf oder das Wendland – um bei einem Thema zu bleiben – sähen heute anders aus, hätte es nicht die massiven Protestmobilisierungen gegeben. Aber insgesamt sind die von den Neuen sozialen Bewegungen eingeklagten gesellschaftlichen Veränderungen bescheiden oder gänzlich ausgeblieben – und dies bei steigendem Veränderungsbedarf. Längst ist Enttäuschung zum Grundgefühl vieler Bewegungsbereiche geworden. Enttäuschung nicht nur über ausgebliebene Politikerfolge, sondern auch über die eigene marginale Institutionalisierung. Ökologische Lippenbekenntnisse, ein wenig lila, wo nötig, und selbst die Bundeswehr wird als ziviler Friedensdienst verhökert. Die neuen Themen sind also anerkannt, wenn auch von schwindendem Gewicht. Trotz – oder wegen – der Substanzverluste der herrschenden Politik, des Auszugs der BürgerInnen aus den etablierten politischen Institutionen sind Konzessionen an die außerparlamentarische politische Kultur weitgehend ausgeblieben. So haben wir heute mehr genuin demokratische Beteiligung und mehr politische Assoziationen in diesem Lande als je zuvor – und gleichzeitig eine Wagenburgmentalität in der herrschenden repräsentativen Politik, die ihren Alleinvertretungsanspruch und ihre Privilegien wenn nötig mit Zähnen und Klauen, meist jedoch durch Ignoranz verteidigt. In dieses Bild paßt auch, daß die umfangreichsten direkt-demokratischen institutionellen Öffnungen in den letzten Jahren auf kommunaler Ebene vorgenommen wurden – statt einer demokratischen Runderneuerung des Grundgesetzes neue Kommunalverfassungen. Ohne die neuen kommunalen Beteiligungsangebote vom Bürgerentscheid bis zu den Kinder- und Jugendparlamenten im einzelnen zu gewichten, drohen sie eher zur „Treppe ins Nichts" zu werden, sind doch die Kommunen finanziell, von den Zuständigkeiten und den Gestaltungsspielräumen her die schwächste Ebene der Staatsorganisation. Weitere Enttäuschungen sind also angesagt.

„Und dennoch ist es völlig überzogen, von einem Erfolgsmodell zu sprechen. Trotz Kontinuitäten und verstärkter Mobilisierung sind die Politikerfolge insgesamt marginal geblieben."

Neben dieser marginalen Institutionalisierung gewinnt eine weitere Paradoxie an Gewicht. Jeweils für sich genommen, zeichnen sich die Mobilisierungen von Bürgerinitiativen und Neuen sozialen Bewegungen durch einen selbstbegrenzten Radikalismus aus. Der Verzicht auf den Transrapid oder die „zivile" Atomnutzung ist keine Systemfrage, noch weniger die Trassenführung einer Umgehungsstraße oder die Ausweisung von Tempo 30-Zonen. Dies gilt für Frauenhäuser oder Gleichstellungsstellen ebenso wie für Alternativbetriebe oder selbstverwaltete Jugendzentren. Zusammengenommen haben die neuen sozialen Bewegungen allerdings einen gesellschaftlichen Veränderungsbedarf eingeklagt, der den klassischen Horizont sozialistischen Denkens, den des „Realsozialismus" allemal, bei weitem übersteigt. Gefordert ist eine ökologische, sozial egalitäre, feministische und zivile BürgerInnengesellschaft mit umfassender, im Prinzip alle Lebensbereiche umfassender, direkter Demokratie, die nicht mehr national, sondern lokal bzw. regional verankert ist und sich gleichwohl in globaler Perspektive verantwortlich erweist. Daß eine solche Vision weit jenseits dessen liegt, was uns der sich globalisierende Kapitalismus mit seiner Ungleichheitsdynamik, flankiert von nachrangiger, im liberalen Séparée sachlich und professionell begrenzter Repräsentation verharrender Politik selbst in den reichen Ländern des Westens bieten kann, steht außer Frage.

Die Entwicklungsdynamik der außerparlamentarischen Protestė, ihre Verdichtung zu Neuen sozialen Bewegungen weist in Richtung Professionalisierung, Differenzierung und Spezialisierung. Kaum ein Initiativenthema, zu dem es nicht eigene Treffen, Vernetzungen und Publikationen gibt – oft mit gut ausgewiesenen Alternativen für ihren Bereich. So finden z.B. radikalreformistische sozialpolitische Debatten heute eher in Obdachlosenzeitungen statt. Diese zentrifugalen Tendenzen haben hohe politische und konzeptionelle Kosten. Zu den klassischen Aufgaben linker Kopfarbeiter gehört es, Zusammenhänge zu denken und die Maßverhältnisse des Politischen im Blick zu behalten. Weder diese Aufgabe noch das Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen Veränderung ist obsolet geworden. Auch wenn dem Projekt *links* die Luft ausgegangen ist. Eine lebendige Neue Linke, die sich zumindest auf Augenhöhe mit den Themen neuer sozialer Bewegungen befindet, ist dringender notwendiger denn je. In anderen Ländern des Westens hat „1989" und die „neue Weltordnung" – vom liberalen Triumphgeheul meist übertönt – eine intensive Wiederaneignung von Kapitalismuskritik und sozialistischem Denken ausgelöst. Selbst prominente postmoderne Autoren haben Marx für sich entdeckt. Die deutsch-deutsche Vereinigung – mit Bürgerbewegten, für die „links" ein Schimpfwort ist, und einer traditionslinken PDS – hat bislang als Blockade gewirkt. Aber das muß, das darf nicht so bleiben. ●

Literatur

Kraushaar, Wolfgang (1996): Die Protestchronik 1949-1959, München

Narr, Wolf-Dieter / Roland Roth (1995 u. '96): Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative, in: Prokla 100 & 103

Negt, Oskar (1991): Sozialismus heute. Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): Jahrbuch '90, Sensbachtal

Negt, Oskar (1995): Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen

Roland Roth war Herausgeber der links.

SILVIA KONTOS

Unbegriffene Konflikte

Die *links* und die Frauenbewegung

Warum sind *links* und die Frauenbewegung eigentlich nie richtig miteinander ins Gespräch gekommen? Diese Frage thematisiert die interaktive Ebene und ich möchte sie – möglicherweise gegen die Intention der Fragestellenden und sicherlich gegen die ruhmreiche Tradition dieses Blattes, die nun zu Ende gehen soll – auch genau dort aufgreifen. Dabei verfahre ich notwendig pauschalisierend. Weder gibt es 'die Frauenbewegung', noch könnte ich für sie sprechen, aber was ich versuchen will, ist, die Interaktionsdynamik bestimmter Teilströmungen der Neuen Linken der siebziger und achtziger Jahre zur Beantwortung der oben gestellten Frage heranzuziehen und damit ein wenig zur Erklärung des Endes des Projekts *links* Mitte der neunziger Jahre beizusteuern.

Das Pauschalisierungsgeständnis bezieht sich nicht nur auf 'die Frauenbewegung'. Ich argumentiere hier aus der Perspektive der 'linken Gründerinnen', die sich von den Zerfallsprodukten der Studentenbewegung frühzeitig abgesetzt hat, der Linken gleichwohl in der Durchsetzung der politischen 'Autonomie' der neuen Frauenbewegung auf die eine oder andere Weise eng verbunden blieb. Nur für diesen Teil der neuen Frauenbewegung macht die obige Fragestellung überhaupt einen Sinn. Diese Gleichsetzung mag in vielerlei Hinsicht unzulässig sein, dennoch war sie meinem Eindruck nach politisch wirksam und für die relative Distanz zwischen *links* und Frauenbewegung mitverantwortlich.

Die Neue Linke in der BRD und die Studentenbewegung waren – und an diese herrschaftssoziologische Banalität sei hier erinnert – nicht nur Bewegungen, die die 'formierte Gesellschaft' der Nachkriegszeit aufgebrochen haben, sondern sie waren gleichzeitig selbst Herrschaftszusammenhänge, die in ihrem totalisierenden Gestus und in ihrem emphatischen Befreiungsdiskurs die Spuren der hermetischen Politik des CDU-Staats mit sich tragen.

Das hat einerseits zu langwierigen und über weite Strecken unbegriffenen Generationskonflikten geführt, die bis heute nachwirken (vielleicht auch im Ende der *links*), andererseits zu der allseits bekannten Sezessionsbewegung der Frauen, die zwar organisierter und lauter war als die der folgenden Generationen, aber vielleicht auch nicht so viel besser begriffen wurde. Denn durch die Literatur geistert der Auszug der Frauen immer noch als antiautoritärer Aufstand gegen Bevormundung und sexuelle Ausbeutung, und unter dieser Prämisse ist wirklich nicht einzusehen, warum er 25 Jahre dauern mußte und warum die Frauen nie mehr zurückgekehrt sind.

Aber vielleicht ist der antiautoritäre Impuls der späten sechziger Jahre von der Linken generell zu schnell entsorgt worden, d.h. bevor er in allen Dimensionen entwickelt war und auch die eigenen Positionen in Frage stellen konnte? Der antiautoritäre Aufstand der linken Frauen war jedenfalls sehr viel mehr als die Abwehr sexueller und kommunikativer Übergriffe. Er entwickelte sich schnell zu einem politischen und intellektuellen Aufbruch, der Schritt für Schritt die theoretischen Voraussetzungen von Politik problematisierte und in dieser kritischen Bewegung bis heute noch nicht an sein Ende gekommen ist. (Es ist ein erklärungswürdiger Tatbestand, daß die Frauen bei ihrem Zug durch die wissenschaftlichen Gemeinden als eine der letzten nunmehr auch die Politologie erreicht haben.)

Die einzelnen Stationen dieser Kritik will ich hier nicht nachzeichnen, ich möchte stattdessen auf die höchst ambivalenten Folgen hinweisen, die dieses feministische 'screening' für die beteiligten Frauen hatte. Die Entdeckung, daß die Welt, auch die der Politik, aus der Perspektive von Männern entworfen war, vermittelte einerseits das beflügelnde Gefühl, daß eine Welt vor uns lag, die es von Grund auf neu zu strukturieren galt, andererseits aber auch das tiefe Erschrecken darüber, daß das, was vor uns lag, ein 'waste land' war, eine theoretische Wüste, in der es für Frauen keinen Ort gab, von dem aus sie aufbrechen konnten, weil sie theoretisch auf den Nullpunkt zurückgeworfen waren, weil sich jede einzelne Kategorie der Kritik aus Frauensicht als brüchig erwies: Gesellschaft, Staat, Politik, Recht, politisches Subjekt usw.

Und die theoretische Stammelei, der emphatisch-moralische Überhang der ersten zehn Jahre feministischer Politik und Theorie waren schließlich nicht nur für unsere ZuhörerInnen und AdressatInnen schwer erträglich, sondern in erster Linie für uns selbst, die wir plötzlich das Buchstabieren neu lernen mußten. Es ist nicht nur ängstigend sondern auch kränkend, über Nacht von allen guten Geistern/Theorien verlassen zu sein und noch einmal ganz von vorn anfangen zu müssen. Und diese Kränkung ging um so tiefer, je 'näher' die Theorien den eigenen kritischen Absichten standen, je mehr also von ihnen erwartet werden konnte und erwartet wurde, daß die feministische Kritik in ihnen 'aufgehoben' sei. Die Entdeckung, daß auch der Marxismus, obwohl er sich die Frauenemanzipation selbst auf die Fahnen geschrieben hatte, ein 'männlicher' Entwurf war, war deshalb erschütternder und folgenreicher als die Enttäuschung über die patriarchalen Gehalte der verschiedenen Spielarten bürgerlicher oder postmoderner Theorien.

Der folgende Rückzug in die kleinen Projekt- und Selbsterfahrungsgruppen, der von außen immer noch gern als regressiv disqualifiziert wird, war dementsprechend auch alles andere als ein entpolitisierender Rückzug ins Private, sondern der mühevolle Versuch, sich aus den theoretischen und politischen Vorgaben linker Politik zu lösen und feministische Politik aus dem theoretischen und praktischen Bezug auf Frauen neu zu entwickeln. Die außerordentliche Vielfalt und die Produktivität, die die neue Frauenbewegung in den achtziger Jahren entfaltet hat, bestätigen, daß es sich in der Tat nicht um einen *Rückzug von Politik* sondern um eine *Re-Definition des Politischen* gehandelt hat, mit nach wie vor offenem Ende.

Allerdings war der 'Rückzug' der westdeutschen Frauenbewegung, ihr Kampf um politische Autonomie, deutlich ausgeprägter und langwieriger als der anderer westeuropäischer Frauenbewegungen oder der US-amerikanischen Frauenbewegung. Dafür sind verschiedene Gründe benannt worden, von der autoritär-etatistischen Politiktradition in Deutschland, über das Fehlen einer 'alten Linken' bis zum Geschichtsverlust und dem historischen Bruch der deutschen Frauenbewegung durch den Nationalsozialismus. Es erscheint mir jedoch sinnvoll, im Zusammen-

hang mit der hier gestellten Frage auch die spezifische Nähe zur reorganisierten bundesdeutschen Linken mit heranzuziehen, mit der die neue Frauenbewegung lange Zeit die radikale Kritik an den politischen Institutionen und an der politischen Praxis des 'Modell Deutschland' geteilt hat, und *gegen* deren Legitimations- und Führungsansprüche sich die neue politische Identität der Frauenbewegung entwickeln mußte.

Weil aber der Rückzug in die Frauenzentren, Selbsterfahrungsgruppen und Frauenprojekte noch *vor* aller theoretischen Reorientierung eine neue politische Praxis hervorbrachte, hat sich der westdeutsche Feminismus vergleichsweise spät akademisiert, später jedenfalls als die Neue Linke und auch später als vergleichbare Frauenbewegungen. Das hat zu dem paradoxen Resultat geführt, daß die feministische Auseinandersetzung mit den Theorieangeboten der achtziger Jahre über diverse Umwege lief und etwa Habermas aus den USA re-importiert wurde. Ähnliche Umwege scheint auch die Rezeption der Regulationsschule zu nehmen.

Diese *Untertheoretisierung* des westdeutschen Feminismus erscheint mir aber auch heute noch durchaus zwiespältig. Zwar hat sie den Anschluß der feministischen Diskussion an die theoretischen Debatten der Linken lange Zeit blockiert – und dafür sind die Verständigungsschwierigkeiten zwischen *links* und Frauenbewegung ein gutes Beispiel – aber sie hat auch dafür gesorgt, daß die Verbindung zwischen feministischer Theorie und feministischer Praxis in den autonomen Frauenprojekten relativ lange gewahrt blieb; und das gegenwärtig beobachtbare Schisma zwischen einer etablierten Frauengleichstellungspolitik und einer Krise der autonomen Frauenprojekte ist nicht zuletzt das Ergebnis einer beschleunigenden Akademisierung des Feminismus auch hierzulande, der seine Fragestellungen und Bezugspunkte immer weniger aus der frauenpolitischen Praxis bezieht und stattdessen beginnt, sich in die theoretischen Debatten der Einzeldisziplinen einzuschalten.

Aber auch der männliche Blick von *links* auf die Entwicklung der neuen Frauenbewegung erscheint mir in mehrfacher Hinsicht widersprüchlich. Da gibt es zunächst die Grundstimmung wohlwollender Sympathie, die allen Befreiungsbewegungen entgegengebracht wird, die aber an zwei Stellen erfahrungsgemäß brüchig wird: an der unheilbaren Vermischung privater und politischer Konfliktlinien im Geschlechterverhältnis und an den politischen und theoretischen Ansprüchen, die der Feminismus erhebt. Die Vermischung von privaten und politischen Turbulenzen ist im Geschlechterkonflikt strukturell angelegt, wirkt sich aber um so destruktiver auf die Verständigungsmöglichkeiten zwischen Männern und Frauen aus, je weniger sie explizit zum Thema gemacht wird. Während jedoch die Frauenbewegung mit der Selbsterfahrung immerhin ein Verfahren entwickelt hat, Konflikte auf der offenen Grenze zwischen 'privat' und 'öffentlich' zu thematisieren und ansatzweise beide Ebenen auch wieder voneinander zu scheiden, haben die beteiligten Männer nicht nur nichts Vergleichbares hervorgebracht, sondern nach Kräften dazu beigetragen, die Selbsterfahrungspraxis der Frauenbewegung zu diskreditieren und für ihre privaten Probleme mit den bewegten Frauen auf die bewährten Bewältigungsmöglichkeiten der Männerkultur (Arbeit und männerbündische Verkehrsformen) zurückzugreifen. Die wenigen Männergruppen, die sich in den letzten 20 Jahren entwickelt haben, wurden jedenfalls typischerweise nicht von 'der Linken' beschickt sondern von einer jüngeren Generation von Männern, für die u.a. die männerbündischen Strukturen eben dieser Linken bereits ein Problem darstellten.

„Die Neue Linke in der BRD und die Studentenbewegung waren (...) nicht nur Bewegungen, die die 'formierte Gesellschaft' der Nachkriegszeit aufgebrochen haben, sondern sie waren gleichzeitig selbst Herrschaftszusammenhänge."

Angesichts dieses Mankos steht zu erwarten, daß sich einige der unbearbeiteten Konflikte aus dem Grenzbereich von Öffentlichkeit/Privatheit auf der 'objektivierten' Ebene der theoretischen Konzepte und strategischen Überlegungen wiederfinden. Und in der Tat scheint mir, daß die Haltung der Linken/der *links* gegenüber dem Feminismus trotz aller Solidarität und Sympathie von einer Art Abwehr bestimmt ist, die sich in zwei Umgangsweisen niederschlägt: in der Reduktion des Feminismus auf die Praxis der Frauenbewegung und diese wiederum auf eine Art 'Basisaktivität', die zwar wichtig ist, weil sie langfristige Verwerfungen und Verschiebungen in der Konfliktkonstellation des globalen Kapitalismus indiziert, aber in der politischen Alltagspraxis befangen und hier speziell durch die 'privatistische' Dimension des Konflikts notwendig beschränkt, dringend der politischen und theoretischen Einbettung in eine ambitionierte Kapitalismustheorie bedarf, die dem Geschlechterkonflikt und der Frauenbewegung erst ihren politischen 'Sinn' erschließen kann. D.h. die Frauenbewegung wird zwar in ihrer politischen Praxis akzeptiert, die möglicherweise sogar interessante theoretische Probleme 'aufwirft' wie die Bedeutung physischer Gewalt oder 'unvollständiger' Lohnarbeitsverhältnisse im modernen Kapitalismus, nicht aber in ihrer Kompetenz, für die von ihr thematisierten Konflikte auch die Theorie mitzuliefern.

Statt einer Auseinandersetzung mit den Teilstücken feministischer Theoriebildung findet ganz überwiegend eine *additive Integration* des Geschlechterkonflikts statt, bei dem dieser zwar höflichst mitgenannt aber in keiner Weise systematisch verarbeitet wird. An dem Anspruch der feministischen Theorie, daß mit einer Reflexion auf die Kategorie 'Geschlecht' die vorliegenden Gesellschaftstheorien neu geschrieben werden müssen, geht eine solche *theoretische Courteoisie* absichtsvoll vorbei. 'Geschlecht' bleibt allenfalls eine Zusatzvariable zur Erhöhung der Komplexität der Theorie, ändert aber nichts an ihrer Struktur und an ihren immanenten Schwerpunktsetzungen. Und so hat sich die Kapitalismustheorie in den letzten Jahren auch eher in Richtung auf das Verhältnis zum Staat und zum politischen System sowie auf Globalisierungsprozesse hin ausdifferenziert, wenn ich das richtig sehe, während sich die feministische Theorie gewissermaßen aus der Gegenrichtung – von den Mühen des familialen und politischen Alltags über die vielfältigen Widersprüche in den Subjekten auf eine geschlechtsdifferenzierte Subjektkonzeption zubewegt hat und erst von dort aus klassische Politikthemen erneut aufgreift.

Die Debatten drehen sich um deutlich verschiedene Probleme und wir könnten uns auf eine pragmatische Arbeitsteilung verständigen, gäbe es da nicht eine eingebaute theoretische Hierarchie, die die theoretischen Prioritäten eindeutig verteilt. Und damit bin ich bei der zweiten Abwehrstrategie, daß nämlich nicht von den offensichtlichen Defiziten der eigenen Theorie ausgegangen wird, an denen unter Hinzuziehung anderer Theorietraditionen gearbeitet werden kann, sondern daß die feministische Theorie als eine Art 'Bringschuld' konzipiert wird, deren Erfüllung sich immer noch an den Ansprüchen einer geschlossenen Theorie auszuweisen hat.

Die feministische Theorie formuliert meinem Verständnis nach aber bis heute eher Fragen als Antworten und hätte – um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen – wohl besser in ein Zeitungskonzept gepaßt, das links-sein nicht als Position oder als festumrissenes Projekt sondern als Frage formuliert hätte. *links?* ●

Silvia Kontos war Herausgeberin der links.

OSKAR NEGT

links – Eine Zeitschrift als polit. Sozialisationsinstanz

Eine Trauerrede

Als wäre es nicht schon genug mit all den Aushöhlungen und Zerfaserungen linker Positionen, mit den Verzerrungen des Sprach- und Symbolspektrums, das noch vor wenigen Jahren für sehr viele Menschen Ausdrucksmittel ihrer gesellschaftlichen Erfahrungen und ihres Widerstandsgeistes gewesen ist. Jetzt wird auch noch ein Zeitschriftenprojekt zu Grabe getragen, das mit Fug und Recht über ein Vierteljahrhundert hinweg im Titel die Worte „links" und „sozialistisch" trug; ich sage mit Fug und Recht, denn der linke Blätterwald ist vollgestopft mit Zeitschriften, Infos, Zeitungen und zahllosen Grundsatzpapieren, die mit aufdringlicher Rechthaberei und protziger Orthodoxie diese substantiellen Orientierungsbegriffe „links" und „sozialistisch" verschandelt haben.

Aber es würde den selbstgesetzten Regeln dieser Zeitschrift, die ihr Rang und Einfluß gut anderthalb Jahrzehnte sicherten, widersprechen, hätte die Trauer über den Verlust dieses Mediums nicht Fragen zur Folge, mit denen heute viele gefühlsmäßig und intellektuell nach wie vor der Ortsbestimmung links vertrauende Menschen konfrontiert sind: Was haben wir selbst dazu beigetragen, daß nur noch Schatten unserer politischen Existenzen wahrnehmbar sind – wie in Platos Höhlengleichnis die wirklichen Menschen zu herumhuschenden Schatten herabgesetzt sind, wobei die heutige Lichtquelle nicht die Idee des Guten und Schönen, sondern die Sonne des Kapitals ist?

Das klingt reichlich pathetisch, ich gebe es zu, aber in einer Zeit, in der mit der wachsenden Tendenz der Konkurse in allen Unternehmensbereichen gleichzeitig die Risikobereitschaft für Neugründungen gestiegen ist, so daß Gewinnen und Verlieren zum gesellschaftlichen Lotteriespiel geworden ist, sollten Verabschiedungen von Projekten, die doch mit der Identitätsbildung vieler Menschen verknüpft gewesen sind, nicht mit leichtfertigen und pragmatischen Gesten begleitet sein.

Habent sua fata libelli (dt.: Bücher haben ihre Schicksale) – dieser römische Weisheitsspruch gilt nicht nur für Bücher, sondern auch für Zeitschriften. Manche sind darunter, die nie ihre Zeit gehabt haben; sie sind schon im Gründungsprozeß zugrunde gegangen. Andere wiederum, die dem Zeitgeist sehr nahe standen, indem sie ein bestimmtes Kategoriensystem ausdrückten, das für die Selbstverständigungsdebatten der jeweiligen Zeit unverzichtbar war, haben sich selten auf ganz neue Themen umstellen können; das gilt z.B. für Zeitschriften der Nachkriegszeit wie dem *Monat*, den *Frankfurter Heften*. Der *Monat* ist ein halbkritisches Organ im gesellschaftlichen Betriebsklima des Kalten Krieges, die Herkunft der Autoren ist breit gestreut, sie geht von Renegaten wie Arthur Koestler, bis Adorno und Horkheimer, aber niemand tritt hier auf, der prokommunistischer Sympathien verdächtigt werden könnte. Die linkskatholischen *Frankfurter Hefte*, unverzichtbares Diskussionsforum für alle jene, denen die Entwicklung haltbarer demokratischer Verhältnisse in Deutschland zentral verknüpft ist mit der Aufarbeitung der Vergangenheit, verlieren ihr eigensinniges Profil in dem Augenblick, da die Emigranten- und Widerstandsgeneration, die noch eine klare Vorstellung von einem anderen Deutschland hatte, ausstirbt. Vielleicht ist es zu einfach, wenn ich sage, daß Zeitschriftenprojekte selbst dann, wenn sie finanziell und ideologisch von Organisationen getragen werden, der behutsamen und umsichtigen Arbeitskraft von Einzelnen bedürfen, die ihnen das spezifische Gepräge geben.

Als *links* 1969 gegründet wurde, befand sich die Gesellschaft in einem Gärungsprozeß von Umbrüchen auf ganz verschiedenen Ebenen. Die gesellschaftliche Wirklichkeit selbst drängte zu neuen Ideen, die allerdings der Selbstverständigung bedurften, also spezifische Diskussionsforen erforderlich machten. Das Sozialistische Büro, das den organisatorischen Rahmen für diese Zeitschriftengründung abgab, enthielt schon in der kuriosen Namensgebung einen programmatischen Aspekt. Büro? Gar ein sozialistisches Büro? – Was kann das für eine politische Organisationsform sein, fragten sich in den Anfängen viele, und der bürokratische Beigeschmack des Wortes Büro blieb – obwohl diese Organisation sicherlich zu den unbürokratischsten Gebilden der westdeutschen Nachkriegszeit gehörte – bis in die achtziger Jahre an dieser Organisation kleben. Neuartig am Sozialistischen Büro und seiner beabsichtigten Arbeitsweise war zweifellos, daß von vornherein Politik nicht begriffen wurde als eine von der Zentrale ausgehende Sammlungsbewegung von Gleichgesinnten oder als Propagandaapparat, sondern als produktives Medium, durch das bestehende und sich entwickelnde Arbeitsfelder in Zusammenhang gebracht und Strukturen und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Politik als Produktionsprozeß, der Neues erzeugt, Wirklichkeit verändert, aber so, daß spezifische Berufs- und Arbeitsfelder mit ihren konkreten Anforderungen und durch veränderte Verhältnisse die Menschen überzeugt werden, nicht durch bloße Propaganda – das ist der Grundgedanke des Sozialistischen Büros, und diese Arbeitsfeldkonzeption unterschied sich von allen anderen, in den siebziger Jahren aus dem Boden schießenden Organisationsformen, die mit proletarischen Symbolen, revolutionären Gesten und penetranten Parteidirektiven bestückt wurden. Wer die Zeitschrift *links* heute liest, wird diesen Ansatz in nahezu allen Beiträgen vorfinden, so weit es wenigstens die diesen Beiträgen zugrundeliegende politische Absicht betrifft.

Sozialismus ist nichts anderes als die konkrete, vor unseren Augen sich vollziehende Umsetzung der Alternativen zum Bestehenden in faßbare Arbeitsprojekte. „Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren", dieser strategische Aufsatz in *links*, der in den siebziger Jahren viele Auseinandersetzungen und Variationen herausforderte, kann deshalb als prägend für das Sozialistische Büro und sein öffentliches Diskussionsorgan betrachtet werden.

Dem liegt der Gedanke zugrunde, daß sozialistische Politik nicht etwas ist, was von oben kommt, von einer durchformulierten, als wahr deklarierten Theorie ausgehend, nur noch der klugen oder gar technischen Anwendungen bedarf. Zwar kann sozialistische Politik auf Theorie nicht verzichten, auf radikale und redliche Analysen der bestehenden Wirklichkeit in ihrem Zusammenhang, aber Organisation kann nicht die technische Agentur der Vermittlungen von Theorie und Praxis sein. Die

unter vielen Marxisten übliche Denkweise, daß vom Allgemeinen, von theoretischer Klarheit auszugehen sei, um dann gleichsam deduktiv die einzelnen praktischen Schritte zu bestimmen, wird im Sozialistischen Büro und in *links* vom rechthaberischen Kopf, der theoretische Klarheit mit Wirkungslosigkeit bezahlt, auf die Füße des Besonderen gestellt – um eine bekannte Metapher zu variieren.

Die Dialektik von Allgemeinem und Besonderem wird, wie deutlich in fast allen politisch-strategischen Artikeln von *links* in den ersten Jahren erkennbar, aus Gründen des historischen Wandels im Verhältnis von Theorie und Praxis umgedreht. Im Primat des Allgemeinen vor dem Besonderen steckt der fundamentale Irrtum, als wäre das autoritativ, etwa durch Gremienbeschlüsse oder selbsternannte Generalsekretäre überzeugend von oben herab vermittelbar, was wahr und was falsch ist.

„Als *links* 1969 gegründet wurde, befand sich die Gesellschaft in einem Gärungsprozeß von Umbrüchen auf ganz verschiedenen Ebenen."

So hat sich die Zeitschrift *links* darum bemüht, Verknüpfungsnetze herzustellen zwischen den einzelnen Arbeitsfeldern, z.B. dem der Lehrer, der Sozialarbeiter, dem betrieblichen Handlungsfeld usw., wobei in allen Fällen der Rohstoff der politischen Arbeit die entfremdeten Interessen sind, nicht die bereits emanzipierten. Die Gleichgesinnten um sich zu scharen und mehr Gleichgesinnte durch Propaganda an sich zu binden, war nie die Aufgabe der Zeitschrift *links*. So kam es darauf an, viele verschiedenartige Stimmen hier zum Sprechen zu bringen, die abweichenden Meinungen zur Geltung zu bringen. Vergleicht man *links* etwa mit der Frankfurter Spontizeitschrift *Pflasterstrand* oder mit anderen Organen der linken Szenerie, dann wird deutlich, welche praktischen Auswirkungen die Forderung hatte, sich eher als eine Art „überfraktionelles Bewußtsein" zu verstehen, als sich mit Ausgrenzungen, Freund-Feind-Erklärungen und demonstrativer Geschlossenheit von widerspruchslosen Gesinnungsgemeinschaften abzugeben.

Das mußte keineswegs dazu führen, daß *links* in die Rolle eines ausgleichenden und Meinungen neutralisierenden Moderators gerät. Im Gegenteil: Je entschiedener Politik als ein Produktionsprozeß verstanden wurde, der das Ziel hat, entfremdete Interessen in konkreten Berufsfeldern in emanzipatorische Bedürfnisse und Interessen, die sich auf Umgestaltung der Gesamtgesellschaft richten, zu transformieren, desto überzeugender konnte die Auseinandersetzung mit den abstrakt radikalisierten und vereinseitigten Fraktionen der Linken sein. Ich wüßte nicht, welches politische Organ der Linken in den siebziger Jahren eine so eindeutige und klare Position gegenüber den Irrtümern und praktischen Irrwegen der RAF-Fraktion geübt hätte. Selbst das Sympathisanten-Problem, das ja keine bloße Erfindung der Rechten gewesen ist, sondern das Bewußtsein auch vieler Linker trübte, fand in *links* kein Forum. Nie hat sich diese Zeitschrift darauf eingelassen, daß alles, was dem System schadet, gleich mit welchen Methoden es geschieht, linke Politik sei.

Ähnliches gilt für die Kritik an den sogenannten K-Gruppen, diesen proletarischen Ersatzparteien mit ihren Generalsekretärs-Schauspielern an der Spitze; schon früh hat *links* auf die Gefahren verwiesen, die in der Wiederbelebung autoritärer Strukturen im Organisationsgefüge bestehen, und nicht zuletzt ist auch die freie Anwendung einer psychoanalytisch orientierten politischen Psychologie auf Probleme der Gesellschaft und der Linken selbst ein Zug der Aufklärung, der es diesem Medium ermöglichte, die Korruption sozialistischen Denkens in den Gruppen des Marxismus-Leninismus aller Schattierungen frühzeitig zu benennen. Daß das möglich war, beruht nicht lediglich auf der Intelligenz der Autoren von *links,* sondern ist Ausdruck eines politisch-strategischen Prinzips. Das Subjekt ist eben nicht nur als eine Art Faktor verstanden worden, sondern das Subjekt als inneres Gemeinwesen, wie es Marx begriffen hat, hatte im Sozialistischen Büro und in *links* dieselbe komplexe Struktur wie das äußere Gemeinwesen, der gesellschaftliche Zusammenhang. Zwischen beiden besteht ein Konstitutionsverhältnis, kein Ursache-Wirkungs-Verhältnis, das nach einer Wertehierarchie funktioniert, etwa so, daß das Kapital harte Realität, sogenannter ideologischer Überbau, das Denken der Menschen, die Subjektivität dagegen weiche Gegenstände sind, also Objekte von Ableitungen und Spiegelungen. *links* nahm eine Form des authentischen Sozialismus wieder auf, belebte auch die antiautoritären Strukturen des Denkens, die sich bei Rosa Luxemburg z.B. zeigten, um Sozialismus als eine Form der Transformation des Alltags zu begreifen. So lag es hier nahe, dem radikalen Gehabe der Berufsrevolutionäre zu mißtrauen, und die schnellen Lösungen, selbst die fortwährender Massenproteste, für trügerisch zu halten und das politische Augenmerk darauf zu richten, den mühsa-

VERLAG 2000

»Von Spanien bis Nicaragua«

Solidarität zwischen antifaschistischem Kampf und Entwicklungshilfe

Autorin: **Rosemarie Karges**
Herausgeber:
TIE-Bildungswerk e.V. und Monimbó e.V.

Die Nicaragua-Solidarität zählte zu den größten, kontinuierlichsten und breitenwirksamsten Solidaritätsbewegungen seit Bestehen der Bundesrepublik. Ihrem Selbstverständnis nach reihte sich die Bewegung in die Tradition der Internationalen Solidaritätsbewegung ein und verstand sich explizit als politische Bewegung. Anders als vorangegangene „Dritte-Welt"-Bewegungen griff die Nicaragua-Solidarität mit konkreten entwicklungspolitischen Maßnahmen aktiv in das Leben in Nicaragua ein.

Im ersten Teil der Broschüre werden Konzeptionen internationaler Solidarität untersucht: vom antifaschistischen Kampf im Spanischen Bürgerkrieg bis zur Entwicklungshilfe in Nicaragua. Im zweiten Teil wird das Spannungsfeld zwischen „politischer Solidarität" und „Entwicklungshilfe" am Beispiel der Nicaragua-Solidaritätsbewegung untersucht. Grundlage sind die Ergebnisse einer dreijährigen Untersuchungsarbeit. In diesem Rahmen wurden über 1000 Interviews mit NicaraguanerInnen durchgeführt, die die Projektarbeit der Solidaritätsbewegung beurteilten. Mit dieser Broschüre wollen wir zur Diskussion um Zielsetzungen politischer Solidarität beitragen.

Verlag 2000 – Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06, Fax: 069 / 82 11 16
ISBN 3-88534-126-3

60 Seiten, farbige Abbildungen, DM 10,– zzgl. Porto

VERLAG 2000

»Krankenverfolgung«

Aktuelle betriebliche und gesellschaftliche Strategien im Umgang mit Kranken

Autorin: **Mag Wompel**

Schon immer galt für Unternehmer die Tatsache, daß Erwerbstätige krank werden können, als einer der größten Nachteile des Einsatzes menschlicher Arbeitskraft.

Die Debatte um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall markiert nun einen entscheidenden Wendepunkt innerhalb der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Im Zuge der Einführung der »schlanken Produktion« sollen die von Gewerkschaften und Beschäftigten erkämpften Absicherungen im Krankheitsfall Zug um Zug abgeschafft und nur noch der Netto-Arbeitseinsatz der Beschäftigten bezahlt werden.

Der Angriff auf die Beschäftigten erfolgt aber nicht nur über das Portemonnaie. Zunehmend versuchen Unternehmen, mit Hilfe von Anwesenheitsverbesserungsprogrammen und Fehlzeitengesprächen, die Beschäftigten ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit zur Arbeit zu nötigen.

Dabei stehen die Manager nicht allein. Rechnen dürfen sie auf die Unterstützung Standort-fetischisierender Betriebsräte und leistungswütiger Beschäftigter sowie auf den durch Gruppenarbeitstechniken verschärften Konkurrenzdruck unter den Beschäftigten.

Die *vorliegende Broschüre* zeigt neueste Entwicklungen in der Verfolgung kranker Beschäftigter anhand von Beispielen aus der Automobilindustrie sowie ihre betriebs- und gesellschaftspolitischen Hintergründe auf.

Die Notwendigkeit kollektiven Handelns in Betrieb und Gesellschaft sowie die Bedingungen dafür werden aufgezeigt. Im Anhang werden eine Betriebsvereinbarung zu Fehlzeitengesprächen bei VW und der Vorschlag für eine Betriebsvereinbarung über eine alternative betriebliche Gesundheitspolitik bei Opel-Bochum dargestellt.

Verlag 2000 – Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06, Fax: 069 / 82 11 16
ISBN 3-88534-130-1
50 Seiten, DM 7,– zzgl. Porto

men Weg von Revolutionären im Beruf zu beschreiten.

Es ist eine merkwürdige Erfahrung aus der Geschichte politischer Zeitschriften, daß die Brisanz ihrer Arbeitsprogramme, die auch im intellektuellen Zuschnitt kompetente Autoren anzieht, so positiv und produktiv gestaltet sein mögen, wie es nur denkbar ist; aber die Lebendigkeit solcher Zeitschriften zehrt auch von den Gegnern und Feinden, von den Positionen, die sie bekämpfen und an denen sie sich reiben. Als sich Ende der siebziger Jahre abzeichnete, daß der Fraktionswildwuchs der meist maoistisch orientierten K-Gruppen von der politischen Bildfläche zu verschwinden begann, nach dem Selbstmord von Ulrike Meinhof, Andreas Baader und Gudrun Enslin die RAF immer weniger auf Sympathisanten rechnen durfte, dann viele der Mitglieder der proletarischen Ersatzparteien sich den Grünen anschlossen

„Sozialismus ist nichts anderes als die konkrete, vor unseren Augen sich vollziehende Umsetzung der Alternativen zum Bestehenden in faßbare Arbeitsprojekte."

und in die Parlamente zu wandern begannen, – da ging allmählich der politische Zeitgeist, den das Sozialistische Büro und sein Diskussionsorgan im Spektrum der revolutionären Linken verkörpert hatte, verloren. Auch einzelne Personen sind im Zusammenhang dieser Strukturierungsarbeit, die von Zeitschriftenprojekten ausgeht, nicht ohne Bedeutung; Mit Klaus Vack und Andreas Buro, die Hauptbegründer des Sozialistischen Büros, und geachteten Repräsentanten einer Verbindung bewahrter Traditionen der alten Außerparlamentarischen Opposition vor '69 und der erneuerten Impulse, die mit der Protestbewegung in die Linke eindrangen, – mit dem Rückzug dieser beiden Personen war auch das Schicksal der politischen Orientierungskraft des Sozialistischen Büros und damit auch von *links* besiegelt. Das bedeutete überhaupt nicht, daß die intellektuelle und politische Qualität der Zeitschrift *links* in den achtziger Jahren gemindert wäre; im Gegenteil, in vieler Hinsicht war hier nach wie vor gegenüber den meisten linken Zeitschriften ein gewaltiger Vorsprung in der Artikulation politischer Zeitverhältnisse, z.B. in der brisanten Auseinandersetzung mit den Tendenzen des Ostblocks und der DDR. Wer diese Artikel nachliest, wird feststellen, daß gerade aus undogmatischen sozialistischen Positionen heraus hier die seit der Solidarnosc-Bewegung in Polen verstärkt das bestehende Herrschaftssystem aushöhlenden Tendenzen sichtbar gemacht werden, wie sonst in keiner anderen linken Zeitschrift. Am analytischen Scharfblick und an der Integrität politischer Gesinnungen liegt es nicht, daß diese Zeitschrift jetzt ihre letzte Nummer vorlegt.

Wie bei manchen sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, die so sehr ins Zeitbewußtsein eindringen, daß keine Autorschaft mehr erkennbar ist, sind viele der von *links* vertretenen Auffassungen ins allgemeine Bewußtsein übergegangen. Die Zeitschrift *links* als hervorragendes Medium der politischen Sozialisation einer ganzen Generation von Aufgewachten, die heute in Parlamenten sitzen, in den Gewerkschaften aktiv sind, in den Medien arbeiten, ohne daß sie untereinander noch Kontakt hätten, daran ist erkennbar, daß eine Reihe von Aufgaben, die sich das Sozialistische Büro und die Zeitschrift *links* gestellt hatten, durchaus erfüllt sind. Denn es ging um eine Strategie der Veränderung in den konkreten Berufs- und Arbeitsfeldern, nicht um die bevormundende Einrichtung von Kadern, die per Dekret politisch richtiges Handeln festlegen.

Wie immer politisch wirksame Alternativen zum bestehenden System des räuberisch freigesetzten Kapitalismus aussehen mögen, sie werden in dem, was *links* in der Substanz als sozialistische Politik formulierte, als wesentlichen Traditionsbestand, ja als ein Stück kollektives Gedächtnis aufnehmen müssen. Die hier gesammelten Erfahrungsgehalte über eine Zeit zerrissener, auch die einzelnen Menschen beschädigender Verhältnisse sind, wie Bloch sagen würde, unabgegolten. Sie lassen Perspektiven erkennen, die auch dann menschliche Orientierungen zulassen, wenn Ausgrenzungen, Feinderklärungen, aggressives Kampfgehabe bestimmend sind für das Klima gerade derjenigen, die sich um Herstellung menschlicher Lebensverhältnisse bemühen. Das Sozialistische Büro und *links* haben über gut zwei Jahrzehnte die Fahne politischer Aufklärung hochgehalten, die nicht wenige auf allen Ebenen der Gesellschaft immer wieder ermutigt hat, eigensinnig und mit Widerspruchsgeist zu handeln. Es mag unter Umständen gerechtfertigt sein, auch einer Zeitschrift Dank für die geleistete Arbeit abzustatten – und dieser Dank schließt selbstverständlich den großen Respekt ein, den alle die verdient haben, die als schlechtbezahlte Redaktionssekretäre und -sekretärinnen, als freiwillige Mitarbeiter und von außen kommende Redaktionsmitglieder, die über Jahre mit ihren unbezahlten Beiträgen dieser Zeitschrift Gestalt und Ansehen verliehen haben. ●

Oskar Negt war Herausgeber der links.

ELMAR ALTVATER

Kein nostalgisches Tänzchen

Die letzte Nummer der *links*

Die (alte) Bunderepublik ist inzwischen fast 50 Jahre alt. Als sie gegen Ende der 60er Jahre 20 wurde, nach einer Pubertät, in der die Ordnung der autoritären Adenauer-Ära gesichert schien (Kraushaar, ein alter *links*-Autor, hat gezeigt, daß die 50er gar nicht so bleiern waren wie zumeist angenommen), muckten die damaligen Twens auf (wie wichtig sie als soziale Gruppe und Käuferschicht waren, zeigte sich daran, daß ihnen eine Zeitschrift gewidmet war). Jene Jugend, die im Krieg oder in den Gründungsjahren der BRD geboren war, machte die Revolte von 1968, an der fast dreißig Jahre später kam noch jemand ein gutes Haar läßt. Immerhin brachen neue Bewegungen auf, politische Zirkel organisierten sich außerhalb der tradierten Parteistrukturen und – wie es damals kritisch hieß – jenseits der „Großorganisationen" mit ihren „Vorfeldorganisationen" außerparlamentarisch.

Der Sog, den die Revolte von zunächst eher kleinen und marginalisierten Gruppen auslöste, war heftig, kaum jemand konnte (und wollte) sich ihm entziehen, eine „außerparlamentarische Opposition" entstand. Der Austausch von Erfahrungen außerhalb von (und gegen die Behinderungen seitens) der parlamentarisch vertretenen Parteien und ein theoretisch-strategischer Reflexionsprozeß waren das Bedürfnis von vielen der in diesen Jahren politisierten Menschen. Das Bedürfnis artikulierte sich provokativ und naiv: „Wir wollen alles"; die parlamentarische Alternanz erschien vielen wie ein bloßer Wechsel von Pepsi-Cola zu Coca Cola, wie es trotzig in Artikeln der *links* hieß.

In dieser Aufbruchstimmung wurde das Sozialistische Büro (SB) gegründet, erschien die erste Nummer von *links* – wenn man von dem Blättchen gleichen Namens und identischen Schriftzugs absieht, das vom Münchner SDS von 1962 bis 1964 bereits unter die StudentInnen (diese vereinfachende Schreibweise gab es zu jener Zeit noch nicht) der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität gebracht worden ist. *links* hat die linke Bewegung der Bundesrepublik Deutschland reflektierend, theoretisierend, kritisierend, organisierend und zumeist vor allem kommentierend begleitet. Das politische Subjekt, das da publizistisch begleitet wurde, und für dessen Bildung (im umfassendsten Sinn des Wortes) eine Monatszeitschrift von Nutzen war, hat sich nach und nach davongemacht, in „Altparteien" und neue Organisationen und – natürlich – ins privatissime. Spätestens 1989 dann war es wie von einem Staubsauger vom Parkett der Geschichte gesaugt. Die politischen Akteure von 1989 haben mit einem Blatt wie *links* wenig anfangen können. Ihre Publikationen strotzten, zumindest in der ersten Phase, von Elogen auf Erhard oder Adenauer, auf Schiller oder Strauß und Schmidt. Dagegen war kein kritisches Kraut gewachsen. Die Hudelphase ist zwar vorbei, doch ein breites Bedürfnis nach jener scharfen Kritik, die politische Radikalität hervorbringt und begründet, ist nicht entstanden. Die jüngste Generation, die Kinder der 89er, präferieren schon wieder die Konservativen. Für politische Kritik am Sozialabbau der 90er Jahre sind sie angeblich nicht zu haben und Kritiker, die noch 68 sozialisiert und politisiert worden sind, machen sich zum Affen, zu einer lächerlichen Figur, deren Verfallsdatum längst überschritten ist

Statt der drei Schippen Erde bekommt *links* ein Bündel Worte für die letzte Nummer. Mit Worten ist angemessener Trauer auszudrücken als mit einer schönen Beerdigungsgeste. Natürlich Trauer, denn mit *links* ist ein politisches Projekt vorbei, das viele Menschen – auch mich – lebensgeschichtlich geprägt hat. Das Ende von *links* kommt allerdings nicht unerwartet. Gerade Zeitungen und Zeitschriften haben hierzulande offenbar ein kurzes Leben und nur wenige Projekte haben sich länger als ein Vierteljahrhundert gehalten, und wenn, dann nur deshalb, weil sie neben dem politischen auch ein professionelles Bedürfnis (von Sozialwissenschaftlern, Pädagogen, Sozialarbeitern etc.) zu befriedigen vermochten. *PROKLA* gehört (noch) zu dieser Kategorie, das *Argument* (nachgerade ein Methusalem) oder *Widersprüche* aus der SB-Familie. Am Entstehen und Vergehen von Zeitschriften und an den Änderungen ihrer Orientierung oder Linie (oder Titel, wie im Falle der *PROKLA*) lassen sich sehr gut der Wandel der politischen Linken in diesem Lande ablesen und die Konjunkturen nachzeichnen. „Whats left?" fragte die *FAZ* in einer Artikelserie, als der Umbruch von 1989 noch in aller Knochen steckte und auch das Denken dominierte. Dazu haben vor allem *FAZ*-eigene und *FAZ*-nahe Autoren einen Beitrag geleistet. Das waren mal frohe, mal in Grenzen wehmütige Grabgesänge auf alles, was sich „links" von der 1989 so siegreichen „neuen" Weltordnung positionierte. Für Alternativen kein Platz, und mehr noch: keine Notwendigkeit. Der Engel der Geschichte dreht sich nicht um. So etwa lautete die Botschaft. Linke wurden erst gefragt, sich zu „What's left?" zu äußern, als der Rotbuch-Verlag die Buchveröffentlichung der *FAZ*-Serie auch für nicht *FAZ*-Leser aufzufrischen gedachte.

Auch *links* hat seine Konjunkturen und die politische Verortung von „links" hängt vom Koordinatensystem des politischen Raumes ab. Kaum jemand hat 1968 an ökologische Fragen gedacht, die gehörten zu jener Zeit des Noch-Wirtschaftswunders einfach nicht zum Diskurs von politischer Emanzipation. Doch heute ist „links" ohne umweltpolitische Positionsbestimmung ein Unding. Auch Arbeit hatte vor etwa 30 Jahren einen anderen Klang als heute. Automation und Entfremdung waren damals heiße Themen, Arbeit als kommunikatives Handeln und die Sachzwänge der Technik auch, oder die „nouvelle classe ouvrière" im Neokapitalismus oder der „operaio di massa", die das revolutionäre Subjekt unserer Tage zu sein schienen. Welche Arbeit produktiv oder unproduktiv ist, war eine kontrovers diskutierte Frage in der akademischen Linken der alten BRD, politische Strategien wurden auf dieser Unterscheidung gegründet. Arbeitslosigkeit hingegen war ein aktuell uninteressantes und lediglich historisch bedeutsames Thema. Ein bekannter Soziologe stellte 1970 die These auf, daß eine revolutionäre Situation entstünde, wenn die Arbeitslosigkeit auf eine Million klettere. Von der Richtigkeit dieser Aussage war zu jener Zeit auch eine großeZahl der *links*-Autoren überzeugt. Wer dies ein Vierteljahrhundert später staunend liest, möge einen Blick in die alten Nummern werfen und über naiv-keynesianische Beiträge über-

rascht sein. Was alles dem Interventionsstaat an konjunktureller Steuerungsfähigkeit zugetraut wurde! Dagegen die scheinbar weltfremden und seltsamen Kontroversen darüber, ob die Profitrate fällt oder nicht. Daran habe auch ich mich beteiligt, und zwar ganz orthodox mit der These, daß die Profitrate als Konsequenz der strukturellen Veränderungen im kapitalistischen Produktionsprozeß zum Fallen tendiere. Andere meinten dagegen, daß sie eigentlich gar nicht fallen könne, es sei denn, die Profite würden in Folge der Arbeitermilitanz zusammengequetscht. Das Vertrauen in die klassenkämpferische Potenz der Arbeiter war groß, die Kritik an den bremsenden Gewerkschaften entsprechend ausgeprägt. Doch wer waren die Bremser wirklich? Die Betriebsräte, die Vertrauensleute, die bürokratische Organisation? Das waren Kontroversen, die angesichts der strukturellen Arbeitslosigkeit heute nachgerade luxuriös anmuten.

Heute würde die Arbeitslosigkeit von einer Million wahrscheinlich zur Vollbeschäftigung definiert, jedenfalls mit großer politischer Erleichterung zu Kenntnis genommen; von den Gewerkschaften, der Regierung, aber auch von der politischen Linken. Nur die Geldvermögensbesitzer würden enttäuscht sein. Denn mehr Beschäftigung, das hieße ja auch steigende Inflationserwartungen, demnach auch höhere Zinsen mit der ehernen Konsequenz fallender Kurse ihre Werte. Unter diesen Bedingungen würden sie es selbstverständlich vorziehen, den garstigen Ort steigender Beschäftigung zu fliehen – und eine Währungskrise heraufzubeschwören. Das ist Globalisierung heute, Ende der 60er Jahre war dies kein Thema. Es ist 30 Jahre später kaum noch vorstellbar, daß ein Bundestagswahlkampf (1969) um die Frage geführt werden konnte, ob und um wieviel die DM aufgewertet werden solle. Die Finanzmärkte meinte man noch unter nationaler Kontrolle zu haben. Ein Irrtum, wie sich herausstellte.

kreativ. kritisch. politisch. frech.
bundesweiter
Plakatwettbewerb "50 Jahre DM"
Am 20. Juni 1998 hat die DM Geburtstag. Sie wird 50 Jahre alt.
Es gibt viele Facetten, das Thema künstlerisch zu bearbeiten.
Die LAKS Hessen ruft auf, sich am Projekt zu beteiligen. Wir bieten:
• **Freiraum** für künstlerische Ideen
• **Großformatige Veröffentlichung** zum 20.06.98
• **Öffentlichkeit** außerhalb kommerzieller Zwecke
• **Preisgelder** in Höhe von 10.000 DM
• **Fachgerechte Beurteilung** durch renommierte Jury
• **Geplante Ausstellungen**
• **Katalog**
Einsendeschluß: 2. Juni 1997
Wege zu mehr Information und den Wettbewerbsbedingungen:
per fon: 06421. 15140
per Post: LAKS Hessen – Plakatwettbewerb – Schulstraße 6, 35037 Marburg
per fax 06421. 27198
per Datenhighway zu erreichen unter: kfz@bop.de
http://www.bop.de/kfz/laks
LAKS Hessen i.e. Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokultureller Zentren

Neben diesen „großen" Themen beschäftigten *links* die eher schleichenden Veränderungen, auch wenn sie sich manches Mal mit Paukenschlag meldeten: die Veränderungen der Lebensformen, des Verhältnisses der Geschlechter vor allem. Nicht nur der politische Raum hat sich geändert, er wird auch von anderen politischen Subjekten bevölkert als in den Jahrzehnten zuvor. Da sind Veränderungen von Habitus und sozialer Struktur entstanden, die sogar 1989 und die politischen Konfusionen der 90er Jahre überdauern dürften.

Das Sozialistische Büro und *links* hatten ihren Höhepunkt Mitte der 70er Jahre. Die so unendlich zähen internen Debatten über die Frage „warum ich rot geworden bin" waren schon ein Ausdruck des Nicht-mehr-weiter-Wissens. *links* hat sich an dieser Selbstbespiegelung zeitweise extensiv beteiligt und hatte daher Probleme, eine überzeugende Position zu den beiden Zangenbacken zu finden, mit denen die Bewegungslinke in den 70er Jahren gezwackt wurde. Die eine Backe war der Terrorismus, der in der Linken – nicht nur der BRD – einen Erklärungsnotstand auslöste. Hier waren *links* und das in dieser Phase gegründete „Komitee für Grundrechte und Demokratie" wichtiger Ort und Hort der Verteidigung demokratischer Rechte in einer Zeit, in der die „wehrhafte Demokratie" die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" und das „Modell Deutschland" mit Mitteln verteidigte, die einem autoritären Staat und nicht einer (west)europäischen Demokratie angemessen waren.

Aber in der gleichen Phase entstand auch der erste ökologische Widerstand, die Bewegung, die von den Protesten in Whyl ausgelöst worden ist und zusammen mit anderen (Bürger)initiativen Ende der 70er Jahre zur Gründung der Grünen Partei führte. Diesen Prozeß der Parteiwerdung von Bewegungen haben das SB ebenso wie *links* lange Zeit nicht zur Kenntnis nehmen wollen oder einfach verschlafen. Die aktivsten SBler fanden sich bei den Grünen wieder, das SB verlor immer mehr an Bedeutung – und die Zeitschrift *links* auch. Dies ist im übrigen ein Beleg dafür, daß es nicht allein die politische und intellektuelle Qualität der Beiträge ist, die über die Bedeutung einer Zeitschrift entscheidet, sondern die Fähigkeit, eine Zeitschrift in der öffentlichen politischen Diskussion zu halten. Jede Nummer muß ein zumindest kleines politisches Ereignis sein, dem (etwas übertrieben) die Abonnenten Monat für Monat entgegenfiebern. Eine Zeitschrift stirbt langsam, wenn sie zunächst weggelegt wird, auch in der freundlichen Absicht, die Artikel später zu lesen. Und sie stirbt endgültig, wenn diese Absicht – aus welchen guten Gründen auch immer – hinausgeschoben und schließlich ausgesetzt wird. Bei irgendeiner Inventur wird das Abo gekündigt. Es tritt dadurch ja kein Verlust ein. Denn ohnehin hat sich kaum jemand in den letzten Jahren in einem politischen Beitrag auf einen Aufsatz in *links* bezogen.

Die letzte Nummer von *links* darf freilich kein nostalgisches Tänzchen sein. Denn wie selten zuvor sind gerade heute linke Themen gefragt, wenn man denn unter „links" Alternativen zum dominanten neoliberalen Politikkonzept nicht nur hierzulande sondern überall in der Welt versteht. Die Zapatistas in Chiapas haben dieses Thema auf die globale Tagesordnung gebracht, und da gehört es auch hin. Insofern ist die hierzulande von Ex-Linken abgesonderte Häme über Revolutionsromantik etc. nicht nur langweilig, weil so unausstehlich dumm, sondern völlig nichtsnutzig. Alternativen sind gerade deshalb gefragt, weil die neoliberale Politik der Marktvergötterung die Menschheit in eine soziale und ökologische Katastrophe führt. Massenarbeitslosigkeit nicht nur in der BRD, Zerstörung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme, der ökonomische und politische Ausschluß von Milliarden Menschen von den Gratifikationen des durch die Medien globalisierten Zivilisationsmodells sind das trockene Pulver in einer Zeitbombe. Deren Explosion wäre alles andere als eine soziale Revolution, von der manche träumen mögen. Am Ende würden autoritäre Verhältnisse die sozialen, politischen und wohl auch materiellen Trümmer ordnen.

Daß auch aus ökologischen Gründen eine radikale Kursänderung notwendig ist, gehört fast zum Allgemeinwissen. Ebenso allgemein ist die Klage darüber, daß politisch nichts geschehe, was der Dramatik der ökologischen Bedrohungslage (vom Treibhauseffekt bis zum Artensterben) auch nur annähernd Rechnung trage. Selbst die Grünen haben sich der Logik der politischen Macht untergeordnet. Das ist ja nicht falsch, sofern man sich nicht der Fähigkeit des kritischen Umgangs mit der Macht berauben läßt. Jedoch ist der Umgang einfacher, wenn man das Attribut „kritisch" streicht, und so geschieht es geradezu erdrutschartig in den Grünen unter dem Banner des politischen Realismus. Auch dies ist eine Form des Fundamentalismus, gegen die nur die „Waffe der Kritik" helfen kann. Diese Notwendigkeit überdauert auch letzte Nummer von *links*. ●

Elmar Altvater war Herausgeber der links.

FELIX SCHNEIDER

Zeit der Rückblicke

Freundlich-zwiespältige *links*-Erinnerungen

Im Westen wie im Osten Deutschlands ist die Zeit der Rückblicke angebrochen, und es sind derzeit nicht bloß Jahrestage, die zur Rückschau animieren, sondern es ist das ernsthaftere Bedürfnis, in einer neuen gesellschaftlichen Situation sich durch einen Blick in die Vergangenheit zu vergewissern. Fast gleichzeitg publizierten im Herbst 1996 Günter de Bruyn seinen Lebensbericht „Vierzig Jahre" über sein Leben in der DDR, der saarländische Schriftsteller Ludwig Harich seinen Erinnerungsroman „Wer mit den Wölfen heult, wird Wolf" über die Zeit von 1945 bis 1960 in der BRD, Klaus Schlesinger seinen Roman „Die Sache mit Randow", der Geschichten vom Anfang und vom Ende der DDR miteinander verknüpft und Micha Brumlik seine Erinnerungen „Kein Weg als Deutscher und Jude". De Bruyn und Harig wurden 1926 und 1927 geboren, Schlesinger 1937 – Brumlik 1947. Ältere *links*-Leser werden sich erinnern: Micha Brumlik war von Mitte der 70er Jahre bis Anfang der 90er Jahre ein tonangebendes und äußerst produktives Mitglied der *links*-Redaktion. In der *links* betrieb Brumlik vor allem Ideologiekritik und schrieb über Antisemitismus und Judentum, beruflich ist er Pädagogik-Professor und politisch arbeitet er bei den Grünen, für die er 1989 in Frankfurt Stadtverordneter wurde. In seinem Buch beurteilt er das SB und die *links* freundlich-zwiespältig.

Für Brumlik – und wohl nicht nur für ihn – bestand die Attraktivität des SB Mitte der 70er Jahre vor allem darin, daß es zwar zur Bewegung gehörte und sozialistisch war, sich aber vom Dogmatismus und der Borniertheit anderer linker Organisationen abgrenzte, sich also vor allem reaktiv, negativ und skeptisch definierte, aber eben doch „dazu" gehörte: „Weder maoistisch noch revisionistisch, weder leninistisch noch spontaneistisch, auf keinen Fall abgehoben, sondern basisnah, gründliche theoretische Arbeit ebenso liebend wie 'ganz konkretes Wirken vor Ort'". Brumlik schreibt: „Das 'Sozialistische Büro' bot all denen, die aus welchen Gründen auch immer nicht zu den Entschlossenen, sondern eben – wie ich – zu den 'Un-Ent-Schlossenen' (W. Kraushaar) gehörten, eine Möglichkeit, sich zu organisieren, ohne einen jener Fehler zu begehen, den alle anderen Organisationen der Linken begingen, als da waren: zu große Parteigläubigkeit, zu geringer Wille zur Organisation, dogmatische Anwendung marxistischer Theorie, unreflektierte Übernahme bürgerlicher Theoreme, unvermittelter Aktivismus oder eben sozialdemokratischer Attentismus..." (117). In der *links*-typischen, etwas masochistischen Bescheidenheit urteilt Brumlik rückblickend: „wenn es der *links* und dem SB bei allen Seltsamkeiten gelungen ist, während der siebziger und achtziger Jahre durch aufklärerische Bemühungen einige tausend Leserinnen und Leser darin zu bestärken, den gröbsten politischen Torheiten nicht anheimzufallen, wird man dies durchaus als Gewinn verbuchen dürfen, wenngleich der Preis in einem theoretischen Radikalismus bestand, der mit der Wirklichkeit, die zu analysieren er vorgab, nur noch wenig zu tun hatte." (120)

Nun ist der Leser natürlich gespannt, worin wohl der „Radikalismus (...) der mit der Wirklichkeit (...) nur noch wenig zu tun hatte" bestand und was denn wohl bei Brumlik als Wirklichkeit bezeichnet wird. Zwei Aspekte hebt er heraus: „Ein ebenso fruchtloser wie nicht enden wollender Dauerstreit zog sich zwischen dem Politologen Joachim Hirsch und einigen anderen, unter anderem mir, über die Frage hin, ob Parteigründungen aller Art sinnvoll seien oder ob es sich dabei nicht doch letzten Endes – so der Basso ostinato von Hirsch und Roth – um ideologische Integrationsmechanismen handele, nur darauf angelegt, die je aufbrechenden fundamentalen sozialen Protestpotentiale zu pazifizieren? Mir, der ich mit dem veritablen Wunsch nach einer politischen Heimat in das SB eingetreten war, wollte es nicht in den Kopf, daß man sich nicht auch im parlamentarischen Rahmen organisieren könne, während ich die ideologiekritsche Methode, derer ich mich durchaus zu bedienen wußte, insgeheim verachtete." (119f.)

Brumliks Formulierung scheint mir aufschlußreich: Im Gegensatz zu dem streng rational-politischen Selbstverständnis, das von den SB-Mitgliedern und *links*-Redakteuren proklamiert wurde, hat er – und wohl nicht nur er – im SB mehr gesucht: einen Zusammenhang, den er mit dem gefühlsbeladenen Begriff der „Heimat" benennt. Und das mir immer auffällige ironische Selbstverständnis der *links*-Redaktion, das sich etwa in der notorischen Unfähigkeit der Redaktion manifestierte, öffentlich für die *links* zu werben, ist, glaubt man Brumlik, nicht nur intellektuelle Bescheidenheit und Skepsis, sondern Verachtung der eigenen Arbeit. Inhaltlich artikuliert Brumlik nur den uralten Konflikt zwischen Parteipolitik und kritischer Theorie: Politik ist also, was die Parteien machen, Wirklichkeit, was sie und die maßgebenden Medien als solche definieren. Ein paar Seiten später aber liefert Brumlik eine so vernichtende Kritik der Parteipolitik, daß sie von Hirsch und Roth persönlich stammen könnte. Er schreibt:

Nach bald acht Jahren Erfahrung in der Kommunalpolitik (...) bin ich mir keineswegs mehr so sicher, ob die gesellschaftstheoretische Arroganz, die wir im Sozialistischen Büro gegenüber dem Parlamentarismus an den Tag gelegt hatten, so unbegründet war. Im Gegenteil (...) bleibt zu notieren, daß die 'Sozialzwänge', also ihrerseits politisch gewollte Regeln und Ziele (...) jeden auch nur halbwegs reformerischen Elan dämpfen und unter ungünstigen Umständen ganz zum Erliegen bringen können. Das zeigt sich derzeit bei den Grünen. Zum Teil schmerzlich bewußt, zum Teil ideologisch unwahrhaft hat sich der größte Teil ihrer Funtkionäre und Parlamentarier dem Status quo ergeben, ein Umstand, der schon an den Bezeichnungen des eigenen politischen Handelns deutlich wird. Gab es früher noch etwas zu 'verändern', dann vielleicht etwas zu 'reformieren', so will man heute nur noch 'mitgestalten'. Und so ist mit Verwunderung festzustellen, wie die gleichen Leute, die vor mehr als zwanzig Jahren dem revolu-

express

ZEITUNG DER UNDOGMATISCHEN GEWERKSCHAFTSLINKEN

Mit dem Ende der *links* und der Auflösung des Produktionsverbundes mußte auch der *express* sich auf eigene Beine stellen. Das bedeutet in erster Linie organisatorische Veränderungen: Ab. 1.1.97 wird er von der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung (AFP) e.V. betreut. (Postfach 10 20 63, 63020 Offenbach)

An der progammatischen Ausrichtung des *express* hat sich dadurch nichts geändert; seine Verwurzelung in der Tradition des SB wird er auch weiterhin beibehalten. Nach wie vor wird der *express* eine der wenigen Publikationen im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich sein, die ihre Position jenseits von linker **Kaderbornierung** und anpassungsfähigem Modernisierungswahn findet. Weiterhin werden wir den Blick auf die Geschehnisse in und 'zwischen' den Buden richten, den kritischen KollegInnen dort ein Publikationsforum bieten und sie in ihren Auseinandersetzungen zu unterstützen versuchen – ohne in **Betriebsblindheit** zu verfallen. Keine Scheu vor gewerkschaftlichen Tabuthemen, kein Pardon für **Evidenzen statt Begründung** und kein Respekt vor der angeblich unüberschaubaren Komplexität unserer Umbruchgesellschaft, halten wir dabei weiterhin für unerläßlich.Und nach wie vor versteht sich der *express* nicht als Hort **fix und fertiger** politischer Wahrheit, sondern als Teil einer Suchbewegung, deren Ziel politische Organisierungsformen jenseits der Erfordernisse tagesaktueller ad hoc-Eingreiftruppen, von bündnistaktischem Kalkül, Stellvertreterpolitik und **Mangelverwaltung** sind, wohlwissend, daß zwischen all den Stühlen, auf die man sich nicht setzen möchte, kein **Sofa** steht, vielmehr nur der mehr oder weniger sortierte Abraum einer mehr oder weniger desillusionierten linken Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit einer Aufarbeitung und womöglich 'Verwertung' harrt.

Für die SB-Mitglieder, die den *express* beziehen, ändert sich durch den Wechsel vom Verlag zur AFP nichts, da diese sich zur Übernahme sämtlicher Transferkosten vertraglich bereiterklärt hat. Die *express*-Redaktion wird sich darüber hinaus an der Produktion des SB-Jahrbuches beteiligen, nicht zuletzt deshalb, weil sie in jüngster Zeit immer wieder feststellen mußte, daß angerissene Themen im Rahmen des *express* nicht so, wie wir uns dies vorgestellt haben, bearbeitet werden konnten. Über organisatorische **Neuerungen** werden wir in den nächsten Ausgaben des *express* informieren. Die SB-Mitglieder sind also auch weiterhin herzlich eingeladen, ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten und den *express* auf neuen Wegen zu begleiten.

Ökonomie – langweilig wird sie nie! In diesem Sinne, die Redaktion.

tionären Volkskrieg gegen die Metropolen das Wort redeten, heute mit den gleichen leuchtenden Augen nicht nur gegen FCKW und andere Schadstoffe sind, sonden von den Segnungen veränderter Dienstanweisungen, von Budgetierung und 'bürgernahem Service', kurz von einer 'Verwaltungsreform' schwärmen, die im besten Fall Geld spart, aber mit Sicherheit in etwa zwanzig Jahren als nichts weiter als eine schnöde und unvermeidliche, keineswegs ideale Anpassungsleistung an finanzielle Engpässe gelten wird." (184f.)

Dem ist wenig hinzuzufügen – unbegreiflich ist mir nur, wie Brumlik mit seinem Bedürfnis nach politischer Heimat bei derartigen Erkenntnissen weiterhin grüne Kommunalpolitik betreiben kann und warum er nicht wenigstens das Bedürfnis nach einem kritischen Korrektiv in der Form eines alternativen politischen oder intellektuellen Zusammenhangs entwickelt.

Mythenbildung

Der zweite Aspekt, den Brumlik heraushebt, betrifft nun schon die Auflösung der *links*-Redaktion: „Die Redaktion, in die ich eingetreten war, fing Ende der achtziger Jahre zu bröckeln an und zerbrach schließlich am zweiten Golfkrieg. Am Ende erwies sich, daß das unter sozialistischen, internationalistischen Intellektuellen dem Anspruch nach nicht strittige Verhältnis zum Antisemitismus unsere Beziehungen untergründig stärker bestimmte, als wir uns lange Zeit eingestehen mochten. Es war in all den Jahren nicht möglich, gegen den Willen von Joachim Hirsch einen Artikel über den Antisemitismus von Karl Marx in seiner Schrift über die 'Judenfrage' durchzusetzen, und als 1988, im Zuge einer Auseinandersetzung mit den 'Neuen Sozialen Bewegungen' an der Frankfurter Universität ein Kongreß über 'Antisemitismus und die Linke' veranstaltet wurde, den ich mitgeplant hatte, war die Meinung des größten Teils der Redaktion einhellig: Dies diene nur dem Zweck, der Linken zu schaden." (120f.)

Hier nun setzt die individuelle Mythenbildung des sich erinnernden Subjekts ein, und auch dabei ist Brumlik keineswegs ein Einzelfall, er ist nur so ehrlich und mutig, es öffentlich auszusprechen: Im subjektiven Erinnerungskosmos vieler ehemaliger *links*-Leser und -Redakteure verkörpert Joachim Hirsch das verdrängte schlechte Gewissen, die tabuisierte Trauer darüber, den Elan der Jugend verloren und die Ansprüche auf Gesellschaftsveränderung drastisch reduziert zu haben. Brumliks Hauptkontrahent in der Debatte um den „Antisemitismus von Karl Marx in seiner Schrift über die 'Judenfrage'" war keineswegs Joachim Hirsch gewesen, sondern Detlev Claussen, der damals gerade an seinen bahnbrechenden Studien über Antisemitismus arbeitete, in seinem Antisemitismusbuch gerade zur 'Judenfrage' von Marx ein ausführliches Kapitel veröffentlichte und sich auch in der *links* zu eben dieser Frage geäußert hat. Rückblickend kann ich mich nur darüber wundern, daß wir damals nicht schlicht und einfach beide Artikel abgedruckt haben, den von Brumlik *und* den von Claussen, dem Leser zutrauend, sich seine eigene Meinung zu bilden. Daß wir es nicht getan haben, lag daran, daß die *links*-Redaktion immer die – wie ich heute finde – sehr einschränkende und der veränderten Wirklichkeit nicht mehr angemessene Auffassung hatte, sie müsse eine „Linie" verfolgen – und zwar nicht durch die Kraft der Argumentation einzelner Artikel, sondern durch die Auswahl der Artikel. Ein erweitertes Verständnis von Pluralismus, das nach dem Zerfall des linken Zusammenhangs, in den die Zeitschrift eingebettet war, nötig gewesen wäre und das den einfachen Anspruch des Titels, links zu sein, mit Leben gefüllt hätte, konnte nicht gewonnen werden. Wenn ich heute die *links*-Ausgaben zum Golfkrieg lese, so empfinde ich die Debatte aufregend und aufschlußreich, auf hohem Niveau – Ich kann überhaupt nicht mehr verstehen, daß darob die Redaktion zerbrochen sein soll. Aber eben: Jenseits oder über der Positionierung „Für oder gegen den Krieg" gab es keine Gemeinsamkeit, keine verbindende Zielvorstellung mehr. Was uns da eingeholt hatte, war noch nicht einmal die Realpolitik, denn die Position der *links* hatte nun auf den realen Verlauf des Krieges im Nahen

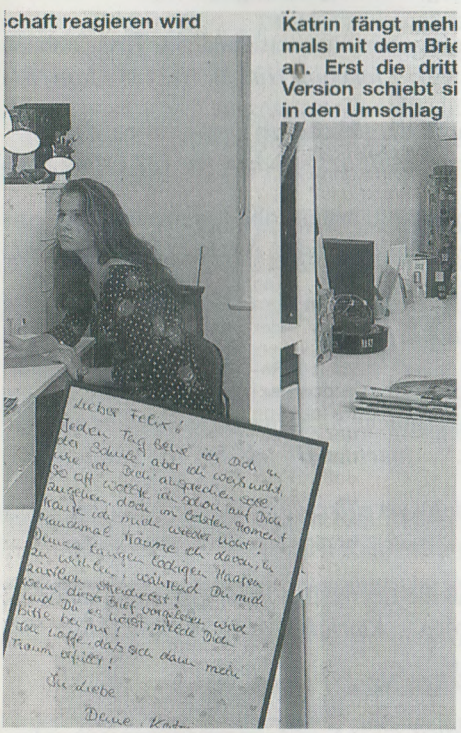
„Direkte und persönliche Äußerungen unterblieben, ...

Osten wirklich keinerlei Wirkung – was uns da eingeholt hatte, waren Themenvorgaben und Frontlinien von Medien und Stammtischen, mit denen hierzulande Realpolitik gemacht wurde.

Beschränkt kommt mir aber unsere damalige Geistesverfassung auch noch in einem anderen, wichtigeren Sinne vor: Mir jedenfalls war damals, als die Diskussionen um Brumliks Artikel stattfanden, überhaupt nicht klar, welch existenzielle Bedeutung dieser Artikel für seinen Autor hatte. Und wenn ich es damals gemerkt hätte, so wäre das in der Diskussion der Redaktion kein Argument gewesen. Immer wieder habe ich bei der Lektüre von Brumliks Erinnerungsbuch denken müssen: Wie wenig wir doch damals voneinander wußten!

Von der Freiheit der Sklaven

Mich jedenfalls hat das Ende der *links*-Redation emotional über Gebühr lange und intensiv beschäftigt. Daß es anderen ehemaligen *links*-Redakteuren wohl ähnlich ging, vermute ich aufgrund spärlicher Zeichen. Direkte und persönliche Äußerungen diesbezüglich unterblieben, wie in Männerbünden üblich, fast ganz. Trotz angestrengten Nachdenkens finde ich auch heute keinen vernünftigen Grund, warum die *links* nicht mehr existieren sollte. Dagegen gibt es, angesichts des triumphierenden Neoliberalismus und angesichts hartnäckiger Kämpfe gegen ihn in aller Welt sehr viele vernünftige Gründe, warum diese sozialistische Zeitung weiterhin existieren sollte. Für mich ging und geht es auch um



... wie in Männerbünden üblich, fast ganz."

die politische Existenzberechtigung einer Generation, deren hierzuland beste Köpfe die *links* eine Zeitlang zusammenbrachte. Offensichtlich aber sind diese Köpfe nicht mehr willens und nicht mehr fähig, zusammen zu diskutieren. Ich empfinde das als ein Stück sozialen Todes.

Heiner Müller erzählte gerne die Geschichte von den Sklaven auf Haiti: Per Dekret war auf Haiti im Zuge der französischen Revolution die Sklaverei abgeschafft worden. Und da kamen nun die Sklaven eines Grundbesitzers zu ihrem Herrn und baten ihn auf Knien, sie doch weiterhin als seine Sklaven zu behalten. Der Herr erklärte ihnen, daß er das nicht dürfe und nicht könne. Da schlugen ihn seine ehemaligen Sklaven tot.

Das Ende dieser Geschichte hat mich nie befriedigt. Ich fände es logischer und den historischen Erfahrungen entsprechender, wenn die Sklaven zuletzt nicht ihren ehemaligen Herren umbrächten, sondern sich gegenseitig selbst totschlügen.

Rückblickend sehe ich uns, die Redakteure, Autoren und Leser der *links* als Sklaven einer historischen Situation. Als uns die Zwänge, Gegner und Kritikobjekte, zuerst die anderen linken Organisationen, dann die sozialen Bewegungen, schließlich mit einem Schlag der gesamte Ostblock abhanden gekommen waren, richteten wir das offenbar gleichgebliebene Kritik- und Aggressionspotential gegen uns selbst. Jeder einzelne begann, seinen nunmehr rein privaten Kreuzzug zu führen. Ein ehemaliger *links*-Redakteur hat vor einiger Zeit halböffentlich denn auch gesagt, er habe – wohl nach 1989/90 – gemerkt, daß der Feind in den eigenen Reihen sitze. Geblieben war allerdings als Erbe der Vergangenheit der feste Wille, dem Blatt eine „Linie" zu geben – und das konnte, den Umständen entsprechend, bei jedem Einzelnen nur die Linie sein, die er als Privatmensch momentan und in einer bestimmten Frage gerade für die einzig richtige hielt. So fand denn jede und jeder in jeder Nummer der *links* zumindest einen Artikel, der seiner politischen Privatreligion nicht entsprach – und er kündigte deswegen das Abo oder die Mitarbeit in der Redaktion. Auf verquere Weise, unbewußt und hinter dem Rücken der Beteiligten, hat das Private so in der Tat seine politische Wirksamkeit entfaltet. Wir haben es ja immer gesagt: Das Private ist politisch. In einer Zeit, da die „soziale Frage" mit Macht und rasanter Geschwindigkeit wiederkehrt, ist der Zerfall der sozialistischen Zeitung *links* natürlich ein grotesker Vorgang – im besten Fall setzt er Kräfte frei, die sich Neuem widmen, statt sich sinnlos mit dem allzumühsamen Kitten allzualter Scherben zu verausgaben. ●

Felix Schneider, zuletzt ständiger Mitarbeiter der links, *war langjähriges Redaktionsmitglied.*

ak analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

Analysen, Berichte & Diskussionen:

- **Zur deutsch-tschechischen Erklärung**
- **Zur Goldhagen Debatte**
- **Zu Joscha Schmierers Weg nach Europa**
- **Zum Parteitag der PDS**
- **Zum Wirbel um die "Erfurter Erklärung"**
- **Zu sozialen Kämpfen in Europa und Südkorea**
- **Zur Eröffnung des Museums für Arbeit in Hamburg**
- **Nachlese zum 25 Jahre *ak*-Jubiläumsfest**

ak erscheint vierwöchentlich mit 36 Seiten im Zeitungsformat und ist erhältlich im linken Buchhandel und in den Bahnhofsbuchhandlungen in Frankfurt, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Nürnberg, oder direkt bei:

analyse & kritik
Rombergstr. 10
20255 Hamburg
Tel.: 040/40170174
Fax: 040/40170175

Bis Ende März gilt unser Jubiläumsangebot: Ein Schnupperabo (3 Ausgaben) für 15.-

links hardcore-Prosa

In dieser weitverzweigten Praxis liegt die Chance einer neuen Bewegung. Aber: Es fehlt an Kommunikation. ***Nr. 0 (April '69)***

Er [Herbert Marcuse] begreift selber nichts, wenn er davon spricht, daß der Kampf der Frauen zuhause beginnen muß – meint er damit liebevolle Überzeugungsarbeit, Sensibilität, Emotionalität, Erotik, ohne destruktrive Agressivität? Wenn ja, wissen wir, daß Marcuse uns auch nur zu dem machen will, wie so viele Männer vor ohn: zum friedlichen Prinzip des Weiblichen, das wie ein idealistischer Gläubiger darauf baut, das die Privilegierten dadurch zur Einsicht gebracht und Änderung gebracht werden können, daß man ihnen andere Verhaltensweisen vorlebt. Darauf können wir verzichten. ***Frauen aus dem Frauenzentrum Berlin, Nr. 62 (Januar '75)***

Die Schwäche der westdeutschen Linken wirk sich veständlicherweise auf Genossen in akademischen Berufen, aus denen die derzeitigen sozialistischen oder kommunistischen Gruppen in Westdeutschland – also auch das SB – überwiegend bestehen, im höchsten Maße verunsichernd aus. ***Klaus Vack, Nr 73 (März '76)***

Der lange Marsch durch die Institutionen hat sicherlich in der Form, wie sie der kulturrevolutionäre Zug der Protestbewegung nahelegte, nicht stattgefunden; aber seine Wirkungen sind deutlich spürbar. Der autoritäre Staat beginnt zu begreifen, wo die wirklichen Punkte seiner Anfälligkeit liegen: dort nämlich, wo Individuen und kleine Gruppen mit sozialistischen Vorstellungen und Programmen in realen Produktionszusammenhängen stehen. ***Oskar Negt, Nr. 78 (Juni '76)***

Wir wollen ein anderes Leben, ein revolutionäres Leben. Wir wollen nicht eines fernen Tags den Sozialismus aufbauen, sondern für uns vollzieht sich Befreiung im alltäglichen Widerstand, in unserem Leben. [im Bild: Dany Cohn-Bendit und der Satz: „Wer macht uns froh? Das Sozialistische Büro"] ***Frankfurter Spontis, Nr. 79 (Juli/August '76)***

Der Fest- und Arbeitscharakter und die Beiträge der spontaneistischen Gruppen haben darauf verwiesen, daß Widerstand gegen Unterdrückung und Kampf für eine andere Gesellschaft, so schwer dies auch im einzelnen fällt, d.h. gerade auch in solidarischen Formen geschehen muß. ***SB-Arbeitsausschuß zum Pfingstkongreß, Nr. 85 (Februar '77)***

Es fiel uns wie Schuppen von den Augen, daß reformistisches Bewußtsein im Kapitalismus das 'natürliche' Bewußtsein ist – eine gravierende und geradezu erleichternde politische Einsicht, die die gesamte Ebene des moralischen Vorwurfs an die Arbeiterklasse, sich gefälligt revolutionär zu gebärden, ad acta legte. ***SB-Gruppe Nürnberg, Nr. 90 (Juli/August '77)***

Das bisherige Akkumulations- und Gesellschaftsmodell ist politisch und ökonomisch in eine entscheidende Krise geraten und muß verändert werden – fragt sich nur von wem, wohin und mit welchen Mitteln. ***Joachim Hirsch, Nr. 135 (Juni '81)***

Solcherarts erweist sich Oskar Negts eingangs zitierter Aufsatz als eine Art Zwölffingermusik der politischen Organisation, der durch die erfolgte Rückkehr zu Richard Wagner oder Gustav Mahler nicht beizukommen ist. ***Rolf Schwendter, Nr. 132 (März '81)***

Diese Kursbeschreibung der katastrophalen Krisenwirkungen eines Schrumpfkapitalismus gibt Ansatzpunkte für eine Alternativökonomie ab. ***Rudolf Hickel, Nr. 152 (November '82)***

Für die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaften im hochentwickelten Kapitalismus gibt es weder in der Geschichte noch irgendwo anders auf dem Globus Vorbilder. ***Aus einem Faltblatt des Sozialistischen Büros 1982***

Das könnte dazu führen, daß gesellschaftliche Widerstandspotentiale und oppositionelle politische Kulturen, die bislang noch durch ein relatives materielles Wohlergehen und sozialstaatliche Sicherungen stabilisiert wurden, auseinanderbrechen." ***Joachim Hirsch, Nr. 154 (Januar '83)***

„Der Tiger kann nicht dafür, daß er Fleisch frißt, aber ich auch nicht." ***Chinesisches Sprichwort zitiert von Ursel Schmiederer, Nr. 155 (Februar '83)***

... wieder bröckelt etwas ab, wieder eine Bruchstelle mehr: wir müssen aufpassen, daß die Leerstellen zwischen den montierten, fragmentierten Teilen unserer Wirklichkeit nicht zu gefräßig werden. ***Florian Vassen, Nr. 156 (März '83)***

„Befreite" Zeit ist gesellschaftliches, kooperatives Handeln gegen die Arbeit. ***Ruedi Lüscher, Nr. 157 (April '83)***

Diese Marcusesche Vision einer Verknüpfung von Arbeit, Genuß und ästhetischer Freude an einem anschauenden, in Ruhe lassenden Verhältnis zur Natur, könnte sie nicht Leitfaden unserer Kritik und unseres Engagements bei den Grünen sein? ***Peter Klein, Nr. 163 (Oktober '83)***

Der Antiamerikanismus als dümmster gemeinsamer Nenner der Friedensbewegung muß deshalb bekämpft werden, weil er an die Stelle von radikaler Gesellschaftskritik das nationalistische Vorurteil setzt. ***Detlev Clausen, Nr. 163 (Oktober '83)***

Schon daher kommen wir an der deutschen Frage auch als Klassenfrage nicht vorbei, wenn wir es ernst meinen mit unserem Anspruch, die sozialdemokratischen Arbeiter für den Sozialismus gewinnen zu wollen. ***Günter Minnerup, Nr. 164 (Nov. '83)***

Herzlichen Glückwunsch zur „links" vom Oktober. (...) Nur die Form! Wenn ich mich so zwanzig Jahre zurückerinnere, weiß ich, daß das katholische Gebets- und Gesangbuch interessanter aufgemacht war.
Leserbrief von Rainer Schmitt, Nr. 164 (November '83)

Es geht uns vielmehr um einen Radikalismus der Mitte, aus gutbürgerlicher und radikaldemokratischer Tradition, und wir behaupten, daß diese Strömung in nicht allzu ferner Zukunft die soziale Mehrheit der postindustriellen Gesellschaft repräsentieren wird. ***Brice Lalonde/Claus Leggewie, Nr. 165 (Dezember '83)***

Die neue Religion [Bahros] stellt ein synkretistisches Gemisch aus Selbsterfahrung, Sexualbefreiung, Splittern des Buddhismus und eines antijüdisch gewendeten Christusglauben dar, der dem ähnelt, der von den Deutschen Christen im Nationalsozialismus vertreten wurde. ***Micha Brumlik, Nr. 166/167 (Jan./Feb. '84)***

Der Autor, der den Artikel selbst angeboten hatte, nahm seine Zusage zurück. Er ist in der Vorauswahl als Kandidat der GRÜNEN für das Europarlament aufgestellt worden. Es sei ihm gesteckt worden, so begründete er seine Absage, daß es für seine Kandidatur nicht gut sei, wenn er jetzt in der *links* schreibe. ***Editorische Notiz in Nr. 168 (März '84)***

Joschka zum Beispiel hat als Sponti-Ideologe eher den Mythos der vordersten Frontlinie gepflegt, bis ihm der eigene Militantismus selbst auf die Nerven ging. ***Detlev Claussen, Nr. 169 (April '84)***

Die europäische Linke muß das „Schicksal Weltwirtschaft" (Schmidt) akzeptieren.
Wolfgang Fach/Georg Simonis, Nr. 170 (Mai '84)

Was mich betrifft – erlebe ich die Stadt und die Universität Frankfurt heute als ein liberales Milieu.
Jürgen Habermas in einem Interview, Nr. 178 (Januar '85)

Gegen die Handelsreisenden in Sachen Utopie, die unter diesem Etikett ihr Gegenteil, nämlich Sinnersatz, vermarkten, ist Kritik die Utopie im Stande ihrer aktuellen praktischen Unmöglichkeit. ***Bodo Schulze, Nr. 190 (Januar '86)***

Angesichts des Desasters sollte die vor einigen Jahren in der feministischen Bewegung geführte Debatte über den Gebärstreik wieder aufgenommen werden. Gebärstreik für die Abschaltung aller Atomanlagen in der Welt wäre eine in jeglicher Hinsicht passende Antwort auf die patriarchale Verwüstung des Lebens. ***Barbara Holland Cunz, Nr. 195 (Juni '86)***

Die Verödung des politischen Theoriebodens der Linken macht es derhalb nicht nur erforderlich, die abgerissenen Fäden wieder zu knüpfen, sondern zunächst um die Rückgewinnung eines eigenständigen Terrains der politischen Sprache zu kämpfen. ***Oskar Negt im Sonderdruck zum Prima-Klima-Kongreß November '86***

Adorno äußerte sich ausgesprochen radikal über den Charakter des Spätkapitalismus und der deutschen Bourgeoisie – „wie die Wölfe" (Adorno). „Sagen Sie, werden Studenten heute schon wieder gefoltert?" wollte Adorno von uns wissen.
Detlev Claussen, Nr. 214 (Januar '88)

Der entscheidende Haken liegt darin, daß sich niemand vorstellen kann, wie die Unternehmer zur Einstellung von Arbeitslosen gezwungen werden könnten. ***Aus: Göttinger Betriebsexpress, Nr. 110 v. 23.3.1988, in Nr. 218* (Mai '88)**

Arbeit im Ausland – Wünschen Sie sich ein neues Leben? ***Anzeige in Nr. 222 (Oktober '88)***

Mutter-sei-dank! Nicht mehr lange, und wir werden uns all die Dinge zurückerobert haben, die uns vor Jahren in pseudo-emanzipatorischer Absicht enteignet wurden. Endlich befreit von meiner Befreiung träume ich davon, im Sommer ganz feminin – statt feministisch – im Carmen-Kostüm oder mit Tüll am Po von begierigen Männerblicken taxiertzu werden. ***Eva-Maria Krampe, Nr. 204 (März '87)***

Wer noch glaubt, die krachende Konfrontation sozialer Interessen würde per se für richtige Antworten auf die Krisen des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus sorgen, kann nur heimlicher Pluralist sein oder hat einen zu tiefen Blick in die geschichtsteleologische Pulle getan. ***Helmut Wiesenthal, Nr. 206 (Mai '87)***

Und es reicht sicherlich auch nicht aus, nur deswegen am Untertitel festhalten zu wollen, um zu signalisieren, daß man gegen den Strom zu schwimmen gedenkt. ***Christoph Görg, Nr. 262 (März '92)***

„Links" ist ein Handlungsbegriff, eine, wenn man so will, politische Black-box-Methode (...), das Fortschreiten relativer Wahrheiten. ***Peter Kiefer, Nr. 262 (März '92)***

(Zusammenstellung: Stefan Armborst)

Verlag 2000, Postfach 102062, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück Deutsche Post AG D 1600 E Gebühr bezahlt

1

FAUST FA
Bundesweite Hochschulzeitung
Marchstr. 6
D 10587 Berlin

„... Lebbe geht weider“

D. Stepanovic